

Die neue Linke hat den leichteren Teil erwählt. Viele ihrer Mitglieder waren „Sozialpatrioten“, als die Massenstimmung patriotisch war, und sie sind heute revolutionär, da die Massenstimmung revolutionär ist. Wir glauben, daß der Marxist, den die wissenschaftliche Methode Marzens und Engels' zur Erkenntnis der ökonomischen und sozialen Bedingungen der proletarischen Revolution befähigt, eine andere Aufgabe hat als die, sich vorbehaltlos der jeweiligen, augenblicklichen Stimmung der Massen hinzugeben und um ihren Beifall zu buhlen. Friedrich Adler hat einmal gesagt, die Popularität sei ein Kapital, das man nur dazu verwenden dürfe, es zu konsumieren. Nie hat jemand ein größeres Kapital von Popularität besessen als Friedrich Adler zu der Zeit, als die Revolution ihn aus dem Kerker befreite. Nie hat jemand pflichttreuer seine ganze Popularität auf das Spiel gesetzt, um das Proletariat vor Abenteuern, die zur Niederlage führen müßten, zu warnen und es den schweren, schwer verständlichen Weg, den die Bedingungen und der Gang der proletarischen Bewegung in unserem Lande, unter unseren besonderen Verhältnissen erfordern, zu führen. Der Unterschied zwischen der alten und der neuen Linken ist nicht bloß ein Unterschied der Einsicht und Erkenntnis; er ist, dünkt uns, ein Unterschied des moralischen Mutes.

Karl Rantsky: Eine Schrift über den Bolschewismus.

In seinem „Kapital“ weist Marx einmal auf die Schwäche einer Kritik hin, die die Gegenwart nur zu be- und verurteilen, nicht aber zu begreifen weiß. Leider überwiegt diese Betrachtungsweise bis heute noch in der Politik, selbst bei Marxisten. Sie überwiegt um so mehr, je stärker die Gegenwart die Leidenschaften erregt. So beherrscht sie auch die allgemeine Haltung gegenüber der gewaltigsten Erscheinung unserer Zeit, gegenüber dem Bolschewismus. Von den einen in den Abgrund der Hölle verdammt, wird er von anderen in den Himmel erhoben. Nur wenige versuchen ihn zu begreifen, das heißt als Produkt der Verhältnisse zu erkennen und seine notwendigen Konsequenzen zu erforschen. Wohl sollte diese wissenschaftliche Erkenntnis einer sozialen oder politischen Erscheinung unserer Stellungnahme ihr gegenüber vorausgehen. Aber Politik ist Kampf und im Kampfe heißt es oft, sich sofort entscheiden, findet man selten Zeit und Ruhe zu wissenschaftlichem Forschen.

Um so verdienstlicher und nützlicher freilich ist es, wenn ein Kämpfer mitten in des Tages Last und Hitze es noch zuwege bringt, ein so kompliziertes und eigenartiges Problem, wie das des Bolschewismus, wissenschaftlich zu be- meistern und es uns begreifen zu lehren.

Niemand ist das besser gelungen als unserem Genossen Otto Bauer mit seinem jüngsten Büchlein¹⁾, das uns trotz seines geringen Umfangs die größte Klarheit über die russische Revolution in ihrer Eigenart und ihrer Kompliziertheit bringt.

Bauer zeigt uns, wie der Verlauf der russischen Revolution ein notwendiger war. Sie hätte auch ohne das Eingreifen der Bolschewiki ungefähr den gleichen Verlauf genommen. Nach dem Zusammenbruch und der völligen Auflösung der Armee und der zaristischen Bürokratie war die bäuerliche Revolution unaufhaltsam geworden, und zwar als Revolution, nicht im Sinne des Sozialismus, sondern der Herstellung des vollen Privateigentums am Boden. Aber auch der industrielle Kapitalismus, der in Rußland nur von Gnaden der Staatsgewalt lebte, mußte notwendigerweise mit ihr zusammenbrechen.

¹⁾ Otto Bauer, „Bolschewismus oder Sozialdemokratie?“ Wien, Volksbuchhandlung. 120 Seiten. 12 Kronen.

Dieser Kapitalismus, überwiegend mit ausländischem Kapital begründet und durch staatlichen Schutz aufgepöppelt, hatte keine starke nationale Kapitalistenklasse entwickelt. Auf der anderen Seite entbehrte die Arbeiterschaft jener Schulung und Disziplinierung, die nur durch jahrzehntelange Arbeit in gewerkschaftlichen und politischen Massenorganisationen errungen wird.

So bemächtigten sich die Arbeiter, sobald sie konnten, der Fabriken, in denen sie auf eigene Faust zu wirtschaften begannen.

Weder Bauer noch Arbeiter kümmerten sich dabei viel um die Staatsgewalt. Und doch mußten sie sie bald wieder in Anspruch nehmen. Der Ertrag der durch die Arbeiter exproprierten und von ihnen höchst unvollkommen bewirtschafteten Fabriken reichte bald nicht aus, ihnen die nötigen Einkommen zu schaffen. Die Löhne sollte der Staat bezahlen. Damit bekam er aber auch Einfluß auf den Betrieb.

Andererseits hätte die feudale Gegenrevolution den Bauern das von diesen an sich gerissene Land des Großgrundbesitzes bald wieder genommen, wenn nicht eine neue Armee erstand, die den Schutz der Revolution übernahm.

So bildeten sich wieder die Keime einer neuen Staatsgewalt.

Die historische Leistung der Bolschewiki bestand darin, daß sie diejenige Partei waren, die sich mit größter Energie und Bedenkenlosigkeit an die Spitze dieser Prozesse stellte, so daß sie als ihr Werk erschienen. Sie vermochten dies aber nur dank ihrer straffen, fast despotischen Parteiorganisation.

Der Zarismus hatte neben der Organisation seiner Bürokratie und Armee keine andere große Organisation im Staate gebildet. Als jene sich auflösten, trat allgemeines Chaos ein. In diesem setzte sich der Bolschewismus durch. Keine Partei hatte in so hohem Grade, wie er, den Charakter der Verschwörergesellschaft mit unbedingtem Gehorsam der Mitglieder gegen die führenden Genossen entwickelt, keine so sehr bei diesen äußerste Willenskraft und Entschlossenheit und die Gewohnheiten rücksichtsloser Ausmerzungen jeder Opposition großgezogen. Jetzt wurde sie in der allgemeinen Auflösung die einzige feste Organisation im Lande. Die Kraft, die sie dadurch gewann, gemahnt an die des Jakobinerklubs, der zu herrschender Stellung in Frankreich kam, als die große Revolution den überkommenen Herrschaftsapparat völlig aufgelöst hatte. Mit Recht sagt Bauer: „Rußland wird heute in Wirklichkeit regiert durch die Mitgliedschaft der kommunistischen Partei, die, wie Lenin mitteilt, nach der Säuberung von unwürdigen Einschleichern etwa 100.000 bis 200.000 Genossen zählen dürfte.“ (S. 61.)

Es würde zu weit führen, hier noch eingehender das Wesen der russischen Revolution darzulegen. Der Leser sei dafür auf die Darstellung im Buche Bauers selbst verwiesen. Sie ist farg in ihren Schlußfolgerungen, um so eindringlicher sprechen die Tatsachen, die sie vorbringt. Diese Sprache beweist mit zwingender Logik, daß die Praxis des Bolschewismus nicht eine Ausgeburt kranker oder verbrecherischer Gehirne, sondern das notwendige Produkt der gegebenen Verhältnisse war.

Aber dabei bleibt Bauer nicht stehen. Er zeigt, daß jene Verhältnisse, die in Rußland den Bolschewismus siegreich machten und ihm seine jetzige Gestalt gaben, in Westeuropa gar nicht zu finden sind, so daß aus denselben Gründen, aus denen der Bolschewismus in Rußland unvermeidlich wurde, jeder Versuch seiner Nachahmung im Westen zu Niederlagen und politischen Bankrotten führen muß.

Nur eines dürfte nach der Bauerschen Schrift noch strittig sein: ob der Bolschewismus die Form darstellt, die heute jede revolutionäre Bewegung in einem ökonomisch rückständigen Lande durchlaufen muß. Ich könnte mich dieser Auffassung nicht anschließen. Mir erscheint der Bolschewismus nicht nur als ein Produkt der besonderen ökonomischen Bedingungen, die ein Agrarstaat

bietet, in dem ein kampffrohes industrielles Proletariat mit einer revolutionären Bauernschaft zusammen in Aktion tritt, sondern darüber hinaus noch besonderer Bedingungen, wie sie nur Rußland nach dem Weltkrieg bot.

Nehmen wir zum Beispiel Italien. Auch dieses scheint für den Bolschewismus reif zu sein, dank dem Umstand, daß es, im Unterschied zu Frankreich, Deutschland, Oesterreich, eine revolutionäre Bauernschaft aufweist. Aber diese Bauernschaft ist, wenigstens in Norditalien, nicht mehr so politisch naiv und haltlos wie die russische. Andererseits hat das italienische Proletariat schon zu große Selbständigkeit erlangt, um sich der Diktatur einer Schicht von Intellektuellen, wie in Rußland, willenlos zu unterwerfen und sich eine gewaltsame Unterdrückung aller Meinungsverschiedenheiten im eigenen Lager gefallen zu lassen. Eine bolschewistische Parteiorganisation wäre aber auch nicht, wie in Rußland, die einzige große umfassende Organisation im Volke. Historisch haben sich schon andere in ihm eingebürgert, wir verweisen nur auf die katholische Kirche. Eine Diktatur würde da in Italien ganz andere Widerstände finden als in Rußland.

Wie die Pariser Kommune scheint mir auch die russische Sowjetrepublik ein Phänomen zu sein, das sich in der Geschichte nicht wiederholt. So gewaltig der Eindruck war, den die Pariser Kommune auf das kämpfende Proletariat der Welt übte, einen Nachfolger hat sie nicht gefunden, ein politisches Vorbild ist sie praktisch nicht geworden.

Und das gleiche dürfte von der bolschewistischen Diktatur gelten.

Wer sie in ihrer Bedingtheit durch die russischen Verhältnisse erkannt hat, wird aber auch nicht mehr im Zweifel darüber sein, daß diese Diktatur nicht den Weg zu einem modernen Sozialismus darstellt, das heißt zu einer der kapitalistischen Produktionsweise überlegenen Form des gesellschaftlichen Produzierens.

Darauf kommt es an, nicht auf die Gewinnung irgendeines Sozialismus. Sehr gut unterscheidet Bauer verschiedene Arten des Sozialismus: den despotischen Sozialismus (S. 63), der die Arbeiter in der Fabrik einer allmächtigen Bürokratie unterstellt, und den Sozialismus, der auf den sich selbst regierenden Betrieb aufgebaut werden soll. Die erstere Art des Sozialismus ist schon bei völlig unentwickelter Arbeiterschaft und nur bei solcher möglich. Er kann ein hochentwickeltes Proletariat nicht befriedigen, „aus dessen Freiheitsdrang das Ideal der industriellen Demokratie, des industrial selfgovernment erwächst“. Dieser Freiheitsdrang „führt den zur Persönlichkeit gereiften Arbeiter zum Sozialismus“. (S. 98.)

Der despotische Sozialismus stößt entwickelte Arbeiter ab. Er kann aber auch den Kapitalismus nicht überwinden. Sozialistische Produktionsformen sind schon bei sehr unentwickeltem Kapitalismus, ja ohne solchen, möglich. Wir erinnern nur an die Organisationen der Wiedertäufer, an den Jesuitenstaat in Paraguay im 18. Jahrhundert, an die kommunistischen Kolonien in den Vereinigten Staaten im vorigen Jahrhundert. Sie gediehen wirtschaftlich sehr gut, trotzdem darf man bezweifeln, daß sie sich dem industriellen Kapitalismus gegenüber behauptet hätten, selbst wenn sie nicht, wie die Schöpfungen der Wiedertäufer und der Jesuiten, mit brutaler Gewalt vernichtet worden wären. Bei den kommunistischen Sekten Nordamerikas war dies nicht der Fall, trotzdem mußten sie immer mehr vor dem Kapitalismus zurückweichen. Denn diese Sekten, meist nicht von industriellen Lohnarbeitern, sondern pietistischen Bauern gegründet, konnten in ihrer harten Disziplin und Monotonie des Lebens die heranwachsende jüngere Generation nicht fesseln, sobald diese Gelegenheit fand, mit der „sündigen“, das heißt kapitalistischen Welt in Berührung zu kommen und deren Lebensformen kennenzulernen.

So kommt für den Sowjetsozialismus die kritischste Zeit erst, wenn die russische Republik zum Frieden und zu internationalem Verkehr gekommen ist. Die militärische Niederwerfung Rußlands durch seine kapitalistischen Gegner wäre für den internationalen Sozialismus nicht bloß deshalb ein schwerer Schlag, weil die militaristisch-kapitalistische Reaktion in der ganzen Welt dadurch gekräftigt würde; sie wäre auch deshalb für den Sozialismus verhängnisvoll, weil sie die Streitfrage für lange hinaus offen ließe, ob die bolschewistische Methode den richtigen Weg zum Sozialismus bildet oder nicht. Da diese Methode einmal in einem großen Staat zur Herrschaft gekommen ist, müssen wir „fair play“ für sie wünschen, die Möglichkeit, daß sie sich ohne gewaltsame äußere Störung frei entfalte. Dies liegt im Interesse des russischen Volkes auch dann, wenn diese Methode verfehlt ist, denn welche Leiden immer der Bolschewismus für die Masse nach sich ziehen mag, sie werden durch Krieg und Niederlagen nicht vermindert, sondern vermehrt. Für den internationalen Sozialismus ist es aber dringend notwendig, daß der Bolschewismus die Möglichkeit bekomme, zu zeigen, was er kann.

Theoretisch kann man ihm da freilich keine günstige Prognose stellen. Die Rückständigkeit des russischen Proletariats hatte in den Anfängen der Revolution, sobald der kapitalistische Druck beseitigt war, völlige Anarchie in der Industrie entfesselt. Nur ein despotisches Gewaltregiment vermochte dieser Anarchie Herr zu werden:

„Die Anarchie in den Betrieben hat die Sowjetmacht auf die Bahn des Staatssozialismus in seiner schärfst ausgeprägten, brutalsten Form geführt.“ (S. 98.)

Das drängte schließlich zu der Militarisierung ganzer Arbeitszweige.

Aber wie jede Art Zwangsarbeit, ist auch diese nur mit den einfachsten, rohesten Formen produktiver Tätigkeit vereinbar. In der Tat werden in Sowjetrußland die Arbeiterarmeen nur zu solchen Arbeiten benutzt, wie Fällen und Transportieren von Holz, Straßenbau und dergleichen. Qualifizierte Arbeit in der Textil- und Metallindustrie ist dabei nicht zu erreichen, wenigstens nicht in vorteilhafter Weise.

Will Sowjetrußland verfeinerte Industrieerzeugnisse erlangen, wird es wieder auf den Kapitalismus zurückgreifen müssen, sei es daß es solche Produkte aus kapitalistischen Staaten importiert oder daß es das Aufkommen neuer kapitalistischer Industrien in seinem Bereich zuläßt. So wird die Art des jetzigen russischen Sozialismus nicht zu einer Produktionsweise, die den Kapitalismus überwindet, sondern zu einer, die ihn als höhere Produktionsform wieder aus sich heraus bildet.

Der Sozialismus als Überwindung des Kapitalismus, als eine Produktionsweise, die den Arbeitern in höherem Grade als dieser persönliche Freiheit und feinere Kulturgüter bringt, ist nur bei einem hochentwickelten Proletariat möglich, nicht bei einem, das der Vormundschaft durch eine Oberschicht intellektueller bedarf.

Insofern ist der Bolschewismus zum Scheitern verurteilt, auch wenn er sich militärisch behauptet, was wir ebenso sehr wünschen, wie wir die Sozialisten anderer Länder davor warnen müssen, seine Methoden nachzuahmen.

Aber das sagt keineswegs, daß die russische Revolution scheitern muß. Bisher sind noch in jeder Revolution die Revolutionäre gescheitert, weil sie nicht marxistisch dachten, weil sie die Ziele, die sie sich in der Revolution setzten, durch ihre Bedürfnisse und ihre Wünsche, durch ihr Wollen, und nicht durch die Erkenntnis der grundlegenden realen Tatsachen bestimmen ließen. Diese Erfahrung braucht uns jedoch nicht niederzudrücken, sie hat uns nur zu veranlassen, die Revolutionen mit einem anderen Maß zu messen, als mit dem der Wünsche und Bedürfnisse ihrer Revolutionäre.

In keiner Revolution haben diese ihre Ziele erreicht und doch hat jede einen gewaltigen Schritt vorwärts bezeichnet. Die Männer des Schreckensregiments der großen Französischen Revolution sind gescheitert in ihrem Streben, einen Staat der Gleichheit und Brüderlichkeit aufzubauen. Aber sie haben die bürgerliche Revolution vor dem Ansturm des feudalmönarchistischen Europa gerettet, sie haben diese Revolution selbst, wenn auch abgeschwächt, nach Europa getragen. Wohl bereiteten sie damit den Weg zu bonapartistischer Tyrannei und kapitalistischer Ausbeutung. Doch sehen wir jetzt, daß dies nur einen Umweg zur Herstellung jener Ausgleichung der Klassen und zur Befreiung aller Unterdrückten darstellt, die den Männern des Schreckens direkt zu erreichen nicht gelang. Auf der einen Seite schafft der sich entfaltende industrielle Kapitalismus die materiellen Vorbedingungen zur Befreiung des Proletariats. Andererseits hat das Schreckensregiment von 1793 aber auch gewaltig dazu beigetragen, das Selbstbewußtsein der Proletarier aller Länder, vor allem natürlich der französischen, zu steigern und damit ihre Kraft im Klassenkampf zu vermehren.

So wird auch die jetzige russische Revolution einen großen Schritt vorwärts bedeuten, selbst wenn es ihr nicht gelingen sollte, ein System des Sozialismus aufzurichten, das dem Kapitalismus überlegen ist.

Wir dürfen nicht die Probleme des Weltgeschehens so sehr vereinfachen und reduzieren, daß wir nur einen Klassengegensatz in der heutigen Welt sehen, den zwischen Proletariat und Kapital; nur eine historische Aufgabe: die Durchsetzung gesellschaftlicher Produktion. Schließt auch der ökonomische Tiefstand Rußlands heute noch eine dem entwickelten Kapitalismus überlegene Form des Sozialismus aus, so hat doch die russische Revolution schon durch die Befreiung des Bauern von allen Nachwirkungen der feudalen Ausbeutung, die ihn erdrückten, eine große historische Leistung vollbracht. Und nicht minder bedeutsam ist die Erfüllung der Proletarier der ganzen kapitalistischen Welt mit hohem Kraftbewußtsein.

Die wichtigste Wirkung der russischen Revolution wird sich aber vielleicht nicht auf Europa, sondern auf Asien erstrecken. Hat ja das russische Reich einen Doppelcharakter. Es ist gleichzeitig eine europäische und eine asiatische Macht: der ökonomisch rückständigste Großstaat Europas und der fortgeschrittenste Asiens. Marx bemerkte einmal zu Engels, daß Rußland, in Europa ein Hemmnis jeglichen politischen und sozialen Fortschritts, einen zivilisatorischen Faktor in Asien bedeute. Galt das schon vom zaristischen Rußland, so noch weit mehr vom revolutionären, das trotz seiner Unzulänglichkeit für den Sozialismus doch, am Zarismus gemessen, eine energisch progressive Kraft darstellt.

Das wird besonders bedeutsam gerade jetzt, wo durch den Weltkrieg das Streben der asiatischen Nationen nach Selbständigkeit einen starken Anstoß erhalten hat. Sie bilden Rußlands Schutzbefohlene und Bundesgenossen. Wohl sind diese Genossen des Bolschewismus noch weit entfernt vom Sozialismus. Was sie treibt, ist bloßer Nationalismus, und zwar ein sehr beschränkter.

Noch haben die asiatischen Nationen nicht die Stufe der modernen Demokratie erreicht, noch die des orientalischen Despotismus kaum überschritten. Wo sie Parlamente haben, bedeuten diese nicht viel mehr als eine bloße, Europa nachgeahmte Dekoration. Nicht Sowjetrepubliken, nicht demokratische Republiken sind die Bundesgenossen der Bolschewiken in Asien, sondern Khane und Emire, Rajahs und Sultane. Und nicht dem Sozialismus ebnen sie dort die Wege, sondern einem nationalen Kapitalismus. Aber sie vollbringen einen ungeheuren Fortschritt mit der Förderung der Unabhängigkeit der asiatischen Nationen.

Noch ist nicht abzusehen, ob sich das vollzieht im Kampfe gegen England oder durch friedlichere Methoden nach erreichtem Friedensschluß. Aber die einmal erwachten Asiaten werden sich nicht mehr zur Ruhe bringen lassen, und das ist nicht zum geringsten Teil ein Verdienst des Bolschewismus.

Es lag nicht im Plane des Bauerschen Buches, auch diese Seite der bolschewistischen Politik zu behandeln. Aber vielleicht sieht sich Bauer trotzdem veranlaßt, sich in einer künftigen Neuauflage, die hoffentlich nicht lange auf sich warten läßt, in einem Anhang darüber zu äußern. Seine Schrift würde dann alle wesentlichen Seiten des Bolschewismus umfassen. Aber auch in ihrem jetzigen Rahmen erschöpft sie ihren Gegenstand nahezu vollständig. Niemand darf an ihr vorbeigehen, der den Bolschewismus begreifen will — und dieses Begreifen ist Pflicht eines jeden Sozialisten, ja jedes Kulturmenschen.

Und nicht nur über den Bolschewismus und über die russische Gesellschaft wird der Leser durch das Bauersche Buch unterrichtet, sondern es vertieft auch unsere Einsicht in das Wesen des Sozialismus und in die Forschungsmethode des historischen Materialismus, die in dem Buche meisterhaft gehandhabt wird. Es gehört zu den klassischen Schriften der sozialistischen Literatur.

Julius Deutsch: Die Männer der Katastrophe.

Während des Krieges umgab die führenden Männer des Staates ein Glorienschein, der gewoben war aus der Ehrfurcht sorgsam gegängelter Massen und der Tüde gemeiner Zensur. Gegen die Heerführer und Diplomaten des eigenen Staates war kein kritisches Wort möglich. Sie wurden von einem magischen Lichte der Heldenverehrung bestrahlt, das sie dem Volke in gleichem Maße verehrungsvoll erscheinen ließ, als es die Würdenträger der feindlichen Staaten mit dem Stigma der Unzulänglichkeit behaftete.

Nun der Krieg zu Ende ist, erheben sich kritische Stimmen. Zuerst selbstverständlich in den Ländern der Besiegten, die schon seit Monaten das Schauspiel wüßter streitender Generale und Diplomaten genießen. Keiner von den einst Mächtigen will teil haben an der Schuld, immer ist es der andere, der das Unheil herbeigeführt hat. Aus dem wechselvollen Bilde gegenseitiger Enthüllung gewinnt der Zuschauer schließlich doch eine wenn auch nur ungefähre Vorstellung der wirkenden Kräfte in den verhängnisvollen Jahren des Zusammenbruches. Man lernt die Personen kennen, die in einer tragischen Verstrickung ihr Volk und sich selbst in den Abgrund führten, wobei allerdings alle Schimmer des angebichteten Heldentums jählings verblaffen. Was da an Heerführern und Staatsmännern auf der Tribüne der Geschichte erscheint, war, wie sich die Großen ihrer Zeit nun gegenseitig bestätigen, ein kleines Geschlecht, getragen von allzumenschlicher Eitelkeit und Großmannssucht, von Streberei und Neid, von Verblendung und Unzulänglichkeit.

Vorsichtige Prüfung der Memoiren der Generale und Staatsmänner wird schließlich das Persönliche vom Sachlichen streifen und klarstellen, daß es weit weniger an den Menschen als am System lag, woran die Mittelmächte scheiterten. Aber bevor diese Klarstellung möglich sein wird, werden Jahre vergehen. Vorerst müssen wir uns begnügen, das auf uns wirken zu lassen, was die erste Welle der Kritik hochgeworfen hat: die gegenseitigen Anklagen der Männer der Katastrophe.

Die Diplomaten.

Ottokar Czernin beklagt sich in seinen Erinnerungen¹⁾, daß die Minister des monarchischen Systems sich dazu hergaben, Dinge zu verant-

¹⁾ Ottokar Czernin, „Im Weltkrieg“. Ullstein-Verlag, Berlin 1919.

einzig und wird ihr unvergessen bleiben. Aber auch ihre Aufgaben sind nunmehr grössere geworden und wir werden unser Aeusserstes tun müssen, um sie den neu erstandenen Notwendigkeiten anzupassen.

Wie lebendig das Bewusstsein der neuen Pflichten und der erhöhten Verantwortung in der Partei ist, davon legt die Begründung dieser neuen Zeitschrift Zeugnis ab. Lange geplant und zögernd nach allen Seiten erwogen, wurde sie endlich gewagt, da wir es nicht länger entbehren können, einen Boden für Erörterungen zu haben, den uns unsere Presse, die der brennenden Not des Tages dienen muss, nicht bieten kann. Wenn der »Kampf« leistet, was er soll, wird er die Stätte sein, wo die Kampfziele und Kampfmethoden der Partei in gemeinsamer Erörterung erarbeitet werden. Wir haben kein Bedürfnis, eine Arena für theoretische Turniere zu eröffnen, aber wir brauchen dringend ein Organ der Selbstverständigung, einen Boden für unbefangene und nicht verpflichtende Meinungsäusserung, für den Austausch von Gedanken, die noch lange nicht bindende Parolen sind, eine Werkstatt für die innere Arbeit der Partei an sich selbst. Hier sollen die ganz eigenartigen Probleme erörtert werden, die dem Proletariat in Oesterreich aufgebürdet sind. Was diese Zeitschrift uns leisten soll, ist schwierig zu erfüllen, aber es ist uns bitter notwendig, und weil sie aus der Not geboren wurde, braucht uns um das Gelingen nicht bange zu sein.

Karl Kautsky: Ein Brief

Liebe Genossen!

Ihr fordert mich auf, für die erste Nummer des »Kampf« einen Artikel zu schreiben. Dazu fehlt mir leider die Zeit.

Aber diese Ablehnung soll nicht einen Mangel an Sympathie bekunden. Ich bin im Gegenteil der Ansicht, dass der »Kampf« eine nützliche und höchst notwendige Funktion zu erfüllen hat und gerade im richtigen Moment zu erscheinen beginnt.

Die marxistische Methode ist keine starre Schablone, die allen von der Regel abweichenden Erscheinungen gegenüber versagt. Das kann nur jemand behaupten, der nie versucht und nie verstanden hat, sie selbständig anzuwenden. Wenn die marxistische Methode uns gestattet, bis zu den letzten einfachen Bewegungsgesetzen der Gesellschaft vorzudringen, so gestattet sie uns nicht minder und gerade dadurch, auch die unendliche Fülle der Erscheinungen zu begreifen, die aufs mannigfaltigste und oft in widersprechendster Art auf der Oberfläche der Erscheinungen zutage treten. Die anscheinend verwirrende Mannigfaltigkeit, die sich aus den verschiedenen Kombinationen der Elemente ergibt, wird nur verständlich für denjenigen, dem es gelungen ist, diese Elemente in vollster Reinheit herzustellen und zu erkennen.

Weit entfernt, dass wir Marxisten uns der Erkenntnis des Mannigfaltigen verschliessen und es in das Prokrustesbett einer Schablone pressen wollen, bietet es für uns gerade den grössten Reiz, jede Eigenart in ihrer Besonderheit zu erfassen, allerdings in ihr die allgemeinen Elemente zu entdecken, aber auch die eigentümliche Kombination dieser festzustellen, die jene gesellschaftliche Besonderheit erzeugt.

Es wird aber wenige Staaten geben, die so viele Besonderheiten aufweisen und daher dem historischen Forscher wie dem praktischen Politiker so harte Nüsse zu knacken geben wie Oesterreich mit seinen nationalen Unterschieden und Gegensätzen. Da haben wir vor allem nicht eine einige, sondern eine national gespaltene Bourgeoisie, ihr gegenüber auf der einen Seite eine weit weniger national zerklüftete Aristokratie, aber auch auf der anderen Seite ein weniger national geteiltes Proletariat. Das mindert die Kraft der Bourgeoisie, erhöht aber gleichzeitig auch die Kraft der beiden anderen Klassen. Das bisherige Ueberwiegen des Feudaladels führte zur Verlangsamung der ökonomischen Entwicklung, die aber merkwürdigerweise zusammenfällt mit einer rasch wachsenden Bedeutung des Proletariats. Dieses hat in Oesterreich nicht bloss seinen Emanzipationskampf zu führen, ihm fällt auch infolge der aus

dem nationalen Kampf hervorgehenden Impotenz der Bourgeoisie heute schon mehr als in Westeuropa die Aufgabe zu, den allgemeinen gesellschaftlichen Fortschritt zu vertreten. Bisher schien aber auch die ökonomische Rückständigkeit, das Ueberwiegen der Bauern und Kleinbürger eine Herrschaft des Proletariats in weite Ferne zu schieben, was die Angst der besitzenden Klassen vor dem Proletariat erheblich verminderte.

Wir haben aber auch in Oesterreich Nationen, die aus ihrem Schosse keine Aristokratie und auch noch keine grosse Bourgeoisie von Belang erzeugt haben, die von der Aristokratie und Bourgeoisie anderer Nationen ausgebeutet werden, als Bauern, Kleinbürger, Proletarier. Hier verschlingt sich der Klassenkampf mit dem nationalen Kampf. Als einzige kampffähige Klasse der arbeitenden Bevölkerung, als einzige derselben, die imstande ist, ohne fremde Führung dauernd eine feste Partei zu bilden, wird in solchen Nationen das Proletariat der Vorkämpfer der ganzen Nation um die Mittel kulturellen Aufstiegs.

Endlich aber schwächt die nationale Zersplitterung und die Bedeutung des Feudaladels die Macht der zentralistischen Bureaukratie auch als Unterdrückungsmittel gegenüber den unteren Klassen; aber gleichzeitig wird diese Bureaukratie auch unabhängiger als anderswo bei gleicher Höhe der Produktionsweise von der Bourgeoisie, indes ihre zentralistischen Tendenzen sich teilweise begegnen mit dem Bestreben des Proletariats nach internationaler Zusammenfassung seiner Kräfte.

Alles das bewirkt, dass das Proletariat in Oesterreich eine weit höhere Bedeutung erlangt hat, als der ökonomischen Entwicklungsstufe des Landes entspricht, dass ihm aber auch Aufgaben zufallen, die mit seinem Emanzipationskampf nur lose zusammenhängen. Das ist eine stolze Situation, aber auch eine gefährliche. Nirgends liegt die Verführung für die Sozialdemokratie näher als in Oesterreich, sich Illusionen über die eigene Kraft hinzugeben und sich auf Abwege zu begeben, in zweifelhaften Experimenten Zeit und Kraft zu vergeuden, sobald man in das Getriebe der praktischen Politik gerät.

Nirgends ist es daher wichtiger, die Eigenart des Landes und ihre Rückwirkungen auf den proletarischen Klassenkampf wissenschaftlich zu erforschen, nirgends ist aber diese Aufgabe schwieriger, sind also Meinungsverschiedenheiten leichter möglich, ist deshalb ein besonderes Organ für solche Forschung und Diskussion mehr am Platze als in Oesterreich.

Und niemals mehr als jetzt.

Es war ein eigentümliches Schauspiel, das uns Oesterreich im letzten Jahrzehnt bot. Die Sozialdemokratie aller Länder war erfüllt von den lebhaftesten inneren Kämpfen; diese waren kein Zufall, entsprangen auch nicht etwa der Bösartigkeit einzelner Marxisten oder Revisionisten, sondern waren ein Produkt der historischen Situation. Ueberall gewann die Sozialdemokratie an Boden, wurde sie eine Macht ersten Ranges. Konnte sie diese Macht benützen, um sofort erhebliche praktische Vorteile für das Proletariat zu erringen, und wie konnte das geschehen?

Da war auf der einen Seite die Anschauung, dass gerade unsere Fortschritte vorläufig dahinführten, das Erringen erheblicher praktischer Vorteile für das Proletariat immer seltener und schwieriger zu machen. Solche Errungenschaften waren bisher eine Folge der Spaltungen der herrschenden Klassen gewesen. Diese Spaltungen treten um so seltener ein, je mehr das Proletariat erstarkt. Um so mehr schliessen sich die besitzenden Elemente sowohl im gewerkschaftlichen wie im politischen Kampfe gegen das Proletariat zusammen. Wichtiger als je wird nun die innere Geschlossenheit, die straffe Organisation, aber auch die Zielklarheit des Proletariats, das nur noch von der eigenen Kraft weitere Erfolge von Belang zu erwarten hat.

Dieser Standpunkt konnte diejenigen nicht befriedigen, die um jeden Preis die zunehmende Macht des Proletariats in sofortige praktische Resultate umsetzen wollten. Dass es augenblicklich solche aus eigener Kraft nicht durchsetzen konnte, lag klar zutage. Wollte man praktische Resultate, so musste man ihm Bundesgenossen suchen aus den anderen Klassen, musste man aber auch eine Politik treiben, die solche anzog, musste man seine Kraft für deren Interessen einsetzen.

Zwischen diesen beiden Standpunkten gab es keine Versöhnung, der Kampf zwischen ihnen musste ausgefochten werden. Das war keinem der dabei Beteiligten ein Vergnügen, aber eine Notwendigkeit, der er sich nicht entziehen konnte.

Während dieser Kampf ganz Europa von der Themse und Seine bis zur Wolga erfüllt, blieb jedoch Oesterreich ganz ruhig. Von einer Diskussion hörte man dort gar nichts. Das war nicht irgend einem Nationalcharakter geschuldet. Gerade die österreichische Arbeiterbewegung ist reich an inneren Kämpfen. Meine persönlichen Erinnerungen daran sind noch sehr lebhaft. Als ich in die Partei kam, wurde sie zerrissen durch den Kampf Scheu-Oberwinder. Als ich sie verliess, um im Ausland zu wirken, lief eben Peukert mit seinem Anhang Sturm gegen die Sozialdemokratie.

Wir Oesterreicher können ebenso lebhaft und ruhig diskutieren, wie irgend welches Volk der Welt. Wenn die Genossen Oesterreichs im letzten Jahrzehnt trotz der allgemeinen internationalen Diskussion von ihrer Fähigkeit, daran teilzunehmen, keinen Gebrauch machten, so liegt die Ursache wohl an der besonderen historischen Situation, in der sie sich befanden. Das alte Parlament war zur Ohnmacht verurteilt, in ihm war nichts mehr zu erreichen. Es musste durch eine Wahlreform weggefeßt werden, ehe überhaupt wieder von parlamentarischer Tätigkeit die Rede sein konnte. Für seine Aktionen ausserhalb des Parlaments bedarf aber das Proletariat keines Verbündeten, die besorgt es am wirksamsten allein. Und seine ganze politische Aktion galt im letzten Jahrzehnt ausschliesslich einem einzigen Punkte, über den ein Zweifel nicht möglich sein konnte: der Wahlreform.

Wohl konnten Zweifel auftauchen darüber, welche Aktion in jedem gegebenen Momente am zweckmässigsten sei. Aber kein Kriegsrat diskutiert darüber in der Oeffentlichkeit, vor dem Feinde. Die allgemeinen Richtlinien der Politik aber waren durch die Situation selbst gegeben.

Das hat jetzt aufgehört. Das gleiche Wahlrecht ist in einigermassen annehmbarer Gestalt wenigstens für den Reichsrat errungen, das Parlament wieder arbeitsfähig und die Sozialdemokratie als stärkste Partei in dieses eingezogen.

Nun erhebt auch für die Sozialdemokratie Oesterreichs dieselbe Frage, die uns im übrigen Europa so lange beschäftigt hat und zum Teil noch beschäftigt: Was nun? Was wollen und können wir mit unserer Macht anfangen? Eine Frage, nirgends leicht zu lösen, doppelt schwierig zu lösen in einem Lande mit so abnormen Verhältnissen wie Oesterreich, wo es noch nicht einmal feststeht, ob der Gärungsprozess, den es durchmacht, der Durchgangsprozess zur Klärung, zur Herstellung eines brauchbaren Produkts, oder zu völligem Zerfall der Elemente wird.

An Problemen ist da kein Mangel, eine schwierige Aufgabe liegt dem »Kampf« ob, aber auch eine interessante. Und nicht bloss das. Die Probleme, um die es sich handelt, sind keine akademischen, die allein den Forscher interessieren. Von der Art ihrer Lösung hängt zum grossen Teil die des praktischen Wirkens der Sozialdemokratie Oesterreichs ab, hängt es ab, ob sie ihre volle Wucht zu entfalten vermag oder ob das kämpfende Proletariat innerhalb der schwarz-gelben Grenzpfähle einen Teil seiner Kraft an unmöglichen Lösungen vergeudet.

Gelingt dem »Kampf« sein Werk, dann wird er der Partei unschätzbare Dienste erweisen.

Und darum meine herzlichsten Wünsche zu Eurem Beginnen.

Mit Parteigruss

Berlin, 7. September 1907.

K. Kautsky.

Anton Hueber: Partei und Gewerkschaften in Oesterreich

Auf dem internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart konnten wir die erfreuliche Erscheinung beobachten, dass unsere Delegierten als willkommene Vermittler in schwierigen Fragen der Partei und Gewerkschaften angesehen und verwendet wurden. Unsere Genossen erwarben sich das Vertrauen schon dadurch, dass sie nicht als einseitige Politiker oder Gewerkschafter in Stuttgart auftreten konnten, sondern, der einheitlichen Entwicklung der Arbeiterbewegung ihres Heimatlandes ent-

DER KAMPF

SOZIALDEMOKRATISCHE MONATSSCHRIFT

JAHRG. 13

AUGUST 1920

NUMMER 8

Karl Kautsky (Berlin): Ein Buch über die deutsche Revolution.

Noch ist die deutsche Revolution nicht abgeschlossen. Sie kann es selbstverständlich nicht sein, soweit sie eine soziale Revolution bedeutet. Eine solche nimmt stets Jahrzehnte in Anspruch. Die soziale Revolution, in der wir jetzt stehen, kann man aber auch nicht als bloß deutsche bezeichnen. Sie ist wahrhafte Weltrevolution.

Von der sozialen Revolution, der radikalen Umgestaltung der Produktionsweise, ist streng zu unterscheiden die politische Revolution, die stets einen Bruch der Staatsverfassung bedeutet. Eine solche kann in wenigen Tagen abgeschlossen sein, ihre Formen und Bedingungen sind in den verschiedenen Ländern sehr verschieden. Sind die Aufgaben und Tendenzen der sozialen Revolution in allen kapitalistischen Ländern die gleichen und ist die soziale Revolution eine allgemeine Erscheinung, so gilt nicht das gleiche von den politischen Revolutionen unserer Lage. Sie sind, bisher wenigstens, nur auf einige Länder beschränkt, die Gebiete der besiegten Staaten, die allerdings diejenigen waren, die einer politischen Umwälzung am meisten bedurften; und sie nehmen in jedem Lande einen besonderen Charakter an.

Nur die politischen Revolutionen kann man im Zeitalter des durch den Kapitalismus geschaffenen internationalen Verkehrs nach Nationen unterscheiden. Spricht man von der deutschen Revolution, so ist darunter zunächst nur die politische zu verstehen, der Sturz der Monarchie, ihre Ersetzung durch die Republik, der Kampf um die Verfassung dieser Republik.

Eine politische Revolution wird in der Regel viel kürzer sein als eine soziale. Sie braucht nur wenige Tage zu umfassen, wie zum Beispiel die französische Julirevolution 1830. Sie dauert so lange, bis an Stelle der alten, zertrümmerten Verfassung eine andere aufgerichtet ist, die Bestand hat.

Von der jetzigen deutschen Revolution kann man jedoch auch nach bald zwei Jahren ihrer Dauer noch nicht sagen, sie sei abgeschlossen. Wie wenig befestigt die neue Verfassung ist, zeigte erst vor wenigen Monaten der Kapp-Putsch.

Dessen Niederwerfung hat jedoch eine Atempause geschaffen. Damit ist freilich noch nicht der Zeitpunkt für eine historische Würdigung der deutschen Revolution gekommen, wie sie zum Beispiel Engels 1851 und 1852 in seiner fälschlich Marx zugeschriebenen Artikelserie „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“ und Marx ein Jahr vorher in der Artikelserie „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“ gab. Wohl aber ist jetzt der richtige Moment zu einer Rückschau gegeben zu dem Zwecke, die dabei zutage tretenden bisherigen Fehler aufzuzeigen, um es den Kämpfern zu ermöglichen, in den kommenden revolutionären Ereignissen jene Fehler zu vermeiden.

Diese Aufgabe stellt sich die eben erschienene Schrift unseres Genossen H. Ströbel über „Die deutsche Revolution“ mit dem bezeichnenden Untertitel „Ihr Unglück und ihre Rettung“¹⁾. In seinem Vorwort sagt der Verfasser:

¹⁾ Berlin, Verlag „Der Firm“. 242 Seiten.

Dieser knappe Abriss einer Geschichte der deutschen Revolution wurde geschrieben, obwohl ja gerade weil die Revolution noch längst nicht abgeschlossen ist. Die Darstellung der bisherigen Revolutionschicksale sollte Führern und Massen den Blick schärfen, sie Fehler und Fehlerquellen erkennen lassen und dazu mitbilden, an die Stelle zogen, blinden, instinttmäßigen Schiebens und Ershobenwerdens klare Einsicht und bewußtes Handeln zu setzen.

Diesem Zwecke entsprechend ist Ströbels Darstellung eine wesentlich kritische und fast ganz auf das Handeln der Sozialisten beschränkt. Seine Kritik ist höchst streng, jedoch durchaus nicht einseitig, jede Partei bedauernd gleichmäßig sehr bittere Wahrheiten zu hören. Wenn Ströbel dabei unparteiisch verfährt, so zeigt er sich indes keineswegs parteilos. Sein Standpunkt ist derjenige, den er innerhalb unserer Partei, schon vor dem Kriege und während des Krieges eingenommen und den er in der Revolution nicht verlassen hatte, derselbe, den auch ich einnehme; derjenige des linken Flügels der Mehrheit in der alten sozialdemokratischen Partei, der heute zu einer Art Zentrum zwischen Rechtssozialisten und Linkssozialisten geworden ist. Dieser Standpunkt ermöglicht es uns, die Fehler jeder der beiden großen Parteien, in die heute die deutsche Sozialdemokratie zerfällt, mit gleicher Unbefangenheit klarzulegen. Ebenso aber auch zu erkennen, daß die Fehler nur der Trennung entspringen, daß sie vermeidbar werden, sobald die Einigung sich vollzieht. Die Vorwürfe, die Rechts und Links gegeneinander erheben, sind leider gleich begründet. Aber diese Vorwürfe rechtfertigen nicht die Spaltung, sondern verurteilen sie, weil sie nur durch die Spaltung möglich wurden. Eine einzige Sozialdemokratie hätte weder die Fehler von rechts noch die von links begangen, weder Rossismus noch Puttschismus. Ihre Lage wäre eine solche gewesen, daß sie weder zu dem einen noch zu dem anderen irgend einen Grund gehabt hätte.

Ströbels Darstellung zeigt das in eindringlichster Weise. Als das Unglück der deutschen Revolution, von dem sein Untertitel spricht, erscheint ihm die proletarische Spaltung; als die Rettung der Revolution die proletarische Einigung.

Die Spaltung hat nicht bloß die Kraft des deutschen Proletariats vermindert, sie hat auch bewirkt, daß diese verminderte Kraft hüben und drüben nutzlos vergebend wurde. Sie hat endlich, was meist nicht genügend beachtet wird, dahin geführt, daß ein großer Teil des deutschen Proletariats sich um eine innerlich zerrissene Partei gruppierte. Die Partei der Unabhängigen war zur Zeit des Ausbruches der Revolution sehr jung, nicht viel mehr als ein Jahr alt. Der Kriegszustand hatte jede aufklärende Propaganda in der neuen Partei unterbunden, sie besaß weder Traditionen noch Erfahrung. Und fast gleichzeitig mit ihr tauchte der Kommunismus auf, eine Lehre, in vollstem Widerspruch zu den bisherigen Auffassungen und Forderungen der Sozialdemokratie, aber umstrahlt von dem Nimbus des ersten vollständigen Sieges und der ersten absoluten Herrschaft des Proletariats, der unter seiner Fahne in Rußland errungen wurde. Kein festes Programm, keine klare, bewährte Taktik, keine straffe Organisation hielt die unabhängige Sozialdemokratie zusammen, als das alte Regime im November 1918 zusammenbrach. Ohne bestimmten Leitstern geriet sie in den ungeheuersten Wirbelsturm hinein. So gestaltete sich die politische Aufgabe, vor die sie gestellt wurde, für sie zu einer Ursache innerlicher Zerrissenheit.

In der modernen Strategie gilt der Satz, daß schon im Aufmarsch der Armeen der Krieg entschieden wird. So war der Weltkrieg für Deutschland schon verloren, als der Aufmarsch der deutschen Armeen mißlang und im September 1914 durch die Marne Schlacht durchbrochen wurde.

Sollte der Satz auch auf moderne Revolutionen anwendbar sein, so würde er der deutschen Revolution keine günstige Prognose stellen. Ihr Auf-

marisch war elend. Dessen wird man sich wieder einmal voll bewußt, wenn man Ströbels Darstellung liest.

Nach dem Zusammenbruch des alten Regimes im November 1918 erscholl aus der ganzen revolutionierten Menge der Schrei nach Einigung der Sozialdemokratie. Diese schien der einzige feste Pol in der Erscheinungen Flucht zu sein, der einzige Fels, der aus der Sintflut hervorragte. An die Sozialdemokratie klammerten sich alle Verzweifelden an, sie stark und aktionsfähig zu machen, schien ihnen allen geboten und darum riefen sie alle nach Einigung.

Die Mehrzahl der organisierten Sozialisten konnte sich jedoch zu einem Verschmelzen der beiden getrennten Organisationen nicht verstehen. Immerhin waren sie doch so sehr von der allgemeinen Stimmung beeinflusst, daß sie überwiegend ein Begraben des Kriegsbeils und eine aus beiden Parteien gebildete Regierung verlangten. Die Rechtssozialisten waren dabei verständlich genug, obwohl sie damals die ungeheure Mehrheit im Proletariat besaßen, der anderen Partei völlige Parität in der Regierung zuzugestehen.

Aber daselbe Ereignis, das die Masse der deutschen Proletarier nach Einigung rufen ließ, zerriß die Unabhängige Sozialdemokratie (U. S. P.). Diese sehr bemerkenswerte Erscheinung hätte Ströbel vielleicht noch schärfer betonen können. Die Mehrheit der führenden Mitglieder der U. S. P. war für die Beteiligung an der Regierung, Liebknecht und Ledebour jedoch sprachen dagegen. Haase selbst anfänglich ebenfalls, doch fügte er sich schließlich der Mehrheit seiner Freunde.

Liebknecht verlor damals durch seine Weigerung bei den revolutionären Massen die ganze Popularität, die er durch seine tapfere Haltung während des Krieges errungen und die sich kurz vor der Revolution in Berlin in machtvoller Weise geäußert hatte, als er am 21. Oktober in Freiheit gesetzt und im Triumph durch die Straßen Berlins geführt worden war. In der Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte vom 10. November in Berlin, die die neue Regierung einsetzte, wurde Liebknecht von der empörten Menge niedergeschrien. Erst sein grauenvoller Märtyrertod im Jänner 1919 hat sein Bild den Massen des deutschen Proletariats wieder teiler gemacht.

So finden wir beim Beginn der deutschen Revolution die Unabhängige Sozialdemokratie aufs tiefste zerrissen: Ein Teil von ihr in der Regierung, denn ein anderer Teil im Verein mit den Kommunisten die schärfste Fehde ansagt.

Und diese Zerrissenheit milderte sich nicht.

Die größte Macht in Deutschland waren nach der Revolution die Arbeiterräte. Wie immer man über die Stellung der Arbeiterräte in der später zu erlassenden Verfassung denken mochte, sie waren da und notwendig, solange sie durch nichts besseres ersetzt wurden. Sie möglichst zweckmäßig und ausgiebig anzuwenden und sie kräftig zu unterstützen, war dringend geboten. Aber so dachten nicht die Kommunisten und die von ihnen abhängigen Unabhängigen. Am 15. Dezember tagte der Rätekongreß in Berlin und setzte eine große Mehrheit der Rechtssozialisten. Die Linkssozialisten waren mit der Parole erschienen: Alle Macht den Arbeiterräten. Aber angesichts der Mehrheitsverhältnisse sagten sie: Nieder mit solchen Arbeiterräten. Alle Macht den Arbeiterräten nur dann, wenn wir die Mehrheit darin haben. Sie schufen es daher ab, sich von der Bildung des Zentralrates der Arbeiterräte zu beteiligen, überließen ihn vollständig den Rechtssozialisten. Vergebens blieben alle Verschwörungen Haases und seiner Freunde, die über diesen Beschluß entsetzt waren, und mit Recht, da sich bald hin und

Der Zentralrat bildete damals die oberste politische Instanz in der deutschen Republik. Er kontrollierte die Regierung. Die Unabhängigen mit

dem linken Flügel der Rechtssozialisten zusammen hätten in ihm die Mehrheit gebildet. Wenn die drei unabhängigen Volksbeauftragten sich mit den drei rechtssozialistischen nicht einigen konnten, hätten sie an den Zentralrat zu appellieren. Waren die Unabhängigen in ihm vertreten, dann hätten Haase und seine Freunde Aussicht, ihre Vorschläge und Forderungen in der Regierung durchzusetzen. Dagegen wurde ihre Position aussichtslos, wenn im Zentralrat bloß Rechtssozialisten saßen.

Welchen Zweck verfolgte unter diesen Umständen die Sabotierung der Arbeiterräte? Mit Recht sagt darüber Ströbel:

„Diese völlige Isolierung und Preisgabe der unabhängigen Kabinettsmitglieder wäre eine unbegreifliche Torheit gewesen, wenn ihr nicht die Absicht zugrunde gelegen hätte, die schleichende Regierungskrise akut zu machen und die Haase, Dittmann und Barth von hinten herum zum Austritt aus der Regierung zu zwingen. Auf alle Fälle zeigte sich hier ein Gegeneinanderarbeiten der beiden Richtungen der U. S. P., das die ganze Verfahrenheit und Zerrissenheit dieser Partei offenbart.“ (Seite 92.)

Das Manöver der äußersten Linken hatte sofort den gewünschten Erfolg. Schon am 28. Dezember traten Haase, Barth, Dittmann aus der Reichsregierung aus. Ihnen folgten die unabhängigen Minister in Preußen. Die Großtat des Radikalismus war gelungen, die erste sozialistische Regierung in Deutschland gesprengt. Die Unabhängigen waren fortan ebensowenig wie im Zentralrat der Arbeiterräte in der Regierung vertreten. Jedoch auch an den Wahlen zur Nationalversammlung wollte sich die äußerste Linke nicht beteiligen. Sie drängte darauf, die Revolution weiterzutreiben. Aber welches Aktionsmittel blieb ihr zu diesem Zwecke noch übrig? Nur noch der bewaffnete Putsch.

Sie hielt sich an das Beispiel der Bolschewiki, die durch einen solchen Putsch die Macht an sich gerissen hatten. Aber leider bestand ein kleiner Unterschied zwischen der Petersburger Situation im Herbst und Winter 1917 und der Berliner ein Jahr später. In Petersburg hatten die Bolschewiki die große Masse der Arbeiter und der Soldaten hinter sich, in Berlin bildete die äußerste Linke nur ein Häuflein von Illusionären, bei dem nichts groß war als seine Illusionen. Die allerdings waren gewaltig. So schrieb die Berliner „Rote Fahne“ am 7. Jänner 1919 von „siebenhunderttausend tatenlustigen, von revolutionärer Energie strotzenden Proletariern in den Straßen Berlins“, und doch vermochten die Herausgeber der „Roten Fahne“ damals in den Straßen Berlins nicht einmal ein Prozent dieser Zahl zu einer revolutionären Tat auf die Beine zu bringen.

Das kleine Häuflein der äußersten Linken mußte bei der ersten Kraftprobe zusammenbrechen. Zu einer solchen gestaltete sich schon wenige Tage nach dem Austritt der Unabhängigen aus dem Kollegium der Volksbeauftragten ein Konflikt der neuen, rein rechtssozialistischen Regierung mit der äußersten Linken. Die Gefolgschaft Ledebours und Liebknechts beschloß damals, die Regierung mit bewaffneter Hand zu stürzen und sich an ihre Stelle zu setzen (5. Jänner 1919).

Silberding hat einmal die zerschmetternde Niederlage, die damals die Aufständischen erlitten, die Marneeschlacht der Revolution genannt. Mit Recht, denn von da an war die proletarische Offensive gebrochen und nahm der proletarische Klassenkampf die Formen des Stellungskrieges an. Es waren die Hasardeure der äußersten Linken, die durch ihre unbesonnene Niedermerkungsstrategie zu dieser vorzeitigen Erschöpfung der Revolution geführt hatten.

Doch nicht bloß die Fehler von links haben damals den Siegeslauf des Proletariats gehemmt. Nicht minder haben damals in gleicher Weise gewirkt die Fehler von rechts.

Als die äußerste Linke sich im Aufstand erhoben hatte, folgte ihr nur eine kleine Schar. Aber auch hinter der Regierung stand nicht die Masse der Arbeiterschaft. Diese stellte sich vielmehr neutral zwischen beide Teile, nur bestrebt, Blutvergießen im Bruderkrieg zu verhüten.

Es ist ein neuer Beleg für die Zerrissenheit der Unabhängigen Partei, daß, während ein Teil von ihr die Waffen gegen die Regierung ergriff, das Zentralkomitee der Partei sich anschickte, als Unparteiischer zu fungieren. Es erteilte einer Reihe von Genossen den Auftrag, eine Vermittlung zu versuchen.

Zeigte sich also in jenem kritischen Moment die U. S. P. nichts weniger als einig, so war überdies die äußerste Linke selbst auch gespalten. Ein Teil hielt den Putz für wahnwitzig und tat nicht mit. So Däumig und Richard Müller. Unter den Aufständischen selbst folgte ein Teil der Anregung der Vermittlungskommission und trat in Verhandlungen ein. Andere wieder lehnten jedes Verhandeln ab, unter Hinweis auf die 700.000 revolutionären Proletarier in Berlin.

So war das kleine Häuflein der Radikalsten inmitten einer Aktion, die auf Leben und Tod ging, auch noch taktisch gespalten. Derartiges gab es bei den Bolschewiki nicht.

Unter diesen Umständen lag nicht der mindeste Zwang für die Regierung vor, zu blutiger Gewalt zu greifen. Wir sind sicher keine Tolstoianer, wir müssen auch einer sozialistischen Regierung das Recht auf Anwendung militärischer Gewalt zuerkennen, selbst gegen Proletarier, wenn sie gewaltsam angegriffen wird und sich anders ihrer Gegner nicht zu erwehren weiß. Aber wir können ihr dieses Recht nicht zuerkennen dann, wenn ihr andere Mittel zur Verfügung stehen, sich zu behaupten.

Ein solches Mittel bot unser Vermittlungsversuch. Gelang er, so mußte er die ganz unversöhnlichen Elemente der äußersten Linken völlig isolieren und zur Ohnmacht verurteilen. Er mußte Feindschaft setzen zwischen den verschiedenen Elementen der äußersten Linken, ihre Zersplitterung vollenden und die Unpopularität, in die sie bei den Massen geraten waren, aufs höchste steigern.

Ein derart errungener Sieg der Regierung wäre ein unblutiger, ein rein moralischer, aber gerade dadurch um so wirksamer gewesen. Er hätte ihr Ansehen in der Masse erhöht, ihre Stellung im Staate befestigt.

Das sahen die Ebert, Scheidemann, Landsberg u. s. w. leider nicht ein. Wie so viele andere von links und rechts waren auch sie durch den Krieg so von militaristischem Empfinden erfüllt worden, daß die militärische Niederlage allein in ihren Augen eine entscheidende war.

Als wir zuerst bei der Regierung vorsprachen, am 6. Jänner nachmittags, war sie erfreut über unseren Vermittlungsversuch. Damals wußte sie wohl noch nicht, wie schwach der Gegner, wie stark sie selbst sei. Wir entfernten uns, weil wir noch keine Nachricht hatten, wie die Aufständischen unsere Vermittlung aufnahmen. Erst bei vorgerückter Nachtstunde waren wir so weit, Vertreter der Aufständischen mit der Regierung an einen Tisch zusammenzubringen. Aber seitdem mußte die Regierung sich ihrer Überlegenheit bewußt geworden sein. Anders läßt sich's nicht erklären, daß ihr Auftreten nun ganz anders als wenige Stunden vorher, durchaus nicht mehr konziliant war. Nach berühmten Mustern hatte man sich unter dem Einfluß der geänderten Rechtslage von der Idee des Verständigungsfriedens ab- und ~~der~~ des Diktatfriedens zugewendet. Die erste Sitzung verlief ergebnislos. Die Verhandlungen wurden in den nächsten Tagen vor dem Zentralrat fortgesetzt, mit keinem besseren Erfolg. Man kam nicht einmal so weit, in Verhandlungen über die eigentlichen Streitpunkte einzutreten. Die Regierung forderte, ch:

sie sich auf deren Besprechung einließ, sollte der von den Spartakisten besetzte „Vorwärts“ geräumt werden. Von dieser Forderung ließ sie nicht ab. Ebenso hartnäckig bestand die Gegenseite darauf, daß der „Vorwärts“ erst geräumt werde, wenn die Verhandlungen zu einer Verständigung führten. Dabei bildete der „Vorwärts“ feinsinnig eine besonders wichtige Machtposition. Seine Besetzung war eine symbolische Handlung gewesen, die Frage seiner Räumung eine bloße Frage des Prestiges. Es ist ja zweifelhaft, ob die streitenden Parteien bei einer Diskutierung ihrer Differenzen zu einer Einigung gekommen wären. Aber es war doch furchtbar, daß es um einer solchen Wichtigkeit wie der Räumung des „Vorwärts“ willen nicht einmal zum Verhandeln kam und das Blutbad unvermeidlich wurde.

Vergeblieh wies ich damals den Zentralrat auf das Beispiel der Pariser Kommune hin, deren große Fehler und Unzulänglichkeiten im Bewußtsein des internationalen Proletariats durch das Blut hinweggewaschen wurden, das die Gallikets vergossen. Doch warnte die Regierung, eine Gallikettolle auf sich zu nehmen und einen Abgrund voll Proletarierblut zwischen sich und den arbeitenden Massen aufzureißen. Sie möge militärisch siegen, aber sie werde politisch in diesem Abgrund ertrinken.

Alle Kassandrarufer verhallten ohne Wirkung. Die Regierung der Rechtssozialisten appellierte an die alten Generäle, ließ die Solbalekka gegen die Aufständischen los und siegte. Aber die Sache des Sozialismus erlitt dabei eine entscheidende Niederlage. Der Riß zwischen rechts und links wurde seitdem unheilbar, die Rechtssozialisten selbst aber gerieten in die Gefangenschaft der Militär- und Beamtenkaste. Die Massen, die ihnen bis dahin anhängen begannen, seitdem, sich von ihnen abzuwenden, indes die Sache der militärisch Niedergeworfenen und nach der Niederlage grausam Hingeschlachteten wachsende Sympathien gewann.

Die Mehrheitsler haben seit ihrem Sieg vom Jänner 1919, wie die letzten Wahlen zeigten, erhebliche Einbußen an Mitgliedern erlitten, die Unabhängigen sind stark gewachsen. Aber diese dürfen sich über den Grund ihrer Erfolge nicht täuschen. Er liegt nicht im Bekenntnis zum Rätesystem — wo die Unabhängigen damit Ernst zu machen suchten, haben sie moralische Niederlagen erlitten, die weit gefährlicher sind als eine militärische. Sie sind vielmehr stark geworden dadurch, daß sie tatsächlich die demokratischen Freiheiten verteidigten, trotz ihres verächtlichen Nasentrümpfens über die „formale Demokratie“. Und die Rechtssozialisten haben an Einfluß verloren, weil sie trotz ihrer demokratischen Grundsätze die demokratischen Freiheiten in ihrer Praxis dem Militarismus und der Bürokratie auslieferten.

Seit der großen Wahlniederlage scheint sich bei den Mehrheitslern darin ein großer Wandel zu vollziehen. Gelingt es ihnen, ihre Praxis mit ihrer demokratischen Theorie wieder in Einklang zu bringen, dann werden sie an Einfluß gegenüber den Unabhängigen wieder gewinnen, wenn nicht diese ihrerseits es fertigbringen sollten, ihre Diktaturredensarten fallen zu lassen und ihre politischen Prinzipien mit ihrer demokratischen Praxis in Einklang zu bringen.

Dann wäre aber die Bedingung der Einigung gegeben und damit die deutsche Revolution gerettet. Denn gegen ein einiges Proletariat kann in Deutschland niemand mehr regieren. Wie die proletarische Spaltung aber wirkt, haben wir eben gesehen. Alle die Fehler, die gemacht wurden und die die Revolution so tief geschädigt haben, waren nicht individuelles Verschulden, sondern unvermeidliche Folgen eines Zustandes, in dem die beiden Flügel, die jede sozialdemokratische Partei kennzeichnen, auseinandergerissen sind und als zwei selbständige und feindliche Körper einander gegenüberstehen.

Die verderblichen Folgen des Bruderkrieges sind in Ströbels Buch so anschaulich und eindringlich geschildert, daß jeder sich sagen muß, die Sache der Einigung sei unwiderstehlich, wenn die Menschen es verstünden, aus der Geschichte zu lernen. Indes schon Hegel hat darauf hingewiesen, daß Völker und Regierungen niemals etwas aus der Geschichte gelernt und nach Lehren, die aus derselben zu ziehen gewesen wären, gehandelt haben („Philosophie der Geschichte“, 2. Auflage, Seite 9). Wohl hat er im großen und ganzen recht. Doch braucht man deswegen nicht ganz pessimistisch zu sein.

Völker und Regierungen (und man kann hinzufügen Klassen und Parteien) lernen nur dann nichts aus der Geschichte, wenn ihre Interessen den Lehren der Geschichte widersprechen oder die gegebenen sozialen oder politischen Bedingungen diese Lehren nicht zur Geltung kommen lassen, mit anderen Worten, wenn diese keinen Boden finden.

Unglücklicherweise ist kein Boden da, der die Lehren der Geschichte, deren Darstellung Ströbel gibt, fruchtbar werden ließe. Die Geschichte selbst hat seit dem Beginn des Weltkrieges zu viele Gründe der Uneinigkeit und Spaltung in der Sozialdemokratie entwickelt, als daß die Lehren der Geschichte von der Verderblichkeit dieser Uneinigkeit und Spaltung über die Wirkung in der Geschichte obliegen könnten.

Doch diese Wirkungen sind als geschichtliche — Resultate geschichtlichen Wandel unterworfen. Sie werden vergehen und wir haben bereits darauf hingewiesen, in welcher Weise sie sich ändern und wieder den Boden für die Einigung schaffen können. Dann werden Schriften wie die Ströbels nicht ohnmächtiges Bedauern zeitigen, sondern kraftvolles Wirken. Und je mehr solche Schriften heute gelesen und beachtet werden, desto mehr bereiten sie den Boden für die spätere Einigung vor, desto leichter und zweckmäßiger wird diese sich schließlich gestalten können. Und darum begrüßen wir freudig Ströbels Arbeit, wenn wir auch eine unmittelbare praktische Wirkung von ihr nicht erwarten.

Wir hoffen, nach Jahr und Tag wird unser Freund imstande sein, eine Fortsetzung zu schreiben, die den gleichen Titel trägt, aber nur noch die Hälfte ihres Untertitels. Wenn seine Schrift heute heißt: „Die deutsche Revolution, ihr Unglück und ihre Rettung“, wird dann hoffentlich die Fortsetzung nur noch den Titel tragen: „Die deutsche Revolution und ihre Rettung“.

Mar Adler: Zur Verfassungsreform¹⁾.

Eine der nächsten und dringendsten Aufgaben unserer Gesetzgebung ist bekanntlich die Verfassungsreform, die Schaffung des Grundgesetzes unserer jungen Republik. Es kann wohl eigentlich keinen wichtigeren Gesetzgebungsakt geben, als den, durch welchen ein Staat sich seine gesetzmäßige Ordnung schafft, die Freiheiten seiner Bürger sichert und die Gewalten seiner Behörden genau umschreibt. Es ist die Verfassungssetzung daher überall ein feierlicher Akt, zu welchem sich eine eigene Volksvertretung als konstituierende Versammlung vereinigt, und wie sehr auch zumeist die Verfassungsbestimmungen sich erst aus dem leidenschaftlichen Widerstreit der Interessen ergeben, so ist doch in der Regel der einheitliche Wille zum Staate, zur Aufrichtung einer Rechtseinheit bisher das vereinigende, ja befeuernde Prinzip der Bildung einer neuen Verfassung gewesen.

Gerade dieser einheitliche Wille zum Staate fehlt dem Verfassungswort Feiertagskaiserreich und wir werden noch sehen, warum dies so ist. Darum be-

¹⁾ Enthält zum Teil die Ausführungen aus der Rede in der Budgetdebatte des niederösterreichischen Landtages vom 8. Februar 1920.

DER KAMPF

SOZIALDEMOKRATISCHE MONATSSCHRIFT

JAHRG. 13

JUNI 1920

NUMMER 6

Karl Rautsky (Berlin): Demokratie und Demokratie.

In der Berliner „Freiheit“ vom 24. April d. J. schreibt Genosse Crispian am Schlusse eines Artikels:

„Das klassenbewußte Proletariat betrat (nach dem Beginn seines Klassenkampfes um die politische Macht) den Boden der bürgerlichen Demokratie. Nicht um sich mit dieser Demokratie zu identifizieren, sondern um sie als Kampfmittel zu gebrauchen.“

Dieser Satz hätte vor wenigen Jahren noch sehr befremdet. Denn wir nahmen allgemein an, daß das Proletariat, sobald es in den Kampf um die politische Macht eintrat, den Boden der bürgerlichen Demokratie verließ, um sich auf den der proletarischen, der sozialistischen Demokratie zu stellen. Heute wirkt der Crispiansche Satz nicht mehr überraschend, denn seit dem Aufkommen der kommunistischen Idee der Räteherrschaft hat das Wort „bürgerliche Demokratie“ einen neuen Sinn bekommen, den es früher nicht hatte.

Der Begriff der Demokratie ist seitdem ein höchst schwankender geworden in derselben Zeit, in der er aufs äußerste umstritten wird. Da lohnt es sich, ihn wieder einmal klarzulegen, auf die Gefahr hin, längst Bekanntes zu wiederholen. Dies Altbekannte ist leider noch für zu viele Proletarier etwas völlig Unbekanntes.

Das Wort „Demokratie“ verleitet sehr leicht zu einer Konfusion des Denkens, da es drei verschiedene Begriffe bezeichnet: eine bestimmte Staatsverfassung; ein Land, in dem diese Verfassung besteht, und endlich eine Partei, die eine solche Verfassung anstrebt oder verteidigt. Das sind drei sehr verschiedene Dinge. Aber sie stehen in engster Beziehung zueinander, wodurch es sehr erleichtert wird, daß man sie unvermerkt einander gleichsetzt und miteinander verwechselt, was die höchste Verwirrung politischen Denkens hervorruft.

Eine demokratische Verfassung ist eine solche, in der alle erwachsenen Staatsangehörigen, die gesunden Geistes sind, alle politischen Rechte in gleichem Ausmaß haben, ohne Unterschied der Klasse, der Nationalität, der Religion und in jüngster Zeit auch des Geschlechts.

Hat man die Demokratie als Verfassung im Auge, dann ist es also widersinnig, von einer bürgerlichen Demokratie zu reden. Und doch meinte Crispian offenbar die Demokratie als Verfassung, wenn er von der bürgerlichen Demokratie als dem Boden sprach, auf den sich das Proletariat zur Auskämpfung eines Klassenkampfes stellt.

Ich hatte mich schon früher einmal dagegen gewendet, daß man das Wort „bürgerliche Demokratie“ zur Kennzeichnung der demokratischen Staatsverfassung benutze. Darob haben mich Anhänger der Räteherrschaft arg abgekanzelt. Ich hätte meinen ganzen Marxismus vergessen. Die Klassenunterschiede durchdrängen die ganze Gesellschaft, es gebe daher keine Demokratie an sich.

Kein Zweifel, gegenüber der herkömmlichen demokratischen Auffassung hat uns Marx einen großen Fortschritt gebracht. Jene sah im Staate nur den

Gegensatz zwischen Regierung und Volk. Sie überseh ganzlich, daß das Volk in sehr verschiedene und gegensätzliche Klassen zerfällt. Die Klassen und ihre Gegensätze zu studieren ist eine der wichtigsten Aufgaben eines jeden Politikers. Aber es heißt in eine ebenso schlimme Einseitigkeit verfallen, wie sie ehemals die herkömmliche, demokratische Auffassung kennzeichnet, wenn man in der ganzen Gesellschaft nichts sieht als Klassengegensätze oder gar, wenn man nur für den Gegensatz von Proletariat und Bourgeoisie Augen hat und glaubt, mit der unendlichen Wiederholung des Wörtleins „Klassenkampf“ alle gesellschaftlichen Probleme gelöst zu haben.

Die Erkenntnis, daß die politischen Kämpfe in letzter Linie Klassenkämpfe sind, wirkt auf unser politisches Denken sicher sehr befruchtend, jedoch nur dann, wenn sie am richtigen Ort angewandt wird.

In den Klassenkämpfen spielte zum Beispiel das allgemeine gleiche Wahlrecht sowie die Vereins- und Versammlungsfreiheit eine große Rolle. Es wäre jedoch sinnlos, von einem bürgerlichen allgemeinen Wahlrecht, von einer bürgerlichen Vereins- und Versammlungsfreiheit für alle zu reden. Die Demokratie als Verfassung bedeutet aber nichts als die Zusammenfassung dieser und ähnlicher Rechte und Freiheiten. Sobald man an Stelle des Abstraktums „Demokratie“ die einzelnen konkreten Bestimmungen setzt, aus denen sie besteht, erhellt sofort, wie abgeschmackt es ist, wenn man die Demokratie als Staatsverfassung eine „bürgerliche“ nennt.

Damit sei natürlich nicht gesagt, daß die Demokratie in ihrer praktischen Anwendung von den Klassen und ihren Gegensätzen nicht berührt wird. In der Demokratie herrscht der Wille des Volkes. Aber dieses bildet nicht eine einheitliche Masse, es zerfällt in verschiedene Klassen. Als Wille des Volkes tritt daher zutage der Wille derjenigen Klasse oder Klassen, die seine Mehrheit bilden. Damit ist jedoch noch nicht gesagt, daß das, was sich als Wille der Mehrheit äußert, auch ihrem Klasseninteresse entspricht. Eine ökonomisch oder intellektuell überlegene Minderheit kann sich die Mehrheit geistig dienstbar machen, so daß der Wille der Mehrheit unbewußt das Interesse der Minderheit fördert.

Dieselbe demokratische Staatsverfassung kann daher in ihrer praktischen Anwendung in verschiedenen Ländern und Zeiten sehr verschiedenen Interessen dienen. Bezeichnet man ein demokratisches Land als Demokratie, dann kann man allerdings von bürgerlichen Demokratien reden, ebenso von bäuerlichen, indes bisher leider noch nicht von einer proletarischen Demokratie. Wohl bildet das Proletariat bereits in verschiedenen Staaten die Mehrheit der Bevölkerung. Aber noch wird ein wesentlicher Teil dieses Proletariats geistig von der Bourgeoisie geführt, namentlich von ihren Intellektuellen, zu denen auch der Klerus gehört. Der klassebewußte, kämpfende Teil des Proletariats bildete auch in den industriell vorge-schrittensten Staaten bisher nur eine Minderheit, die allerdings dort nahe daran ist, eine Mehrheit zu werden.

Trotzdem gibt es eine Reihe von Politikern, die der Ueberzeugung leben, daß selbst im demokratischsten Staate das Proletariat sich niemals vollständig von der bürgerlichen Führung loszulösen vermag. Darum erklären sich jetzt die Kommunisten gegen die Staatsverfassung der Demokratie, von der sie behaupten, sie könne nie etwas anderes sein als ein Mittel bürgerlicher Klassenherrschaft. Dies der Grund, warum sie frischweg auch die Demokratie als Verfassung eine bürgerliche nennen.

Neben den Kommunisten gibt es bürgerliche Politiker, die ebenfalls der demokratischen Verfassung die gleiche Kraft zuschreiben, das Proletariat auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft zu erhalten, und die sich daher durch Furcht vor dem Proletariat nicht verhindern lassen, für die Demo-

kratie einzutreten. Zu ihnen gesellen sich wahrhafte Freunde des Proletariats, die sich aber eine andere als die gegebene Gesellschaftsform nicht vorstellen können und glauben, politische Freiheit und Gleichberechtigung genügen, das Proletariat zufriedenzustellen. Diese Politiker bilden zusammen jene Parteien, die man als die der bürgerlichen Demokratie bezeichnet. Ehedem hatte man vornehmlich sie im Auge, wenn man von bürgerlicher Demokratie sprach.

Ganz anders dachten Marx und Engels und ihre Schüler, die im proletarischen Klassenkampf das Mittel sahen, das die Proletarier von der bürgerlichen Führung nicht nur in der Oekonomie, sondern auch in der Politik löst und zu einer selbständigen Politik befähigt, die vom Proletariat als selbständiger Partei betrieben wird auf dem Boden einer demokratischen Staatsverfassung. Das erste, was unsere Meister zu tun hatten, um diese Partei der proletarischen Demokratie, der Sozialdemokratie, zu gründen, war die Zerstörung der Illusionen der bürgerlichen Demokraten, als genüge schon das bloße Bestehen der Demokratie, um das Proletariat zu befreien. Wenn uns jetzt die Kommunisten langatmige Vorlesungen halten, um uns dasselbe zu beweisen, entdecken sie wieder einmal triumphierend Amerika. Das, was sie uns sagen, haben wir vor einem halben Jahrhundert schon gewußt. Nur schlossen wir daraus bloß auf die Unzulänglichkeit der bloßen Demokratie, nicht auf ihre Verwerflichkeit. Diese Unzulänglichkeit tritt dort zutage, wo das Proletariat geistig unselbständig ist. So folgt daraus die Notwendigkeit, das Proletariat geistig reif und selbständig zu machen, nicht die Demokratie abzulehnen.

Wer die Demokratie verwirft, muß eine andere Staatsverfassung anstreben. Außer der Form der Demokratie kommen nur noch zwei große Typen von Staatsformen in Betracht: die Autokratie und die Aristokratie. Die Autokratie finden wir dort, wo die verschiedenen Gesellschaftsklassen, auch die oberen, so schwach sind und der Staatsapparat, Militär und Bürokratie, ihnen gegenüber so stark, daß dieser sich über alle Klassen erhebt, sie alle beherrscht. Da Bürokratie und Militär stets hierarchisch organisiert sind, eine oberste persönliche Spitze haben, wird diese zum Alleinherrscher, zum Autokraten, in dem alle politische Macht und alle politischen Rechte konzentriert sind. Es hängt von seinem Belieben ab, ob und wieviel davon er mit seinen Günstlingen teilen will.

In der Aristokratie dagegen finden wir eine einzelne Klasse so stark, daß sie imstande ist, für sich alle politischen Rechte zu monopolisieren und dieses Monopol in der Staatsverfassung festzulegen. Von der Aristokratie unterscheidet sich die Demokratie nicht dadurch, daß nur jene eine Klassenherrschaft darstellt, diese nicht, sondern dadurch, daß in der Aristokratie die Herrschaft einer bestimmten Klasse verfassungsmäßig festgelegt und von Staats wegen geschützt wird, in der Demokratie nicht. In der letzteren wechseln mit dem Wandel der sozialen Machtverhältnisse auch die herrschenden Klassen, in der Aristokratie bleibt stets dieselbe bestimmte Klasse im Besitz der Staatsgewalt. Ist es widersinnig, der Demokratie als Staatsverfassung einen bestimmten Klassencharakter beizulegen, so bildet dieser Charakter gerade das Wesen der Aristokratie.

Die Demokratie ist weit entfernt davon, durch sich allein schon die Klassengegensätze aufzuheben; sie äußern sich in ihr vielmehr am schärfsten, weil sie durch kein anderes Moment verdeckt werden. In der Aristokratie werden die Klassengegensätze unter den nicht bevorrechteten Klassen zurückgedrängt durch den gemeinsamen Kampf gegen die aristokratische Klasse. Und dieser Kampf wird vor allem ein Kampf zum Umsturz der Verfassung, während

Gegensatz zwischen Regierung und Volk. Sie übersah gänzlich, daß das Volk in sehr verschiedene und gegensätzliche Klassen zerfällt. Die Klassen und ihre Gegensätze zu studieren ist eine der wichtigsten Aufgaben eines jeden Politikers. Aber es heißt in eine ebenso schlimme Einseitigkeit verfallen, wie sie ehemals die herkömmliche, demokratische Auffassung kennzeichnet, wenn man in der ganzen Gesellschaft nichts sieht als Klassengegensätze oder gar, wenn man nur für den Gegensatz von Proletariat und Bourgeoisie Augen hat und glaubt, mit der unendlichen Wiederholung des Wörtleins „Klassenkampf“ alle gesellschaftlichen Probleme gelöst zu haben.

Die Erkenntnis, daß die politischen Kämpfe in letzter Linie Klassenkämpfe sind, wirkt auf unser politisches Denken sicher sehr befruchtend, jedoch nur dann, wenn sie am richtigen Ort angewandt wird.

In den Klassenkämpfen spielte zum Beispiel das allgemeine gleiche Wahlrecht sowie die Vereins- und Versammlungsfreiheit eine große Rolle. Es wäre jedoch sinnlos, von einem bürgerlichen allgemeinen Wahlrecht, von einer bürgerlichen Vereins- und Versammlungsfreiheit für alle zu reden. Die Demokratie als Verfassung bedeutet aber nichts als die Zusammenfassung dieser und ähnlicher Rechte und Freiheiten. Sobald man an Stelle des Abstraktums „Demokratie“ die einzelnen konkreten Bestimmungen setzt, aus denen sie besteht, erhellt sofort, wie abgeschmackt es ist, wenn man die Demokratie als Staatsverfassung eine „bürgerliche“ nennt.

Damit sei natürlich nicht gesagt, daß die Demokratie in ihrer praktischen Anwendung von den Klassen und ihren Gegensätzen nicht berührt wird. In der Demokratie herrscht der Wille des Volkes. Aber dieses bildet nicht eine einheitliche Masse, es zerfällt in verschiedene Klassen. Als Wille des Volkes tritt daher zutage der Wille derjenigen Klasse oder Klassen, die seine Mehrheit bilden. Damit ist jedoch noch nicht gesagt, daß das, was sich als Wille der Mehrheit äußert, auch ihrem Klasseninteresse entspricht. Eine ökonomisch oder intellektuell überlegene Minderheit kann sich die Mehrheit geistig dienstbar machen, so daß der Wille der Mehrheit unbewußt das Interesse der Minderheit fördert.

Dieselbe demokratische Staatsverfassung kann daher in ihrer praktischen Anwendung in verschiedenen Ländern und Zeiten sehr verschiedenen Interessen dienen. Bezeichnet man ein demokratisches Land als Demokratie, dann kann man allerdings von bürgerlichen Demokratien reden, ebenso von bauerlichen, indes bisher leider noch nicht von einer proletarischen Demokratie. Wohl bildet das Proletariat bereits in verschiedenen Staaten die Mehrheit der Bevölkerung. Aber noch wird ein wesentlicher Teil dieses Proletariats geistig von der Bourgeoisie geführt, namentlich von ihren Intellektuellen, zu denen auch der Klerus gehört. Der klassenbewußte, kämpfende Teil des Proletariats bildete auch in den industriell vorge-schrittensten Staaten bisher nur eine Minderheit, die allerdings dort nahe daran ist, eine Mehrheit zu werden.

Trotzdem gibt es eine Reihe von Politikern, die der Ueberzeugung leben, daß selbst im demokratischsten Staate das Proletariat sich niemals vollständig von der bürgerlichen Führung loszulösen vermag. Darum erklären sich jetzt die Kommunisten gegen die Staatsverfassung der Demokratie, von der sie behaupten, sie könne nie etwas anderes sein als ein Mittel bürgerlicher Klassenherrschaft. Dies der Grund, warum sie frischweg auch die Demokratie als Verfassung eine bürgerliche nennen.

Neben den Kommunisten gibt es bürgerliche Politiker, die ebenfalls der demokratischen Verfassung die gleiche Kraft zuschreiben, das Proletariat auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft zu erhalten, und die sich daher durch Furcht vor dem Proletariat nicht verhindern lassen, für die Demo-

kratie einzutreten. Zu ihnen gesellen sich wahrhafte Freunde des Proletariats, die sich aber eine andere als die gegebene Gesellschaftsform nicht vorstellen können und glauben, politische Freiheit und Gleichberechtigung genügen, das Proletariat zufriedenzustellen. Diese Politiker bilden zusammen jene Parteien, die man als die der bürgerlichen Demokratie bezeichnet. Ehedem hatte man vornehmlich sie im Auge, wenn man von bürgerlicher Demokratie sprach.

Ganz anders dachten Marx und Engels und ihre Schüler, die im proletarischen Klassenkampf das Mittel sahen, das die Proletarier von der bürgerlichen Führung nicht nur in der Ökonomie, sondern auch in der Politik loslöst und zu einer selbständigen Politik befähigt, die vom Proletariat als selbständiger Partei betrieben wird auf dem Boden einer demokratischen Staatsverfassung. Das erste, was unsere Meister zu tun hatten, um diese Partei der proletarischen Demokratie, der Sozialdemokratie, zu gründen, war die Zerstörung der Illusionen der bürgerlichen Demokraten, als genüge schon das bloße Bestehen der Demokratie, um das Proletariat zu befreien. Wenn uns jetzt die Kommunisten langatmige Vorlesungen halten, um uns dasselbe zu beweisen, entdecken sie wieder einmal triumphierend Amerika. Das, was sie uns sagen, haben wir vor einem halben Jahrhundert schon gewußt. Nur schlossen wir daraus bloß auf die Unzulänglichkeit der bloßen Demokratie, nicht auf ihre Verwerflichkeit. Diese Unzulänglichkeit tritt dort zutage, wo das Proletariat geistig unselbständig ist. So folgt daraus die Notwendigkeit, das Proletariat geistig reif und selbständig zu machen, nicht die Demokratie abzulehnen.

Wer die Demokratie verwirft, muß eine andere Staatsverfassung anstreben. Außer der Form der Demokratie kommen nur noch zwei große Typen von Staatsformen in Betracht: die Autokratie und die Aristokratie. Die Autokratie finden wir dort, wo die verschiedenen Gesellschaftsklassen, auch die oberen, so schwach sind und der Staatsapparat, Militär und Bürokratie, ihnen gegenüber so stark, daß dieser sich über alle Klassen erhebt, sie alle beherrscht. Da Bürokratie und Militär stets hierarchisch organisiert sind, eine oberste persönliche Spitze haben, wird diese zum Alleinherrscher, zum Autokraten, in dem alle politische Macht und alle politischen Rechte konzentriert sind. Es hängt von seinem Belieben ab, ob und wieviel davon er mit seinen Günstlingen teilen will.

In der Aristokratie dagegen finden wir eine einzelne Klasse so stark, daß sie imstande ist, für sich alle politischen Rechte zu monopolisieren und dieses Monopol in der Staatsverfassung festzulegen. Von der Aristokratie unterscheidet sich die Demokratie nicht dadurch, daß nur jene eine Klassenherrschaft darstellt, diese nicht, sondern dadurch, daß in der Aristokratie die Herrschaft einer bestimmten Klasse verfassungsmäßig festgelegt und von Staats wegen geschützt wird, in der Demokratie nicht. In der letzteren wechseln mit dem Wandel der sozialen Machtverhältnisse auch die herrschenden Klassen, in der Aristokratie bleibt stets dieselbe bestimmte Klasse im Besitz der Staatsgewalt. Ist es widersinnig, der Demokratie als Staatsverfassung einen bestimmten Klassencharakter beizulegen, so bildet dieser Charakter gerade das Wesen der Aristokratie.

Die Demokratie ist weit entfernt davon, durch sich allein schon die Klassengegensätze aufzuheben; sie äußern sich in ihr vielmehr am schärfsten, weil sie durch kein anderes Moment verdeckt werden. In der Aristokratie werden die Klassengegensätze unter den nicht bevorrechteten Klassen zurückgedrängt durch den gemeinsamen Kampf gegen die aristokratische Klasse. Und dieser Kampf wird vor allem ein Kampf zum Umsturz der Verfassung, während

in der Demokratie der Klassenkampf auf dem Boden der Verfassung vor sich geht.

Die Demokratie ist elastisch. Sie paßt sich den aus der ökonomischen Entwicklung hervorgehenden Veränderungen in den sozialen Machtverhältnissen an. Die Aristokratie ist starr, in ihr vermag sich die Anpassung nur durch einen gewaltsamen Bruch, eine Katastrophe zu vollziehen.

Aber dafür ist die Aristokratie für die aristokratische Klasse die bequemste Staatsform. In der Demokratie ist keine Partei oder Klasse sicher, sich zu behaupten, in ihr verdient nur der die Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muß. In der Aristokratie hat die herrschende Klasse das nicht notwendig, sobald es ihr einmal gelungen ist, die Staatsmacht an sich zu reißen und den Staat in ihrem Sinne zu gestalten. Alle anderen sind ihr gegenüber rechtlos und waffenlos. Es muß schon eine ganz ungeheure Verschiebung in den sozialen Machtverhältnissen eintreten, ehe es gelingt, die aristokratische Verfassung umzuwälzen. Um so gründlicher wird dann freilich die Umwälzung, während die Demokratie nur selten große Ueberraschungen bringt.

Die verschiedensten Klassen haben, wenn die Verhältnisse ihnen günstig waren, Aristokratien gebildet. Am häufigsten finden wir die Erbaristokratie, in der eine Reihe von Familien die politischen Rechte für sich und ihre legitime Nachkommenschaft monopolisieren. Es sind in der Regel Familien des großen Grundbesitzes, die in dieser Weise eine Feudalaristokratie bilden.

Sobald die kapitalistische Bourgeoisie aufkommt, strebt sie ebenfalls nach politischer Macht. Zum Teil verbindet sie sich mit den arbeitenden Klassen, den Kleinbürgern, Bauern, Proletariern, um das politische Monopol der Erbaristokratie zu brechen, und bildet so die Partei der bürgerlichen Demokratie. Zum Teil aber fürchtet sie bereits die Möglichkeit einer Herrschaft der arbeitenden Klassen, die durch die Demokratie herbeigeführt wird, und sucht die Geschlechteraristokratie bloß durch eine neue Art der Aristokratie zu ersetzen, die Geldaristokratie, die sich auf Maßregeln, wie das Zensurwahlrecht und Beschränkungen der Presse durch Kautionen und Stempel stützt, Maßregeln, die den Besitzlosen den Anteil am politischen Kampf unendlich erschweren, oft ganz unmöglich machen. Nichts ist irriger als die Behauptung der Kommunisten, daß die Bourgeoisie von Anfang an in der Demokratie die für ihre Herrschaft geeignetste Staatsform gesehen hat. Im Gegenteil hat überall die große Mehrheit der Bourgeoisie das Zensurwahlrecht gegen den Ansturm des Proletariats mit größter Fähigkeit verteidigt. Dagegen war der Klassenkampf des Proletariats von seinen Anfängen an identisch mit einem erbitterten Kampf ums allgemeine, gleiche Wahlrecht und um die vollste Demokratie überhaupt.

Um so erstaunlicher wirkte es, daß die russische sozialdemokratische Partei der Bolschewiki, als sie 1917 ans Ruder kam, nichts Eiligeres zu tun mußte, als die eben erst durch den Sturz des Zarismus errungene Demokratie mit dem allgemeinen Wahlrecht, der allgemeinen Press- und Vereinsfreiheit z. abzuschaffen und an Stelle der Demokratie eine neue Aristokratie zu setzen, eine der erstaunlichsten Art, eine proletarische Aristokratie.

Bis dahin hätte niemand an eine solche gedacht. Der Begriff des Proletariats ist so eng mit der Demokratie verwachsen, daß die neuen Machthaber selbst nicht wagten, das Kind beim richtigen Namen zu nennen. Sie suchten den Typus der demokratischen Staatsverfassung bei den Arbeitern dadurch zu diskreditieren, daß sie ihn als „bürgerliche Demokratie“ bezeichneten. Und die Form der neuen Sowjetaristokratie sollte dadurch schmachhaft gemacht werden, daß man sie zur proletarischen Demokratie stempelte. Aber wir wissen, daß die Identifizierung der demokratischen Staatsform mit

der Herrschaft einer bestimmten Klasse eine Sinnlosigkeit ist. Eine Verfassung, die ausdrücklich die Herrschaft einer bestimmten Klasse festlegt, ist stets eine Aristokratie.

So bestrebend die Vorstellung einer proletarischen Aristokratie war, hat sie doch sehr an Popularität gewonnen in Staaten, in denen die augenblicklichen sozialen Machtverhältnisse nicht der Art sind, daß das Proletariat Aussicht hätte, demnächst auf dem Wege der Demokratie die Staatsmacht zu erobern. Wer aber in solchen Staaten glaubt, die russische Methode führe leichter zum Ziel, vergift, daß sie das Produkt einer außerordentlichen Konstellation war, die nicht so leicht wiederkehrt. Alle Versuche, außerhalb Rußlands eine solche Konstellation künstlich zu schaffen, sind gescheitert, wie jeder Butschismus scheitern muß.

Die ganze Klassenlage des Proletariats ist eine derartige, daß es nicht die geringste Aussicht hat, unter normalen Umständen die Kraft zur Aufrichtung einer Aristokratie zu erlangen, außer dort, wo es an Zahl, Geschlossenheit und Selbständigkeit so sehr allen anderen Klassen überlegen ist, daß es der Privilegierung durch eine aristokratische Staatsform nicht bedarf, da es auf dem Wege der Demokratie unter diesen Umständen seine Ziele ebenso sicher und besser erreicht.

Die Klassenlage des Proletariats erschwert ihm aber nicht nur aufs äußerste, eine aristokratische Stellung im Staate zu erringen. Sie ist auch unvereinbar mit der Behauptung dieser Stellung.

Die bisherigen Aristokraten waren alle solche von ausbeutenden Klassen. Dank der Ausbeutung gewannen sie Mittel und Muße, die für den Bestand des Staates wichtigen Fähigkeiten in höherem Grade zu entwickeln, als die Masse der Ausgebeuteten. Im Mittelalter verstand der Adel allein die Waffen zu führen, war die Kirche, auch eine Art Aristokratie, allein im Besitz höheren Wissens. Die Volksmasse war unwissend und wehrlos. Darauf beruhte die Kraft der mittelalterlichen Aristokratie.

Der arbeitende Proletarier von heute hat weder die Mittel noch die Muße, die bisher über ihm stehenden Klassen an allgemeiner Bildung oder an Spezialkenntnissen in Bezug auf Kriegführung oder Staatsverwaltung zu übertreffen. Die proletarische Aristokratie muß entweder die Führung der Armee den alten Offizieren, die Verwaltung des Staates den aus der Bourgeoisie stammenden Intellektuellen überlassen. Oder aber die Proletarier setzen sich selbst in den Besitz der nötigen Kenntnisse und hören dann auf, in der Produktion tätige Proletarier zu sein. Diese Entwicklung geht dann auf Kosten des Produktionsprozesses, der vernachlässigt wird und verfällt.

Eine Klasse von Handarbeitern kann wohl dahin kommen, daß sie den anderen Klassen an politischer Bildung ebenbürtig ist, was in einem demokratischen Staatswesen zu ihrer Herrschaft führt, sobald sie die zahlreichste Klasse bildet, namentlich wenn das Heer ein bloßes Milizheer ist. Sie wird es nie erreichen, daß sie, gleich einer Ausbeuteraristokratie, die anderen Klassen alle an Bildung überträgt und daß diese ihr wehrlos als der einzigen bewaffneten Macht gegenüberstehen.

Je mehr die Sowjetaristokratie ihren Herrschaftscharakter betont, desto mehr muß sie die besten Elemente des Proletariats der Industrie entziehen und der Armee und Bürokratie zuführen. Je mehr sie den Produktionsprozeß fördern will, desto mehr müssen die Proletarier ihre Herrschaftsaufgaben nicht-proletarischen Elementen überlassen.

So schwankt eine proletarische Aristokratie in den seltenen Fällen, in denen sie möglich wird, stets zwischen der Gefahr des industriellen Verkommens und der Gefahr der Unterjochung durch eine neue militaristisch-bürokratische Autokratie.

Den normalen Weg des Proletariats zur Gewinnung und dauernden Festhaltung der politischen Macht bildet nur die Demokratie.

Wir sprechen hier von der demokratischen Staatsverfassung als einem Typus. Ebenso von den anderen Verfassungsformen. Die Wirklichkeit kennt keine Typen, sondern nur Individuen, die von dem Typus der Art, zu der sie durch ihre wesentlichen Eigenschaften gehören, mehr oder weniger in einzelnen Details abweichen. Das gilt auch von den einzelnen Staaten mit demokratischen Verfassungen. Wenn wir von einigen unbedeutenden Gemeinwesen absehen, wie den Urkantonen der Schweiz, in denen sich noch die urwüchsige Gemeinfreiheit erhalten hat, ist die moderne Demokratie allenthalben im Kampfe gegen autokratische oder aristokratische Verfassungen erobert worden und sie trägt noch manche Eierschalen ihrer Entstehung mit sich. Frankreich hat wohl in seiner Großen Revolution die Reste der Aristokratie gründlich vernichtet, aber sein Militarismus und seine Bürokratie zeigen noch viele Kennzeichen der beiden Napoleonischen Kaiserreiche. In England wieder vermochten sich wohl kein Militarismus und keine Bürokratie zu beherrschender Macht zu entwickeln, aber dafür finden wir dort noch kraftvolle aristokratische Institutionen, wie zum Beispiel das Oberhaus.

Im Deutschen Reich waren bis zur Revolution von 1918 die militärischen und bürokratischen Faktoren gleichzeitig mit den aristokratischen so stark, daß man da von einer Demokratie überhaupt kaum reden konnte.

Selbst die Vereinigten Staaten bildeten bei ihrem Beginn eine Mischung von bäuerlichen Demokratien des Nordens und aristokratischen Sklavenhalterstaaten des Südens. Und bis in die Sechzigerjahre des vorigen Jahrhunderts wurde die große transatlantische Demokratie durch die Negersklaverei geschändet.

Eine vollkommene Demokratie gibt es noch nirgends. Aber mit Unrecht weist man auf die Mängel in den einzelnen demokratischen Staaten hin, um daraus die Wertlosigkeit der Demokratie zu deduzieren. Diese Mängel bezeugen bloß die Notwendigkeit für das Proletariat, allenthalben die Vervollkommnung der Demokratie anzustreben. Mehr als jede andere Klasse hat das Proletariat diese Aufgabe, denn mehr als jede andere hat es ein Interesse an einer vollkommenen Demokratie.

Natürlich kann die Staatsverfassung allein, und wenn sie noch so vollkommen ist, nicht den Bedürfnissen des Proletariats genügen. Die Schäden der kapitalistischen Ausbeutung werden dadurch nicht aufgehoben. Wir streben die Demokratie nicht an, weil sie uns als eine Idylle erscheint, sondern weil sie den besten Boden bildet für die Auskämpfung des Klassengegensatzes zwischen Kapital und Proletariat.

Wir sehen auch in der bloßen Demokratie nicht die Lösung aller Probleme der Staatspolitik, die heute im Zeitalter der Sozialisierung auftauchen und die man kurz dahin zusammenfassen kann, daß sie der Aufgabe entspringen, den Staat aus einem Herrschaftsapparat in einen Verwaltungsapparat für soziale Zwecke umzuwandeln. Neben Körperschaften, die dem allgemeinen gleichen Wahlrecht entspringen, werden da Korporationen von Fachleuten, Berufsorganisationen, wie Gewerkschaften, Arbeiterräte, Gilden, eine große Rolle spielen. Auf diesem Gebiet haben wir noch viel zu lernen, werden wir auch aus den Erfahrungen der russischen Sowjets manche nützliche Lehre ziehen können.

Also mit der bloßen Demokratie reichen wir zur Organisation der sozialistischen Produktion nicht aus. Aber wo die Frage lautet: Gleichberechtigung aller oder Alleinberechtigung einer einzelnen Klasse, Demokratie oder Aristokratie, müssen wir uns für die Demokratie entscheiden, selbst gegenüber einer proletarischen Aristokratie.

Geschichte und die gegenwärtige Tätigkeit der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine, der christlichen Gewerkschaften, der Syndikalisten und Unionisten, der „wirtschaftsfriedlichen“ Vereine und einiger kleinerer Organisationen. In zwei separaten Kapiteln wird im Anschluß daran die moderne Angestelltenbewegung dargestellt.

Der dritte Band des Werkes beschäftigt sich mit der Gewerkschaftsbewegung des Auslandes. Der Verfasser versucht, an die Stelle einer chronologischen Registrierung äußerer Vorgänge eine Darstellung der leitenden Ideen der Gewerkschaftsbewegung der einzelnen Länder zu geben. Leider macht sich bei diesem Beginnen die Knappheit der Darstellung recht unangenehm bemerkbar. Österreich muß sich zum Beispiel mit knappen dreißig Zeilen begnügen, was wohl nicht hinreichend ist, um ein deutliches Bild von unserer Bewegung zu bieten.

Nestriepkes Vorhaben war, einen Überblick über die gesamte Gewerkschaftsbewegung zu geben, was ihm im großen und ganzen gelungen ist. Allerdings ist die Darstellung, wie es ja bei der Tatsache, daß ein in Deutschland wirkender Schriftsteller der Verfasser ist, nicht gut anders sein kann, vorwiegend auf die deutschen Verhältnisse zugeschnitten. Das Werk ist wohl ein Handbuch der internationalen Gewerkschaftsbewegung, aber mit starker räumlicher und inhaltlicher Bevorzugung der deutschen Gewerkschaften. Es sind deshalb die Gewerkschafter der außerdeutschen Länder durch Nestriepkes Werk nicht der Aufgabe enthoben, nunmehr von ihrer Perspektiv aus eine ähnliche Darstellung zu geben wie sie Nestriepke von der Deutschlands aus versucht hat. Was insbesondere Österreich anbelangt, sind die Methoden des Gewerkschaftskampfes hier mit denen des deutschen Mutterlandes durchaus nicht identisch. Unsere Gewerkschaften führen, bedingt durch die Besonderheit unserer staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, ein Eigenleben. Dieses zu beschreiben wäre für die österreichischen Arbeiter wichtig und für die des Auslandes gewiß nicht ohne Interesse. Was Nestriepke vom Standpunkt der deutschen Gewerkschaften aus unternommen hat, sollte nunmehr auch von dem der österreichischen Organisationen aus versucht werden. Hoffentlich kommen wir bald zu einem Handbuch der österreichischen Gewerkschaftsbewegung.

Karl Kautsky (Berlin): Aus Briefen von Friedrich Engels.

Unter dem vielversprechenden Titel: „Friedrich Engels' politisches Vermächtnis. Aus unveröffentlichten Briefen“, hat das Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale vor einem Jahr zu Engels' hundertstem Geburtstag ein Schriftchen herausgegeben, das mir erst kürzlich zu Gesicht kam.

Es erregte sofort meine Aufmerksamkeit, und zwar nicht bloß durch seinen Inhalt, was bei noch unveröffentlichten Briefen eines Engels selbstverständlich, sondern auch durch die Art der Herausgabe. Diese stellt nämlich ein auffallendes Mysterium dar.

Wenn Briefe veröffentlicht werden, die bisher noch nicht bekannt waren, fragt man nach dem Herausgeber. Von dem Vertrauen zu seiner Sachkenntnis und Gewissenhaftigkeit hängt ja das Vertrauen in die Treue der Wiedergabe der Briefe ab. Da wirkt es schon auf den ersten Blick sehr befremdend, daß der Herausgeber sich nicht nennt, nur andeutet. Er zeichnet sein Wortwort mit N. N., Petrograd. Was konnte N. N. veranlassen, sich nicht zu nennen? Er hatte in Petrograd für seine Person doch nichts zu befürchten, wenn er eine Schrift herausgab, die dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale sehr geeignet für die kommunistische Propaganda erschien?

Oder sollte die bloße Nennung der Anfangsbuchstaben kein Verstecken darstellen? Meinte der Herausgeber vielleicht, die Buchstaben genügten schon, ihn erkennen zu lassen? In der Tat wird jeder, der die Persönlichkeiten kennt, die als die Herausgeber von Engels'schen Briefen in Betracht kommen, darauf raten, N. R. sei niemand anderer als N. Rjasanoff. In Wirklichkeit hat dieser mit den hier vorliegenden Briefen nicht das mindeste zu tun. Wer aber sonst der Herausgeber sein mag, er mußte wissen, daß er durch die Signierung: „N. R., Petrograd“ auf Rjasanoff als Urheber der Sammlung hinwies. Es liegt also hier der Versuch vor, den Leser auf eine falsche Fährte zu locken.

Doch damit ist das Mysterium noch nicht erschöpft. Die Verschweigung des Namens des Herausgebers wird noch übertroffen dadurch, daß auch die Namen der Persönlichkeiten verschwiegen werden, an die die Briefe gerichtet sind. Wir wissen nicht einmal, ob diese alle an die gleiche oder ob sie an verschiedene Adressen gerichtet sind.

Das ist wohl bei der Herausgabe eines Briefwechsels ein ganz erstaunliches Versehen, das nur durch ganz außergewöhnliche Umstände zu rechtfertigen wäre. Der große Unbekannte hält es jedoch nicht für der Mühe wert, in seiner Vorrede auch nur ein Wort darüber zu verlieren. Wozu die Verschleierung?

Indessen, so bemüht der Fuchs auch war, seine Spuren zu verwischen, seine Schläue hat ihm nichts genützt. Zwei Briefstellen kamen mir bekannt vor, ich glaubte sie schon irgendwo gelesen zu haben. Und richtig, ich fand sie im dritten Band von Bebel's Erinnerungen („Aus meinem Leben“), die ich nach dessen Tod in Erfüllung eines Auftrags meines toten Freundes herausgegeben.

Wir haben also hier Briefe vor uns, die entweder ganz oder zum überwiegenden Teil von Engels an Bebel gerichtet wurden. Und nun ist auch das verschleierte Bild von Petrograd enthüllt, und wir vermögen die Gründe der ganzen Geheimnistuerei zu erkennen.

Die Briefe Engels' an Bebel sind im Archiv der Deutschen Sozialdemokratie in Berlin deponiert. Sie enthalten so viele intime Bemerkungen über noch Lebende, daß sie nicht jedem ausgefolgt werden und Veröffentlichungen ohne Zustimmung der Rechtsnachfolger von Engels und Bebel nicht gestattet sind.

N. R. hat offenbar das Vertrauen der Archivverwaltung gewonnen, so daß sie ihm Einsicht in die Briefe ermöglichte, und er hat das benuzt, sie hinterücks zu kopieren oder gar zu entwenden. Der kommunistische Herausgeber wird vielleicht erwidern, das sei eine bourgeoismäßige Auffassung. Er habe ganz einfach die Gegenrevolutionäre expropriert und die Engels'schen Gedanken für die Revolution gerettet. Aber wenn er so dächte, müßte er sich stolz zu seiner rettenden Tat bekennen. Daß er sich sorgfältig versteckt, deutet doch darauf hin, daß er sich selbst als recht schäbiges Subjekt erscheint, dessen Tun das Licht der Öffentlichkeit nicht verträgt.

Die Verwaltung des deutschen Parteiarchivs wird aber gut daran tun, nachzusehen, ob die ihr anvertrauten Engels'schen Briefe noch vollzählig vorhanden sind. Über die Person, die bei eventuellen Veruntreuungen in Betracht kommt, wird sie nicht lange im Zweifel sein. Die Zahl derjenigen ist nicht groß, die im Parteiarchiv eine Vertrauensstellung genossen und dann zu den Kommunisten übergingen.

Wenn wir die Engels'schen Briefe, die von Bebel vollständig veröffentlicht wurden, mit den Bruchstücken vergleichen, die N. R. (nette Rübe oder niedlicher Räuberknabe?) daraus wiedergibt, dann bekommen wir auch ein Urteil über die Treue der Wiedergabe der Engels'schen Gedanken in der kommunistischen Zurichtung.

In der Petrograder Ausgabe werden nur einige der vielen Briefe mitgeteilt, die Engels an Bebel in dem Zeitraum von 1872 bis 1895 richtete.

Diese Briefe sind aber nicht, wie das bei einer ersten Veröffentlichung wohl selbstverständlich wäre, vollständig wiedergegeben, sondern nur Bruchstücke daraus. Herr N. N. entschuldigt das damit, daß der vollständige Abdruck zu viel gekostet hätte, und daß in den Briefen zu viele intime Äußerungen enthalten seien. Das erste ist eine faule Ausrede. Die abgedruckten Briefstellen nehmen 24 Druckseiten in Anspruch. Hätte man die vollständigen Briefe abgedruckt, wäre man vielleicht auf vier bis fünf Bogen gekommen. Eine solche Schrift wäre für Arbeiter, die Engels studieren wollen, wohl noch erschwinglich gewesen. Das Weglassen der intimen Stellen wiederum war wohl selbstverständlich, hätte jedoch nicht so weitgehende Verstümmelungen erforderlich gemacht, wie sie Herr N. N. vornahm. Wie er dabei vorging, zeige folgendes Beispiel:

Aus dem Brief vom 14. November 1879, der bei Bebel (III. Band) von Seite 69 bis Seite 74 geht, teilt N. N. in seiner Broschüre, Seite 11, nur einige Sätze mit. Es heißt da im Beginn:

„... Der Rechtsboden, auf dem eine lebendige Partei sich bewegt, muß nicht nur selbst geschaffen, er muß auch jederzeit abänderbar sein.... Eine Partei, der man die Möglichkeit abschneidet, bindende Beschlüsse zu fassen, hat ihre Gesetze nur in ihren lebendigen, stets wechselnden Bedürfnissen zu suchen. Will sie diese Bedürfnisse aber früheren Beschlüssen unterordnen, die jetzt starr und tot sind, so gräbt sie ihr eigenes Grab. Wozu das Gutabnehmen vor der öffentlichen Meinung, die in Deutschland stets die des Viertisches sein wird, wozu für die vollständige Verwischung des Klassencharakters der Bewegung?“

So Engels bei N. N.

Welches ist der „Rechtsboden“, der hier gemeint ist? Wenn man von einem solchen spricht, hat man in der Regel den durch die staatliche Gesetzgebung geschaffenen Rechtszustand im Auge. Daran zu denken, darauf weist auch die Überschrift hin, mit der N. N. das Briefstück erläuternd einleitet. N. N. kennzeichnet den Brief als „Warnung vor Konzessionen an das Bürgertum“.

Nun sehen wir uns den Passus in dem vollständig von Bebel mitgeteilten Brief an. Bebel und Engels diskutierten damals eine Rede, die der Abgeordnete Kahfer in schutzzöllnerischem Sinne gehalten hatte. Bebel schrieb am 23. Oktober an Engels:

„Wie die Partei über Schutzzoll und Freihandel denkt, hat ihre Resolution auf dem Kongreß zu Gotha 1877, dem Hirsch bewohnte, bewiesen. Die dort angenommene Resolution, der R. Hirsch und Most zustimmten, war die Richtschnur unseres Handelns.“

Darauf antwortete Engels am 14. November (die Stellen, die N. N. aus dem Brief abdruckte, sind in eckige Klammern gesetzt):

„Der Kongreßbeschuß ist keine Entschuldigung. Wenn die Partei sich heute noch an alle alten, in gemüthlicher Friedenszeit gefaßten Kongreßbeschlüsse binden will, so legt sie sich selbst in Fesseln. [Der Rechtsboden, auf dem eine lebendige Partei sich bewegt, muß nicht nur selbst geschaffen, er muß auch jederzeit abänderbar sein können.] Indem das Sozialistengesetz alle Kongresse und damit die Abänderung der alten Kongreßbeschlüsse unmöglich macht, vernichtete es auch die bindende Kraft jener Beschlüsse. [Eine Partei, der man die Möglichkeit abschneidet, z., wie oben, bis eigenes Grab.]“

Man sieht, N. N. hat alles weggelassen, was erkennen läßt, um was es sich handelt. Der „Rechtsboden“, dem Engels hier jede bindende Kraft für die Partei abspricht, sind Beschlüsse von Parteikongressen, die vor dem Sozialistengesetz tagten und jetzt, solange das Gesetz neue Kongresse verhinderte, von der Partei nicht abgeändert werden konnten. Will N. N. behaupten, er habe diese entscheidenden Stellen der „hohen Kosten“ von Satz und Papier oder ihres „intimen“ Charakters wegen weglassen müssen? Nein, hier liegt die bewusste Absicht vor, die Stelle so zu verstümmeln, daß sie einen neuen Sinn bekam, an den Engels gar nicht dachte.

Das Zitat bei N. N. geht weiter, wie wir gesehen. „Wozu das Gutabnehmen vor der öffentlichen Meinung“ zc.

Indem dieser Satz als direkte Fortsetzung des vorhergehenden erscheint, wird er in Beziehung dazu gebracht, als bedeute der Respekt vor dem Rechtsboden eine Konzession an das Bürgertum.

Wie wir bereits wissen, hat der Rechtsboden, von dem hier die Rede ist, gar nichts mit dem Bürgertum zu tun. Der zweite Passus steht denn auch bei Engels in gar keinem Zusammenhang mit dem ersten. Er schließt sich nicht direkt an ihn, wie bei N. N., sondern ist durch Ausführungen, die eine ganze Druckseite füllen, von ihm getrennt. Engels kommt dann auf ein neues Thema zu sprechen und sagt:

„Und das führt mich auf den Rechenschaftsbericht. So gut der Anfang, so geschieht — unter den Umständen — die Behandlung der Schutzolldebatte; so unangenehme Konzessionen an den deutschen Philister sind im dritten Teil enthalten. Wozu die ganz überflüssige Stelle über den „Bürgerkrieg“, wozu das Gutabnehmen vor der öffentlichen Meinung z.“

Man sieht, bei Engels erscheint dieser letzte Satz in einem ganz anderen Zusammenhang, als bei N. N., dessen Wiedergabe direkt irreführend wirkt. Wo sie aber nicht irreführen, sondern korrekt sein will, erweist sie sich als liederlich. Er setzt „Biertisch“ an Stelle von „Bierphilister“ und läßt Engels fragen: „Wozu für die vollständige Verwischung des Klassencharakters der Bewegung?“, während es im Original heißt: „Wozu hier die vollständige Verwischung“ zc.

Noch ein zweiter Brief ist in den Debelschen Erinnerungen abgedruckt (Seite 83 bis 86), von dem sich ein Bruchstück bei N. N. findet. Auch hier hat der dunkle Ehrenmann nicht einfach abgedruckt, sondern mit dem Text manipuliert. Engels sagt bei Bebel in dem Brief vom 16. Dezember 1879:

„Im übrigen geht die Weltgeschichte ihren Gang, unbekümmert um diese Weisheits- und Mäßigkeitsphilister. [In Rußland muß die Sache jetzt in wenigen Monaten zum Klappen kommen.] Entweder stürzt der Absolutismus, und dann weht sofort nach dem Sturz der Reserve der Reaktion ein anderer Wind durch Europa, oder aber es gibt einen europäischen Krieg, und der begräbt auch die jetzige deutsche Partei unter dem unvermeidlichen Kampf eines jeden Volkes um seine Existenz z.“

Den in eckige Klammern gestellten Satz hat N. N. weggelassen. Es bleibt uns frei, zu entscheiden, ob er es aus Gründen der Sparsamkeit oder aus Diskretion, um nicht persönliche Intimitäten preiszugeben, getan. Unzweifelhaft aber ist es, daß gerade der weggelassene Satz zum Verständnis des Ganzen unentbehrlich ist.

Freilich, in ein „politisches Vermächtnis“ hätte dann die Briefstelle schlecht gepaßt, da die Erwartung, von der Engels ausging, sich nicht erfüllte. Und das erkennen zu lassen, hätte dem Bildner der kommunistischen Jugend offenbar nicht in den Kram gepaßt.

Noch eine zweite Manier, mit den Engelschen Worten nach Belieben umzuspringen, zeigt uns der Vergleich der bei Bebel und der bei N. N. abgedruckten Stelle. In dem Satz: „der begräbt auch die jetzige deutsche Partei“, ist das Wort „jetzige“ bei N. N. fettgedruckt, bei Bebel in keiner Weise ausgezeichnet.

In der N.-N.-Ausgabe der Engelschen Briefe wimmelt es überhaupt von Fettdruck. Wer jemals Engelsche Briefe in die Hand bekam, weiß, daß darin fast nie ein Wort unterstrichen war. Wir haben den triftigsten Grund, anzunehmen, daß alle die fettgedruckten Stellen in gleicher Weise wie das Wort „jetzige“ in dem einen vergleichbaren Brief von dem Herausgeber und nicht von Engels selbst unterstrichen wurden. Der Ton macht aber bekanntlich die Musik, und durch Unterstreichungen kann man den Sinn einer Stelle oft wesentlich modifizieren.

Der Vergleich der beiden Briefstellen bei N. N. und bei Bebel berechtigt uns also zu dem Urteil, daß wir es in der gesamten Petrograder Ausgabe der

Engelschen Briefe nicht mit einer getreuen Wiedergabe des Originals, sondern mit einer ebenso frechen wie lieberlichen und tendenziösen Verhöhnung zu tun haben. So hat die Kommunistische Jugendinternationale Engels und seinen hundertsten Geburtstag geehrt.

Die Ausgabe ist ohne jeglichen wissenschaftlichen Wert und wird noch skandalöser dadurch, daß sie als „Engels' politisches Vermächtnis“, als ein Wegweiser für die Jugend präsentiert wird, die das von N. N. zurechtgemachte Elaborat natürlich ganz kritiklos hinnimmt. So kann N. N. es wagen, den jungen Leuten gerade solche Briefe als „Salt und Leitfeil“ vorzulegen, bei denen die spätere Erfahrung gezeigt hat, daß sie recht unbegründet waren. So wendet sich zum Beispiel Engels am 20. Juni 1873 gegen die damals schon beginnenden Bestrebungen, die Spaltung zwischen Lassalleanern und Eisenachern zu überwinden. Er kannte die Lassalleaner nicht aus eigener Anschauung, nur aus Berichten, und übersah, daß die Eisenacher theoretisch keineswegs höher standen als die Lassalleaner. Er irrte auch in der Erwartung, daß die „tüchtigsten Elemente unter den Lassalleanern Ihnen (den Eisenachern) mit der Zeit von selbst zufallen werden“. Vor allem aber hat die Erfahrung gezeigt, daß die üblen Folgen nicht eintraten, die Engels von der Einigung befürchtete. Es zeigte sich — und bei späteren Einigungen ergab sich das gleiche Resultat — daß in der geeinigten Partei nicht etwa beide Parteien als zwei besondere Flügel fortlebten; jede der beiden Parteien bestand vielmehr aus verschiedenartigen Elementen und diese fanden sich nach der Einigung mit verwandten Elementen der anderen Partei zusammen, so daß in der geeinigten Organisation ganz neue Gruppierungen auftraten. Die Lassalleaner bildeten nicht etwa den rechten Flügel der Partei. Manche von ihnen standen weit rechts, andere entwickelten sich in der geeinigten Partei zur extremsten Linken. Hasselmann fand sich schließlich mit Most. Auf der anderen Seite gab es Eisenacher, die sich sehr stark von links nach rechts entwickelten, so Wilhelm Bloß, auf den Marx und Engels einmal große Erwartungen gesetzt hatten, die er beim Einsetzen des Sozialistengesetzes gar sehr enttäuschte.

Die Massen der geeinigten Partei, mochten sie aus dem Lassalleanischen oder dem eisenachischen Lager stammen, haben aber seit der Einigung stets bei Engels wie bei Marx die größte Achtung und Anerkennung gefunden. Wir finden in ihren Briefen, nachdem sich einmal die feindlichen Brüder geeinigt, nie ein Wort des Bedauerns über diese Tatsache, nie einen Hinweis auf schlechte Folgen der Einigung.

Ungeachtet dessen ist es ein starkes Stück, gerade die Warnung von der Einigung der Jugend als Richtschnur hinzustellen.

Nicht recht verständlich ist es, welcher Salt den „Schwankenden und Irrenden“ gegeben werden soll durch die Mitteilung von Briefstellen, die als Warnungen vor Verstaatlichungen hingestellt werden. So zitiert N. N. eine Stelle aus einem Brief vom 16. Mai 1882 und gibt ihr die Überschrift:

„Erneute Warnungen vor der Zustimmung zu Verstaatlichungen und Erklärung ihrer reaktionären Wirkungen.“

Der von N. N. wiedergegebene Passus lautet (die mit Punkten ange deuteten Weglassungen rühren von N. N.):

„Ihr müßt Euch klar machen, daß die Verstaatlichung nur den Aktionären nützt, die ihre Aktien über den Wert verkaufen, uns aber gar nichts, weil wir mit den paar großen Kompagnien ebenso rasch fertig werden wie mit dem Staat, falls wir diesen erst haben. Daß die Aktiengesellschaften den Beweis geleistet haben, wie sehr der Bourgeois als solcher überflüssig ist, indem die ganze Verwaltung von salarienten Beamten geleistet wird und die Verstaatlichung hierzu keinen Beweisgrund hinzufügt.“

Vergeblich sucht man hier nach einer Erklärung der „reaktionären Wirkungen“ der Verstaatlichung. Wohl aber zeigt uns die Wiedergabe der Brief-

stelle wieder die ganzen Schönheiten der Herausgebermethoden des Herrn N. N. Er läßt alles weg, was erkennen ließe, welche Art der Verstaatlichung und welche Bedingungen ihrer Durchführung hier in Frage kommt, und doch handelt es sich offenbar darum und nicht um eine Warnung vor jeder Verstaatlichung überhaupt. Es ist anzunehmen, daß Engels die Verstaatlichung der preussischen Eisenbahnen im Auge hatte, die Bismarck seit 1879 mit Macht betrieb. Engels warnt in seinem Brief sicher nicht vor Verstaatlichungen überhaupt und unter allen Umständen, sondern davor, in den Eisenbahnverstaatlichungen Bismarcks etwas Sozialistisches entdecken zu wollen.

Ist die Art der Wiedergabe der Engels'schen Briefstelle hier unzulänglich und irreführend, so ist es geradezu komisch, wie folgender Passus sich in eine kommunistische Propagandaschrift verirren konnte. Er trägt die „erklärende“ Überschrift: „Warnung vor der Zustimmung zu Verstaatlichungen und Erklärung der ökonomischen Entwicklungstendenzen.“

Auch bei der Wiedergabe dieses Briefes vom 30. April 1878 ist vom Herausgeber alles weggelassen, was uns einen Fingerzeig darüber geben könnte, welche konkreten Erscheinungen und Bestrebungen Engels hier im Auge hatte. Die Briefstelle lautet:

„Es ist nicht zu vergessen, daß alle Übertragung ökonomischer und kommerzieller Funktionen an den Staat heutzutage einen doppelten Sinn und doppelte Wirkung haben kann, je nach den Umständen: einen reaktionären, einen Rückschritt zum Mittelalter, und einen progressiven, einen Fortschritt zum Kommunismus. Wir sind aber in Deutschland erst eben aus dem Mittelalter herausgekommen und stehen erst in diesem Augenblick im Begriff, vermittle der großen Industrie und des Krachs in die moderne bürgerliche Gesellschaft einzutreten. Was bei uns der höchstmöglichen Entwicklung bedarf, ist gerade das bürgerliche (bei N. N. fett gedruckt. N. N.) wirtschaftliche Regime, das die Kapitale konzentriert und die Gegensätze auf die Spitze treibt, namentlich im Nordosten. Die ökonomische Auflösung der feudalen Zustände östlich der Elbe ist nach meiner Ansicht für uns der notwendigste Fortschritt, daneben die Auflösung des Kleinbetriebes in der Industrie und dem Handwerk im ganzen Deutschland und ihre Ersetzung durch die große Industrie.“

Das veröffentlicht N. N. im Auftrag des Exekutivkomitees der Kommunistischen Jugendinternationale als „Friedrich Engels' politisches Vermächtnis“ und als Halt und Leitseil aller schwankenden und irrrenden Kommunisten! Spotten ihrer selbst und wissen nicht wie.

Denn was sagt hier Engels? Nicht jede Verstaatlichung führt zum Kommunismus. Sie fördert diesen nur dort, wo das bürgerliche (von kommunistischer Seite fett hervorgehoben) wirtschaftliche Regime seine höchstmögliche Entwicklung erreicht hat. Wo dies nicht der Fall, führt die Verstaatlichung nicht zum Kommunismus, sondern ins Mittelalter. Deutschland war nach Engels Ansicht 1878 noch so rückständig, daß es zunächst weitere kapitalistische Entwicklung, nicht Verstaatlichung, braucht. Dabei betrug nach der Berufszählung von 1882 damals die landwirtschaftliche Bevölkerung bereits weniger als die Hälfte (42,5 Prozent) der Gesamtbevölkerung. In Rußland dagegen macht jetzt noch die Bauernschaft mehr als vier Fünftel der Bevölkerung aus!

Diese Briefstelle bildet daher die entschiedenste Verurteilung des bolschewistischen Experiments in Rußland. Prophetisch hat damals Engels vorausgesehen, was jetzt tatsächlich eingetroffen ist, daß eine Übertragung ökonomischer und kommerzieller Funktionen an den Staat bei wenig entwickeltem Kapitalismus einen Rückschritt ins Mittelalter bedeutet, daß sie eine reaktionäre Wirkung hervorruft. Diese Wirkung wird nicht dadurch aufgehoben, daß diejenigen, die unter so rückständigen Verhältnissen verstaatlichen, Revolutionäre zu sein glauben.

Wenn der Kommunist N. N. aus vielen Engels'schen Briefen gerade diesen aussucht, und das Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale ihn veröffentlicht, um die kommunistische Lehre gegenüber Irren-

den und Schwankenden zu stützen, so beweisen sie damit, daß sie Engels absolut nicht begreifen und den von ihm behandelten Problemen völlig ahnungslos gegenüberstehen. Der Mangel an Grüte scheint bei N. R. noch größer zu sein, als sein Mangel an Gewissenhaftigkeit und Anstand. Indessen, bei aller Unfähigkeit und Skrupellosigkeit des Herausgebers hat dieses „politische Vermächtnis“ Friedrich Engels' doch ein Gutes. Auch in der verhunzten Form wirkt Engels anregend und interessant. Die Jämmerlichkeit der Ausgabe läßt aber den dringenden Wunsch nach mehr entstehen, nach einer Ausgabe des gesamten Engels-Bebelschen Briefwechsels.

Wir wollen hoffen, daß das noch möglich ist, und N. R. die Engels'schen Briefe bloß kopiert und nicht gestohlen hat. Der Briefwechsel wird uns sicher eine Fülle neuer und großer Gedanken und Einsichten bringen und höchst befruchtend wirken, wenn auch vielleicht nicht in so hohem Maße, wie der Marx-Engels'sche.

Wäre die Gesamtausgabe der Engels-Bebelschen Briefe die Folge der Publikation N. R.s, dann wäre dieser eine günstige Wirkung nicht abzusprechen. Damit wollen wir ihm nicht die Ehre antun, ihn als Teil jener Kraft zu betrachten, die stets das Böse will und stets das Gute schafft. Nein, er wird sich wohl als eine weit harmlosere Kreatur entpuppen, als irgendein Schmod, der stets das Gute will, nämlich ein gutes Honorar. Nur mit einem Geistesriesen, wie Engels, soll er und seinesgleichen sich nicht befassen.

Deffen Worte soll er lassen stahn,
Und er soll sie nicht verdrahn.

Rupert Ratnradl: Internationale Probleme der Kriegsofper.

(Zum II. internationalen Kongreß der Kriegsofper in Wien.)

Es gibt keine Bewegung von Bedeutung, die nicht international wäre. Sobald in einem Staate eine Schar von Gleichgesinnten über eine gewisse Zahl hinauswächst, sobald eine Gruppe von Menschen, von den gleichen Interessen bewegt, an die Schranken stößt, die die Grenzen eines Gemeinwesens, die Grenzen des Staates naturnotwendig jeder politischen, geistigen oder ökonomischen Bestrebung auferlegen, immer richtet sich der geistige Blick der Vorkämpfer der Bewegung über diese Schranken hinweg in die benachbarten Gemeinwesen und sucht und findet dort Gleichgesinnte, Gruppen mit mehr oder weniger ähnlichen Zielen und Kampfmitteln. Es dauert gar nicht lange und das erste Band ist geknüpft, Wechselbeziehungen und Aussprachen beginnen, und bald ist ein Überbau über den einzelnen, nationalen oder staatlichen Gruppen und Bewegungen errichtet; die Bewegung ist international geworden. Diese Tatsache ist dann wieder geeignet, die einzelnen einer internationalen Bewegung, einer „Internationalen“, angeschlossenen Gruppen in ihrem Kampfe zu stärken, ihre Anhänger mit erhöhtem Selbstbewußtsein zu erfüllen, das ihnen oft im ersten Moment alle noch bestehenden Hindernisse und Schwierigkeiten leichter und geringfügiger erscheinen läßt.

So auch bei den Kriegsofpern. Es wäre nicht nur allen geschichtlichen und psychologischen Erfahrungen entgegen, sondern würde insbesondere ihrer speziellen völkerveröhnenden Tendenz widersprechen, wenn gerade die Kriegsofperbewegung die Grenzpfähle respektiert hätte. Die Kriegsinvaliden, die Frauen und Mütter der Gefallenen kommen aus derselben Ideologie heraus zum internationalen Zusammenschluß, wie die Klassenbewußten Arbeiter. Gleich dem Kampf um den Sozialismus hat auch der Kampf der Kriegsofper zweierlei Inhalt: Ein rein wirtschaftliches, praktisches, auf die Gegenwart gerichtetes, und ein rein ideelles, geistiges Ziel. Ich nenne bewußt das wirtschaftliche Ziel zuerst, denn es ist weitaus die brennendere Frage. Aus dem simplen Grunde, weil den Haupt-

DER KAMPF

SOZIALDEMOKRATISCHE MONATSSCHRIFT

JAHRG. 15

AUGUST 1922

NUMMER 8

Karl Rantisky (Berlin): Ein Patriarch des englischen Sozialismus.

Die Zerreißung der proletarischen Internationale im Krieg wurde nicht wenig dadurch gefördert und ihr erneuter Zusammenschluß nach dem Krieg sehr erheblich dadurch gehemmt, daß die besten ihrer leitenden Männer, diejenigen, die am meisten internationales Prestige hatten, die am ehesten auf andere Nationen, außer der eigenen, wirken konnten, uns in diesen kritischen Jahren entrisen wurden.

Gerade ein Jahr vor Kriegsausbruch ging unser Bebel dahin. Einen Tag vor Kriegsausbruch wurde Jaurès gemordet. Damit hatte die Internationale die beiden Männer verloren, deren Stimme am ehesten den Kriegslärm übertönt hätte. Im ersten Jahr des Krieges starben Edward Vaillant und Keir Hardie und ihnen folgten zu Beginn der Revolution Viktor Adler und Georg Plechanoff. Jeder von ihnen war unerfesslich in seiner Art, jeder von ihnen verfügte über eine ungeheure vereinigende Kraft, mit der einzigen Ausnahme Plechanoffs. Das russische Milieu begünstigte immer noch mehr die sozialistische Spaltung als die proletarische Zusammenfassung.

Von ihnen allen wurde bisher nur Keir Hardie eine Biographie zuteil, die des Mannes würdig ist. Bebel schrieb wohl selbst seine Erinnerungen, aber es war ihm nicht beschieden, sie zu Ende zu führen. Sie endeten mit dem Beginn des Sozialistengesetzes.

Einen Biographen eigener Art hat Jaurès gefunden: Charles Rappoport. Bis 1901 sein begeistertster Verehrer, unterstützte er ihn kräftig in seinem Kampfe gegen die Guesdisten. Da plötzlich, ohne wichtigen Grund, schlug er sich auf die Seite der Guesdisten und schleuderte wütende Angriffe gegen Jaurès. So groß war sein persönlicher Haß gegen diesen, daß er seine Angriffe noch nach der Einigung der beiden streitenden Parteien fortsetzte, zeitweise in einer so giftigen Weise, daß er darob die Mißbilligung selbst seiner guesdistischen Freunde erfuhr. Das kühlte wieder seine guesdistische Begeisterung ab, und so finden wir ihn eines schönen Tages abermals in Feindschaft gegen Guesde. Von neuem suchte er sich an Jaurès anzubiedern.

Noch 1911, auf dem Kongreß von St. Quentin, hatte Jaurès Rappoport als Verleumder gebrandmarkt, und 1915 veröffentlichte derselbe Rappoport eine Biographie, nein, eine Apologie desselben Jaurès, in der er sich der Freundschaft des Toten rühmte. Er besaß die Kühnheit, in dem Buch einen Brief von Jaurès aus dem Jahre 1901 abzu drucken, den dieser an Rappoport richtete, und in dem er ihn versicherte, wie hoch er seine Anhänglichkeit einschätzte. Diesen Brief hatte Rappoport erhalten unmittelbar ehe er zu den Gegner Jaurès' überging!

Heute bildet unser begeisterter Jaurèsist eine Pterde der kommunistischen Partei Frankreichs. Wann wird er die verraten?

Eine würdigere Biographie ist Keir Hardie zuteil geworden. Sie ist im Herbst 1921 erschienen; verfaßt von William Stewart¹⁾. Sie versucht nicht wie die Rappaports geistreich und philosophisch zu sein. Sie ist einfach und schlicht, aber gewissenhaft und vollständig, und gibt uns einen erschöpfenden Einblick in das Wesen, Werden und Wirken des bedeutendsten, dem Proletariat entstammten Pioniers des neueren Sozialismus in England.

Nur in einem Punkte enthält sie eine große Lücke — leider in einem sehr wesentlichen Punkte. Als Keir Hardie in Verbindung mit anderen Genossen im Jänner 1893 die „Unabhängige Arbeiterpartei“ (Independent Labour Party, abgekürzt I. L. P.) begründete, bestand schon seit mehr als einem Jahrzehnt eine sozialistische Organisation, die 1881 gebildete „Democratic Federation“, die 1884 den Namen der „Social-Democratic-Federation“ (abgekürzt S. D. F.) annahm. Warum zog es Keir Hardie vor, eine eigene Organisation zu schaffen, statt sich der bereits bestehenden anzuschließen? Darüber hören wir nichts, und doch wäre es von äußerster Wichtigkeit, zu erfahren, welche Beweggründe Keir Hardie dabei leiteten. Sie würden am besten erkennen lassen, was Keir Hardies Eigenart ausmachte, worin er sich von den anderen Sozialisten unterschied. Es wäre aber auch für die Bewegung selbst von größtem Nutzen, Aufklärung darüber zu erhalten. Denn tatsächlich haben Hardie und die I. L. P. mehr Einfluß auf die Arbeiterbewegung Englands gewonnen, als die übrigen Sozialisten und sozialistischen Organisationen. Worauf ist das zurückzuführen?

Auf alles das gibt uns Stewarts Buch keine ausreichende Antwort. Vielleicht absichtlich. Vielleicht fürchtete er, dadurch seinem Buch eine polemische Note einzuberleiben, die der unbefangenen Würdigung der von ihm geschilderten Persönlichkeit bei anderen Sozialisten abträglich sein konnte. Aber diese Gefahr ist unvermeidlich bei der Biographie eines Mannes, der so durch und durch Kämpfer war wie Keir Hardie, und der an Kämpfen teilnahm, die für die Nachlebenden noch nicht abgeschlossen sind.

Der größte Erfolg Hardies ist nicht etwa seiner überragenden Persönlichkeit zuzuschreiben. Die hervorragendsten Führer der anderen sozialistischen Organisationen, die Hyndman und Morris auf der einen Seite, die Shaw und Webb auf der anderen, waren ihm an Fähigkeiten und namentlich an Wissen überlegen, an Unermüdlichkeit ebenbürtig. Und doch sind sie für die Politik des britischen Proletariats nicht so bestimmend geworden, wie er.

Man mag das darauf zurückführen, daß er später kam als sie. Später sowohl als die Männer der S. D. F., wie die der 1884 gegründeten Gesellschaft der Fabier, der Shaw und Webb angehören. So konnte die I. L. P. zum Teil ernten, was andere vor ihr mit heißem Bemühen gesät.

Dazu mag beigetragen haben, daß der Ausgangspunkt der I. L. P. Schottland und Nordengland war, die Gegenden des industriellen Kapitalismus, der der S. D. F. und der Fabier dagegen London und Südengland überhaupt, wo das Handels- und Geldkapital und die Luxusgewerbe überwiegen; wo heute nicht einmal der Liberalismus recht gedeiht, geschweige der Sozialismus, sondern der Konservatismus überwiegt.

Die Vorgängerin der I. L. P. war die 1888 gegründete schottische Arbeiterpartei, Schotten waren anfangs die leitenden Männer der I. L. P., neben Hardie Ramsay Macdonald, Bruce Glasier, Rob. Smillie, Pete Curran, der, zwar von irischen Eltern stammend, aber in Glasgow geboren und aufgewachsen war, und andere.

Aber alles das genügt doch nicht, den größeren Erfolg der I. L. P. zu erklären. Seine Ursachen zu erkennen, ist um so wichtiger für uns, als die

¹⁾ William Stewart, J. Keir Hardie, A Biography. With an introduction by J. Ramsay Macdonald. London, XXVI, 387 S.

S. D. F. sich auf Marx und sein „Kapital“ stützte, als Partei des Marxismus auftrat. Von Hardie dagegen sagt Ramsay MacDonald mit Recht in seiner Einleitung zu dem in Rede stehenden Buch:

„Er schöpfte mehr Sozialismus aus Burns²⁾ denn aus Marx. »Die zwei Funde« und »Ein Mann ist ein Mann trotz alledem« waren für seine Politik fruchtbarere Texte als das »Kapital.«“ (S. XXIII.)

Nicht lyrische Poesie allein gab ihm die Argumente für seinen Sozialismus. Die Bibel war nicht minder dabei im Spiele. So erklärte Hardie selbst:

„Ich habe in dem Christentum Christi zuerst den Antrieb gefunden, der mich in die Bewegung drängte und in ihr vorwärtsbrachte.“ (S. 303.)

Liegt darin nicht ein Triumph des sentimental über den wissenschaftlichen Sozialismus? Die Frage ist wichtig genug, ihr näher nachzugehen.

Vor allem muß man da bemerken, daß der Marxismus der Theoretiker der S. D. F., der Hyndman und Belfort Bay, nur ein halber war.

M. Beer in seiner verdienstlichen „Geschichte des Sozialismus in England“ übertreibt, glaube ich, die schädlichen Wirkungen, die sich aus dem persönlichen Zwiespalt zwischen Hyndman und Marx sowie später Engels ergaben. (Seite 346.) Belfort Bay setzte nach diesem Zwiespalt seinen regen Nachsicht mit Engels fort und blieb doch bei demselben halben Marxismus, wie Hyndman.

Die bedeutendste wissenschaftliche Großtat von Marx und Engels war ihre Entdeckung der materialistischen Geschichtsauffassung. Sie hat ihre und unsere politische Praxis aufs äußerste befruchtet. Nun, die leitenden Männer der S. D. F. haben die materialistische Geschichtsauffassung weder begriffen noch anerkannt, vielmehr sie lebhaft bekämpft. Ihr Marxismus beschränkte sich auf die Forderung der Anerkennung der Marxschen Theorie des Wertes und Mehrwertes und des Klassenkampfes.

Nun wollte es das Unglück, daß die S. D. F. damit zu einer Zeit herauskam, die für die Werttheorie so ungünstig als möglich war. Die Ricardosche Theorie, die wenige Jahrzehnte vorher noch das ganze bürgerliche Denken beherrschte, hatte für dieses alle Bedeutung verloren. Die bürgerlichen Ökonomen sagten entweder jeder Theorie Valet und beschränkten sich auf Darstellungen ökonomischer Zustände und auf die Erforschung von Einzelgebieten oder sie ergaben sich in bezug auf den Wert der Grenznutzentheorie, die im Laufe des siebenten Jahrzehntes des vorigen Jahrhunderts Ausbreitung fand.

Wie der englische Bourgeois besitzt auch der englische Arbeiter nur geringes Interesse für theoretische Erörterungen. Seit dem Verfall der Ersten Internationale waren die Arbeiter Englands ganz in den Bannkreis des Liberalismus geraten. Sie daraus loszulösen, war die große Aufgabe der englischen Sozialisten geworden.

Wenn man jedoch dabei den Schwerpunkt auf die Werttheorie legte und von den Arbeitern Englands forderte, sie sollten die Wichtigkeit der Lehre vom Grenznutzen (the futility of the final utility, wie Hyndman scherzhaft sagte) erkennen und sich auf Seite des Arbeitswertes stellen, so hieß das die Loslösung der Arbeiter von der bürgerlichen Führung dort beginnen, wo sie am schwersten war, auf dem Gebiet der reinsten Abstraktion.

Daß man damit nicht weit kam, ist begreiflich.

Dabei bekommt die Werttheorie, losgelöst von der materialistischen Geschichtsauffassung, einen Sinn, den sie bei Marx nicht hat. Jede andere sozialistische Auffassung als die Marxsche ist ethisch, sie bekämpft den Kapitalismus als unmoralisch und ungerecht, fordert den Sozialismus im Namen der Gerechtigkeit und Gleichheit. Wer von diesem Standpunkt aus die Theorie des

²⁾ Gemeint ist der schottische Dichter Robert Burns.

Wertes und Mehrwertes betont, will damit sagen, daß dem Arbeiter als dem Schöpfer aller Werte auch alle Werte gehören müssen, daß jedem Arbeiter das volle Produkt seiner Arbeit zufallen müsse. Das Verfehlte dieser Auffassung hat Marx bereits 1875 in seinem berühmten Brief über das Gothaer Programm gezeigt, der freilich erst 1891 erschien. Er äußerte dabei manches, was ähnlich auch von den fabianischen Sozialisten dem Programm der S. D. F. entgegengehalten wurde, in dem es ebenfalls hieß: „Die Arbeit ist die Quelle des Reichtums, deshalb gehört aller Reichtum den Arbeitern.“ Die Fabier wie die S. D. F. irrten in gleicher Weise, wenn sie aus dem Marxschen „Kapital“ diese Schlußfolgerung herauslasen — die einen zustimmend, die anderen ablehnend.

In Wirklichkeit begründeten Marx und Engels den Sozialismus nicht ethisch, sondern ökonomisch. Er war für sie nicht die Verwirklichung einer ewigen Gerechtigkeit, sondern die notwendige Konsequenz des proletarischen Klassenkampfes. Wenn der Sozialismus keine andere Begründung hat als die Tatsache, daß die Arbeit die Quelle des Wertes ist (nicht des „Reichtums“, wie das Programm der S. D. F. fälschlich sagt; der natürliche Reichtum wird nicht durch menschliche Arbeit geschaffen), dann war der Sozialismus eine Notwendigkeit, seitdem die Arbeit Werte schafft, also seitdem es eine Geschichte gibt. Wurde er trotzdem bisher nicht verwirklicht, welche Aussicht haben wir, nun ein besseres Resultat zu erzielen?

Ganz anders, wenn wir vom proletarischen Klassenkampf ausgehen. Die Erforschung der Bewegungs- und Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Gesellschaft zeigt uns die Notwendigkeit der Klassengegensätze, aber auch des steten Erstarkens und schließlich Sieges des Proletariats, und sie zeigt uns endlich, daß nur gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln und gesellschaftliche Regelung der Produktion das siegreiche Proletariat zu befriedigen vermag. Erst von diesem Standpunkt aus hört der Sozialismus auf, mehr zu sein als ein frommer ethischer Wunsch; nun wird er zu einer unvermeidlichen Notwendigkeit. Die Theorie vom Wert und Mehrwert verliert so ihren ethischen Reizgeschmack, sie bekommt ihre Bedeutung dadurch, daß wir, nur ausgehend von ihr, die Bewegungs- und Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Wirtschaft und des proletarischen Klassenkampfes begreifen.

Als Marxisten haben die Genossen der S. D. F. neben der Werttheorie auch die Lehre vom Klassenkampf übernommen. Aber ebenfalls außer Zusammenhang mit der materialistischen Geschichtsauffassung. Das, was für Marx eine Tatsache der ökonomischen Wirklichkeit war, wurde so für die S. D. F. eine Forderung, deren Anerkennung man vom Proletariat heischte.

Marx wollte in der Arbeiterpartei alle diejenigen vereinigen, die auf Grund des Gesetzes des Wertes und Mehrwertes durch das Kapital tatsächlich ausgebeutet werden und die den Klassenkampf gegen diese Ausbeutung tatsächlich führen. Unsere S. D. F.-Genossen wollten dagegen nur diejenigen in der Arbeiterpartei vereinigen, die jene Gesetze vom Wert und Mehrwert und die Notwendigkeit des Klassenkampfes anerkannten. Damit kamen sie leider nicht vom Fleck, um so mehr, da die großen Vorbilder, die ihnen voranschwebten, aus dem Ausland kamen: die Französische Revolution und die deutsche Sozialdemokratie. Alles das machte auf den englischen Arbeiter keinen Eindruck. Sie lebten unter ganz anderen Bedingungen als die Proletarier des Festlandes, die Methoden des Kampfes gegen den zentralisierten Militär- und Bürokratenstaat waren für sie teils überholt, teils gegenstandslos.

Eines Wintermorgens kam er um einige Minuten verspätet zu dem Bäcker, bei dem er als Austräger bedienstet war. Er hatte fast die ganze Nacht bei dem erkrankten Bruder gewacht, war morgens rechtzeitig aufgestanden, hatte aber seiner Mutter helfen müssen und sich dabei verspätet. Ohne etwas gegessen zu haben, eilte er von zu Hause fort.

Beim Bäcker wurde er in die Frühstücksstube des Meisters befohlen, wo dieser mit den Seinen ein reiches Frühstück zu sich nahm. Eine so prächtige Stube und ein so reiches Mahl hatte der arme Laufbursche noch nie zu sehen bekommen. Der Meister hielt dem Zuspätgekommenen eine Strafpredigt wegen seiner Faulheit und drohte ihm, wenn sein Verbrechen sich wiederhole, werde er sofort entlassen.

Gardie durfte nicht antworten und mußte sofort an die Arbeit gehen. Er tat es, aber mit einem Herzen voll heißer Empörung über die ihm angetane Ungerechtigkeit.

Zwei Tage später kam er wieder um mehrere Minuten zu spät. Darauf wurde er sofort entlassen und sein ihm noch nicht bezahlter Lohn als Strafgeld eingezogen! Verzweifelt irrte der auf das Pflaster Geworfene durch die Straßen. Er wagte sich nicht nach Hause, wo es weder Brot noch Feuer gab und seine Lieben sehnsüchtig nach ihm ausschauten, der ihnen Geld bringen sollte. Er war nahe daran, sich in den Elbe zu stürzen, um seinem Leben ein Ende zu machen.

So empfing er schon im zartesten Alter den grauenhaftesten Anschauungsunterricht über die Schrecknisse des Kapitalismus. Seitdem begann er über die Ungerechtigkeiten der bestehenden Weltordnung nachzudenken.

Nun kam er aber auch in engere Beziehung zur Arbeiterbewegung, als es einem Laufburschen in der Regel möglich ist.

Als auch der letzte Lohnempfänger in der Familie arbeitslos geworden war, ließ sich der Vater in voller Verzweiflung als Seemann anwerben, seine Mutter mit den Kindern ging zu ihrer Mutter nach Newarthill (Lanarkshire), wo Kohlenbergbau betrieben wurde. Dort wurde Keir Gardie Bergarbeiter schon mit seinem zehnten Jahr. Er wurde zunächst als „Trapper“ angestellt, als Wärter der Türen an den Leitungen, die den Schächten frische Luft zuführten. Zehn Stunden im Tag mußte das Kind dort einsam in der Finsternis verbringen. Das gab Zeit und Anlaß zum Nachdenken. Eine fröhliche Jugend hat Gardie nie gekannt. Sie war stets erfüllt mit bitteren Gedanken. Indes, das Bergwerk brachte ihn weiter als der Bäcker. Er kam in Fühlung mit anderen, reiferen Arbeitern, er bekam Gelegenheit, eine Abendschule zu besuchen und bekam Interesse für Reformbestrebungen. Die Abstinenzbewegung war die erste Bewegung in der Arbeiterschaft, der er sich anschloß. Er tat es mit dem Enthusiasmus, der ihn stets auszeichnete und der zu seinen Erfolgen ebenso beitrug, wie die Zähigkeit, die er in seinem frühen Kampf ums Dasein erworben. Die Abstinenz hinderte ihn an sinnloser Zeit- und Kraftvergeudung. Daneben befeuerte ihn religiöser Enthusiasmus. Das Christentum war ihm keine bloße Form, der man gewohnheitsmäßig anhängt. Er spürte den proletarischen Geist seiner Anfänge und begeisterte sich für ihn. Er wurde ein ebenso begeisterter Christ wie Abstinenz, schloß sich nicht bloß den Guttemplern an, sondern auch der Evangelischen Union.

Dabei war er jedoch kein Steckenpferdreiter, sondern behielt freien Blick und lebhaftes Interesse für alles, was um ihn herum vorging. Schon mit zwanzig Jahren war er der erkorene Wortführer seiner Kollegen in allen Deputationen, die sie zu den Unternehmern schickten, wenn eine Beschwerde zu führen war.

Die Folgen ließen nicht auf sich warten; er wurde entlassen und mit ihm zwei jüngere Brüder, die nichts anderes verbrochen hatten, als daß sie seinen Namen führten. Er kam auf die schwarze Liste und sollte nirgends wieder Arbeit finden. Er ward als Agitator gebrandmarkt. Das beugte ihn nicht, sondern spornte ihn an. Er beschloß, seine Brandmarkung zu verdienen. Von da an stand er in stetem Kampfe gegen das Kapital.

Wie so viele Gemäßigte vor ihm, eröffnete er einen Tabak- und Papierladen. Daneben begann er für eine Glasgower Wochenschrift Beiträge zu liefern.

Seine neue Unabhängigkeit benützte er mit solcher Energie und Intelligenz, daß er schon 1879 zum Gewerkschaftssekretär der Bergarbeiter von Lanarkshire gewählt wurde. Bald bekam er mehr als lokale Bedeutung; die Bergarbeiter ganz Schottlands betrachteten ihn als ihren Vorkämpfer, und als 1886 die Schottische Bergarbeiterföderation gegründet wurde, erwählte sie Keir Hardie zu ihrem Sekretär.

In diesen Jahren ergriff ein neuer Geist die Arbeiter Englands. Seit 1874 lastete auf ihnen eine schwere Krisis, die den herkömmlichen gewerkschaftlichen Kampf aussichtslos machte und die Gewerkschaftskassen leerte. Immer weiter verbreitete sich die Überzeugung in den Arbeiterreihen, daß die Gewerkschaften ihre politische Macht anwenden müßten, um sich zu helfen. Das wurde noch gefördert dadurch, daß 1884 das Wahlrecht erheblich erweitert wurde, so daß die Aussichten für die Arbeiter sich besserten, eigene Vertreter ins Parlament zu senden. Gerade in diesem Zeitraum erhielt Keir Hardie seine richtunggebenden Anstöße von der Arbeiterbewegung und gehörte bald zu denjenigen, die die Notwendigkeit der Arbeiter, Politik zu treiben, am entschiedensten begriffen und verfochten.

Aber damit war noch wenig getan. Man mußte auch wissen, welche Politik die Arbeiter treiben sollten. Und darüber gingen die Meinungen in ihren Reihen sehr auseinander.

Wir haben schon gesehen, daß die Sozialisten seit 1884 um die Stimmen der Arbeiter warben. Aber der englische Arbeiter ist ein praktischer Mann. Er treibt Politik, nicht um zu demonstrieren, sondern um greifbare Erfolge zu erzielen. Und die Sozialisten demonstrierten bei den Wahlen nichts als ihre Machtlosigkeit! Die E. D. F. hatte 1885 drei Kandidaten aufgestellt, von denen erhielt der eine 598, die beiden anderen gar nur 32 und 27 Stimmen!

Das englische Wahlrecht selbst ist raffiniert darauf zugeschnitten, kleinen neuen Parteien das Aufkommen zu erschweren. Es paßt nur für Verhältnisse mit bloß zwei Parteien. Daran waren auch die englischen Arbeiter gewöhnt. Die Wahl war für sie eine Entscheidung zwischen Konservativen und Liberalen geworden.

Keir Hardie, der als echter britischer Arbeiter nur aus der persönlichen Erfahrung, nicht aus der Theorie lernte, suchte die neue Arbeiterpolitik, die er wollte, zunächst auch nur der alten Schablone anzupassen. Er verlangte nicht die Gründung einer neuen Arbeiterpartei, sondern verlangte von den Liberalen, sie sollten selbständige Arbeiterkandidaten als solche der liberalen Partei anerkennen und unterstützen.

Die Liberalen, die in Großbritannien so sehr von Arbeiterstimmen abhängig sind, hatten längst erkannt, daß der Liberalismus den Schein von Arbeitervertretung annehmen müsse. Seit 1874 wurden Gewerkschaftsbeamte, mit liberaler Hilfe ins Parlament entsendet, aber nur solche der alten Schule, die der liberalen Leitung durch dick und dünn folgten. Das waren Leute, wie die Bergarbeitervertreter Burt, Fenwick und Abraham, die noch 1887 gegen den von einem Teil der Bergarbeiter verlangten Achtstundentag in den Bergwerken stimmten.

Es war ein langer und schmerzlicher Prozeß, ehe Keir Hardie und seine Freunde erkannten, es sei umsonst, Arbeiterpolitik mit Hilfe der liberalen Partei treiben zu wollen.

Noch 1888 machte Keir Hardie den Versuch, bei einer Nachwahl in Mid Lanark von den Liberalen aufgestellt zu werden. Als diese aber seine Kandidatur fassen ließen, trat er nicht zurück, sondern bewarb sich um den Sitz als selbständiger Arbeiterkandidat. Jedoch immer noch auf Grund des liberalen Programms. Er erklärte auch, in allgemeinen Fragen werde er im Parlament mit der liberalen Partei stimmen, „zu der ich mein Leben lang gehört habe“. Er stellte sich trotzdem dem offiziellen liberalen Kandidaten entgegen, weil die Arbeiter Schottlands ein Recht darauf hätten, „daß unter seinen 72 Abgeordneten wenigstens einer aus der Arbeiterklasse stamme“.

Indessen nicht seine Abstammung aus der Arbeiterklasse, sondern seine selbständige Haltung gegenüber den Liberalen brachte diese gegen ihn auf.boten sie ihm doch an, sie würden ihm bei den allgemeinen Wahlen einen Sitz einräumen und überdies 300 Pfund Sterling jährlich zahlen, wenn er auf seine selbstständige Kandidatur in Mid Lanark verzichte. Keir Hardie lehnte ab und erklärte damit der liberalen Partei den Krieg. Zunächst ohne greifbaren Erfolg. Bei der Wahl erhielt er bloß 617 Stimmen, der liberale Advokat wurde gewählt. Es dauerte noch einige Jahre, bis der Bruch mit den Liberalen ein vollständiger wurde. Noch 1892 bei den allgemeinen Wahlen, als Keir Hardie in West Ham (London) kandidierte, ließen sich die Liberalen seine Kandidatur gefallen, da ihr Kandidat kurz vor der Wahl starb, und stellten ihm keinen Gegenkandidaten entgegen. In seinem Wahlauf Ruf wies Hardie noch darauf hin, daß er sein Leben lang die liberale Partei unterstützt habe, allerdings als selbständiger Arbeiter, dem das Wohl der Arbeiterklasse das höchste Gebot sei.

Doch schon 1888, nach dem Wahlkampf in Mid-Lanark, hatte sich die schottische Arbeiterpartei gebildet unter hervorragender Mitwirkung Keir Hardies. Und als er 1892 im Laufe des Wahlkampfes gefragt wurde, ob er sich im Parlament der liberalen Partei anschließen werde, erwiderte er, er beabsichtige eine unabhängige Arbeiterpartei zu bilden.

Schon im Jänner 1893 kam es zur Begründung dieser Partei. Sie stellte sich von Anfang an das hohe Ziel der Vergesellschaftung der Mittel der Produktion, der Verteilung und des Austausches. Man sieht, die sozialistischen Organisationen hatten nicht umsonst gewirkt. Aber die Mehrheit der neugegründeten Unabhängigen Arbeiterpartei (Independent Labour Party) lehnte den Antrag ab, sie sozialistische Arbeiterpartei zu nennen.

Dabei sträubte sich Keir Hardie mit aller Macht gegen die Anerkennung des Klassenkampfes. Noch im Jahre 1904 veröffentlichte er im „Labour Leader“ zwei Artikel, in denen er die Lehre vom Klassenkampf mit den sonderbarsten Argumenten bekämpfte. So sagte er unter anderem, die Arbeiter bildeten keine Klasse, sondern eine Nation, und es wäre eine Degradation des Sozialismus, wenn man annehmen wollte, er werde aus dem Kampf zweier um die Macht streitenden Parteien entspringen. Dem kommunistischen Manifest warf er seine Gefühllosigkeit und seinen Materialismus vor.

Und doch zog Engels Keir Hardie und die I. L. P. der S. D. F. und den Verfechtern des kommunistischen Manifests und des Klassenkampfes, wie Hyndman, vor. Es ist sehr bedauerlich, daß Keir Hardies Biograph an dieser Tatsache achtlos vorbeigeht. Wenn ihm schon der Briefwechsel zwischen Sorge und Engels nicht bekannt war, der uns darüber unterrichtet, so hätte er doch beachten müssen, was M. Beer in seiner „Geschichte des englischen Sozialismus“ darüber sagt, die ja ins Englische übersetzt ist.

Ebenso bemerkenswert, wie Engels' Haltung gegenüber Keir Hardie in der Frage der I. L. P. war die Haltung Hardies gegenüber den Marxisten auf

dem ersten Kongreß der Zweiten Internationale, dem von Paris 1889. Oder vielmehr auf den ersten Kongressen, denn dank der Spaltung des französischen Sozialismus gab es ihrer zwei, die gleichzeitig nebeneinander in Paris tagten: einen possibilistischen, antimarxistischen und einen guesdistischen, marxistischen. An dem letzteren nahmen alle marxistischen Parteien der Welt teil, mit Ausnahme der Marxisten Englands. Hyndmans Gegensatz zu Engels war so groß, daß er zu den Possibilisten ging. Dafür gingen Hyndmans Gegner unter den englischen Sozialisten, soweit sie überhaupt internationales Interesse hatten, auf den marxistischen Kongreß, sowohl der zum Anarchismus neigende William Morris, wie Keir Hardie, der Gegner des Klassenkampfes.

Wenn Engels von der Politik Keir Hardies mehr erwartete als von der Hyndmans, so lag es daran, daß Hardie zu jenen guten Menschen zählte, die sich in ihrem dunklen Drange des rechten Weges wohl bewußt sind. Hardie hat die Theorie des Klassenkampfes nie begriffen, aber die Bedingungen, unter denen er aufwuchs und arbeitete, hatten einen so starken Klasseninstinkt in ihm großgezogen, daß dieser ihn sicherer leitete als andere die Theorie, die sie besser, aber doch nur halb verstanden.

Dank dem vermochte Hardie Großes zu leisten für den Sozialismus Englands, ist er die stärkste Triebkraft geworden für die Begründung der Arbeiterpartei (Labour Party), zu der der Anstoß 1900 von Schottland ausging. Heute hat diese Arbeiterpartei schon so viel Kraft erlangt, daß man es nicht für unmöglich hält, sie werde noch im Laufe dieses Jahrzehnts die Zügel der politischen Macht in England ergreifen, und von der wir eine Weltwende erwarten, eine Politik fortschreitender Sozialisierung im Innern und wahrhaften Weltfriedens nach außen.

Natürlich hätte Hardie noch Größeres leisten können, wenn sein feiner Instinkt und Takt verstärkt worden wäre durch gründliche theoretische Einsicht. Sein Biograph kennzeichnet Hardie als Politiker sehr gut, wenn er sagt:

„Hardie war zweifellos vor allem ein Agitator und in dieser Beziehung ein beständiges Rätsel für die Sozialisten des Kontinents, die es schwer fanden, seine ausgesprochene Verwerfung der Theorie des Klassenkampfes mit seinem Tun zu vereinbaren, das ihnen als die kampfesfreudigste Anwendung dieser Theorie erschien. Als im Herbst (1904) die Regierung drohte, die Arbeitslosenbill zurückzuziehen, und Hardie im Parlament so furchtbar tobte, daß er es zwang, in der Beratung fortzufahren, und als er dadurch die Aufmerksamkeit des ganzen Landes auf sich zog, da war die sozialistische Presse des Kontinents einig im Lob seines Mutes und seiner Taktik, obwohl sie nicht recht wußte, wie sie den anscheinenden Widerspruch zwischen seiner parlamentarischen Praxis und seinen programmatischen Erklärungen auffassen sollte. Er tat damals in Wirklichkeit das, was er immer tat: er faßte den unmittelbar vorliegenden Streitpunkt ins Auge und benützte die Umstände des Augenblickes für eine Propaganda, die weit reichen sollte.“ (S. 218, 219.)

In der Tat, Keir Hardie war in erster Linie Agitator, ein machtvoller Agitator nicht durch die Gewalt seiner Rede, darin übertraf ihn mancher, wohl aber durch sein hohes ethisches Pathos, das sich verband mit genauester Kenntnis der Psyche des englischen Proletariats, mit hochentwickeltem Klasseninstinkt und großer und zäher Furchtlosigkeit und Selbstständigkeit. Er war kein Demagog, der um den Beifall der Menge buhlte, sondern hatte den Mut und den Drang, ihr entgegenzutreten, wenn er meinte, sie sei im Unrecht. Er entzweite sich mit den Liberalen, als die Arbeitermassen ihnen noch anhängen. Er hatte den Mut, während des Burenkrieges der Kriegswut der Massen in öffentlicher Versammlung mit Gefahr seines Lebens gegenüberzutreten. Und ebenso unerschrocken vertrat er im August 1914 vor seinen mild gewordenen Wählern seine Verurteilung des Krieges. Aber körperlich war er damals schon ein gebrochener Mann, und der Schmerz über die Haltung der Massen im Kriege beschleunigte sein Ende, das im September 1915 eintrat.

Seine historische Bedeutung liegt darin, daß er der rechte Mann zur rechten Zeit war, daß er, freilich ohne klare Erkenntnis, aber doch mit gutem

Instinkt gerade das tat, was für den Fortgang der proletarischen Bewegung Englands in seinen Tagen getan werden mußte.

Es ist müßig, sich zu fragen, wie er sich in die neue Situation nach dem Kriege hineingefunden hätte. Sicher ist, daß heute der bloße Agitator als Führer der proletarischen Bewegung für die großen Aufgaben, die vor ihr stehen, nicht mehr ausreicht. Konnte der Klasseninstinkt bisher zur Not genügen, namentlich in einem Lande, in dem die Theorie nur unvollkommen vertreten war, so brauchen wir jetzt mehr. Es handelt sich nun nicht mehr darum, die Arbeiter der liberalen Vormundschaft zu entreißen und zu einer selbständigen Macht zu gestalten; es gilt jetzt, ihnen die Fähigkeit zu geben, diese Macht auf das zweckmäßigste zur Neuordnung ihres Landes, zur Neuordnung der Welt zu gebrauchen. Um das zu erreichen, müssen die Sozialisten aller Länder voneinander lernen, müssen die Engländer sich herbeilassen, die deutsche sozialistische Theorie zu studieren, müssen aber auch wir die Bewegung Englands begreifen. Gerade die Figur Keir Hardies zeigt uns am deutlichsten, wie unsinnig es ist, die angelsächsischen Bewegungen mit kontinentalen Maßstäben zu messen und die Internationale in irgendwelche reformistische oder revolutionäre Schablonen einzupressen. Suchen wir einander zu begreifen, ehe wir einander be- und verurteilen, dann wird die proletarische Internationale bald wieder erstehen können als ein Machtfaktor beim Wiederaufbau der Welt, in der hinfort keine Nation mehr für sich allein zu leben vermag.

Julius Braunthal: Ein Bolschewik kontra Trotski.

Während der Tagung der ersten Konferenz der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien im Februar 1921 in Wien liefen Telegramme der Sozialdemokratischen Partei, der Gewerkschaftskommission sowie auch der Sozialistisch-Föderalistischen Partei Georgiens ein, die mitteilten, „daß russische Truppen ohne vorhergehende Kriegserklärung über die georgische Grenze vorgezogen sind und auf Tiflis marschieren“.¹⁾ Die Konferenz setzte eine Kommission zur Untersuchung der georgischen Frage ein, die die Auffassung der russischen Sowjetregierung einzuholen bemüht war. Die Kommission berichtete, daß „Moskauer Telegramme, wie auch der Wiener Vertreter der Sowjetregierung behaupten, daß es sich in Georgien um lokale Aufstände der georgischen Bevölkerung handle und daß die Sowjetregierung ihre Vermittlung zwischen den Aufständischen und der georgischen Regierung angeboten habe“.²⁾ Die Konferenz faßte hierauf den Beschluß, das Exekutivkomitee zu beauftragen, „die weitere Klarstellung der Verhältnisse durchzuführen und hiezu Stellung zu nehmen“. Inzwischen hat der Generalissimus der russischen Sowjetarmee, Trotski, soeben ein Buch über Georgien³⁾ erscheinen lassen, das den seither wesentlich revidierten Standpunkt der russischen Regierung zur georgischen Frage darzulegen versucht. Wir werden später darauf zurückkommen. Zur „weiteren Klarstellung der Verhältnisse“ erscheint es uns vorläufig wichtig, einen Bericht der proletarischen Öffentlichkeit vorzulegen, den Philipp Macharadze — zweifellos der hervorragendste Vertreter der Kommunistischen Partei Georgiens, der den Vorsitz in dem, nach der russischen Okkupation am 26. Februar 1921 in Tiflis gebildeten Revolutionären Komitee führte, also gewissermaßen die Funktion des ersten Präsidenten Sowjetgeorgiens bekleidete und gegenwärtig Vorsitzender des Komitees zur Bekämpfung der Hungersnot in Georgien ist — am 6. Dezember 1921 dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Rußlands erstattete. Der von einem berufenen Kommunisten Georgiens verfaßte Bericht

¹⁾ Beschlüsse der Internationalen Konferenz in Wien. Verlag des Sekretariats der J. A. S. P., Wien, 1921, S. 16.

²⁾ A. a. O., S. 17.

³⁾ Zwischen Imperialismus und Revolution, die Grundfragen der Revolution an dem Einzelbeispiel Georgiens. Verlag der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1922.

DER KAMPF

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENSCHRIFT

JAHRG. 12

22. NOVEMBER 1919

NUMMER 34

Karl Rautsky (Berlin): Hugo Haase.

Noch sträubt sich die Feder, das Entsetzliche niederzuschreiben. Was wir in Wochen qualvollster Ungewißheit befürchtet und doch immer wieder zurückwiesen, nach jedem Hoffnungsschimmer haschend, ist nun zur Wirklichkeit geworden.

Hugo Haase weilt nicht mehr unter uns. Die Seinen haben den zärtlichsten Familienvater verloren; seine Freunde den liebenswürdigsten, treuesten Kameraden, den einsichtsvollsten Berater, den unermüdblichsten und selbstlosesten Helfer; seine Partei den besten und größten ihrer heutigen Führer, der ihr mit ebensoviel Einsicht wie Idealismus voranging, unerschrocken und klug.

Die sinnlose Tat, die uns unseren Haase auf dem Höhepunkt seines Schaffens, in der Fülle seiner Kraft raubt, sie gemahnt an den nicht minder sinnlosen Anschlag, der Jean Jaurès' machtvoller Tätigkeit so jäh ein Ende setzte. Hier wie dort der Täter ein beschränkter Monomane, dem nicht die leiseste Ahnung davon aufdämmert, welch edles Gut er zerstört.

Der Kampf für die Heiligkeit des Menschenlebens gegen den Krieg, gegen den Massenmord, gehörte zum Lebensinhalt Jaurès' wie Haases. Der eine wie der andere wurde durch Mord gefällt. Jener am Eingang, dieser am Ausgang des großen Massenmordens, dieser grauenvollen Mißachtung der Menschenleben.

Doch nicht nur in ihrem Ende bestand eine Verwandtschaft zwischen Haase und Jaurès. Auch ihre Größe beruhte bei aller Verschiedenheit der politischen Situation ihrer Staaten und bei aller Verschiedenheit ihrer politischen Haltung doch auf gleichen Anlagen. Bei jenem wie bei diesem finden wir dieselbe seltene Vereinigung größten theoretischen Interesses, gründlicher wissenschaftlicher Bildung und überströmendsten Idealismus mit außerordentlicher Weltkenntnis und Weltklugheit; glühenden revolutionären Enthusiasmus mit nüchterner Abwägung des in jedem Moment Möglichen. Bei beiden Konzilianz in der Form, gepaart mit Unererschütterlichkeit der Ueberzeugung. Diese Anlagen entfalteten sich zunächst unter dem Einfluß des Sozialistengesetzes, unter dem sich zuerst Haases politisches Denken formte, sein leidenschaftliches Gefühl für Gerechtigkeit, sein heiliger Zorn gegen jede Unterdrückung. Das Königsberger Milieu, in dem er zuerst zu wirken begann, erwies sich ihm als äußerst günstig. Die Kantischen Traditionen schärften seinen philosophischen Sinn; sein Beruf brachte ihm tiefe ökonomische Einsicht. Dabei war Königsberg internationalem Denken sehr förderlich, englische und russische Einflüsse kreuzten sich dort. Der rege Verkehr mit England hatte früh selbst bei den Grundbesitzern Ostpreußens freiheitlichere Anschauungen geweckt, als sie im übrigen Ostelbien im Schwange waren. Für den Sozialisten wurde aber noch weit mehr maßgebend die Nähe der russischen Grenze.

Die russischen Revolutionäre, im eigenen Lande schonungslos geheßt, suchten Stützpunkte im Ausland und fanden einen der wichtigsten in der Parteigenossenschaft Königsbergs und vor allem in der Person Haases, der ihnen nicht nur ein Berater, sondern auch ein tatkräftiger und opferwilliger

Helfer wurde. Dabei wurde natürlich Haase bald aufs innigste vertraut mit den Ideen und den Personen der revolutionären Bewegung Rußlands.

Glänzend trat diese Vertrautheit zutage in dem Prozeß, der im Juli 1904 einer Anzahl ostpreussischer Genossen wegen des Verbrechens gemacht wurde, russische Revolutionäre unterstützt zu haben; wegen „Geheimbündelei, Hochverrat gegen Rußland und Zarenbeleidigung“.

Mit Karl Liebknecht und Heinemann zusammen führte damals Haase die Verteidigung, die in allen Hauptanklagen zur Freisprechung führte und ein politisches Ereignis ersten Ranges wurde. Heute ist von den drei Verteidigern keiner mehr am Leben. Karl Liebknecht fiel als Märtyrer derselben revolutionären Sache, die er damals mit Haase so glänzend verfolgt.

Frühzeitig gehörte Haase zu den wenigen Genossen, die in Deutschland (und es war anderswo nicht besser) internationales Verständnis besaßen. Seit seiner Erwählung zum Reichstagsabgeordneten (1897) in ganz Deutschland bekannt, gewann er bald darauf auch rasch wachsendes Ansehen in der Internationale, obwohl er sich bei seiner bescheidenen Art nie hervordrängte. So gehörte er zum Beispiel 1907 nicht zu der Kommission des internationalen Kongresses von Stuttgart, die jene bekannte Resolution über das Verhalten der Internationale im Falle eines Krieges fertigstellte. Dennoch hatte er auf die Fassung der Resolution entscheidenden Einfluß genommen, da verschiedene Mitglieder der Kommission sie mit ihm auf das eingehendste berieten.

Wenige Jahre danach hatte Haase bereits in der deutschen Gesamtpartei so allgemeines Ansehen gewonnen, daß er, als Paul Singer 1911 starb, als der Würdigste erkannt wurde, neben Bebel den Vorsitz der Parteileitung zu führen. Allerdings geschah das nicht ohne Widerspruch.

Haase hatte seit jeher zum linken Flügel der Partei gehört. Nicht zur äußersten Linken, sondern zum marxistischen Zentrum. Als solcher war er zum Führer der gesamten Linken dort geworden, wo sie der Rechten geschlossen entgegentrat, wie das namentlich auf dem Magdeburger Parteitag (1910) der Fall war.

Die Rechte opponierte daher Haases Wahl, Legien und Ulrich sprachen in Jena dagegen. Trotzdem wurde Haase mit 283 gegen 102 Stimmen gewählt, die auf Ebert entfielen, der gegen seine Aufstellung protestiert und erklärt hatte, eine Wahl nicht annehmen zu wollen. Doch im nächsten Jahr fand Haase keine Opposition mehr. Auf ihn entfielen 1912 von 452 gültigen Stimmen 438.

Nach Bebel's Tod wurde neben Haase Ebert in den Vorsitz gewählt. Haase erhielt 467, Ebert 433 von 473 Stimmen. Haases Autorität in der Partei war also unbestritten.

Da kam der Krieg, kam die Abstimmung vom 4. August, die Haase plötzlich in der Fraktion in eine winzige Minorität versetzte. Aber damit wuchs er erst zu seiner vollen Größe. Je gewaltiger die Hindernisse und die Gefahren, desto sicherer auch sein Mut und seine Kraft. Sein Name wurde damals zu einem Symbol, nicht bloß für Deutschland, sondern für die Welt. Was er damals geleistet hat im Kampf gegen den Krieg, es hat sich tief in unsere Herzen eingegraben, in die Herzen aller unter dem Fluch des Krieges Seufzenden, aller ihm in grimmig Widerstrebenden. Und doch vermochten nur die wenigsten voll zu ermessen, welche Last Haase damals zu bewältigen hatte, denn der größte Teil der Parteiarbeit vollzog sich im Kriege unterirdisch, und auch das anstrengende Ringen des fast vereinzelt Haase gegen die kompakte Majorität im Parteivorstand und der Fraktion blieb den Massen verborgen.

Die Revolution schien endlich den Lohn zu bringen für so viele treue und hingebende Arbeit: die Erfüllung des heißen Sehns, die Verwirklichung

des großen Ideals. Doch der weitere Verlauf der Revolution entsprach nicht ihrem Beginn.

Als vor einem Jahre unser Viktor Adler dahinging, da erfüllte es uns mit besonderem Schmerz, daß er vom Dasein scheiden mußte gerade in dem Moment, wo sich die Verwirklichung dessen anbahnte, was den Inhalt seines Lebens ausmachte. Heute preisen wir ihn glücklich dafür, daß er, wenn er schon sterben mußte, seine Augen schließen durfte in dem stolzen Augenblick, als die Revolution noch in der Fülle ihrer Verheißungen vor uns stand.

Gaases Geschick war tragischer. Er mußte zusehen, wie von den Verheißungen der Revolution eine nach der anderen versagte, und durfte doch nicht mehr die frohe Epoche erleben, der wir wieder entgegengehen, in der der Aufstieg auf der Grundlage des von der Revolution trotz alledem Errungenen von neuem beginnt.

Und dieser Zeitpunkt braucht nicht ferne zu sein. Er setzt ein, sobald die Produktion wieder vollauf im Gange ist, die Arbeitslosen nicht nach Millionen zählen, man nach Arbeitern wieder sucht.

Zeiten der ökonomischen Krise und Stagnation schärfen das sozialistische Denken, haben aber nicht die proletarische Macht. Diese ist am größten und erringt die meisten Erfolge in den Zeiten der Prosperität.

Solche Zeiten kommen, kommen bald, sie müssen das Proletariat zu den glänzendsten sozialistischen Errungenschaften führen angesichts der ungeheuren Verbreitung, die der sozialistische Gedanke in den Massen seit der Revolution und durch die Revolution gewonnen.

Unserem Gaase ist es leider nicht mehr vergönnt gewesen, diese herrlichen Tage zu sehen, die herbeizuführen er das Beste seines arbeitsreichen Lebens dahingegeben hat. Wir aber, die ihn überleben, werden auf dem Wege zum Aufstieg bei jedem Schritt an ihn gemahnt werden. Nicht nur diejenigen, die das Glück hatten, seiner Freundschaft teilhaftig zu werden und denen sein Bild im Herzen stets lebendig bleiben wird. Auch das gesamte Proletariat wird seine Führerschaft aufs schmerzlichste vermissen, gerade jetzt, wo das Erstarken der Gegenrevolution es vor die schwierigsten Situationen stellt. Mitten im Sturm haben wir unseren besten Steuermann verloren.

Um so mehr aber ist es Pflicht der Lebenden, sich mit dem Geiste ihres toten großen Führers zu erfüllen. Je mehr sie das verstehen, je mehr sie es fertigbringen, revolutionäre Begeisterung mit klarer Erkenntnis des Möglichen, himmelsstürmenden Idealismus mit Weltkenntnis und Weltklugheit zu verbinden, um so besser wird unsere Sache gedeihen.

Die Augen unseres teuren Freundes sind geschlossen, sein Mund ist verstummt für immerdar. Aber sein Geist kann und soll fortleben in uns, der Geist des Denkers, der Geist des Kämpfers. Er wird uns zum Siege führen.

Fritz Rager: Die Bevölkerungsbewegung Oesterreich-Ungarns im Weltkrieg.

Die Kopenhagener Studiengesellschaft für soziale Folgen des Krieges hat das große Verdienst, durch eine Reihe von Schriften, die sie während des Krieges veröffentlichte, wertvolle Aufschlüsse über die Kriegerscheinungen geboten zu haben. Während die kriegführenden Länder selbst die Daten ängstlich geheimhielten und bestenfalls Schreckensnachrichten über die Folgeerscheinungen des Krieges im feindlichen Ausland in tendenziöser Aufmachung verbreiteten, war Kopenhagen während der Kriegsjahre die einzige Stätte, wo mit Fleiß und Einsicht Material über die grauenhaften Wirkungen des Weltkrieges gesammelt, gesichtet und verarbeitet wurde. In der österreichischen Monarchie waren die Kopenhagener Veste übrigens, wie nicht anders zu erwarten, von der Zensur verboten.

DER KAMPF

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENSCHRIFT

JAHRG. 12

2. AUGUST 1919

NUMMER 18

Karl Kautsky (Berlin): Zum Gedächtnis Jean Jaurès'.

Am 31. Juli erneut sich zum fünften Male der unheilvolle Tag, der Jean Jaurès hinwegraffte und mit dieser Bluttat den entseßlichen Millionenmord einleitete, der die kapitalistische Zivilisation Europas binnen vier Jahren an den Rand des Unterganges brachte. Jaurès fiel gerade in dem Moment, als Frankreich, als die gesamte Internationale seiner gewaltigen Persönlichkeit bedurfte, indes gleichzeitig auch die deutsche Sozialdemokratie den Verlust noch nicht überwunden hatte, den sie kurz vorher durch Bebels Hinscheiden erlitten hatte.

Bebel und Jaurès vereint hätten vielleicht noch in jener furchtbaren Krisis die Einheit der Internationale aufrechterhalten, ihren Verfall aufhalten können.

Vielleicht! Sicher ist es nicht, ja nicht einmal sehr wahrscheinlich. Mit Bestimmtheit darf man behaupten, daß die Haltung der französischen Sozialdemokratie beim Kriegsausbruch unter Jaurès' Führung keine andere gewesen wäre als ohne ihn. Die Hoffnung auf Erhaltung der Einheit der Internationale hätte nur darin liegen können, daß es dem vereinten Prestige von Bebel und Jaurès gelungen wäre, die deutsche Sozialdemokratie zu einer anderen Haltung, wenigstens zur Stimmenthaltung gegenüber den Kriegskrediten zu veranlassen. Aber gegenüber der ungeheuren Welle nationalen Wahnsinns, die damals das ganze deutsche Volk mit sich riß, den größten Teil seines Proletariats inbegriffen, hätte wohl keine Persönlichkeit aufkommen können, und war sie noch so gewaltig.

Von Jaurès freilich wurde sogar behauptet, er wäre der Mann gewesen, den ganzen Krieg zu verhindern. Und gerade deswegen hätten ihn die Kriegstreiber aus dem Wege geräumt.

Diese Auffassung steht freilich im Widerspruch zu den Tatsachen, doch bezeugt sie das ungeheure Vertrauen, das Jaurès bei den proletarischen Massen als Vorkämpfer des Weltfriedens erworben hatte.

In den ersten Jahren seiner Parteitätigkeit war Jaurès noch starkem Mißtrauen, ja zeitweise entschiedener Ablehnung weiter Parteikreise begegnet. Der Philosophieprofessor von Toulouse war zum ersten Male 1885, mit 26 Jahren, in die französische Kammer gewählt worden, als opportunistischer bürgerlicher Republikaner. Im Parlament kam er dann in persönliche Fühlung mit den Sozialisten. Und nun setzte eine große Wandlung in ihm ein. Im Jahre 1889 ließ er sich nicht wieder wählen. Erst im Jahre 1893 kam er zum zweiten Male wieder in die Kammer, nun aber als Sozialist. Doch schloß er sich nicht einer der alten sozialistischen Parteien an, sondern der neuen Gruppe unabhängiger Sozialisten, die sich um Malon herum gebildet hatte, vornehmlich Intellektuelle unter der Führung Mille-rands und Vivianis. Für diese Gruppe bestanden nicht die trennenden historischen Erinnerungen und Programme der anderen sozialistischen Parteien, unter ihren Mitgliedern übermog das Gefühl für Macht. So propagierte sie vor allem die Auflösung der alten Parteien des Sozialismus, ihre Vereinigung untereinander, aber auch ihr Zusammenwirken mit den

bürgerlichen Radikalen. Das machte die neue Gruppe den anderen Sozialisten von vornherein verdächtig, man witterte in ihnen ein neues Strebertum, und tatsächlich haben sich auch viele ihrer Mitglieder später als prinzipienlose Streber entpuppt. In den inneren Parteikämpfen, die sich darob entspannen, hatte Jaurès einen schweren Stand, um so mehr, je stärker seine Persönlichkeit hervortrat, seine Führergaben sich entwickelten und ihn in den Vordergrund schoben. Millerands Ministerschaft und der Gegensatz von Revisionismus und Radikalismus brachten den Höhepunkt des Gegensatzes, der schließlich über Frankreichs Grenzen hinausging, internationale Dimensionen annahm. Das große Duell zwischen Bebel und Jaurès auf dem Kongreß von Amsterdam war die machtvollste Äußerung dieses Gegensatzes. Es leitete indes bereits seine Ueberwindung ein. Die Amsterdamer Resolution lehnte die revisionistischen Anschauungen ab, forderte aber gleichzeitig die Einigung aller gespaltenen sozialistischen Parteien in der Welt. Nur die französischen sozialistischen Organisationen folgten dem Aufruf, im wesentlichen infolge der entsagenden Haltung Jaurès, der mit seinen Freunden aus dem sozialistisch-radikalen Block austrat, obwohl er sich dabei von vielen seiner bisherigen Parteifreunde trennen mußte, den Mugagneur, Briand, Millerand, Viviani, die sich nun vom Sozialismus lösten.

Die Einigung der sozialistischen Organisationen wurde im April 1905 vollzogen. Bei ihr triumphierten wohl die Anschauungen Guesdes, aber auch die Persönlichkeit Jaurès'. Immer mehr entwickelte sich dieser, nicht Guesde, zum tatsächlichen Führer der vereinigten Partei. Er wurde es nicht zum wenigsten dadurch, daß er sich nun mit voller Kraft auf die Friedenspropaganda warf und sie so kraftvoll und glänzend führte, daß er die stürmische Begeisterung des gesamten internationalen Proletariats aller Richtungen entfesselte und sein vollstes Vertrauen gewann. Neben seinem Ueberwinder Bebel wurde Jaurès der populärste Mann der Internationale. Nach Bebel's Tod war er der hervorragendste ihrer Führer.

Gerade in der Zeit, in der sich die französische Einigung vollzog, ballten sich immer schwarzer die Gewitterwolken des kommenden Weltkrieges zusammen, nahm die Kriegsgefahr infolge des Imperialismus und des Wettrüstens immer drohendere Formen an. Der Kampf gegen den Krieg wurde immer wichtiger, er drängte die Streitfragen des Revisionismus zurück und vereinigte alle wahrhaften Internationalisten.

Die Marxisten in Frankreich hatten stets die Notwendigkeit gepredigt, auf die Revanche zu verzichten und eine Verständigung mit Deutschland zu suchen. Aber sie hatten nur das Ohr des klassenbewußten Teils des Proletariats gefunden. Jaurès' Stimme reichte weiter, sie machte auch auf die Intellektuellen Eindruck.

Noch vor der Einigung, schon 1903, als Vizepräsident der Kammer, erklärte er in einer großen Rede, der Revancheidee sei der Kaufpaß zu geben und die Verständigung mit Deutschland zu suchen. Die Rede erregte riesiges Aufsehen und fand von vielen Seiten Zustimmung, auch aus bürgerlichen Kreisen. Aber freilich auch erbitterten Widerspruch. Die Nationalisten verurteilten Jaurès als Agenten Deutschlands.

Unmittelbar nach der Einigung fand Jaurès Gelegenheit, nicht bloß akademisch für den Weltfrieden zu wirken. Im Jahre 1904 hatten sich Frankreich, Italien und England über Marokko geeinigt, da meldete sich plötzlich auch Deutschland als Mittelmeermacht an und erhob Ansprüche auf Marokko. Damals erschien schon der Weltfriede bedroht durch die Imperialisten hieben wie drüben. Gegen dieses Treiben erhob Jaurès aufs kraftvollste seine Stimme. Um die Einigkeit des französischen und deutschen Proletariats zu

dokumentieren, wurde er von den Arbeitern Berlins aufgefordert, vor ihnen zu sprechen. Und da geschah das Unglaubliche: dem Bekämpfer der Revancheidee, dem Manne, den man in Frankreich als Agenten Deutschlands denunzierte, ihm wurde von der deutschen Regierung verboten, für den Frieden zu reden. Nicht ein untergeordneter Polizist tat das, nein, Fürst Bülow selbst richtete am 5. Juli 1905 an den deutschen Botschafter in Paris die Aufforderung, Jaurès mitzuteilen, man werde ihm nicht gestatten, in Berlin zu reden.

Das war die Art der Propaganda, die das alte deutsche Regime im Ausland betrieb. Kein Wunder, daß es nicht nur die imperialistische Konkurrenz, sondern auch die gesamte bürgerliche und proletarische Demokratie zu seinen erbitterten Gegnern hatte.

Jaurès' größte Sorge war die, wie den drohenden Krieg zu verhindern. Der internationale Kongreß von Stuttgart 1907 beschäftigte sich ausführlich mit der Frage des Weltkriegs. Die Berichterstattung über die Verhandlungen führte dann zu weiteren Erörterungen des Problems. In Paris berichtete Jaurès und entwickelte dort ausführlich seinen Standpunkt. Er wendete sich gegen den Antimilitarismus Hervés, der damals außerhalb der anarchistischen Kreise von wenigen geteilt wurde, und der meinte, es sei in einem Kriege gleich, wer siege und ob ein Volk selbständig bleibe oder nicht. Jaurès versocht entschieden das Selbstbestimmungsrecht der Völker und das Recht, die Selbständigkeit mit den Waffen in der Hand gegen jeden Angreifer zu verteidigen. Das war die Ansicht auch der Liebknecht und Bebel, Marx und Engels gewesen. Zu diesem Zweck traten sie für das Milizheer ein. Das forderte auch Jaurès, der ein eigenes Buch, „Die neue Armee“, über die beste Organisation eines modernen Milizheeres schrieb.

Prinzipiell wurde damals von niemand etwas gegen diese Auffassung eingewendet, nur wurde darauf hingewiesen, daß die Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg nicht immer leicht zu machen sei, am allerwenigsten sofort bei Ausbruch eines Krieges. Da sei es oft ganz unmöglich, zweifelsfrei festzustellen, wer der wirkliche Angreifer und wer der Angegriffene sei. Das hielt ich damals auch Bebel auf dem Parteitag in Essen entgegen, wo wir im Anschluß an den internationalen Kongreß die Frage ebenfalls diskutierten und Bebel einen der Jaurès'schen Auffassung ähnlichen Standpunkt einnahm. Bebels Antwort erschien mir wenig befriedigend: wir seien heute klüger als 1870, wo wir uns von Bismarck täuschen ließen. Aber damals waren selbst Marx und Engels getäuscht worden. Und die Mittel der Täuschung der Massen sind für die Regierungen seitdem durch die Monopolisierung noch verstärkt worden.

Jaurès wußte einen besseren Ausweg. Er führte in seiner schon erwähnten Rede in Paris 1907 aus:

„Wenn ein internationaler Konflikt ausbricht, werden wir den Regierungen sagen: Verständigt euch durch eure Diplomaten. Wenn eure Diplomaten keinen Erfolg haben, dann wendet euch an Schiedsrichter, die ihr selbst erwählt, beugt euch ihrem Spruch: keinen Krieg, kein Blutvergießen! Die Entscheidung der Menschlichkeit, der Vernunft! Wollt ihr keine Schiedsgerichte, nun, dann seit ihr eine Regierung von Missetätern und Banditen, von Mördern. Dann haben die Proletarier die Pflicht, sich gegen euch zu erheben; es ist ihre Pflicht, die Gewehre entgegenzunehmen und zu behalten, die ihnen die Regierung in die Hand gibt, aber sie haben sie dann gegen den inneren Feind, nicht gegen den äußeren zu richten.“

So hoffte Jaurès den Krieg zu verhindern. Und von diesem Standpunkt aus bekommt auch die Frage der Schiedsgerichte eine neue Bedeutung. Diese Gerichte sollen die proletarische Aktion nicht ausschließen, sondern ihr vielmehr eine solide Basis geben. Man verlacht in unseren Kreisen gern Schiedsgerichte und Abrüstung des bürgerlichen Pazifismus. Doch trennen uns von

diesem nicht die Ziele, sondern die Methoden. Nicht von der Einsicht der Regierungen, sondern vom proletarischen Druck erwarten wir die Erreichung der pazifistischen Ziele.

Wie kommt es aber, daß Jaurès, als es 1914 zum internationalen Konflikt kam, die Proletarier Frankreichs nicht aufrief, sich gegen ihre Regierung zu erheben? Wurde er seinem Programm untreu oder wollte er es ausführen und wurde daran nur durch die menschenliche Untat eines nationalistischen Wahnsinnigen gehindert?

Das eine traf ebensowenig zu wie das andere. Jaurès blieb seinem Programm treu, aber er sah im Juli 1914 keine Ursache, das Proletariat Frankreichs gegen seine Regierung aufzurufen. Noch unmittelbar vor Ausbruch des Krieges, auf der letzten Sitzung des Internationalen Büros, betonte er sein vollstes Vertrauen zur Friedensliebe der französischen Regierung. Und mit Recht. Die Wahlen von April und Mai 1914 hatten in Frankreich die Sozialisten sehr gekräftigt und die Imperialisten an die Wand gedrückt. Die Folge war das friedensfreundliche Ministerium Viviani.

Die Regierung Frankreichs wollte den Krieg nicht, und man darf sagen, die Russen ebensowenig. Was man als Kriegstreibereien der Militaristen des Zarenreichs aufgefaßt hat, ist, näher gesehen, nur das Drängen, rechtzeitig zum Krieg zu rüsten, um nicht unvorbereitet durch Deutschland und Oesterreich überfallen zu werden. Selbst die Imperialisten und kriegslüsternden Militaristen in Frankreich und Rußland wollten damals nicht den Krieg, da sie wußten, daß ihnen Deutschland und Oesterreich zurzeit überlegen seien, ebenso aber, daß diese Überlegenheit nach wenigen Jahren infolge der russischen Bahnbauten aufhören werde.

In Frankreich wurde der Krieg auch ganz anders aufgenommen als in Deutschland und Deutschösterreich. Bei uns jubelnde Begeisterung weiter Volkskreise in Erwartung rascher, glänzender Siege; jenseits des Rheins bedrücktes Schweigen, da man Furchtbares voraussah.

Es ist auch ganz falsch, wenn in Deutschland die Dinge mitunter (so von David und Heilmann) so dargestellt werden, als sei Jaurès mit seiner Friedenspolitik unter seinen Genossen isoliert gewesen. Im Gegenteil. Bis zum letzten Tag war die sozialistische Kammerfraktion vollständig einmütig und Jaurès ihr ausgesprochener Führer. Und ihre Haltung nach seinem Tod bedeutet nicht einen Umfall, sondern nur die logische Konsequenz der Auffassung vom Kriege, die Jaurès 1907 entwickelte.

Man darf nicht vergessen, daß der russische Zar am 29. Juli dem Kaiser Wilhelm den Vorschlag gemacht hatte, den österreichisch-serbischen Streitfall dem Haager Schiedsgericht zu übergeben. Die deutsche Regierung beantwortete diesen Vorschlag nicht, ihr böses Gewissen bekundete sie dabei aber durch die Tatsache, daß sie in ihrem ersten Weißbuch über den Ursprung des Krieges diese Depesche *verschwiegen*, von der die Welt erst durch die Gegenseite erfuhr.

Es ist also gar keine Frage, daß Jaurès die deutsche Regierung zu jenen gerechnet hätte, die im Kriege von ihren eigenen Sozialisten auf das rücksichtsloseste zu bekämpfen seien, daß er demnach über die Kriegspolitik der deutschen Mehrheitssozialisten nicht anders gedacht hätte als seine Parteigenossen selbst.

Nicht so ganz sicher ist es, wie Jaurès sich später gehalten hätte, als im Laufe des Krieges die imperialistischen und militaristischen Elemente nicht bloß in der Regierung, sondern auch in der Bevölkerung Frankreichs immer mehr obenauf kamen. Am konsequentesten scheint mir die Richtung *Vonguets* den Standpunkt Jaurès' weiterentwickelt zu haben.

Und man darf annehmen, daß Jaurès sich treu geblieben wäre. Denn wenn er auch in der Politik zuerst als Opportunist, als Verfechter einer Block- und Machtpolitik auftrat, so war das bei ihm nie ein Ausfluß von Grundlosigkeit. Seine Ehrlichkeit und Prinzipientreue durften niemals angezweifelt werden.

Nur waren seine Prinzipien nicht die des konsequenten Marxismus, sondern die eines sozialistischen Ektizismus.

Nicht auf dem Wege über die ökonomische Erforschung der kapitalistischen Gesellschaft kam Jaurès zum Sozialismus, sondern auf dem Wege über die Erforschung der großen französischen Revolution, deren Geschichtschreiber er wurde, in deren Traditionen er aufwuchs, die ihn stets auf das lebhafteste befehlten und seine feste Basis bildeten, auf der sich erst später nach und nach ein marxistischer Ueberbau bildete.

Die französische Revolution war eine Erhebung nicht nur der Bourgeoisie, sondern auch der besitzlosen Massen gewesen, die in ihr zeitweise herrschten. Doch vermochten sie unter den gegebenen ökonomischen Verhältnissen noch nicht bestimmte, ihrem Klasseninteresse entsprechende ökonomische Forderungen zu formulieren. Sie oder vielmehr ihre intellektuellen Wortführer mußten sich auf die Erhebung ethischer Forderungen beschränken. Diese Forderungen waren aber keine anderen als jene, die aus den bürgerlichen Illusionen geboren waren, mit denen die Bourgeoisie in die Revolution eintrat, die vermeinte, durch Aufhebung der feudalen Ausbeutung jede Ausbeutung, durch Beseitigung der aristokratischen Herrschaft jede soziale Ungleichheit zu beseitigen. Das revolutionäre Proletariat und die revolutionäre Bourgeoisie hatten so die gleiche Ethik — im Grunde dieselbe, die Kant formulierte. Vom Standpunkt dieser Ethik konnte der Sozialismus als die logische Konsequenz der bürgerlichen Revolution, als ihre Vollendung erscheinen; vom gleichen Standpunkt war aber stets eine Brücke zwischen bürgerlichem und proletarischem Denken zu finden.

So hat der konsequente Marxismus der Guesde und Lafargue stets die Tradition der großen Revolution als ein Hindernis für die Erfüllung des Proletariats mit selbständigem Massenbewußtsein betrachtet und bekämpft, und so konnte Jaurès vom Standpunkt der gleichen Tradition, ohne sich jebruntreu zu werden, den Weg vom bürgerlichen Republikanertum zum Sozialismus und zur bürgerlich-sozialistischen Blockpolitik finden.

Sein theoretischer Standpunkt war dabei sicher weniger einheitlich als der der genannten französischen Marxisten. Und dennoch hat er sich in seinem Handeln zeitweise manchem Marxisten überlegen gezeigt. Denn Marx war stets für die weitestgehende Zusammenfassung aller zu wirklichem Klassenkampf geeigneten und geeigneten Kräfte des Proletariats ohne Rücksicht darauf, welches ihre theoretische Auffassung. So streng Marx auf theoretische Klarheit hielt, so unerbittlich er jede Unklarheit bekämpfte, die Organisation der Massen zum Handeln durfte durch theoretische Meinungsverschiedenheiten nicht beeinträchtigt werden.

Marx und Engels haben stets jeden Versuch bekämpft, den Marxismus zu einer Sektenbewegung zu verengen. Daher verhielt sich Engels so ablehnend gegen Hyndman in England. Darum haben Marx und Engels so manche von Guesde und Lafargue hervorgerufene Spaltung bedauert.

Jaurès war stets, vom Anfang seines sozialistischen Wirkens an, ein begeisterter Befürworter der sozialistischen Einigung, darin seinem Freunde Viktor Adler vergleichbar, darin auch eines Sinnes mit Debel, der von den Erfahrungen des deutschen Bürgerkrieges zwischen Lassalleanern und Eisenachern genug hatte und dem vor jeder neuen Spaltung graute.

Es ist nicht zum mindesten Jaurès zu danken, daß die Einigung des französischen Sozialismus nicht bloß gelang, sondern sich so festwurzelte, daß er ungleich dem deutschen, ohne Spaltung den Weltkrieg überdauern konnte, daß Zimmerwalder und Elemente, die den Scheidemann, David, Südekum wenigstens in der inneren Politik sehr nahe stehen, heute noch innerhalb des gleichen Parteiorganismus zusammenwirken.

Als kraftvollster Verfechter des Weltfriedens und der proletarischen Einigkeit wird Jaurès fortleben in der Geschichte des Sozialismus. Als solcher lebt er heute noch in den praktischen Nachwirkungen seiner Propaganda unter uns, inmitten der großen sozialen Revolution, die jetzt eingesetzt hat und die jene großen Ziele verwirklichen soll, deren Verkündigung und Verbreitung den Inhalt seines Lebens ausmachte und ihn den Besten seiner Zeit zugesellte.

Michael Schacherl: Lehren vom 21. Juli.

Niemand ist unfehlbar — höchstens der Papst, und selbst das glauben nicht alle Leute. Der Wiener Kreisarbeiterrat wird hoffentlich nicht päpstlich denken, sondern gestatten, daß man der Meinung Ausdruck gibt, er habe mit seinem Generallstreikbeschuß einen Fehler gemacht. Einen großen Fehler sogar! Aber ein noch so großer Fehler kann dadurch in seinen Folgen verringert werden, daß man ihn einsieht und daraus lernt.

Auf sehr ungenügend klare Nachrichten über Demonstrationsabsichten der Sozialisten der Ententestaaten hin hat der Reichsvollzugsausschuß der Arbeiter- räte von Deutschösterreich zuerst beschlossen, am S o n n t a g den 20. Juli Kundgebungen gegen den „heutegierigen Imperialismus“ zu veranstalten. Zusage des Mangels direkter Verbindungen mit den Sozialisten des Auslandes herrschte keine Klarheit, ob die Kundgebungen dort einen einheitlichen Charakter haben und in welchem Maßstab sie stattfinden würden. Nach dem, was aus Frankreich über die Beschlüsse der Confédération générale du travail (Allgemeiner Arbeiterbund) zu lesen war, handelte es sich nicht um eine Kundgebung gegen den Gewaltfrieden mit Deutschland, nicht um eine Aktion zugunsten erträglicherer Friedensbedingungen für Deutschösterreich, sondern in erster Linie um eine Demonstration gegen die Teuerung, und ziemlich rückwärts, in zweiter Linie, stand noch die Absicht, gegen eine bewaffnete Intervention in Rußland und Ungarn zu protestieren — und auch dies, wie es scheint, mehr in Form des Verlangens nach Demobilisierung und Heimkehr der außerhalb Frankreichs stehenden französischen Truppen. Dazu kam die Forderung nach Amnestie für die zahlreichen militärischen und politischen Verurteilten. Aus England war fast gar nichts zu hören, aus Amerika ebensowenig, aus Italien kamen ebenfalls nur unsichere Nachrichten über das Ziel des geplanten Demonstrationsstreiks, noch weniger bestand eine Vorstellung, in welchem Ausmaß die Arbeiter mitzun würden. Von den neutralen Staaten war bekannt, daß sie sich nicht beteiligen würden.

Schon die vorhandene Unklarheit und Unsicherheit, ob, mit welchem Ziele und in welchem Maße die Arbeiter der s i e g r e i c h e n Staaten der Parole folgen würden, hätte zur größten Vorsicht in den b e s i e g t e n Staaten mahnen müssen. Denn gegen den Gewaltfrieden hatte die Arbeiterschaft Deutschlands und Deutschösterreichs schon demonstriert und ein Protest gegen ein etwa geplantes Einschreiten der Entente gegen die „Mätereierungen“ in Budapest und Petersburg-Moskau bloß von dem auf dem Boden liegenden und gleichzeitig mit der Kundgebung gegen die Entente diese Entente um Lebensmittel und Kohle anbettelnden Deutschösterreich konnte keinerlei Eindruck machen oder höchstens einen für die Erfüllung dieser Bitten ungünstigen. Man hätte also bei uns den 21. Juli in Ruhe erwarten sollen. Nicht in den besiegten Staaten, sondern in den siegreichen mußten sich die Sozialisten gegen den Gewaltfrieden erheben, wenn sie stark genug wären, was ja nach all dem, was gerade Frankreich durch diesen Krieg erduldet hatte, leider vom Anfang an sehr zu bezweifeln war.

und die Revolution trieb die Gegensätze zum offenen Kampf. Denn Fortsetzung der Zusammenarbeit der Klassen hieß Beschränkung der Revolution auf die Verwirklichung der politischen Demokratie; die Revolution selbst aber, deren Träger das sozialistische Proletariat war, zwang zum Versuch der Verwirklichung des Sozialismus. Daß der Kampf unter den gegebenen historischen Verhältnissen geschichtlich unvermeidlich war, ließe sich durch eingehende Analyse leicht zeigen. Daß es aber zum Kampf kam, rettete den Kapitalismus.

Fortbestand des Kapitalismus bedeutet aber unter den ökonomischen und politischen Bedingungen der nachrevolutionären Zeit, der Zeit der ökonomischen Liquidierung des Krieges, Verschärfung des Klassengegensatzes und das Streben, durch Gegenrevolution die erschütterte Machtstellung der herrschenden Klassen neu zu befestigen. Die Verschlechterung der ökonomischen Lage, die Schärfe der Gegensätze nimmt der reformistischen Taktik ihre Grundlage und macht die Zusammenarbeit der Klassen unmöglich. Sie drängt das Proletariat in einheitliche Kampfstellung. Die Entwicklung, die zur Spaltung geführt, vernichtet so allmählich die Ursachen dieser Spaltung, indem sie das dauernde Klasseninteresse zum überwiegenden macht. So wird die Einigung des Proletariats durch die Notwendigkeit gemeinsamer Kämpfe gegen seine Klassengegner als Resultat der geschichtlichen Entwicklung kommen.

Der Prozeß ist im Gang, und er braucht und soll nicht gestört werden durch abstrakte Diskussionen über theoretische Grundsätze, weil die Entwicklung selbst für unsere grundsätzliche marxistische Auffassung entscheiden wird. Dieser Prozeß muß im Gegenteil gefördert werden durch Bereitschaft zum gemeinsamen Kampf, wo immer dieser möglich und notwendig ist. Nicht Konkurrenz der Parteien, sondern das Kartell, die proletarische Interessengemeinschaft, fordert die politische und ökonomische Lage der deutschen Arbeiterklasse.

Der Boden für solchen gemeinsamen Kampf ist am ehesten in den Gemeinden und Staaten gegeben, wo es sich um systematische Befestigung von Machtpositionen handelt. Er ist gegeben für Erreichung bestimmter konkreter Ziele, die den Arbeiterparteien gemeinsam sind und für die — unter Umständen unter vermittelnder Mitwirkung der Gewerkschaften — eine Aktionsgemeinschaft zur Durchführung des Kampfes sich bilden läßt. Übereinstimmung in der Aktion wird notwendig werden, um in dem Kampf um die Verteilung der Lasten das gemeinsame Interesse der schaffenden Massen zu wahren.

Wird die politische Arbeit der sozialistischen Parteien von diesem Geiste geleitet, so wird geleistet, was die Stunde fordert, ohne der kommenden Zeit vorauszugreifen und ihr vorauszuweichen, was in der Politik manchmal ebenso ein Fehler ist, als hinter der Zeit zurückzubleiben. Reden über die Einigkeit ist leicht, aber unmöglich ist, durch Reden vorwegzunehmen, was nur Resultat der Entwicklung sein kann. Auch hier gilt das Wort von Marx: Ein Schritt vorwärts ist wichtiger als ein Duzend Programme, und auch hier heißt es: im Anfang war die Tat!

Karl Rantsky: Klassendiktatur und Parteidiktatur.

1. Klasse und Stand.

Das Wort von der Diktatur des Proletariats, das Marx einst geprägt, wird seit einigen Jahren besonders eifrig propagiert. Leider hat sich Marx nie darangemacht, dieses Wort, das er gelegentlich hingeworfen hatte, näher zu erläutern. Auch Engels hat nur einmal bemerkt, die Pariser Kommune von 1871 bilde eine Illustration der Diktatur des Proletariats. Auf eine weitere Erörterung ließ er sich nicht ein.

Nun kann für jeden, der das ganze Gedankensystem unserer beiden Meister ins Auge faßt, kein Zweifel darüber bestehen, wie wir die Diktatur des Proletariats in ihrem Sinne aufzufassen haben. Aber wer an einzelnen Worten klebt, dem bleibt das Wort von der Diktatur deutungsfähig genug. Es umschließt in der Tat eine Fülle von Problemen, von denen noch nicht alle untersucht worden sind.

Die Befürworter der Diktatur des Proletariats lieben es, ihr die Diktatur des Kapitals entgegenzusetzen. Es gelte, die eine Diktatur durch die andere abzulösen. Wenn wir nun näher zusehen, finden wir, daß die Diktatur des Proletariats eine besondere Staatsform erheischen soll, die der Sowjetrepublik, während die Diktatur des Kapitals mit den verschiedensten Staatsformen vereinbar ist. Wir finden sie in der Monarchie und in der Republik, in zentralistischen und föderalistischen Staaten, bei allgemeinem Wahlrecht und bei Klassenwahlrecht, ja bei völligem Mangel jeglichen Wahlrechts.

Das, was man als Diktatur des Kapitals bezeichnet, ist eben nichts anderes als die Tatsache, daß der besitzlose Proletarier abhängig ist von dem Kapitalisten, dem Monopolisten der Produktionsmittel.

Der einzelne Kapitalist übt zunächst seine Diktatur in seinem eigenen Betrieb, und die Diktatur der Klasse ist nur die Summe der Einzeldiktaturen der verschiedenen Kapitalisten in ihren Unternehmungen.

Der Gegensatz zu dieser Diktatur des Kapitals über das Proletariat ist nicht die Diktatur des Proletariats über das Kapital, sondern die Aufhebung des Kapitalverhältnisses, das Verschwinden des Kapitalisten und die Verwandlung des Arbeiters aus einem Proletarier in einen Teilnehmer am gesellschaftlich geregelten Produktionsprozeß.

Die Diktatur des Kapitals ist deswegen mit den verschiedensten Staatsformen vereinbar, weil sie nicht eine politische, sondern eine ökonomische Erscheinung ist. Das Wort von der Diktatur des Proletariats über das Kapital ist dagegen eine Sinnlosigkeit, wenn man es ökonomisch faßt. Solange das Kapital den einzelnen Betrieb besitzt, ist eine Diktatur des Proletariats im Betrieb unmöglich. Sie würde voraussetzen, daß der Kapitalist jedes Anrecht auf den Betrieb und jedes Recht in ihm verloren hat. Damit ist aber der Kapitalist überhaupt, das Objekt der Diktatur des Proletariats, ökonomisch betrachtet, beseitigt.

In der Tat ist die Diktatur des Proletariats stets politisch gemeint. Das Proletariat bemächtigt sich der Staatsgewalt und übt sie in seinem Interesse aus, also im Gegensatz zu den Kapitalisten, die aber einstweilen, solange nicht die allgemeine Sozialisierung durchgeführt ist, auf bestimmten Produktionsgebieten ökonomisch weiterfunktionieren. Nur so gesagt bekommt die Diktatur des Proletariats einen Sinn. Dann aber wird es zu einem Unsinn, ihr die Diktatur des Kapitals gegenüberzusetzen. Denn das heißt, zwei unvergleichbare Dinge miteinander vergleichen: eine ökonomische Tatsache und eine politische Forderung.

Wenn wir aber die Diktatur des Proletariats in der Weise auffassen, in der allein sie einen Sinn hat, als eine politische Forderung, entsteht eine neue Frage: Kann eine Klasse direkt politische Herrschaft erringen und üben? Oder welcher Mittelglieder bedarf sie, um dazu befähigt zu sein?

Eine Klasse ist eine Summe von Individuen, die untereinander übereinstimmen in der Art der Einkommensquellen, aus denen jedes von ihnen seinen Lebensunterhalt zieht, zum Beispiel Lohn, Profit, Grundrente, und damit der Interessen, die sie bewegen. Dazu kommt meist noch eine Übereinstimmung in den Lebensbedingungen und Gewohnheiten und daraus sich ergebenden Sitten, Gebräuchen, Anschauungen. Diese Übereinstimmung bewirkt, daß jedes Durchschnittsmitglied der Klasse die Tendenz haben wird, unter gleichen Bedingungen

in derselben Weise zu handeln wie seine Klassengenossen, daß es sich mit diesen die gleichen Ziele setzt und gegen den gleichen Gegner durchzusetzen sucht. Dabei bildet aber die Gesamtheit der Mitglieder der Klasse nicht einen festen äußerlichen Zusammenhang. Die Klasse als solche entbehrt der Organisation und einer scharfen Abgrenzung gegenüber den anderen Klassen.

Wo es zu einer solchen festen Organisation und Abgrenzung kommt, da wird aus der Klasse ein Stand.

Die mittelalterliche Gesellschaft war in Stände eingeteilt. Das war möglich unter Produktionsverhältnissen, die sich nur langsam änderten. Die kapitalistische Produktionsweise, die alle ökonomischen Verhältnisse beständig umwälzt, verträgt die ständische Abschnürung und Fixierung nicht. Die Bourgeoisie hat überall, wo sie zur Macht kam, die ständischen Absonderungen abgeschafft und sie alle in der Masse des Volkes untergehen lassen.

Die Unterschiede der Klassen und ihre ökonomischen Grundlagen in dieser Masse herauszufinden, war keine einfache Sache, sondern eine wissenschaftliche Großtat ersten Ranges, die zu ihrer Vollenendung eines Marx und eines Engels bedurfte. Die Stände dagegen und ihre Abgrenzungen lagen klar zutage, waren für jedermann ohne weiteres erkennbar. Das Standesbewußtsein war für jedes Mitglied eines Standes von vornherein gegeben. Ein klares Klassenbewußtsein dagegen kann nur gewonnen werden durch eine bestimmte wissenschaftliche Erkenntnis; es bedarf zu seiner Verbreitung bedeutender Aufklärung und eifriger Propagandatätigkeit der Aufgeklärten.

Die Klassengegensätze gehen freilich aus der Natur der Dinge mit Notwendigkeit hervor und werden früh empfunden — aber nicht sofort als Gegensätze der Klassen. Der Haß der Proletarier zum Beispiel richtet sich zuerst nur gegen bestimmte Personen, gegen die bössartigen, habgierigen, harttherzigen unter den Ausbeutern, nicht gegen die Kapitalistenklasse überhaupt. Und als der Kampf weitere Ausdehnung gewinnt und als Kampf gegen bestimmte Schichten erscheint, wird er zunächst nur betrachtet als Kampf der Armen gegen die Reichen. So nennt ihn zum Beispiel Börne in seinen „Pariser Briefen“. Aber selbst ein Lassalle, der sich an Marx gebildet, konnte noch in den Sechzigerjahren das Proletariat identifizieren mit den Empfängern der kleinen Einkommen und so in dem Kleinbürgerlichen und Kleinbäuerlichen Preußen seiner Tage eine riesenhafte proletarische Überzahl entdecken, der das allgemeine gleiche Wahlrecht sofort die Macht verleihen mußte.

Man sieht, zwischen Stand und Klasse ist ein gewaltiger Unterschied; Marx war daher keineswegs erbaut darüber, wenn manche seiner Schüler das Proletariat als *vierten Stand* bezeichneten. Ein ständisches Wahlrecht einzurichten, war eine höchst einfache Sache. Seine Gestaltung wurde eine bloße Machtfrage. Dagegen sind bisher alle Versuche gescheitert, in einem Staat mit moderner Produktionsweise eine genaue und scharfe Abgrenzung der Klassen vorzunehmen, die es erlaubte, ohne Willkür und Widersprüche ein wirkliches Klassenwahlrecht einzurichten. Die bürgerlichen Versuche in dieser Beziehung wußten nur ein Zensuswahlrecht zu schaffen, sie warfen die Mitglieder der verschiedenen Klassen in den gleichen Topf, sobald sie die gleiche Einkommenshöhe aufwiesen. Die Bolschewiki wieder machen die produktive Arbeit zum Kriterium der Wahlberechtigung, als ob die Proletarier allein produktive Arbeit leisteten — was immer man darunter verstehen mag — und als ob nicht zahlreiche Proletarier unproduktiv beschäftigt wären! (Ich habe darüber im „Kampf“ gehandelt, Nr. 12, Jahrgang XIII.)

2. Klasse und Partei.

Eine Klasse scharf abzugrenzen, ist unmöglich. Nicht alle ihre Mitglieder besitzen ein Klassenbewußtsein, nirgends bildet eine bloße Klasse eine Organisation. Wie ist es aber unter diesen Umständen möglich, daß eine Klasse nicht

nur politische Kämpfe aussieht, sondern gar die Staatsmacht erobert und behauptet? Das erscheint in der Tat auf den ersten Blick ausgeschlossen. Es ist auch direkt ganz unmöglich.

Nur durch einen Vermittler können die Klassen in der Politik wirksam auftreten, und dieser Vermittler ist die politische Partei. Wenn im Feudalstaat und vielfach auch im antiken Staat die Stände miteinander kämpften, so sehen wir an deren Stelle im modernen Staat die Kämpfe der Parteien. Nicht Klassen, sondern Parteien kämpfen um die Macht im Staate. Nur die Parteien vermögen die Stände in der Politik abzulösen, weil nur sie und nicht die Klassen feste Organisationen bilden.

Die Gegensätze der Parteien sind nicht zu verstehen ohne die Gegensätze der Klassen, die hinter ihnen stehen. Die Klasseninteressen leiten in letzter Linie die Parteien. Aber eben nur in letzter Linie. Das wird in der Politik wie auf anderen Gebieten häufig von vielen Anhängern der materialistischen Geschichtsauffassung vergessen, die jede ideologische Erscheinung gleich direkt aus der Ökonomie erklären wollen, was meist zu sehr rohen, mitunter direkt absurden Auffassungen führt. Eine bestimmte politische Partei ist durch bestimmte Klasseninteressen zu erklären, denen sie dient, aus denen sie ihre Lebenskraft saugt. Aber keine Partei fällt mit einer Klasse zusammen. Eine Partei ist eine freie Vereinigung Gleichgesinnter, die im wesentlichen, wenn auch nicht in allen Details übereinstimmen in den Zielen, die sie verfolgen, und den Mitteln, die sie dabei anwenden wollen, und die sich zu gemeinsamem Wirken zusammentun, weil im heutigen Staate politische Wirkungen nur durch die Masse, nicht durch einzelne erzielt werden können.

Nun ist es klar, daß Leute, deren Einkommensquellen die gleichen sind, die daher die gleichen Interessen haben sowie übereinstimmende Lebensgewohnheiten, Sitten, Anschauungen aufweisen, also eine Klasse bilden, sich am ehesten in einer gemeinsamen politischen Partei zusammenfinden werden. Insofern bildet die Klasse die Grundlage der Partei. Aber nirgends ist sie mit ihr gleichbedeutend.

Wir haben gesehen, daß wohl das Standesbewußtsein mit der Angehörigkeit zum Stand selbst schon gegeben ist, in den man hineingeboren wird oder in den man durch die Übernahme eines bestimmten Berufes eintritt. Das Klassenbewußtsein dagegen wird nicht schon durch die Angehörigkeit zur Klasse erworben. Es muß durch Aufklärung geweckt und propagiert werden: ohne Propaganda kann keine politische Partei bestehen; jede ist auf beständiges Wachstum angewiesen; keine darf sich rühmen, daß sie alle Mitglieder der Klasse umfaßt, deren Interessen sie vertritt.

Insofern ist eine Partei stets kleiner als die ihr entsprechende Klasse. Die Differenz im Umfang zwischen Partei und Klasse kann noch größer werden, wenn mehrere Parteien als Vertreter der gleichen Klasseninteressen auftauchen. Eine Partei wird ja zusammengehalten nicht nur durch die Übereinstimmung der Mitglieder über die Interessen, denen sie dient, sondern auch durch die Übereinstimmung (wenigstens in der Hauptsache) über die Art, wie diesen Interessen am besten gedient wird, also über das Ziel und die Wege zum Ziel.

Daraus können die verschiedenartigsten Parteibildungen im Schoße der gleichen Klasse entstehen. Das bedarf keiner weiteren Erläuterung, auf diesem Gebiet hat wohl jeder Parteigenosse mehr Erfahrungen aus der eigenen oder verwandten Parteiorganisationen aufzuweisen, als ihm lieb ist.

Kann aber eine Klasse in mehrere Parteien zerfallen, so vermag auch umgekehrt dieselbe Partei Mitglieder verschiedener Klassen in sich aufzunehmen. Nicht nur in dem Sinne, daß einzelne Personen der Klasse, der sie entstammen, untreu werden und sich gegen sie wenden: ein derartiges Vorgehen kann höchst wichtig werden, namentlich, wenn diese Überläufer aus einer höher gebildeten

Klasse stammen und sich einer in Unwissenheit erhaltenen zuwenden. Als Träger des Lichtes, der Erkenntnis, kann da ein einziger bereits kolossale Wirkungen üben: man denke nur an den Fabrikanten Engels, an den Fabrikanten Robert Owen. Wir sehen hier ab von Marx, der kein Kapitalist war, sondern ein reiner Intellektueller, die keine eigentliche Klasse bilden.

Aber es kann auch der Fall eintreten, daß nicht bloß einzelne, sondern größere Teile einer Klasse sich mit anderen Klassen in einer Partei zusammenfinden, nicht unter Verletzung, sondern bei eifrigster Verfechtung des Klasseninteresses. Nur selten ist eine Partei imstande, allein auf die Mitglieder einer Klasse gestützt, den Staat zu beherrschen oder auch nur eine starke Wirkung auf ihn auszuüben. Sie kann große Kraft gewinnen, wenn es ihr gelingt, zu sich größere Teile anderer Klassen herüberzuziehen, mit denen die eine Klasse, die den Kern der Partei bildet, eine Reihe von Interessen gemein hat. Wie bei der Verfolgung der eigenen Klasseninteressen das Verhältnis zu anderen Klassen zu gestalten sei, das bildet eine der strittigsten Fragen in den politischen Kreisen aller Klassen und eine der häufigsten Ursachen der Spaltung dieser Klassen in verschiedene Parteien. In England zum Beispiel glaubte im 17. und 18. Jahrhundert ein Teil des großen Grundbesitzes, sein Interesse am besten zu wahren durch Stärkung der absoluten Macht des Königs, von dem er reiche Geschenke erhoffte. Diese Kreise bildeten die Partei der Tories. Ein anderer Teil der gleichen Klasse hoffte politisch wie wirtschaftlich bessere Geschäfte zu machen durch Verbindung mit den großen Bankiers und Kaufleuten, die einem unfähigen und in Genußsucht verweilenden Königtum die Verfügung über die Staatsgewalt zu entwenden suchten, um diese einer energischen Politik der Bereicherung, namentlich der Kolonialpolitik, dienstbar zu machen. So bildete sich die Partei der Whigs. Ähnlich war auch in Österreich in den Sechziger- und Siebzigerjahren der Adel gespalten in einen „liberalen“, „verfassungstreuen“ und einen reaktionären, föderalistischen. Hier wurde die Teilung noch durch nationale Momente kompliziert.

Ähnliche Spaltungen finden wir bekanntlich auch bei anderen Klassen.

Die politischen Spaltungen der Klassen werden noch gefördert durch zwei Momente. Einerseits sind die einzelnen Klassen nicht so homogene Gebilde, wie sie in der Theorie zunächst erscheinen müssen, die bei der Kennzeichnung jeder Art von Erscheinungen das Allgemeine, Übereinstimmende der einzelnen Fälle hervorzuheben, das Besondere der einzelnen zu vernachlässigen hat. In Wirklichkeit zeigen sich innerhalb der einzelnen Klassen oft sehr scharfe Gegensätze, die der praktische Politiker nicht übersehen darf. Ich habe darauf schon 1889 in meiner Abhandlung über die „Klassengegensätze im Zeitalter der Französischen Revolution“ hingewiesen und seitdem immer wieder davor gewarnt, die Theorie des Klassenkampfes allzu simplistisch, allzu einfach aufzufassen. Die Theorie ist der Leitfaden, sich in der verwirrenden Mannigfaltigkeit der Wirklichkeit zurechtzufinden, nicht das erschöpfende Abbild der Wirklichkeit.

So ist zum Beispiel die Kapitalistenklasse nichts weniger als einheitlich. Die Geldkapitalisten haben ganz andere politische Interessen und Tendenzen als die Handelskapitalisten, und beiden steht wieder das industrielle Kapital mit besonderen Interessen und Tendenzen gegenüber. Während des Sezessionskrieges der Vereinigten Staaten im vorigen Jahrhundert hielten sich die Geldkapitalisten und Kaufleute New Yorks zur demokratischen Partei der Sklavenhalter der Südstaaten, die auf den Freihandel schworen, indes die industriellen Kapitalisten der republikanischen Partei der bauerlichen, der Sklaverei feindlichen Nordstaaten mit schutzzöllnerischen Tendenzen angehörten.

Innerhalb der industriellen Kapitalisten selbst sind Unterschiede und Gegensätze möglich. So neigt die Textilindustrie zum Pazifismus, zu friedlichen

Methoden, die Schwerindustrie hingegen zu kriegerischen Rüstungen und gewaltfamer Austragung von Differenzen.

Das zweite Moment, das politische Spaltungen der Parteien begünstigt, besteht darin, daß der Staat nicht ausschließlich ein Herrschaftsapparat und Organ der Klassenherrschaft ist. Von seinen Vorgängern, an deren Stelle er trat, aber deren Selbständigkeit er aufhob, Gentil- und Stammesverbänden, Markgenossenschaften, Stadtgemeinden, hat er eine Reihe Funktionen übernommen, die nicht Herrschaftszwecken dienen, sondern Zwecken der Kultur und der Sicherheit. Diese Zwecke sind oft sehr gewachsen und neue sind dazu gekommen. Er hat nicht nur für die Sicherheit von Leib und Leben zu sorgen, den gewaltsamen Austrag von Streitigkeiten zwischen einzelnen der kleineren Verbände, etwa Familien, zu verhindern, das Land vor feindlichen Einfällen zu schützen und seine Selbständigkeit zu wahren. Er hat auch immer mehr die Entwicklung der Produktivkräfte zu fördern. Welche gewaltige Aufgaben bietet ihm zum Beispiel heute das Verkehrswesen, Eisenbahn, Post, Telegraph oder die Erhaltung und Vermehrung der Produktivkräfte der Menschen durch Hygiene, Schulwesen, wissenschaftliche Forschung!

Alles das sind Aufgaben, die die ganze Bevölkerung angehen, nicht bloß einzelne Klassen. Wohl nehmen sie für jede Klasse, von ihrem besonderen Standpunkt angesehen, ein besonderes Gesicht an. Ist aber schon zur Gewinnung des Klassenbewußtseins eine gewisse Denkarbeit erforderlich, entspringt es nicht einfach aus den Dingen selbst, so gilt es noch mehr für die Betrachtung der Kulturaufgaben des Staates vom Klassenstandpunkt aus. Der Zusammenhang zwischen einer besonderen Auffassung und dem Klasseninteresse wird da oft durch sehr viele Zwischenglieder vermittelt, die ihn verdunkeln. Und für die Beurteilung dieser Fragen treten zahlreiche andere Faktoren neben dem Klasseninteresse auf, die oft dieses in den Hintergrund drängen.

Bringt die politische Situation eine Frage dieser Art in den Vordergrund der Staatspolitik, dann kann sie gewaltige Spaltung in einer Klasse hervorrufen. Wir haben eben erst erlebt, wie beim Ausbruch des Krieges die Frage der Landesverteidigung die proletarischen Reihen zerriß. Katholische und freidenkende Arbeiter, die in Fragen der Demokratie und der Sozialpolitik vollkommen übereinstimmten, gerieten in bitterste Feindschaft, sobald die Kirchenpolitik aufs Tapet kommt usw.

Alle diese Faktoren bewirken, daß Partei und Klasse sich nirgends genau decken, daß einerseits eine Partei nirgends alle Mitglieder einer Klasse umfaßt und andererseits eine jede Mitglieder von anderen Klassen enthält als diejenigen, deren Vertretung ihre wesentliche Aufgabe darstellt.

3. Bürgerliche Parteien.

Das gilt für alle Parteien. Dabei besteht jedoch ein wesentlicher Unterschied zwischen den bürgerlichen und den proletarischen Parteien. Die bürgerlichen Parteien vertreten entweder Kapitals- oder Grundbesitzerinteressen. Unter den Klassen, die sich zur bürgerlichen Welt zählen, haben nur die Kapitalisten und die Großgrundbesitzer ausgesprochene klare Klasseninteressen und die Fähigkeit, sie konsequent zu vertreten. Die Kleinbürger und Bauern bilden Mischformen zwischen Besitzenden und Arbeitern, sind halb das eine, halb das andere, mit wechselnden Klasseninteressen; die Intellektuellen setzen sich aus zu verschiedenartigen Schichten zusammen, um ein besonderes Klassenbewußtsein entwickeln zu können. Ein bestimmtes und konsequentes Klasseninteresse haben bloß Kapitalisten und Großgrundbesitzer.

Sie wären fähig, besondere Klassenparteien zu bilden. Aber gleichzeitig mit dem Kapitalismus entwickelt sich auch die Demokratie, die Teilnahme aller Volksklassen an der Politik. Die Mehrheit des Volkes wird immer mehr der

politisch entscheidende Faktor. Kapitalisten und Großgrundbesitzer bilden aber überall eine Minderheit, und zwar eine sehr geringfügige Minderheit, und müssen eine Minderheit bilden, denn es erfordert eine größere Zahl von Arbeitern, soll der Mehrwert, den sie schaffen, hinreichen, einem Ausbeuter ein behäbiges oder gar üppiges Dasein zu ermöglichen. Die Zahl der Arbeitenden muß daher immer die Zahl der Ausbeutenden stark überwiegen und das Streben der Ausbeuter nach Vermehrung ihrer Einnahmen bedeutet das Streben nach Vergrößerung der Überzahl der Ausgebeuteten.

In einem modernen Staat vermögen also weder Kapitalisten noch Großgrundbesitzer die Alleinherrschaft zu erringen. Sie müssen ihre Herrschaft mit einem anderen Faktor teilen. Wo eine Staatsgewalt besteht, die sich über die Gesellschaft erhoben hat, da liegt es für die Ausbeuter nahe, sich an diese Gewalt, an Monarchie, Bürokratie, Militarismus, anzulehnen. Daraus Vorteil zu ziehen, verstehen indes die Großgrundbesitzer besser als die Kapitalisten. Und auch die Grundbesitzer empfinden mitunter eine absolute Staatsgewalt drückend und halten es für nützlich, ihr gegenüber eine eigene Macht entfalten zu können. Noch wichtiger wird das für die Kapitalisten. Das erreichen sie nur durch die Verbindung mit anderen Volkselementen zu politischen Zwecken, mit Elementen, die zum Teil ökonomisch oder geistig von ihnen abhängig sind oder gewisse Interessen mit der führenden Klasse gemein haben. Die Zusammenfassung verschiedener Elemente zu gemeinsamem Wirken mit den Kapitalisten wird für diese vielfach eine dringende Notwendigkeit. Das ist jedoch nicht möglich ohne gegenseitige *Kompromisse*. Kompromisse gehören zum Wesen der bürgerlichen Politik, der kapitalistischen noch mehr als der agrarischen.

Wir sehen jetzt, was hinter dem Worte von der Diktatur des Kapitals dahintersteckt, wenn wir sie politisch nehmen, nicht ökonomisch.

Wenn Marx von der Diktatur des Proletariats sprach, meinte er darunter kaum etwas anderes als die Alleinherrschaft der Klasse ohne Kompromisse. Nur so genommen hat das Wort einen Sinn. Wenn wir aber die Diktatur in diesem Sinne nehmen, fällt das Wort von der Diktatur des Kapitals in sich zusammen, denn die Kapitalistenklasse war nie imstande, mit eigenen Kräften allein den Staat ohne Kompromisse zu beherrschen. Kompromisse sind ihr politisches Lebenselement. England, das klassische Land des Kapitalismus, ist auch, seit dem Beginn der kapitalistischen Wirtschaft, das klassische Land der Kompromisspolitik geworden. Und wo immer wir hinschauen, überall finden wir jede bürgerliche Partei, mag sie dem Kapital oder dem Grundbesitz dienen, als einen bunten Mischmasch der verschiedensten Klassenelemente.

4. Proletarische Parteien.

Ganz anderer Art als die bürgerlichen Parteien sind die Arbeiterparteien.

Das Proletariat als Klasse der Besitzlosen, die dem Privateigentum an den Produktionsmitteln feindlich gegenübersteht, unterscheidet sich scharf von den anderen Klassen, deren Grundlage eben dieses Privateigentum bildet. Zahlreiche breite Brücken führen von einer der besitzenden Klassen zur andern und erleichtern ihre Verbindung. Dagegen sind die Brücken, die vom Proletariat zu anderen Klassen führen, nur gering an Zahl und schwer passierbar. Die Angliederung fremder Klassenelemente an das Proletariat in seinen politischen Kämpfen vollzieht sich daher sehr schwer und in geringem Umfange. Weder Kleinbürger noch Bauern finden sich massenhaft in den Arbeiterparteien. Die eifrigste Bauernagitation der sozialistischen Parteien hat bisher keine erheblichen Resultate aufzuweisen.

In Georgien allerdings war's anders. Aber die Verhältnisse dort wiederholen sich in Westeuropa nicht. In Georgien empfand der Bauer noch

revolutionär und gab es keine Kapitalistenklasse von Belang. Der große Grundbesitz war völlig aufgehoben. Unter diesen Umständen gefellten sich zahlreiche bäuerliche Elemente der Sozialdemokratie zu. Es wäre von Interesse gewesen, die weitere Entwicklung dieses Experiments zu verfolgen. Leider wurde es brutal unterbrochen. Es war sicher vielverheißend; es kann noch von welthistorischer Bedeutung werden, denn für Rußland, wo eine ähnliche Klassenschichtung besteht, würde der Übergang zur georgischen Methode für das revolutionäre Proletariat den einzigen Weg bilden, um ohne Zusammenbruch aus der Sackgasse herauszukommen, in die es der Bolschewismus geführt hat. Für höher entwickelte Länder mit starken bürgerlichen Elementen und einer reaktionären Bauernschaft ist auf eine Anwendung des georgischen Vorbildes nicht zu rechnen.

Im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien mit ihrem Klassenmischmasch bilden die Arbeiterparteien ausgesprochene Klassenparteien mit nur geringem fremden Einschlag. Und nicht nur, daß nichtproletarische Klassenelemente innerhalb dieser Parteien schwer heimisch werden, der proletarische Gegensatz zu den anderen Klassen ist so groß, daß auch die Arbeiterparteien selbst sich nur schwer entschließen können, mit anderen Parteien gelegentlich zusammenzutreten oder sich gar mit ihnen zu einer dauernden Organisation zusammenzuschließen. Gewiß ist das Wort von der einen reaktionären Masse falsch, gewiß sind die Kämpfe der bürgerlichen Klassen und Parteien untereinander ein wichtiger Hebel der gesellschaftlichen Entwicklung; gewiß haben die Proletarier bei diesen Kämpfen nicht die Rolle müßiger, unbeteiligter Zuschauer zu spielen, sondern sie haben tatkräftig eingzugreifen, jedesmal zugunsten derjenigen Klasse oder Partei, deren Sieg die gesellschaftliche Entwicklung und den Aufstieg des Proletariats am meisten fördert. Aber die Arbeiterparteien tragen stets Bedenken, dabei in ein festes Bündnisverhältnis zu einer bürgerlichen Partei zu geraten. Und wo die Umstände es ihnen einmal aufdrängten, sind sie immer wieder froh gewesen, wenn sie es los wurden.

Ist das Lebenselement der bürgerlichen Parteien das Kompromiß, so ist das der Arbeiterparteien der offene Klassenkampf. Alle Parteien, auch die bürgerlichen, sind Werkzeuge des Klassenkampfes, aber ständig, deutlich und klar tritt er nur zutage bei den proletarischen Parteien. Wenn man vom Klassenkampf spricht, denkt man immer zuerst an den Kampf des Proletariats.

Noch ein anderer Umstand unterscheidet das Proletariat in Bezug auf Parteibildung und Parteitaktik von den die bürgerlichen Parteien leitenden Klassen. Sind diese unfähig, jemals in einem modernen Staate zur Alleinherrschaft zu gelangen, so reißt das Proletariat überall dazu heran.

Die ausbeutenden Klassen sind durch die Natur der Dinge von vornherein dazu verurteilt, stets den arbeitenden Klassen gegenüber eine Minderheit zu bleiben. Sie schrumpfen relativ immer mehr zusammen durch ihr Streben, ihr Einkommen durch die Vermehrung der Zahl der von ihnen Ausgebeuteten zu vergrößern.

Innerhalb der arbeitenden Klassen ist es aber nur das Proletariat, das ständig und rasch wächst. Die Zahl der Bauern nimmt absolut ab. Nicht weil sie durch den Großbetrieb verdrängt werden, wie wir ehemals annahmen, sondern weil die Landbevölkerung im Laufe der technischen Entwicklung reduziert wird. In den Städten nimmt das Kleinbürgertum wenigstens relativ ab, im Vergleich zur anwachsenden städtischen Bevölkerung. Der Krieg hat dieses Anwachsen der Städte vorübergehend vielleicht gehemmt, gleichzeitig aber das Kleinbürgertum ungeheuer proletarisiert. Es muß absolut abgenommen haben. Das Proletariat dagegen wächst überall und unter allen Umständen. Und zwar nicht nur in der Weise, die jedem vertraut ist, der sich mit Marxschen Gedankengängen befaßt hat, durch die zunehmende Kon-

zentration des Kapitals, sondern noch durch einen anderen Vorgang. Wir wissen, daß zahlreiche Zwischenschichten zwischen dem Proletariat und den besitzenden Klassen bestehen, die eine scharfe Abgrenzung der proletarischen Klasse unmöglich machen. Solange das Proletariat in hoffnungslosem Elend und tiefer Barbarei versunken erscheint, fühlen sie sich von ihm abgestoßen und der Kapitalistenklasse verwandt, mit der zusammen sie die „Bourgeoisie“ ausmachen, die keine einheitliche Klasse darstellt. Die gesellschaftliche Entwicklung hebt das Proletariat immer mehr aus Machtlosigkeit und Barbarei empor, indes sie gleichzeitig die Zwischenschichten immer mehr herabdrückt. So nähern sich beide Teile, indes sich eine Kluft zwischen dem Kapital und den Zwischenschichten auftut. Eine nach der anderen dieser Schichten wird von proletarischem Empfinden ergriffen und verstärkt die proletarischen Reihen, nicht nur an Zahl, sondern auch an intellektueller Kraft.

Überall wird früher oder später das Proletariat die Mehrheit der Gesellschaft und gleichzeitig die intelligenteste, bestorganisierte, in den Zentren des politischen und ökonomischen Geschehens mächtigste der arbeitenden Klassen. Gleichzeitig entwickelt sich mit dem fortschreitenden Kapitalismus auch immer mehr die Demokratie, die arbeitenden Klassen erobern immer mehr die Möglichkeiten, durch Massenorganisationen und Propaganda die Volksmehrheit zur politisch entscheidenden Macht im Staate zu machen.

Ist das Proletariat mehr als jede andere Klasse durch seine Klassenlage auf eine kompromißlose Politik eingestellt, so ist es auch die einzige der Klassen der heutigen Gesellschaft, die mit der Gewinnung der Alleinherrschaft rechnen kann; früher oder später ist sie ihr überall sicher.

Verstehen wir unter der Diktatur Alleinherrschaft ohne Kompromisse, dann ist also die Diktatur die durch die sozialen Bedingungen gegebene Herrschaftsform des Proletariats, im Gegensatz zur Kapitalistenklasse, die nur herrschen kann durch Kompromisse mit Teilen anderer Klassen. Unter Kompromissen verstehen wir natürlich hier nur Rücksichten auf das Wohlwollen anderer Klassen, nicht die Rücksicht auf ökonomische Notwendigkeiten. Auch die rücksichtsloseste Klassenpolitik muß die Gesetze der ökonomischen Entwicklung beachten und darf nicht ungestraft notwendige Entwicklungsphasen überspringen.

Die Diktatur in dem oben dargelegten Sinne schließt die Demokratie keineswegs aus. Die demokratische Republik ist vielmehr der einzige Rahmen, in dem eine derartige Diktatur sich zweckmäßig entwickeln und behaupten kann.

5. Diktatur und Parteilichkeit.

Nun wissen wir, daß eine Klasse nicht direkt selbst herrschen kann. Sie kann es nur durch die Vermittlung einer Partei. Die Alleinherrschaft der Klasse ist bloß möglich als Alleinherrschaft einer Partei. Diese wird jedoch nur dann eine Alleinherrschaft der Klasse darstellen, wenn deren Gesamtheit oder doch die übergroße Mehrheit in einer einzigen Partei organisiert ist. Wo die Klasse in mehrere Parteien gespalten ist, da wäre es zum mindesten notwendig, daß sie alle einmütig bei der Gewinnung und der Ausübung der Herrschaft zusammenwirken.

Die Einigkeit bietet nicht bloß die besten Aussichten auf Sieg und Gewinnung der Herrschaft, sie bietet überdies die einzige Möglichkeit, daß die Diktatur zu einer wirklichen Diktatur des Proletariats wird und dieses tatsächlich befreit.

Daß in einem Lande mit mehreren proletarischen Parteien eine einzelne im Gegensatz zu den anderen die politische Macht erobert, wird stets nur ein Ausnahmefall sein. Die Verhältnisse, die in Rußland den Bolschewiki dazu

verhelfen, werden sich nicht so leicht irgendwo wiederholen. Die Diktatur tritt in einem solchen Falle von vornherein als Diktatur einer Minderheit über die Masse der Bevölkerung auf, darunter einen Teil des Proletariats. Eine Minderheit kann sich aber an der Macht auf die Dauer nur behaupten, wenn sie an Organisation, Wissen, Wehrhaftigkeit der Mehrheit überlegen ist. Je kleiner die Minderheit, desto mehr muß sie darauf dringen, der Mehrheit jede Organisation, jedes selbständige Wissen, jede Wehrhaftigkeit ganz unmöglich zu machen, auch die oppositionellen Proletarier davon auszuschließen.

Eine solche Form muß die Diktatur naturnotwendig dort annehmen, wo sie nicht die Alleinherrschaft einer einzigen sozialistischen Partei, sondern die Alleinherrschaft einer einzelnen unter mehreren sozialistischen Parteien über die anderen ist.

Diese Form der Diktatur schließt allerdings jede Demokratie aus. Sie muß immer undemokratischer, absolutistischer werden, weil sie naturgemäß immer größeren Widerspruch in den arbeitenden, nach freier Selbstbestimmung drängenden Massen hervorruft. Je mehr sie sich von der Demokratie entfernt, desto weiter schiebt sie aber auch das Endziel des proletarischen Klassenkampfes, die Befreiung des Proletariats, hinaus, das nur erreichbar ist bei vollster Freiheit seiner Organisationen, seiner Presse und Aufhebung jeder Knebelung durch Polizei, Gerichte, Wehrmacht.

Als die Bolschewiki im November 1917 die Diktatur ihrer Partei im Gegensatz zu Menschewiki und Sozialistenrevolutionären aufrichteten, war es von vornherein eine Lüge, wenn sie diese Diktatur die des Proletariats nannten. Kein Zweifel, sie vermeinten sie anfangs in der Hauptsache gegen Kapitalisten und Großgrundbesitzer zu üben. Aber die Logik der Tatsachen zwang sie schließlich, die Diktatur gegen das Proletariat zu richten und sie ihm gegenüber immer härter und rücksichtsloser zu üben, indessen dem Kapital gegenüber Kompromisse immer notwendiger wurden. Das entsprach sicher nicht den Absichten der führenden Bolschewiken. Jedoch die Verhältnisse sind stärker als einzelne Menschen.

Eine einzige sozialistische Partei ist die erste Vorbedingung einer ersprießlichen, wirklich befreiend wirkenden Diktatur des Proletariats. Niemand arbeitet einer solchen Diktatur in Wahrheit mehr entgegen als diejenigen, die dort, wo die sozialistischen Parteien gespalten sind, ihre Einigung verhindern oder gar Parteien spalten, die noch einig dastehen.

Indessen, so sehr auch die Befreiung des Proletariats durch die Spaltungskampagne der Dritten Internationale gehemmt wird, so liegt doch kein Grund vor, zu verzweifeln. Weniger als die bürgerlichen Klassen neigt das Proletariat zu politischer Zersplitterung. Die Bedingungen, unter denen die proletarischen Massen leben, sind viel einfacher und viel weniger differenziert als die der Bourgeoisie. Und in ganz anderem Maße als für diese, bildet für das Proletariat das Wirken durch die Zahl, die geschlossene, organisierte Masse das entscheidende Kampfmittel. Frühzeitig lernen das die Arbeiter kennen. Wo sie die Möglichkeit und die Aussicht haben, sich in Massenorganisationen zusammenzuballen, wird der Drang dazu unter ihnen untwiderstehlich. Die organisatorische Zersplitterung ist eine Kinderkrankheit der proletarischen Bewegung. Sie findet sich am meisten dort, wo es noch keine selbstständigen proletarischen Massen gibt, wo diese der Führung von Intellektuellen blindlings folgen oder haltlos in der Irre herumtappen. Wenn der Spaltungswahnsinn seit dem Kriege solche Dimensionen angenommen hat, liegt das zumeist daran, daß es Sozialisten des ökonomisch und politisch rückständigsten Großstaates Europas waren, die durch den militärischen Zusammenbruch eine herrschende Stellung für den internationalen Sozialismus gewannen. Sie

gewannen ihren übermäßigen Einfluß dadurch, daß sie im Gegensatz zu anderen sozialistischen Vereinigungen die Alleinherrschaft an sich rissen. Die sozialistische Zersplitterung entsprach dem jugendlichen Charakter des Landes. Die siegreichen Bolschewiki aber waren nicht zufrieden mit der Alleinherrschaft in Rußland, sie versuchten, den Kampf gegen die von ihnen abweichenden Sozialisten von ihrem Staat aus mit allen Hilfsmitteln der Staatsgewalt in die ganze Internationale zu tragen und zu diesem Zweck alle großen sozialistischen Parteien des Auslandes zu sprengen. Rücksichtslos wendeten sie große Geldmittel dazu auf. Unterstützt wurden sie dabei durch das Prestige, das sie im internationalen Proletariat durch die Riesenhaftigkeit ihrer Pläne und die Kühnheit und Energie ihres Kampfes gegen den Kapitalismus gewannen. Nicht minder half es ihnen, daß der Krieg überall die Reihen der alten, geschulten Sozialisten gelichtet hatte, und die Revolution, die dem Krieg folgte, große Massen ungeschulter Elemente in die sozialistische Bewegung hineinschleuderte, die dem Bolschewismus und den Spaltungstendenzen leicht zugänglich waren.

Aber die Beherrschung der sozialistischen Bewegungen so vieler Länder durch den rückständigsten Großstaat Europas und durch die ungeschultesten Elemente des Proletariats nimmt ein Ende. Die Ergebnisse des Bolschewismus geraten in immer größeren Gegensatz zu seinen Verheißungen und der Einfluß der ungeschulten Elemente nimmt rasch ab. Der Kommunismus hat sie von Niederlage zu Niederlage geführt. Die einen unter ihnen wenden enttäuscht dem politischen Kampf überhaupt den Rücken, die anderen, wertvolleren, fangen an, zu überlegen und zu lernen.

So bildet sich wieder eine Atmosphäre, in der der Spaltbazillus abstirbt und das Bedürfnis nach einer einigen Sozialdemokratie übermächtig wird.

Haben wir aber erst einmal die Einigung der Sozialdemokratie in allen entscheidenden Ländern und auch in der Internationale, fallen Klasse und Partei im Proletariat soweit zusammen, als es der Natur der Dinge nach möglich ist, dann ist damit der Weg geöffnet zu der befreienden Form der Diktatur des Proletariats, zunächst wenigstens in den ökonomisch führenden Ländern Europas.

Wer die befreiende, nicht die knechtende Form der Diktatur will, der hat keine höhere Pflicht als die, mitzuarbeiten an der Einigung der sozialistischen Parteien, wo immer sie gespalten sind.

Karl Heinz: Was trennt uns von der Dritten Internationale? ¹⁾

Methoden-Unterschiede.

Marxistisches Zentrum und Kommunisten unterscheiden sich so gewiß vor allem durch eine verschiedene Auffassung der gegebenen Situation und der sich aus den weltpolitischen Machtverhältnissen ergebenden revolutionären Entwicklungsmöglichkeiten. Dennoch wäre es falsch, wollte man verkennen, daß es nicht erst heute gewisse methodische Differenzen gibt, sondern daß es seit jeher gewisse methodische Verschiedenheiten zwischen dem marxistischen Zentrum und den russischen Bolschewiki gegeben hat.

Der Marxismus geht in seiner Politik in erster Linie von den gegebenen ökonomisch-sozialen Verhältnissen, von der Analyse der konkreten Kampfbedingungen aus, ohne dabei die großen weltgeschichtlichen Zusammenhänge und Entwicklungstendenzen außer Acht zu lassen. Ja, er stellt sich gerade in den Dienst dieser Entwicklungstendenzen, paßt jedoch die jeweilige Taktik der momentan gegebenen Situation an. In klassischer Weise vertritt Otto Bauer in seiner Schrift:

¹⁾ Vgl. den Aufsatz im vorigen Heft.

aller offenen und verkappten Gegnerschaft gegen das Horthy-System, ist das ursprüngliche, doppelt Konterrevolutionäre an der habsburgischen Bewegung in Ungarn, dies der Grund der behutsamen, charakterlosen, aber doch klaren Stellungnahme der Bauernpartei gegen die Habsburger. Dieser Widerstand ist heute sogar in Ungarn unbefieglbar und darum ist Habsburgs Sache auch, ganz abgesehen von den internationalen Widerständen, verloren.

Die nächste Etappe der ungarischen Konterrevolution wird durch diesen Kampf zwischen der Aristokratie und der Bauernschaft bestimmt werden. Der Terror ist genügend stark, die proletarischen Schichten der Landbevölkerung mundtot zu machen, er hat genügend Macht, die Auseinandersetzung zwischen den Grafen und den Bauern zu einer parlamentarischen Intrige herabzubringen; diesen Widerstand völlig zu brechen, aber vermag er nicht. Dieser Kampf innerhalb der durch die Konterrevolution zur Macht gelangten Gruppen wird naturgemäß dazu führen, daß beide Gruppen an die unterdrückten und ausgeschalteten Elemente der Gesellschaft appellieren werden und dadurch den Druck des Terrors allmählich eindämmen, die Ketten, in die die demokratischen Kräfte geschlagen sind, lockern müssen. Dann erst wird die Stunde gekommen sein, in der die Klassenscheidung innerhalb der Bauernschaft vor sich gehen und eine große proletarische Agrarbewegung einsetzen kann. Und dann wird, obwohl man die ideologischen Schranken, die die Konterrevolution zwischen dem Industrieproletariat und allen anderen Schichten der Bevölkerung aufgerichtet hat, nicht unterschätzen darf, doch auch wieder die Stunde für die industrielle Arbeiterschaft geschlagen haben. Ihr ist nur dann ein Aufstieg zu neuer, bedeutender Machtstellung beschieden, wenn sie sich unter den gänzlich gewandelten Umständen und den ganz neuen, viel schwierigeren Vorbedingungen des Kampfes fähig erweisen wird, Führerin — eine durch alle Leiden, Kämpfe und Niederlagen der Revolution geläuterte Führerin — des landwirtschaftlichen Proletariats zu werden.

Karl Rautsky (Berlin): Eine Leuchte des wissenschaftlichen Sozialismus.

Seitdem Heinrich Cunow Redakteur des wissenschaftlichen Zentralorgans der deutschen Sozialdemokratie und daneben noch Professor an der Universität Berlin ist, glaubt er seinen Befähigungsnachweis dadurch erbringen zu müssen, daß er jede Gelegenheit benützt, mich herunterzureißen.

Ich habe bisher auf dieses Treiben nicht reagiert, das Anstoß selbst in Kreisen erregte, die durchaus nicht auf meinem Standpunkt stehen, wie zum Beispiel die Kritik beweist, die Professor Bortkiewicz am ersten Band von Cunows Buch über die Marxsche Geschichtstheorie übte.

Wer, wie ich, bald ein halbes Jahrhundert im öffentlichen Leben steht, wird unempfindlich gegen Angriffe. Es wäre mir schon physisch unmöglich, alle die zahlreichen Entgegnungen zu erwidern, die mir in den Fragen der Kriegsschuld, des Marxismus, des Kommunismus, der Koalitionspolitik usw. usw. tagtäglich zuteil werden. Aber gelegentlich erfordert es doch das Interesse der Klarheit, verwirrende Mißdeutungen nicht unwiderprochen zu lassen.

Eben wird mir eine Besprechung zugesandt, die Cunow in der „Neuen Zeit“ an meiner Schrift „Von der Demokratie zur Staatsklaberei“ übt. Er weiß kein Wort gegen sie zu sagen. Gerade das scheint ihn zu ärgern; so hilft er sich damit, sie als völlig unbedeutend hinzustellen, als Streitschrift in einem persönlichen Konflikt zwischen Lenin-Troßki und mir. Cunow schreibt:

Auf die einzelnen Ausführungen Rautskys gegen Troßki, der ihn als Renegaten, Metaphysiker und Utopisten hingestellt, einzugehen, lohnt sich nicht der Mühe. Die scharfen,

persönlichen Angriffe beider Kampflüftigen aufeinander — einst waren sie gute Freunde — hat (sic!) für das große Publikum wenig Interesse und in theoretischer Hinsicht bietet die Schrift Kautskys nichts Neues... Die eigentliche Bedeutung der Schrift liegt auf anderem Gebiet — nämlich darin, daß sie zeigt, wie sehr auch Kautsky, der sich früher mit allen Kräften gegen das Um- und Umlernen sträubte, in den letzten beiden Jahren umgelernt hat, und zwar in beschleunigtem Tempo.

Cunow spricht hier für „das größere Publikum“, aber er sollte doch nur für sich sprechen. Ich nehme wenigstens an, daß für das größere Publikum die rein persönliche Frage, ob ich ein Umlerner bin oder nicht, weit weniger Interesse haben wird als die sachlichen Auseinandersetzungen über den Bolschewismus, bei denen ich entweder neue Gesichtspunkte vorbringe, wie zum Beispiel in der Ableitung der Eigenart des Bolschewismus aus dem Verschwörertum, oder bereits früher dargelegte Gesichtspunkte von einer neuen Seite her betrachte. Cunow natürlich interessiert an meiner Arbeit nicht ihr sachlicher Gehalt, sondern nur die Aussicht, die sie ihm zu bieten scheint, mit eins auszuwischen.

Das besorgt er denn auch, aber wie!

Schon in seinem Ausgangspunkt entfernt er sich von der Wahrheit. Es ist nämlich nicht wahr, daß ich mich „früher mit allen Kräften gegen das Um- und Umlernen sträubte“.

Im April 1915 veröffentlichte ich in der „Neuen Zeit“ eine Artikelferie über „Zwei Schriften zum Umlernen“. Sie richtete sich gegen Lensch und Cunow und ihre Art, umzulernen. Nicht aber gegen das Umlernen an sich. Ich sagte darüber:

Es gibt keinen Krieg, der uns nicht zwänge, umzulernen. Wir haben unsere Kämpfe nicht in den Wolken zu führen, sondern auf der Erde. Es kann aber in der kapitalistischen Produktionsweise mit ihren rastlosen Wandlungen keinen Krieg geben, der nicht den Boden veränderte, auf dem wir zu wirken haben werden...

Es ist also gar nicht daran zu zweifeln, daß wir in manchem umzulernen haben werden. Und wenn einige Genossen glauben, sie müßten jetzt schon damit anfangen, so läßt sich auch dagegen nichts einwenden. Nur vor ungezügelter Voreiligkeit muß man warnen, die jetzt schon zu bestimmten Ergebnissen kommen will, wo noch alles in Fluß ist...

Dabei darf man jedoch nicht glauben, wir hätten nun alles zum alten Eisen zu werfen, was wir bisher gewußt. Unsere Theorien und Grundsätze sind das Ergebnis der Erfahrungen nicht eines Jahrzehnts, sondern vieler Jahrhunderte. Nicht eines Landes, sondern der verschiedensten Staaten der Welt. Die Erfahrungen des jetzigen Krieges können jenes Ergebnis in dem einen oder dem andern Punkt ergänzen oder modifizieren. In allen grundlegenden Punkten werden unsere Auffassungen durch ihn nur bekräftigt.

Nach jedem Krieg untersuchten Marx und Engels die neue Situation, die er geschaffen, um den veränderten praktischen Boden zu erkennen, auf dem sie von nun an zu wirken hatten. Aber nur darin bot ihnen ein Krieg Veranlassung, umzulernen.

Ein Teil unserer Genossen versteht jedoch etwas ganz anderes unter dem Umlernen infolge des Krieges. Dieser hat ganz neue Stimmungen in ihnen ausgelöst, die unvereinbar sind mit jenen, unter deren Einfluß sie vor dem Kriege wirkten. Nun suchen sie nach rechtfertigenden Gründen für ihre Umwandlung. („Neue Zeit“, XXXII/2, Seite 83/84.)

Nicht gegen das Umlernen überhaupt, sondern nur gegen das Umlernen der zweiten Art habe ich mich gewendet. Und ich muß es entschieden ablehnen, als hätte ich mich jemals einer derartigen Umlernerei schuldig gemacht. Cunow kann diese Behauptung nur erheben durch ein sehr freies Umspringen mit den Tatsachen.

So behauptet er:

Während früher Kautsky verkündete, von Osten werde die Weltrevolution ihren Ausgang nehmen; der englische Arbeiter sei zur Revolution gar nicht befähigt und stehe als politischer Faktor tiefer als die Arbeiter des politisch unfreiesten europäischen Staates, Rußlands, meint er heute (Staatsklaverei, Seite 110):

»Von allen europäischen Nationen ſind darin die Engländer am reifſten für den Sozialismus, trotz ihrer geringen ſozialiſtiſchen Schulung... England und nicht Rußland iſt am beſten dazu befähigt, Formen geſellſchaftlicher Produktion zu entwickeln, die eine wirkliche Befreiung der Arbeiterklaſſe darſtellen.«

Was iſt daran richtig?

Schon im Jänner 1904 erklärte ich in einer Artikelſerie der „Neuen Zeit“, betitelt „Allerhand Revolutionäres“, die Initiative der nächſten Revolution werde wahrſcheinlich von Rußland ausgehen, nicht von Deutschland.

Ich bemerkte:

Kein Zweifel, die ökonomiſche Entwicklung Rußlands ſteht weit hinter der Deutschlands und Englands zurück und ſein Proletariat iſt weit ſchwächer und unreifer als etwa das deutſche oder das engliſche. Aber alles iſt relativ, auch die revolutionäre Kraft einer Klaſſe. Mehr als anderswo iſt heute in Rußland das Proletariat der Verfechter der Lebensbedingungen der Nation, ſo daß es in ſeinem Kampfe gegen die Regierung kaum eine Gegnerschaft bei einer der anderen Klaſſen findet. Anderſeits gibt es in ganz Europa, von der Türkei vielleicht abgesehen, keine Regierung, die ſchwächer wäre als die ruſſiſche, denn dieſe hat keine andere Stütze im Staate, als eine völlig korrumpierte Bürokratie und eine Armee, die bereits Reime der Desorganisation und des Mißvergnügens aufweiſt...

Der Krieg mit Japan kann den Sieg der Revolution in Rußland zusehends beſchleunigen...

Eine Revolution in Rußland könnte zunächſt kein ſozialiſtiſches Regime begründen. Dazu ſind die ökonomiſchen Verhältniſſe des Landes noch zu unreif. Sie könnten vorerſt nur ein demokratiſches Regime ins Leben rufen, hinter dem aber ein ſtarres, ungeſtümes, nach vordwärts drängendes Proletariat ſtünde, das ſich erhebliche Konzessionen erringen würde.

Ein ſolches Regime müßte auf die Rußland benachbarten Länder gewaltig zurückwirken. Einmal durch Belebung und Anfeuerung der proletariſchen Bewegung daſelbſt, die dadurch den ſtärkſten Anstoß erhielt, ihrerſeits einen Sturm auf die politiſchen Hinderniſſe einer wirklichen Demokratie zu unternehmen. Dann aber durch Entfehlung der mannigfaltigen nationalen Fragen Osteuropas...

Öſterreich wird dann gesprengt, denn mit dem Zusammenbruch des Barismus zerfällt der eiferne Reiſen, der heute noch die auseinanderſtrebenden Elemente dort zuſammenhält. Kommt es aber ſo weit, dann erſteht für das Deutſche Reich die Notwendigkeit, die von Deutſchen bewohnten Länder und Landſtriche der habsburgiſchen Monarchie — ſoweit ſie ein zuſammenhängendes Ganzes ausmachen — in ſeine Gemeinſchaft aufzunehmen...

So müßte die ruſſiſche Revolution nicht nur den proletariſchen Bewegungen des übrigen Europa einen mächtigen Anstoß erteilen, ſondern auch nicht bloß in Öſterreich und den Balkanländern, vielmehr ſelbſt in Deutschland die Fragen der nationalen Einigung auf die Tagesordnung ſetzen, um ſie ihrer endgültigen Löſung zuzuführen...

Sollte es nicht möglich ſein, daß ſchon aus dieſen Kämpfen ſich ſchließlich eine herrſchende Stellung des Proletariats im Deutſchen Reich ergibt? Das müßte aber auf ganz Europa zurückwirken, müßte in Weſteuropa die politiſche Herrſchaft des Proletariats nach ſich ziehen und dem Proletariat Osteuropas die Möglichkeit bieten, die Stadien ſeiner Entwicklung abzukürzen und durch Nachahmung des deutſchen Beiſpiels ſozialiſtiſche Einrichtungen künstlich zu ſchaffen. (Seite 623 bis 626.)

Das iſt es, was Cunow ſehr frei in die Worte kleidet: „Rautſky verkündete, von Oſten werde die Weltrevolution ihren Ausgang nehmen“, als ob ich jemals die Sprache des Bolſchewismus geſprochen hätte. Was aber von dem, was ich 1904 über die revolutionäre Initiative Rußlands geſchrieben, hätte ich heute zurückzunehmen? Worin hätte ich umzulernen? Ich muß Cunow wirklich dankbar dafür ſein, daß er mich veranlaßte, wieder einmal meine alten Artikel durchzusehen. Ich war ſehr angenehm berührt davon, zu ſehen, wie vieles ich damals ſchon vorausgesehen, nicht nur die ruſſiſche Revolution, an die damals noch ſehr wenige glaubten, ſondern auch ihre ſchließlichen Konſequenzen, die heute unſer aktuelles Programm bilden: nach Gewinnung einer wirklichen Demokratie die politiſche Herrſchaft des Proletariats und die endgültige nationale Einigung Deutschlands. Und ich unterſchied ſchon damals ſehr genau zwiſchen der politiſchen Revolution, zu der die Bedingungen in Rußland

am ehesten gegeben seien und einer sozialistischen Umgestaltung, zu der Rußland nicht reif sei, die von einem hochentwickelten Lande, wie Deutschland ausgehen müsse.

Der Fehler, den ich damals beging, lag, wie so oft bei uns Marxisten, nicht in meiner Annahme über die Richtung, sondern über das Tempo der Entwicklung. Ich erwartete schon von der ersten russischen Revolution von 1905, was erst die zweite von 1917 bringen sollte.

Wie steht's aber mit der Inferiorität der englischen Arbeiter gegenüber den russischen. Habe ich nicht in der Beziehung in den beiden letzten Jahren umgelernt? Das wäre allerdings der Fall, wenn das stimmte, was Cunow mich sagen läßt. In Wirklichkeit habe ich nie erklärt, der englische Arbeiter sei zur Revolution gar nicht befähigt, denn ich sehe in der Revolution nicht das Produkt besonderer Fähigkeiten, die dem einen Volk verliehen seien, dem anderen fehlten, sondern ein Produkt besonderer historischer Bedingungen. Den Satz, daß der englische Arbeiter als politischer Faktor tiefer stehe als der Arbeiter Rußlands, habe ich allerdings gesagt; aber um diesen Ausspruch in Gegensatz zu bringen zu dem anderen, daß die englischen Arbeiter nach dem Weltkrieg am reifsten seien für den Sozialismus, hat Cunow bei dem erst zitierten Passus ein kleines Wörtchen weggelassen, das Wörtchen „heute“. Ich erklärte, daß damals, als ich jenen Satz schrieb, der englische Arbeiter als politischer Faktor weniger bedeute als der russische. Ich habe in der Beziehung nichts umgelernt, sondern ich bin auch heute noch der Überzeugung, daß das damals vollständig zutrifft.

Nicht ich habe mich seitdem gewandelt, sondern der englische Arbeiter.

Der oben zitierte Satz findet sich in der ersten Auflage meiner Schrift über die „Soziale Revolution“ (Seite 55), die ich im Frühjahr 1902 abfaßte.

Schon in der zweiten Auflage, die ich im Jahre 1906 erscheinen ließ, also nicht etwa in den „letzten beiden Jahren“, änderte ich den Satz. In der Vorrede machte ich darauf besonders aufmerksam:

„Was ich in der ersten Auflage von dem politischen Stumpfsinn und der politischen Machtlosigkeit des englischen Arbeiters erzählte, habe ich in der neuen Auflage nicht mehr als eine allgemein gültige Erscheinung darzustellen, sondern als eine, die im Schwinden begriffen ist. Neben der russischen Revolution ist das Aufkommen der selbständigen englischen Arbeiterpartei eines der größten Ereignisse der letzten Jahre und eines der ermutigendsten Anzeichen dafür, wie schnell wir vorwärts kommen... Die Korrekturen, die ich anzubringen habe, bedeuten nichts weniger als eine Durchbrechung oder auch nur Abschwächung der Grundsätze, die ich hier vertrete.“

Das Umlernen, das ich in den „letzten beiden Jahren und zwar in beschleunigtem Tempo“ vollzogen haben soll, entpuppt sich hier also als offenes Auge für tatsächlich vor sich gegangene Änderungen, die sich bereits vor anderthalb Jahrzehnten anbahnten.

Vom gleichen Kaliber ist eine andere Umlernerei, die Cunow mir impu- tiert. Er behauptet:

Nach Kautskys heutiger Auffassung ist es ganz verkehrt, jetzt nach dem Kriege die Wiedererstarbung des kapitalistischen Produktionsprozesses durch allerlei schon ausgeübte Sozialisierungsexperimente und dergleichen zu stören. Wirklich meint er (Staats- Slaverei, Seite 102 ff.):

„Weil wir aber von der Kraft des Proletariats und nicht vom Zusammenbruch des Kapitalismus den Sozialismus zu erwarten haben, ist es ganz töricht, wenn heute viele Revolutionäre glauben, wir hätten nichts Wichtigeres zu tun, als die nach dem Kriege beginnende Wiederbelebung des Produktionsprozesses zu stören und die Krisis zu verschärfen, denn um den Sozialismus sei es geschehen, wenn der Kapitalismus sich wieder befestige...“

„Die Kraft der Lohnarbeiterschaft wird es sein, die den Sozialismus bringt. Damit ist aber auch gesagt, daß sie entscheiden wird, welche Gestalt er annimmt. Er wird ein Resultat sein der Bedürfnisse und Fähigkeiten des Proletariats sowie der tech-

nischen und ökonomischen Mittel, die es erfinnt, und nicht der Verwirklichung irgend-eines utopistisch ausgeheckten Planes einer »Vollsozialisierung« oder eines sonstigen Ideals.“

Auf diese Worte beruft sich Cunow als Beweis dafür, ich hätte in den „letzten beiden Jahren“ in Bezug auf die Sozialisierung „in beschleunigtem Tempo umgelernt“. Diese Beschuldigung vor allem ist es, die mir diesmal die Feder gegen Cunow in die Hand drückte. Denn in diesem Punkt darf ich am wenigsten eine Unklarheit über meine Haltung aufkommen lassen.

Mein Standpunkt in der Frage der Sozialisierung im ersten Stadium der Revolution wird gekennzeichnet, durch das Referat, das ich vor dem Kongreß der Arbeiterräte am 14. April 1919, also vor mehr als zwei Jahren hielt. Ich sagte damals:

Es ist undenkbar, daß nun sofort die sozialistische Produktion auf allen Gebieten gleichzeitig aufgebaut wird. Man kann nur schrittweise vorgehen, darf zunächst nur jene Gebiete sozialisieren, die schon dazu reif sind...

Wir können also nicht sofort an die allgemeine Sozialisierung gehen. Und bei jedem Schritt, den wir da tun, müssen wir seine weiteren Konsequenzen wohl durchdacht haben.

Die russische Methode: »Zuerst wags und dann wägs«, hat nicht die erfreulichsten wirtschaftlichen Resultate gezeitigt. Sie hat die Notlage des russischen Proletariats gesteigert und enormes Leihgeld gefordert. Unsere russischen Genossen selbst mahnen uns, wir sollen von ihren Fehlern lernen, und wir haben alle Ursache, das zu tun.

Um so mehr als der Krieg uns von allen Vorräten entblößt hat, so daß wir unfehlbar verhungern, wenn nicht die Produktion überall da, wo es möglich ist, einsetzt. Wir haben keine Mittel, um ohne Produktion auch nur vorübergehend zu existieren, wir müssen also die ganze Produktion in Gang bringen, nicht bloß die sozialistische, sondern dort, wo das noch nicht möglich ist, auch die kapitalistische.

Die sofortige Vollsozialisierung ist ein leeres Schlagwort. Ist die aber nicht möglich, dann ist nicht minder verderblich die Forderung, sofort jegliche kapitalistische Produktion unmöglich zu machen.

Man sieht, ich habe bei Beginn der Revolution genau den gleichen Standpunkt eingenommen wie heute, obwohl man sich damals dadurch nicht gerade populär machte. Ich habe in der Frage der Sozialisierung nicht im geringsten umgelernt. Und wenn Cunow mir die Auffassung in den Mund legt, man dürfe den Wiederaufbau des Kapitalismus durch keinerlei Sozialisierung stören, so begeht er damit einfach eine freche Entstellung.

Noch in einem Punkt soll ich umgelernt haben. In dem eben von mir zitierten Absatz sage ich, daß wir den Sozialismus „von der Kraft des Proletariats und nicht vom Zusammenbruch des Kapitalismus zu erwarten haben“. Und Cunow zitiert noch einen anderen Absatz, in dem ich in gleicher Weise sage:

„Der Sozialismus wird nicht hervorgehen aus dem Zusammenbruch des Kapitalismus.“

Dazu bemerkt Cunow:

Kautsky beurteilt das deutsche (!) Wirtschaftsleben und seine Tendenzen heute ganz anders als noch vor wenigen Jahren. Zum Beispiel glaubte Kautsky noch 1915, daß dem Weltkrieg ein allgemeiner Zusammenbruch oder Bankrott des kapitalistischen Produktionssystems und diesem dann ein »sozialistisches Regime« folgen werde.

Cunow gibt nicht an, wo ich diese Voraussage gemacht haben soll. Ich nehme an, er meint die schon zitierte Artikelserie, die ich im April 1915 über „Zwei Schriften zum Umlernen“ veröffentlichte, nämlich über die Broschüre „Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg“ von Lensch, und „Partei-zusammenbruch?“ von Cunow.

Dort erklärt dieser unter anderem, es sei eine Illusion zu glauben, „daß die kapitalistische Entwicklung schon jene Stufe erreicht habe, die als Vorbedingung des Sozialismus historisch nötig sei“.

Dagegen wendete ich mich. Ich wies darauf hin, daß die Reife für den Sozialismus nicht erſt dann gegeben ſei, wenn das ganze kapitaliſtiſche Getriebe ſtille ſtehe. Es ſei nicht zu erwarten, daß es mit dem „Abwirtsſchaften des Kapitalismus“ jemals ſo weit kommen werde.

Ich unterſuchte dann die Vorbedingungen des Sozialismus und kam zu dem Ergebnis, ſeine objektiven Bedingungen — hohe Produktivität der Arbeit und ſtarke Konzentration des Kapitals — ſeien in hochkapitaliſtiſchen Ländern bereits gegeben. Ungewiß ſei es jedoch, ob die ſubjektiven Bedingungen, die Kraft, Intelligenz und Organisation des Proletariats bereits die nötige Höhe erreicht hätten. Sehr wichtig werde dafür die Frage, wie weit die Abwirtsſchaftung des Kapitalismus gediehen ſei. Ich unterſcheide zwei Formen ſeiner Abwirtsſchaftung. Die moralische und die ökonomiſche. „Ich zweifle daran, daß das Proletariat es zu der letzteren jemals kommen laſſen wird; ſeine moralische muß ſchon früher eintreten.“ Unter der moralischen Abwirtsſchaftung verſtehe ich die wachſende Gegnerschaft der Volksmaſſen gegen den Kapitalismus. Von ihr und nicht vom ökonomiſchen Zusammenbruch erwartete ich bereits 1915 das Kommen des Sozialismus.

Und da erſchien mir die kapitaliſtiſche Produktionsweiſe keineswegs ſo unerschütterlich, wie ſie Cuno erſchien. Ich meinte, der Verlauf und Ausgang des Krieges könne für ſie entſcheidend werden. Er könne in einer Weiſe enden, die den nationalen Haß auf höchſte ſteigert und einen zweiten Weltkrieg unvermeidlich macht:

Dann wird die Prognose, die ich in meinem »Weg zur Macht« formulierte, ſich in furchtbarem Maße verwirklichen, wird die Verſchärfung der Klaſſengegenſätze, aber auch die moralische Abwirtsſchaftung des Kapitalismus rapid zunehmen. (Seite 145.)

Alſo auch hier ſpreche ich nicht von einer ökonomiſchen Abwirtsſchaftung des Kapitalismus. Doch ſah ich noch andere Möglichkeiten. Ich wies darauf hin, daß der Krieg auch mit einer Verſtändigung der Nationen und allgemeiner Abrüſtung enden könne.

Dabei kamen wir zu einer Art des „Ultraimperialismus“, bei der die „Tendenz der moralischen Abwirtsſchaftung des Kapitalismus zeitweilig eine Abſchränkung“ erfahren dürfte.

So wäre es möglich, daß wir diesmal noch nicht der moralischen Abwirtsſchaftung des Kapitalismus, ſondern bloß des Imperialismus entgegengehen...

Inſoweit gebe ich zu, iſt es verfrüht, von einer vollzogenen, endgültigen Abwirtsſchaftung, auch nur einer moralischen, des Kapitalismus zu ſprechen. Nicht minder voreilig erſcheint es mir aber zu erklären, eine ſolche Abwirtsſchaftung ſei für lange hinaus unmöglich.

Sie kann kommen, eh' ihr's glaubt.

Nun frage, welche eherne Stirn gehört dazu, dieſe Ausführungen dahin zu deuten, ich hätte prohezeit, es werde dem Weltkrieg notwendigerweiſe ein allgemeiner Zusammenbruch des kapitaliſtiſchen Produktionſystems folgen, und mein heutiger Standpunkt beſage das Gegenteil deſſen, was ich 1915 ausgeführt?

Nichts von dem, was ich damals ſagte, brauche ich heute zurückzunehmen. Nur darin habe ich mich getäuſcht, daß ich nicht glaubte, die Regierungen würden ſo wahnwütig ſein, den Krieg bis nahezu zum völligen Zusammenbruch jeglicher Wiſtſchaft zu führen.

Die rapide Zunahme der moralischen Abwirtsſchaftung des Kapitalismus, die ich im Gegenſatz zu Cuno für möglich hielt, iſt damit in noch ſtärkerem Maße eingetroffen, als ich erwartete. Wir ſind nicht an die Schwelle des Sozialismus gelangt.

Es gehört da ſchon ein beſonderes Maß von Unverfrorenheit dazu, nach dieſen Proben von mir höhnend zu behaupten:

Das iſt ein Wandel der Anſchauungen, der von einer anerkennenswerten, faſt jugendlichen Fähigkeit des Umlernens und Umſtellens zeigt.

Die Frechheit erſcheint doppelt groß, wenn man erwägt, daß die Beſchuldigung nicht nur völlig aus der Luſt gegriffen iſt, ſondern, daß ſie von einem Cunow herrührt, deſſen eigene Anſchauung, daß wir von einem ſozia- liſtiſchen Regime noch ſehr ferne ſtünden, ſo raſch durch die Tatſachen wider- legt wurde, und der ſelbſt alle Urſache hat, das Thema des Umlernens nicht aufs Tapet zu bringen. Denn ſeine Art des Umlernens verträgt wahrlich nicht nähere Beleuchtung.

II.

Meine Entgegnung iſt länger geworden, als mir lieb iſt. Aber Ver- leumdungen laſſen ſich ſelten kurz widerlegen. Dies einer der Gründe, warum ich biſher davon abſah, mich gegen die Cunowſchen Anwürfe zu wenden.

Da nun das Thema aber einmal angeſchnitten iſt, ſei noch die perſön- liche Qualifikation des Mannes, über das Umlernen zu höhnen, etwas be- leuchtet.

Cunow ſtand bis zum Krieg auf dem linken Flügel der Partei. In der Redaktion des „Vorwärts“ arbeitete er einträchtig mit Silberding, Ströbel, Däumig u., bekämpfte mit ihnen die Kolonialpolitik, den Imperialismus, die Budgetbewilligungen.

Ebenſo zeigte er ſich eines Sinnes mit mir, ſo daß ich ihn unmittelbar vor dem Krieg bat, dem Stab der „Neuen Zeit“ als ſtändiger Mitarbeiter beizutreten, was er auch gern tat. Am 18. Juli 1914 erſchien der erſte ſeiner regelmäßigen Berichte über das wiſſenſchaftliche Leben.

Da kam der Krieg und die Frage der Kriegskredite. Wäre Cunow für ihre Bewilligung eingetreten, dann hätte er nur getan, was damals die meiſten taten. Ich habe das wohl begriffen. Auch mein Freund Wurm be- willigte ſie, ohne daß unſere Freundschaft einen Moment darunter ge- litten hätte.

Cunow dagegen tobte zunächſt gegen diejenigen, die für die Kriegs- kredite geſtimmt hatten. Bald darauf aber überlegte er ſich's beſſer und tobte gegen diejenigen, die ſie abgelehnt hatten. Nur einen noch gibt es meines Wiſſens in der deutſchen Sozialdemokratie, der dieſe Entwicklung durch- gemacht hat: Paul Leſch. Irgendeine plauſible Begründung dieſes „Um- lernens“ iſt mir noch nicht zu Geſicht gekommen.

Schon das müßte genügen; Cunow das Recht zu nehmen, über irgend welches Umlernen zu ſpotten, ſelbſt wo wirklich ſolches ſtattſand.

Aber Cunow blieb dabei nicht ſtehen. Ebenſo wie Leſch fühlte er ſich ſofort gedrängt, nun auch alles zu verbrennen, was er ehemals angebetet.

Das trat zuerſt auffallend hervor in der ſchon zitierten Broſchüre, die er am Ausgang des Winters 1914/15 veröffentlichte über „Parteiſammen- bruch“. Er bezeichnete dort nicht nur die Idee, daß wir dem Sozialismus ſchon nahe ſtünden, als Illuſion; darüber könnte man ſicher ſtreiten. Aber er bezeichnete auch den Imperialismus, das heißt die Eroberungspolitik, als etwas, was für die wiſſenſchaftliche Entwicklung ebenſo unentbehrlich ſei wie die Maſchine:

Die Forderung, wir dürfen den Imperialismus nicht aufkommen laſſen; wir müſſen ihn entwurzeln, iſt genau ſolche (ſie!) Albernheit, wie wenn man in der Anfangs- zeit der maſchinellen Großinduſtrie geſagt hätte: Keine Maſchine darf gebildet werden, geſtört werden wir ſie und ſchreiben wir vor, daß fortan nur handwerkſmäßig gearbeitet werden darf. (Seite 14.)

Dazu paßte es ſehr gut, daß er auch das Recht der Nationen auf Selbſt- beſtimmung als „kleinbürgerliche Ideologie“ verſpottete, die in die Theorie der deutſchen Sozialdemokratie übergegangen ſei. (S. 33.)

Als ich ihm in meiner schon zitierten Kritik entgegenhielt, daß seine Haltung unseren internationalen und demokratischen Grundsätzen widerspreche, entgegnete er mir („Neue Zeit“, 7. Mai 1915, S. 175), das sei eine Argumentation der Naturrechtler — genau so wie es jetzt Trotzki tut, wenn ich für die Demokratie eintrete.

Heute würde sich Cunow freilich hüten, jene Argumentation zu wiederholen. Denn die Verherrlichung der Eroberungspolitik und Mißachtung der Selbstbestimmung der Nationen nützt stets nur dem Sieger. Cunow hatte seine neuen Grundsätze im Krieg allzusehr ausschließlich auf den Sieg der wilhelminischen Waffen eingerichtet.

So sehr mich alles das befremdete, hielt ich mich doch für verpflichtet, Cunow mit Respekt zu behandeln. Ich hatte seit langem große Erwartungen auf die Dienste gesetzt, die er unserer Sache bei seinem großen Wissen und Können leisten könne, so daß ein Bruch mit ihm mir schwer fiel. Ich hoffte immer noch, die bessere Einsicht müsse wieder die Oberhand bei Cunow gewinnen.

Da ereignete sich etwas, was unserer Freundschaft für immer ein Ende machte.

Der Genosse L. Boudin aus Newyork hatte erklärt, die deutsche Sozialdemokratie habe die Führung der internationalen sozialistischen Bewegung für viele Jahre, wenn nicht für immer verloren.

Diese Bemerkung wurde im „Hamburger Echo“ zitiert. Daraufhin erschien dort am 12. Oktober 1915 eine längere Notiz eines „älteren Genossen, der die amerikanischen Verhältnisse genau kennt“, über Boudin. Zunächst heißt es dort:

Unrichtig ist, wenn der Mitarbeiter des „Echo“ die betreffende Notiz (über Boudin) für ein Geistesprodukt des „Vorwärts“ hält. Sie stammt, wie so manche anderen heiteren Leistungen des „Vorwärts“ jüngster Zeit, aus der von Dr. Rudolf Breitscheid unter ständiger Mitwirkung von Bernstein, Krutsky, Ströbel und Edstein herausgegebenen Korrespondenz „Sozialistische Auslandspolitik“. Der „Vorwärts“ kann also nur für den sonderbaren Geschmack, solche Notizen aufzunehmen, verantwortlich gemacht werden.

Nun kommt eine Charakteristik Boudins, die zeigen soll, daß er gänzlich unwürdig sei, in Parteiringe dreinzureden. Das wird vor allem durch den Hintweis darauf bewiesen, daß Boudin Advokat ist:

Die Firma arbeitet denn auch fast ausschließlich mit der kapitalistischen Geschäftswelt, erteilt den Geschäftsinhabern juristische Ratsschläge und führt deren Rechts- und Vermögenshandel, kurz, sie fungiert als kapitalistische Sachwalterin. Eine Tätigkeit, die ihren Chef sicherlich vortrefflich für das Amt eines internationalen Prinzipienwächters qualifiziert usw.

Darfn werden noch aus der „anarchistenden“ New Review, zu deren Mitarbeitern Boudin gehörte, einige Äußerungen mitgeteilt.

Ich war sehr erstaunt über diese Notiz. Erstens darüber, daß ein Genosse andere Genossen anonym angreift, nicht minder aber über die Niedrigkeit der Kampfesweise, die sozialistische Advokaten als kapitalistische Sachwalter betrachtet, die schon ihr Beruf davon ausschließe, ein sozialistisches Urteil abzugeben. Nicht minder freilich war ich erstaunt über die Dummheit der Notiz, da es doch bei den deutschen Genossen der Richtung des „Echo“ auch genug Advokaten gab, wie Dr. Heine und Weinemann usw. Wohin käme man mit dieser Argumentation im „Echo“!

Am meisten aber erstaunte ich jedoch, als ich erfuhr, von wem die Notiz ausging.

Gleich nach ihrem Erscheinen erhielt der in ihr genannte Breitscheid einen Brief aus Hamburg, dessen Absender sich nicht nannte, sondern nur mitteilte,

ein Redakteur des „Echo“ habe in der Elektrischen einen Brief verloren, von dem der Finder annehme, er werde Breitscheid interessieren. Daher lege er ihn bei.

Dieser Brief, datiert vom 7. Oktober 1915, adressiert an den Redakteur Stengele, spricht zunächst von einem Zeitartikel für das „Echo“, dann sagt er weiter:

Außer dem Zeitartikel lege ich noch einen kleinen Nebenartikel über den „Genossen“ Boudin bei, mit dem sich das „Echo“ jüngst beschäftigte; doch möchte ich nicht, daß ich als Verfasser genannt werde; ich bitte vielmehr sehr darum, daß Sie strengstes Redaktionsgeheimnis bewahren. Wichtig sind alle Angaben und damit Sie sich selbst überzeugen können, füge ich Nr. 12 der „New Review“ bei, um deren Rücksendung ich bitte. Es führen nämlich, wie ich genau weiß, allerlei Fäden von der hiesigen B.-R.-G.-Clique nach der „New Review“ hinüber und manche ihrer Auslassungen sind von Berlin inspiriert — aber ich möchte mir dieses Intellektuellengesindel, das ohnehin recht schön gegen mich intrigiert, nicht vollends auf den Hals laden. Die Clique kämpft mit einer Gewissenlosigkeit, die man kaum für möglich halten sollte.

Gezeichnet war dieser erstaunliche Brief mit dem Namen: Heinrich Cunow.

Man kann sich denken, wie überrascht die B.-R.-G. (offenbar Breitscheid-Kautsky-Gefsteine) über diese Zusage waren.

Wer hätte es für möglich gehalten, daß ein geistig so hochstehender Mann dort, wo er sich durch das Redaktionsgeheimnis gedeckt wähnte, sich zu einer solchen Knotenhaftigkeit erniedrigen könne, einen unbequemen Parteigenossen deshalb, weil er Advokat ist, den Proletariern als „kapitalistischen Sachwalter“ zu verdächtigen. Nicht minder waren wir überrascht, daß Cunow sich mit solcher Bestimmtheit für das Bestehen von Fäden zwischen der „anarchistischen“ und „deutschhegerischen“ „New Review“ und uns zu verbürgen wagte, von denen in Wirklichkeit nicht die leiseste Spur bestand.

Vor allem aber, welche Bekennermut, wenn Cunow die Redaktion des „Echo“ angstvoll beschwört, seinen Namen ja nicht uns zu verraten — uns, die wir damals eine kleine, machtlose Minderheit waren, indes hinter der Richtung, der er sich zugesellt, große Mehrheit und Macht standen!

Und welche Biederkeit und Treue, wenn Cunow, der Redakteur des „Vorwärts“, sein eigenes Blatt anonym angreift. Er zählt mich zu dem „Intellektuellengesindel“, und am gleichen Tag, an dem er das nach Hamburg schreibt, richtet er an mich einen Brief mit der Überschrift: „Lieber Freund!“

Wer aus Feigheit Leute, die er hinterrücks als Gesindel betitelt, ins Gesicht seiner Freundschaft versichert, dessen Niedrigkeit zu kennzeichnen reicht offenbar die Bezeichnung Gesindel nicht aus.

Als ich diesen Brief zu lesen bekam, habe ich alles an Achtung für Cunow verloren, was ich bis dahin für ihn noch gehegt.

Trotzdem unternahm weder ich noch sonst einer der B.-R.-G. etwas gegen Cunow. Wie „recht schön“ wir gegen ihn „intrigierten“ und mit welcher „Gewissenlosigkeit“ die „Clique“ gegen ihn „kämpfte“, das bezeugten wir dadurch, daß wir ihm seine Epistel zurücksandten und ihn unserer stillen Verachtung überließen. Sechs Jahre lang lag die Abschrift des Briefes unbenutzt in meinem Schreibtisch und wäre dort für immer gelegen, wenn mir über der Häufung giftiger Verleumdungen, die Cunow in letzter Zeit gegen mich schleudert, nicht die Geduld gerissen wäre.

Damals ging meine Gutmütigkeit so weit, daß ich, obwohl ich natürlich alle persönlichen Beziehungen zu ihm abbrach, doch seine ständige Mitarbeiterschaft an der „Neuen Zeit“ noch weiter duldete, obwohl sie mir schon aus sachlichen Gründen immer mehr eine Qual wurde.

Endlich, am 29. September 1916, nachdem Cunow anderswo ein warmes Plätzchen gefunden, erfreute er uns mit folgender Zuschrift an die Redaktion der „Neuen Zeit“:

Werte Genossen!

Die »N. Zt.« ist mehr und mehr in eine Strömung hineingeraten, die man meines Erachtens am besten als anarcho-syndikalistisch bezeichnet. Die meisten in ihr erscheinenden Artikel widersprechen meiner politischen Auffassung. Zudem hat sie ihre einstige Bedeutung für das geistige Leben der Partei nahezu verloren. Angesichts dieser Tatsachen, sowie der sich mir auf Grund bisheriger Erfahrungen aufdrängenden Überzeugung, daß auch nach dem Kriege kein einträgliches Zusammenarbeiten zwischen Rautsky und mir mehr möglich sein wird, halte ich es für besser, vom 1. Oktober ab meine Mitarbeit an der »Neuen Zeit« einzustellen.

In jenen trüben Tagen bot dieser Brief einen erfrischenden Anlaß zu ungetrübter Heiterkeit. Die Entdeckung, ich sei ins anarcho-syndikalistische Lager übergegangen, amüsierte uns ebenso sehr, wie das ungewollte Geständnis der schönen Seele, sie kündige mir die Liebe, weil sie kein einträgliches Zusammenarbeiten mehr mit mir erwarte. Seit langem war Cunow das einträgliche Arbeiten wichtiger geworden, als das einträgliche.

Die weiteren Heldentaten des Ritters Runo mir gegenüber hier zu verzeichnen, würde zu weit führen. Ist auch nicht notwendig. Das Mitgeteilte genügt wohl, zu zeigen, welchen Kalibers er ist, und wie viel Grund er hat, mich zu hassen. Niemand haßt man mehr, als Leute, denen man Unrecht getan.

Jetzt ist ein neuer Grund, mich zu hassen, aufgetaucht, und dem schreibe ich es zu, warum Cunow den Streit mit mir vom Baune brach, der den Anlaß zu den vorliegenden Ausführungen gab.

Cunow verdankt seine jetzige Position in der Mehrheitssozialdemokratie der Parteispaltung. Sein Einfluß erscheint ernstlich bedroht, wenn es zur Einigung kommt. Und für die trete ich mit voller Entschiedenheit ein. Da ist es offenbar sehr angezeigt, mich in einen Konflikt mit einem Organ der Mehrheitssozialisten zu verwickeln, um mich gegen sie und die Einigung mit ihnen aufzubringen.

Sollte das die Cunowsche Spekulation sein, dann wird sie sicher nicht gelingen. Ich treibe keine Politik persönlicher Sympathien oder Antipathien oder der Verärgerung. Und ich stehe lange genug im Parteileben, um nicht zu wissen, daß jede Partei unter jenen ihrer Mitglieder, die durch ihre Leistungen zu einer hervorragenden Position in ihr kamen, Leute zählt, die im Laufe der Zeit widerliche Patrone geworden sind.

Wie immer ich über einzelne Personen hüben wie drüben denken mag, es handelt sich heute nicht um einzelne, sondern um die Massen. Sie denken bereits übereinstimmend und suchen auch übereinstimmend zu handeln. Sie zu vereinigen ist dringend notwendig, trotz einiger bedenklichen Parteimitglieder, ja sogar trotz einzelner Fehler, die einmal hüben, einmal drüben gemacht werden.

Es ist ganz falsch, zu sagen, wir wollen uns erst dann einigen, wenn die andere Partei keine Fehler mehr macht. Dann wird es nie zur Einigung kommen, denn die Fehler sind gerade eine Folge der Spaltung, die beide Parteien, S. R. D. wie U. S. R., in eine falsche Position gebracht hat, in der Fehler unvermeidlich werden.

Wenn einmal die eine der beiden Parteien einen falschen Schritt macht, so ist das kein Grund, die Einigung hinauszuschieben, sondern vielmehr ein Grund mehr, sie mit aller Macht zu betreiben. Denn nur die Einigung beseitigt die falsche Position für beide Parteien und schafft die Möglichkeit, künftig Fehler zu vermeiden.

Cunow mag mich also noch so sehr anrempeln, es wird ihm nicht gelingen, mir die Idee der Einigung mit der Partei, der er angehört, zu ver-

ekeln. Und ich glaube auch versichern zu können, daß der Wibertwille gegen seine Person mich nicht abhalten wird, seine wissenschaftlichen Leistungen nach rein sachlichen Gesichtspunkten zu prüfen.

Ich will nicht in Cunows Fehler verfallen, der nach fast zwei Jahrzehnten einträchtiger, wenn auch nicht immer einträglich zusammenarbeitend, seit den Tagen seines Konflikts mit mir plötzlich der Welt mitteilt, er habe mich seit jeher für einen elenden Stümper gehalten. Ich erkenne nach wie vor an, daß Cunow eine bedeutende wissenschaftliche Kraft ist.

Aber freilich, mein Zutrauen zu seiner wissenschaftlichen Zuverlässigkeit ist geschwunden. Und zu den großen Forschern und Denkern kann ich ihn nicht mehr zählen. Denn dazu muß man nicht nur ein Talent sein, sondern auch ein Charakter, muß man nicht nur Intelligenz und Fleiß besitzen, sondern auch Bekennermut und brennenden Durst nach Wahrheit, der sich nicht beirren läßt durch persönliche Sympathien oder Antipathien, Vorteile oder Nachteile.

Wilhelm Liebknecht hatte recht, als er sagte, wenn sich binnen 24 Stunden die Situation ändert, sei er bereit, wenn nötig, im gleichen Zeitraum seine Taktik zu ändern. Wer aber, wenn sich die Situation binnen 24 Stunden ändert, bereit ist, im gleichen Zeitraum seine wissenschaftlichen Überzeugungen zu ändern, der mag wohl die Fähigkeit haben, manche bemerkenswerte Entdeckung zu machen, er wird nie in die Reihen der großen, führenden Geister aufzusteigen vermögen, am wenigsten als Soziologe in einer so wildgärenden und wandlungsreichen Zeit, wie wir sie seit dem Juli 1914 durchleben.

Michael Schacherl: Feuerprobe.

Sechshundert Jahre hat Habsburg die österreichischen Erblande regiert. Der Feudaladel aller Nationen, die katholische Hierarchie, die wirtschaftlich starke, durch den nationalen Streit aber in politischer Bedeutungslosigkeit erhaltene Bourgeoisie, das Reservoir von Bauern, ganz in der Hand der Geistlichkeit, die Bevölkerung einer großen Residenzstadt, deren Schau- und Neugier an höfischem Prunk leicht Gefallen findet und selbst satt zu sein meint, wenn sie das Hochzeitmenü eines Erzherzogs in der Zeitung liest, die Erziehung ganzer Generationen in Schulen, wo jedes Lesebuch mit dem Bild des Kaisers anfangt und alle Geschichte auf Lob und Ehrfurcht vor der Dynastie zugeschnitten war, eine stattliche Armee, die stets so verteilt war, daß die eine Nation durch die Regimenter der anderen in Schach gehalten wurde — das waren die Stützen dieses Herrscherhauses, das scheinbar für die Ewigkeit gebaut war. Selbst der Kampf der Nationen in der bunten Doppelmonarchie schien zur Macht der Dynastie beizutragen, da Ungarn wie Österreicher, Deutsche wie Tschechen nicht auf die eigene Kraft vertrauten, sondern durch die Huld des Kaisers ein größeres Stück Einfluß auf Staatsregierung und Verwaltung erhofften. „Hic redibus adhaeret concors populorum amor“, an diesen Gebäuden hängt die einträchtige Liebe der Völker, kann man von dem jetzt allen geöffneten Burggarten aus auf der Fassade der neuen Burg lesen — es ist kein Zweifel, daß das nicht bloße Einbildung der Höflinge der Dynastie war.

Sechshundert Jahre Habsburg und drei Jahre Republik — und wie von einem Rind von der Schultafel meggelöst, wie aus dem Gedächtnis der Menschen entfallen ist diese Dynastie. Der Tag war die Feuerprobe, da der letzte Habsburger den Ritt ins alte romantische Land unternahm und an der Spitze entschlossener Abenteurer, gut ausgerüsteter Offizierstruppen gegen

für Deutschland und Deutschösterreich (wie übrigens auch für Ungarn) die Miliz gegenwärtig erstrebenswert sei und ob es nicht im Interesse einer friedlichen und demokratischen Entwicklung Mitteleuropas wäre, in diesen Ländern das Söldnersystem vorläufig beizubehalten. Natürlich unter einer Voraussetzung: daß es gelingt, die demokratischen Einrichtungen in der Wehrmacht so auszugestalten, daß sie nicht gegen das arbeitende Volk verwendbar ist.

Freilich hören wir schon den Einwand, daß die wenn auch nur vorläufige Beibehaltung des Söldnersystems den wehrhaften Geist des Volkes ertöte. Das muß aber, wie England und Amerika zur Genüge beweisen, durchaus nicht sein. Die Wehrhaftigkeit eines Volkes hängt nicht allein von seiner Militärorganisation, sondern in mindestens ebenso starker Weise von seiner Schulorganisation ab. Lehren wir die jungen Leute in der Schule turnen und wandern und später einen körperstählenden Sport betreiben, dann brauchen wir auch zur notwendigen und von uns heiß erstrebten körperlichen Erziehung des Volkes keine militärische Massenorganisation. Was aber die Schule nicht vollends leisten kann, ist durch eine organisierte Pflege des Massensports zu erreichen. Wo die körperliche Erziehung der Schule ergänzt wird durch eine planmäßige Arbeit der proletarischen Sportorganisationen, ist gewiß ein nicht minder Grad der Wehrhaftigkeit des Volkes zu erreichen als durch eine rein militärische Erziehung.

Die Wehrorganisation eines jedes Landes ist von seinen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen abhängig. Sie ist als ein Teil des staatlichen Apparates durch dessen innere Entwicklung bestimmt. Je größer die Macht des organisierten Proletariats in einem Staate wird, um so mehr wird es dazu gedrängt, zu den Fragen der Wehrorganisation Stellung zu nehmen. Das Proletariat wird sich bei dieser Stellungnahme nicht an traditionelle Formeln binden können — hätten sie auch noch so guten historischen Klang — sondern muß aus den Erfahrungen des täglichen Kampfes seine Waffen schmieden.

Karl Rautsky (Berlin): Nochmals Georgien.¹⁾

1. Kleinigkeiten.

N. Jasny veröffentlicht in Nr. 9 des „Kampf“ (September 1921) einen Artikel über „Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Republik Georgien“, der stellenweise auf meine Schrift über Georgien Bezug nimmt. Ich habe seine Ausführungen mit großem Interesse gelesen. Er hatte vor mir den großen Vorteil voraus, daß er in Georgien nicht nur lebte, sondern nach seinen Mitteilungen in der Verwaltung des Landes tätig war.

Er bestätigt vielfach, was ich gesehen. Zum Teil ergänzt er es. Hin und wieder korrigiert er meine Angaben, doch nur in Kleinigkeiten. In sehr wesentlichen Punkten gehen wir aber erheblich auseinander, und da kann ich ihm nicht folgen. Er malt überall nur grau in grau, ja stellenweise tiefschwarz, und zeigt keinen einzigen Lichtblick.

Durch diese Einseitigkeit kommt er zu einer weit pessimistischeren Auffassung als ich. Dabei geht sein Pessimismus so weit, daß er ihn nicht bloß blind macht für alles, was nicht schwarz ist, sondern ihn mitunter direkt Unrichtiges behaupten läßt.

So berichtet er zum Beispiel in Note 18, die Elektrizitätswerke in Tiflis hätten so schwaches Licht geliefert, daß man dabei nicht lesen konnte. Davon habe ich nichts gemerkt. Die langen Abende des November und Dezember verbrachte

¹⁾ Der nachstehende Aufsatz wurde uns bereits vor mehreren Monaten übergeben. Sein Anfang im Verhältnis zu dem beschränkten Raum des „Kampf“ verhinderte bisher sein Erscheinen. Er hat indes nichts von seiner Aktualität eingebüßt. Die Red.

ich dort vornehmlich mit Lektüre bei elektrischem Licht. Und auch außerhalb meiner Wohnung, bei Besuchen oder in öffentlichen Gebäuden fiel mir keineswegs Unzulänglichkeit des Lichtes auf. Was ich beanstandete, war vielmehr die Verschwendung mit dem Licht. Es herrscht in Tiflis die Unsitte, elektrische Glühlampen Tag und Nacht brennen zu lassen, ob man sie braucht oder nicht braucht. Sparsamkeit ist bisher noch keine georgische Tugend. Die Georgier sind mit allem freigebig, auch mit dem Licht, solange sie über solches verfügen.

Unmittelbar nach der Note 18 finden wir bei Jasny die Behauptung, man habe in Georgien gar nicht gewagt, an die Wiederaufnahme der Kupfergewinnung zu denken. Nun sprach ich in Tiflis mit einem deutschen Ingenieur, der ein Kupferbergwerk bei Batumi in Gang gebracht hatte, und wie er mir sagte, mit gutem Erfolg. Der Mann machte einen sehr soliden Eindruck und hatte nicht das mindeste Interesse daran, mir eine Unwahrheit zu sagen.

Ebenso fragwürdig ist es, wenn Jasny behauptet, man hätte sich mit der Ausfuhr der vorhandenen Vorräte an Manganerz begnügen müssen, weil es unmöglich war, die Produktion wieder in Gang zu bringen. Die Dinge liegen vielmehr umgekehrt.

Mir wurde wenigstens von verschiedenen Seiten, amtlichen und anderen, versichert, die Förderung von Manganerz sei deshalb eingeschränkt, weil sich die Vorräte an Erz häuften, die wegen Mangels an Transportgelegenheiten nicht rasch genug abtransportiert werden könnten.

Jasnys kritisches Bedürfnis mir gegenüber ist so stark, daß es mitunter höchst kleinlich wird. So wirft er mir in der Note 35 vor, daß ich bloß sagte, der georgische Rubel sei weniger wert als ehemals eine Kopeke, statt den Wert genau in einem bestimmten Bruchteil der Kopeke anzugeben. Nun verfaßte ich meine Schrift im Februar 1921, die letzten georgischen Rubelnotierungen, die mir zur Verfügung standen, stammten aus dem Dezember 1920. Der Kurs schwankte unaufhörlich. Da wird es begreiflich, daß ich keinen bestimmten Bruchteil nannte, sondern mich damit begnügte, zu sagen, der Kurs sei schon unter den Wert der kleinsten Scheidemünze der Goldwährung gesunken.

In Note 38 behauptet Jasny, ich hätte die Dinge ganz anders gesehen, als sie in Wirklichkeit lagen, wenn ich auf Seite 45 meiner Schrift sage:

„Es dürfte augenblicklich keine Regierung geben, die so gefestigt dasteht wie die georgische.“

Dabei jagt er aber selbst unmittelbar vor dieser Note:

„Nicht daß etwa — hier hat Genosse Kautsky vollkommen recht — irgendeine andere georgische Partei die regierende Sozialdemokratie hätte ablösen können. Die Sozialdemokratie verstand es sehr wohl, alle lebendigen Kräfte des Volkes um sich zu fassen: „nach ihr konnte keine andere georgische Regierung kommen“. (S. 325.)

Das ist genau das, was ich in dem bemängelten Satz sagte. In diesem Punkte unterschied sich die letzte georgische von jeder anderen der heutigen Regierungen. Es ist doch reine Silbenstecherei, wenn Jasny meinen Satz bemängelt. Er kann dies nur dadurch, daß er in ihn etwas hineinlegt, was nicht in ihm liegt. Er setzt den Satz so auf, als hätte ich gesagt, kein Staat stehe heute so gefestigt da wie der georgische. Das zu behaupten ist mir jedoch nicht eingefallen. Die Gefahren, die dem georgischen Staate drohten, habe ich selbst eingehend geschildert. Ein Kapitel meines Büchleins handelt von „den Verlegenheiten des Staatswesens“.

Aber Staat und Regierung sind nicht identisch. Ein Staat kann sehr fest sein und seine Regierung doch auf einer sehr unsicheren Basis stehen, wenn sie eine starke Opposition findet. Andererseits kann ein Staat sehr bedroht sein und doch wird seine Regierung fest stehen, wenn sie keine Opposition findet. Das war in Georgien der Fall, darin unterschied sich die georgische Regierung von den anderen Regierungen der Welt, darin unterschied sie sich besonders kraß von der russischen, die der Mehrheit des Volkes feindlich gegenübersteht und die selbst glaubt, lebensunfähig zu werden, sobald sie der Opposition die mindeste Möglichkeit gibt, zu atmen. Das war hervorzuheben, das habe ich getan und Genosse Jasny hätte sich und mir manche unnütze Arbeit erspart, wenn er sich mehr bemüht hätte, mich zu begreifen, statt an meinen Worten Salzmudistil zu üben.

Doch will ich eines zugeben. Hinter dem Mißverstehen meiner Worte liegt ein großer sachlicher Gegensatz, ein Gegensatz, der wichtiger ist als die kleinen Ausfaltungen, die ich bisher behandelt und die für sich allein kaum die Mühe einer Antwort lohnen würden.

2. Der Zusammenbruch.

Das Kapitel meiner Schrift über „Die Verlegenheiten des Staatswesens“ beginne ich mit den Worten:

„So begünstigt auch Georgien von Natur aus ist und so rationell die demokratische Methode seiner sozialistischen Regierung, so ist doch seine augenblickliche Lage nichts weniger als glänzend.“ (S. 29 meiner Schrift über Georgien.)

Das genügt Jasny nicht. Er behauptet:

„Auf einer derartigen wirtschaftlichen Grundlage des vollständigen Ruins kann keine staatliche Organisation existieren.“ (S. 326, „Kampf“ Nr. 9, September 1921.)

Die Katastrophe war nach ihm unvermeidlich.

„Wenn wir hier von einer Katastrophe sprechen, so ist nicht der Krieg mit den Bolschewisten, dem Georgien erlag, gemeint, sondern der vollständige wirtschaftliche Zusammenbruch, der schon vor dem Kriege da war und die Aufgabe der roten Truppen sehr erleichterte.“ (S. 316, ebenda, Note 1.)

Dieser Zusammenbruch soll die unvermeidliche Folge des Krieges für Länder sein, die auf der wirtschaftlichen Höhe Rußlands oder Georgiens stehen. Der Zusammenbruch sei unvermeidlich gewesen, welche Methode immer man wählen mochte, die bolschewistische oder die menschewistische, welche Regierungsform immer, Diktatur oder Demokratie.

„Wir wären schlechte Margisten, unfähig, das große Werkzeug anzuwenden, das uns Marx hinterlassen hat, wenn wir besonderes Gewicht darauf legten, daß Georgien eine sozialdemokratische Regierung besessen hat. Sie war ohne Zweifel die beste, flügste, ehrlichste und edelste Regierung, die Georgien hervorbringen konnte. Aber die eiserne Macht der Verhältnisse war stärker als sie. Wer durch rosa Brillen die Verhältnisse der sozialdemokratischen Republik Georgien betrachtet, der ist nicht imstande, die große Katastrophe des ganzen Ostens zu verstehen.“ (S. 326, ebenda.)

Das klingt sehr schlimm für meine Brillen und meine Fähigkeit, den Marxismus anzuwenden. Aber ehe ich darob trübsinnig werde, erinnere ich mich rechtzeitig, daß Marx und Engels auch immer letzten Endes Optimisten waren, natürlich nicht im Sinne der Schönfärberei, wohl aber in dem, daß sie dem menschlichen Erkenntnisvermögen die Kraft zutrauten, auch recht schwierige Probleme zu lösen. Eine soziale Erkenntnis, die zu dem Schluß kommt, der ganze Osten sei unrettbarem Untergang verfallen, wir mögen versuchen, was wir wollen, es helfe alles nichts und alles Nachdenken über die der Situation am besten angepassten Methode sei unnütz — eine solche Auffassung der „großen Katastrophe des Ostens“ wäre ihnen wohl mehr als orientalischer Fatalismus wie als Geist von ihrem Geiste erschienen.

Sicher gewährt das bloße Bedürfnis zu leben noch keine Rettung vor dem Tode. Auch für ein ganzes Volk kann dieser unter Umständen unvermeidlich sein. Aber die Völker besitzen so enorme Kräfte der Regeneration, daß sie unglaublich viel aushalten können. Es müssen schon sehr eindringliche und nicht zu verkennende Tatsachen vorliegen, ehe man einem von ihnen das Todesurteil spricht.

3. Georgiens Aussichten auf Sanierung.

Dieses Todesurteil begründet Jasny im wesentlichen mit der Inflation, mit der Fabrikation von Papiergeld, die ihm unaufhaltsam erscheint. Die Heilmittel, die ich dagegen vorschlage, Erhöhung der Steuern und Hilfe ausländischen Kapitals zur Entwicklung der Produktivkräfte, erscheinen ihm als unerreichbar. Es ist richtig, der Bauer zahlt ungern Steuern. Das ist nicht eine Eigentümlichkeit Georgiens, auch nicht des Ostens. Sie findet sich im Westen ebenfalls. Wenn daran der Staat zugrunde ginge, hätte auch der französische nach der Revolution von 1789 zugrunde gehen müssen. Da haben auch die Bauern jahrelang keine Steuern bezahlt. Aber schließlich hat man ihnen das Zahlen doch beigebracht.

So zweifelte ich auch nicht, daß der georgische Bauer Steuern zahlen werde, ungeachtet des Umstandes, daß die große Mehrheit der Nationalversammlung von Bauern gewählt war, was ihnen dafür bürgte, daß die Steuern für Zwecke verwendet werden, an denen die Bauernschaft selbst ein Interesse hat.

Höchst sonderbar ist es, daß Zasný, der es für unmöglich hält, den Bauern neue Geldsteuern aufzuerlegen, ihnen eine Ablieferung von Getreide an den Staat aufzwingen will. Das in einem Lande, das nicht genug Getreide erzeugt, so daß der Bauer meist gar keinen Überschuß daran gewinnt, sondern nur so viel, als er selbst braucht. Es ist klar, daß er sich der Naturalsteuer aufs äußerste widersetzen wird, viel mehr als der Ablieferung des Papiergeldes, das immer wertloser wird. Hält man jene Art der Steuer für möglich, muß diese noch weit möglicher sein.

Daß neue Steuern, direkte wie indirekte, zunächst nicht ausreichen werden, die Ausgaben des Staates zu decken, habe ich nie bestritten. Es muß noch die Hilfe des Auslandes zur Entwicklung der Produktivkräfte des Landes dazukommen. Auch da sieht Zasný äußerst schwarz.

Zunächst glaubt er nicht, daß durch eine Auslandsanleihe die Produktivkräfte Georgiens rasch genug zu entfalten wären, um den allgemeinen Niedergang aufzuhalten. Meine Ansicht, daß das möglich sei, bezeichnet er spöttisch als „frei von Pessimismus“. Das ist sie allerdings; aber, wie ich meine, aus guten Gründen. Georgien ist enorm reich an Bodenschätzen, deren Hebung leicht wird, sobald man das Transportwesen verbessert. Man schaffe neue Lokomotiven und Waggons und der Abtransport der Manganerze, dieses großen Reichthums, gestaltet sich rasch zu einer großen Einkommensquelle. Die Anlage einer Eisenbahn von nur 40 Kilometer vom Schwarzen Meer nach Khotatscheli erschließt die dortigen reichen Lager bester Kohle, die im Staatsbesitz sind, der Ausfuhr. Endlich würde eine Verbesserung des Straßennetzes genügen, die Ausfuhr edler Nuthölzer aus den ungeheuren Staatswäldungen erheblich zu steigern. Diese Verbesserungen allein, die sich binnen kurzem durchführen ließen, könnten genügen, die Handels- und Zahlungsbilanz Georgiens zu einer aktiven zu gestalten und die Einnahmen des Staates aus seinen Kohlengruben, Wäldungen, Erzlagern und Eisenbahnen in einer Weise zu vermehren, die es möglich macht, das Defizit im Staatshaushalt verschwinden zu lassen. Um so mehr, als ja mit diesen Verbesserungen das ganze Wirtschaftsleben einen starken Anstoß erfahren hätte, was die Eingänge aus direkten und indirekten Steuern vergrößern müßte.

Das wäre um so eher eingetreten, je mehr es gelang, wirtschaftliche Organismen aus dem industriell entwickelten Ausland nach Georgien zu ziehen.

Wie der ganze Osten befindet sich auch Georgien heute noch in einem ökonomischen Stadium, in dem, um mit Engels zu sprechen, „alle Übertragung ökonomischer und kommerzieller Funktionen an den Staat... einen Rückschritt zum Mittelalter bedeuten kann“. In diesem Stadium muß man bei jeder Verstaatlichung und Monopolisierung doppelt vorsichtig sein. Der georgische Staat scheint dabei wohl manchen Fehler begangen zu haben, so zum Beispiel beim Tabakmonopol, wie ich selbst bereits andeutete. Hier dürfte Zasný ganz recht haben.

Es ist bemerkenswert, daß wir Fehler der georgischen menschenwissenschaftlichen Regierung dort finden, wo sie sich etwas dem Bolschewismus näherte, wozu ja die Verführung oft sehr nahe lag. Doch waren diese Fehler nicht im System begründet und konnten daher leicht überwunden werden, was sich auch vielfach schon in den letzten Monaten vor dem bolschewistischen Einbruch vollzog.

Vor allem aber war sich die georgische Regierung dessen bewußt, daß sie zur Sanierung ihrer Finanzen und ihrer Staatswirtschaft nicht nur Kapitalien, sondern auch leitende Kräfte des industriell entwickelten Westens brauchte. Sie hatte auch schon Versuche gemacht, solche Kräfte zu gewinnen, und man durfte wohl erwarten, daß sie dabei schließlich Erfolg hatte, sobald ihr nur einmal die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt waren. Freilich sind das alles nur Erwartungen, aber das, was Zasný als „Katastrophe“ bezeichnet, ist auch nur eine Erwartung. Das Schlimme bei unserer Diskussion ist, daß weder für ihn noch für mich ein schlüssiger Beweis möglich ist. Denn den hätte nur das schließlich praktische Endergebnis des sozialdemokratischen Staatsweins geben können.

Deffen Entwicklung wurde gewaltfam unterbrochen durch den bolschewistischen Einfall und damit ist es für alle Zeit unmöglich gemacht, zwingend festzustellen, ob das georgische System ohne gewalttame Störung von außen gesunden konnte oder zum Zusammenbruch kommen mußte.

Ich habe in meinem Buche über Georgien die Möglichkeit des Zusammenbruches keineswegs bestritten. Wohl aber habe ich mich von seiner Unvermeidlichkeit nicht überzeugen können. Ich habe zahlreiche Möglichkeiten der Gesundung gesehen und ich glaubte, es sei wichtiger, die vorhandenen Energien auf diese Möglichkeiten hinzuweisen, statt sie durch vorzeitige Inkenrufe, daß alles verloren sei, zu lähmen.

Vielleicht unterschätzt Zasný die Möglichkeiten des georgischen Aufschwunges deshalb, weil er ein Russe ist, wie ich nach seinem Namen schließe, der ein russischer ist. Zasný ist ein russisches Wort, es bedeutet der Beller, Klare, Deutliche.

Ich habe leider die Beobachtung machen müssen, daß zwischen Georgiern und Russen (auch menschenwristischen) oft eine gewisse Spannung besteht. Wie viele Berliner auf die Wiener, sehen auch viele Russen auf die Georgier wie auf Kinder herab, die sehr liebenswürdig sind und große Sympathie verdienen, aber nur zu tändeln verstehen und der Kraft zu ernster Arbeit entbehren. Bei den Russen kommt noch vielfach der Glaube dazu, Georgien bedürfe ihrer Vormundschaft, vermöge ohne sie nicht zu gedeihen. Auch Zasný scheint davon nicht frei zu sein, wie mancher seiner Sätze bezeugt, vor allem folgender:

„Wir können unsere Betrachtungen dahin zusammenfassen, daß der in Georgien unternommene Versuch, von Rußland getrennt und früher als dort den Wiederaufbau der Wirtschaft zu unternehmen, mißlingen mußte.“ (S. 325, ebenda.)

Die Wahrheit ist die, daß Rußland, solange es Georgien beherrschte, dessen intellektuellen wie industriellen Aufschwung auf jede Weise hinderte. Daher jene Erscheinung, von der Zasný spricht, daß Georgien trotz seines ungeheuren natürlichen Reichtums

„wegen der außerordentlichen Armut seiner Bevölkerung stets zu jenen Landesteilen gehörte, die den russischen Staat mehr kosteten, als einbrachten“.

Nach der Trennung hat der russische Staat fortgefahren, den „Wiederaufbau der Wirtschaft“ Georgiens in jeder möglichen Weise zu hemmen und zu stören, durch kriegerische Einfälle, Abschneidung der notwendigsten Heizstoffe und dergleichen. Trotzdem hat Georgien den furchtbaren wirtschaftlichen Niedergang seines großen russischen Nachbarn nicht mitgemacht. Vor der Trennung war, wie Zasný selbst konstatiert, der Durchschnittsgeorgier weit ärmer als der Durchschnittsruße. In den drei Jahren der Trennung ist es aber so weit gekommen, daß Zasný konstatieren muß, bei einem Vergleich zwischen Rußland und Georgien falle dem Bolschewismus ein „Blut an Elend zur Last, das so groß ist, daß eine Gegenüberstellung der Zustände in beiden Ländern nur in der Aufzeichnung der allerärgersten Gegenstände bestehen zu können schien“. (S. 315.)

So schreibt ein Beobachter, der Georgiens Zustände durchaus nicht mit „rosigen Brillen“ sieht.

Und doch, trotz des entsetzlichen Niederganges Rußlands geben wir die Hoffnung nicht auf, daß es instande ist, sich rasch wieder zu erholen, sobald es erst einmal die vernichtende Methode des Bolschewismus überwunden hat. Und wir hätten an der Zukunft Georgiens in einer Zeit verzweifeln sollen, in der es von dem Nihilismus dieser Methode noch nicht vergiftet wurde?

4. Die Inflation.

Zasný hält es nicht für notwendig, seine Ansicht ausführlich zu begründen, daß die Kredithilfe des Auslandes Georgien nicht aufrichten konnte, er beschränkt sich darauf, zu bemerken, daß „diese Ansicht jedenfalls frei von Pessimismus ist“. Das genügt ihm, denn er ist davon überzeugt, daß eine ausgiebige Kredithilfe ganz ausgeschlossen gewesen sei. Er behauptet:

„In einer Lage wie die, in der sich Georgien befand, bekommt ein Staatswesen niemals Geld genug geborgt, um seine Wirtschaft auf völlig gesicherter Basis zu stellen.“

Leider begnügt sich hier wieder Zasný mit einer apodiktischen Behauptung. Natürlich vermag auch ich nur die Möglichkeit darzulegen, daß Georgien

Kredithilfe bekommen hätte. Ob es wirklich dazu gekommen wäre, wenn die sozialdemokratische Republik weiterbestanden hätte, ist unmöglich festzustellen, da der bolschewistische Einfall der Selbständigkeit der Republik vorzeitig ein Ende machte.

Gerade in dem Moment des bolschewistischen Einfalls waren jedoch Verhandlungen im Gange, die viel versprachen. Wenn es auch schwerlich zu einer großen Staatsanleihe gekommen wäre, so erschlossen sich doch die Möglichkeiten, daß auswärtiges Kapital in größerem Ausmaß nach Georgien floß, einmal durch privaten Kredit von Kaufleuten und dann vor allem durch Vergebung von Konzessionen an ausländische Kapitalisten zur Ausbeutung georgischer Naturschätze.

Wohl ist es möglich, daß ein fühlbarer Zustrom auswärtigen Kapitals nicht sehr rasch eingetreten wäre. Aber auf der anderen Seite darf man auch die wirtschaftlichen Folgen der Inflation nicht so kolossal übertreiben, wie es Zasný tut, der daraus sein Hauptargument zieht, um den unvermeidlichen wirtschaftlichen Zusammenbruch Georgiens zu erweisen.

Da dies kein spezifisch georgisches Problem ist, sondern eines, das leider auch uns Europäer sehr angeht, lohnt es sich wohl, noch einige Worte darüber zu verlieren.

Das Wirtschaftsleben eines Staates und seine Finanzen sind keineswegs identisch. Seine Wirtschaft kann blühen und seine Finanzen können zerrüttet sein und umgekehrt. Es kann zum Beispiel in einem Staat die Regierung so schwach sein, daß sie nicht wagt, hohe Steuern aufzuerlegen. Dabei kann sie sich gedrängt fühlen, viel für das Volk zu tun, etwa ein ausgedehntes Schulwesen aufzubauen, das viel Geld kostet. Sie wird dabei ihre Finanzen in Unordnung bringen, sich in Schulden stürzen, oder zur Notendruckerei ihre Zuflucht nehmen. Das Wirtschaftsleben kann aber trotzdem gedeihen.

Und umgekehrt. Die Finanzen können blühend sein, aber nur deshalb, weil der Staat notwendige Ausgaben, etwa für Volksbildung und Verkehr unterläßt und einen unbarmherzigen Steuerdruck ausübt. Die Wirtschaft wird dabei verkommen.

Auf die Dauer freilich können sich Wirtschaft und Finanzen nicht in entgegengesetzter Richtung entwickeln. Die Verwirrung der Finanzen wird nach und nach auch das wirtschaftliche Leben hemmen. Und noch rascher muß ein wirtschaftliches Verkommen die Staatsfinanzen schädigen. Indes ist das wirtschaftliche Leben weit elastischer als der staatliche Mechanismus, und jenes vermag sich oft sehr lange in anderer Richtung zu entwickeln als die Staatsfinanzen. Dafür bekamen wir auch jetzt wieder in den verschiedensten Ländern sehr handgreifliche Beweise. Bald nach Ausbruch des Krieges begann die Deckung des staatlichen Defizits durch die übermäßige Ausgabe von Papiergeld, durch die Inflation, nicht bloß in Rußland, sondern auch in Deutschland und Österreich. Sie hat seit Kriegsende ungeheuerere Dimensionen angenommen. Trotzdem finden wir in den beiden letztgenannten Ländern seit zwei Jahren einen zwar langsamen und zeitweise unterbrochenen, aber doch deutlich merkbaren wirtschaftlichen Anstieg. Na, augenblicklich sehen wir die paradoxe Erscheinung, daß die Länder mit gesunder und wenig angekränkelten Finanzen, wie England und Amerika, von einer furchtbaren Krisis mit einer namenlosen Arbeitslosigkeit betroffen werden, während die Länder mit verzweifelter Finanzen, die nach Zasnýscher Betrachtungsweise ganz hoffnungslos dastehen müßten, von Industriefriede und Arbeitslosigkeit weit weniger verspüren.

Das Sinken der Valuta kann eben eine Zeit lang direkt produktionsfördernd wirken. Dem Sinken der Valuta entspricht ein Steigen der Warenpreise. Doch die Arbeitskraft ist eine Ware, deren Kurs weit weniger steigt, als der der anderen Waren. Der Geldlohn wächst natürlich, doch der Reallohn sinkt. Noch langsamer als der Tages- und Wochenlohn steigen die festen Besoldungen.

Am langsamsten die Bezüge der Unglücklichen, die für den Bestand der Gesellschaft nicht nötig sind, und denen daher der Streik als Mittel sich durchzusetzen, nicht zu Gebote steht, wie Pensionisten, die Bezieher von Krankengeld oder Versicherungsrenten. Völlig unten durch sind diejenigen, die von festverzinslichen Papieren lebten.

Da die Warenpreise vom Sinken aller dieser direkten oder indirekten Kosten der Produktion wenig berührt werden, steigt der Profit und damit der Anreiz zur Produktion.

Das Sinken der Valuta führt also zunächst nicht zu einem Verkommen der Wirtschaft, wohl aber zu einer beständigen Gerabdrückung der Arbeiterklasse. Das muß letzten Endes allerdings auch zu einer Verminderung der Produktivkraft des Landes und zu einem Verkümmern seines wirtschaftlichen Lebens führen. Dieser Prozeß vollzieht sich jedoch keineswegs so rasch, wie der Niedergang der Staatsfinanzen und der Valuta. Er ist ein dialektischer Prozeß, der um so mehr Widerstände hervorruft, je länger er dauert, nicht nur bei den Arbeitern, die sich von vornherein gegen ihn zur Wehr setzen, sondern nach und nach auch bei vielen derjenigen, die anfänglich von der sinkenden Valuta profitieren. Des Lebens ungenüßte Freude wird selbst dem Schieber nicht zu teil.

Freilich ist er derjenige, der am meisten bei diesem Zustand profitiert. Denn die Inflation bewirkt nicht nur ein Sinken des Geldwertes und ein Steigen der Warenpreise, sondern auch ein stetes und hochgradiges, völlig unberechenbares Schwanken des Geldwertes und der Warenpreise, das jede Kalkulation erschwert, das solide Geschäft gefährdet, dagegen den fruchtbarsten Nährboden für die Spekulation, das Schiebertum, bildet. Ein großer Teil des Kapitals wird von der Industrie auf diese parasitische Form des Kapitalismus abgelenkt, und gleichzeitig ergreift die Spekulation immer weitere Kreise auch der weniger Besitzenden, die durch ihre infolge des sinkenden Geldwertes fortschreitende Verarmung förmlich dazu gedrängt werden, sich in Schiebergeschäften eine neue Einkommensquelle zu erschließen. Je mehr dieses Stadium überhandnimmt, desto leichter wird die Industrie Spekulationskrisen ausgesetzt, die für alle Beteiligten, Kapitalisten wie Arbeiter, große Leiden und Verluste mit sich bringen.

Und dabei werden alle Produkte des Auslandes, das sich einer besseren Valuta erfreut, im Lande der sinkenden Valuta immer teurer, immer weniger erschwinglich. Je kleiner das Land, um so mehr ist es auf internationalen Verkehr angewiesen, um so mehr wird es durch seine sinkende Valuta bedrängt.

Das führt dahin, daß in solchen leidenden Gebieten das Bedürfnis wächst, jedes mögliche Opfer zu bringen, das nötig ist, das Aufhören der Inflation herbeizuführen, was vor allem die Aufhebung des Defizits im Staatshaushalt erfordert. Lieber neue Steuern, wenn sie es ermöglichen, Ordnung in das Geldwesen zu bringen und der ewigen Unsicherheit und der wachsenden Teuerung Herr zu werden, die in keinerlei Produktionsverhältnissen begründet sind. Bei den Kapitalisten beginnt die Abneigung gegen direkte, bei den Arbeitern die gegen indirekte Steuern zu schwinden, wenn sie versprechen, zur Aufhebung der quälendsten und sinnlosesten, wenn auch für die Regierungen bequemsten aller indirekten Steuern, der Inflation, zu führen.

Doch selten wird man mit Steuererhöhungen allein schon das Defizit decken können. Man bedarf dazu auch einer Atempause, die nur durch Hilfe vom Ausland zu erlangen ist. Auch für diese Hilfe bereiten die Schäden der Inflation den Weg. Denn jedes Land, in dem sie fortschreitet, hört auf, ein Absatzmarkt für die Produkte aus Ländern mit gesunder Währung zu sein. Der Export aus letzteren, sowohl an Rohprodukten wie an Fabrikaten, wird immer mehr eingeschränkt, was ebenfalls Krisen, wenn auch anderer Art als in den Inflationsländern, zur Folge hat, weniger Spekulationskrisen, viel mehr Industriekrisen, die länger dauern und die Arbeiter wie die Industrie überhaupt noch härter treffen.

Damit hört die Inflation immer mehr auf, ein Problem zu sein, das nur die Länder angeht, in denen sie sich findet. Sie wird ein internationales Problem, an dessen Lösung jedes Land interessiert ist. Die Sieger bekommen das gleiche Interesse an dem Verschwinden des deutschen Defizits, wie die Deutschen selbst. Damit wächst die Geneigtheit, dem Deutschen Reich seine Reparationszahlungen zu erleichtern. Daß die französischen Staatsmänner das noch nicht begreifen, isoliert Frankreich, das immer mehr als ein Hindernis für die ökonomische Gesundung der Welt erscheint.

So erwächst allmählich in den reicherem Ländern die Bereitschaft, den ärmeren, die an hochgradiger Inflation leiden, durch Kreditgewährung zu helfen.

Zwischen Wollen und Tun liegt freilich noch vieles dazwischen. Diejenigen, die am ehesten die Notwendigkeit der Hilfe begreifen, sind selten diejenigen, denen die Mittel zu Gebote stehen, zu helfen. Es droht der Welt noch viel Leid, ehe die wirtschaftlichen Folgen des Krieges völlig überwunden sind, und es werden in

manchen Staaten der Inflation noch Situationen austauschen, in denen es scheint, als sei alles aus und als ginge es nicht weiter. Aber man darf über den herabdrückenden Tendenzen nicht die emporhebenden außer acht lassen. Je größer die Gefahr, desto mehr muß sie unseren Erfindungsgeist und unsere Tatkraft anspornen. Das geschieht nicht durch die Hoffnungslosigkeit, die Zasný an den Tag legt.

Alle die Probleme der Inflation, auf die Zasný solches Gewicht legt, um die Unvermeidlichkeit der Katastrophe für Georgien zu erweisen, sie sind nicht spezifisch georgische. Sie finden sich bei uns im Westen auch. Um sie zu studieren, brauchte ich nicht nach Georgien zu gehen, das hatte ich in Wien näher.

Diese Probleme habe ich deshalb auch in meiner Schrift nicht eingehender behandelt, ganz abgesehen davon, daß ich keinen Grund sah, ihnen mit Zasnýschem Pessimismus gegenüberzutreten.

Was mich in Georgien in erster Linie beschäftigte, war die Frage, ob und wie eine wirklich sozialdemokratische Regierung auf der Grundlage der Demokratie in einem ökonomisch rückständigen Land möglich ist. Das war vom marxistischen Standpunkt aus auscheinend ein Paradoxon. Dieses eigenartige Problem hat mich in Georgien vor allem beschäftigt, und in bezug auf dieses befinde ich mich in Übereinstimmung mit Zasný, was mir gerade bei seiner sonstigen Schwarzseherei um so erfreulicher ist.

5. Die Überfremdung.

Zasný selbst hält eine ausländische Kredithilfe für Georgien, wenn auch nur in bescheidenem Maße, nicht für ausgeschlossen. Doch erwartet er davon bloß weiteres Unheil:

„Höchstens so viel, um auf ewig Schuldnacht zu werden.“ (S. 325.)

Dieser Auffassung seien noch einige Betrachtungen gewidmet, ehe wir schließen.

Die Erscheinung, die Zasný hier im Auge hat, ist in Agrarländern seit einigen Jahrzehnten nichts Ungewöhnliches. Sie ist eine Folge des Kapitalexports aus den Industrieländern und wird heute gern als „Überfremdung“ bezeichnet, als eine Überfremdung von Kapital, der in einigen anderen Ländern eine „Überfremdung“ an Arbeitern gegenübersteht, so in der Schweiz, so namentlich in den Vereinigten Staaten, wo sie besonders groß erscheint, wenn man zu den der Nation fremden Arbeitskräften auch die Nachkommen der früheren Negerflaven rechnet.

Die Überfremdung an Kapital ist ebenso wie die Inflation kein besonderes georgisches Problem. Sie bildet das Gegenstück zur ursprünglichen Akkumulation. Der industrielle Kapitalismus hätte sich nur langsam entwickelt, wenn er in jedem Land bloß auf die Ersparnisse seiner Bewohner angewiesen geblieben wäre. Er wurde in seinen Anfängen, vom 17. Jahrhundert an, treibhausmäßig gefördert dadurch, daß die industriell und militärisch überlegenen Länder Westeuropas Afrika, Asien, Amerika ausplünderten und die dort seit Jahrtausenden angesammelten Schätze rasch und gewaltsam an sich rissen.

Von einer gewissen Höhe der Entwicklung an kommen die industriell höchststehenden Staaten so weit, daß sie weitere Heranziehung von Kapital aus dem Ausland nicht nur nicht brauchen, sondern sogar in steigendem Maße profitable Anlagen suchendes Kapital an das Ausland abgeben, zuerst an Osteuropa, dann auch an dieselben Gebiete, denen die ursprüngliche Akkumulation zuerst ihre Reichtümer nahm, um sie kapitalistisch anzuwenden.

Dieser Prozeß des Kapitalexports dient, wie ehemals jene Art der Akkumulation, dazu, die kapitalistische Entwicklung in den Ländern zu beschleunigen, denen dadurch Kapital zugeführt wird, das sie nicht selbst produziert haben.

Der Vorgang hatte schon einige Jahrzehnte vor dem Weltkrieg große und stets wachsende Dimensionen angenommen. Der Krieg selbst hat ihm dann ein neues Gesicht gegeben. In doppelter Hinsicht. Er hat in den meisten kriegsführenden Ländern eine enorme Verwüstung des akkumulierten Kapitals herbeigeführt. In den großindustriellen Staaten waren die Produktivkräfte hoch genug entwickelt, daß sie aus eigener Kraft den Verlust bald hätten wettmachen können, in Deutschland stehen aber dem entgegen die ungeheuren Reparationskosten. Diese aus den Erträgen der eigenen Produktion abzutragen, ist ganz unmöglich. So weit es überhaupt geht, was erst versucht werden muß, kann das nur geschehen, wenn man

nicht bloß Produkte aus Ausland abgibt, sondern auch Produktionsmittel. Nicht in der Form, daß man Fabriken, Bergwerke, Landgüter exportiert, was ja sinnlos wäre, sondern, daß man das Eigentum an ihnen, soweit es nötig, ans Ausland abgibt. Die Produktion braucht dabei nicht gestört zu werden, nur der Anspruch auf den von ihr geschaffenen Mehrwert geht dabei zum Teil vom inländischen Kapital ans Ausland über.

Anderer Art ist die Wirkung des Krieges auf die an ihm beteiligten Agrarstaaten, namentlich die besiegten. Ihre Anlagen der Industrie und des Verkehrs, besonders Eisenbahnen, waren größtenteils, ökonomisch wie technisch, Schöpfungen des Auslandes. Der Krieg hat sie aufs äußerste abgenutzt, zum Teil zerstört. Jene Staaten haben aber nicht die Möglichkeit, aus eigener Kraft den Schaden wieder gutzumachen. Dazu fehlen ihnen die ökonomischen wie die technischen Vorbedingungen. Sie brauchen jetzt den Kapitalimport notwendiger als je, nicht mehr wie früher, um die industrielle Entwicklung zu fördern, sondern um nur den Lebensprozeß auf der Stufe möglich zu machen, die er bereits erreicht hatte, und um zu verhindern, daß nicht die industriellen Anfänge völlig verkommen, die nur in steter Verührung mit dem Ausland lebenskräftig blieben.

Die Erscheinung ist offenbar das, was Jasny als „Katastrophe des Ostens“ bezeichnet, als das „Gemeinschaftliche“, was Georgien mit Rußland eigen ist. Aber er sieht nicht die wirkliche Ursache, wenn er meint, die schlechte wirtschaftliche Lage der beiden Länder rühre daher, daß sie rückständige Agrarländer sind. In solchen bewirke der Krieg einen völligen Stillstand des Wirtschaftslebens. Daher die Hoffnungslosigkeit Jasnys.

In Wirklichkeit trifft ein Krieg ein reines Agrarland mit rückständiger, das heißt handwerkmäßiger Industrie weit weniger schwer, als ein großindustrielles Land. Denn ein solches Agrargebiet ist vom Ausland unabhängig, die Geräte und Werkzeuge seiner Produktion sind sehr einfach und leicht durch eigene Kraft zu erneuern, sein wichtigstes Produktionsmittel, der Boden, ist bei extensiver Produktionsweise nicht zu ruinieren.

Woran manche Länder des Ostens, wie Rußland, leiden, ist der Umstand, daß sie nicht mehr reine Agrarländer sind, daß sie ihre Existenz bereits auf ein Verkehrswesen und zum Teil auf eine Industrie eingestellt haben, die durch auswärtiges Kapital geschaffen wurden und bis auf weiteres nur durch auswärtiges Kapital wieder in die Höhe gebracht und am Leben erhalten werden können.

Erkennt man das, dann erkennt man auch das Heilmittel, dann braucht man nicht mehr zu verzweifeln und über die unabwendbare Katastrophe des Ostens zu jammern.

Die Sozialdemokraten Georgiens haben diese Sachlage auch sofort erkannt und, sobald Friede war, versucht, auswärtiges Kapital nach Georgien zu ziehen. Das war nicht leicht, schon deshalb, weil gleich nach dem Krieg die Menge der überschüssigen Kapitalien in der Welt nicht groß war. Auch fehlten den georgischen Staatsmännern kapitalistische Erfahrungen und Beziehungen. Überdies lag das kleine Ländchen abseits vom Weltverkehr. Vor allem aber, und das wurde entscheidend, haben es von Anfang an beide großen räuberischen Nachbarn in seiner Existenz bedroht, Türken und Russen.

Sowjetrußland hat Georgien frühzeitig von Waku abgeschnitten, vom Petroleum, dem Lebensquell der Industrie und des Eisenbahnverkehrs Georgiens. Es hat das arme Land gezwungen, sich in militärischen Rüstungen zu erschöpfen. Und trotz alledem war Georgien nahe daran, Hilfe vom Ausland zu erlangen. Seine Ausfuhr und Einfuhr war im raschen Wachsen begriffen, die Zahl der westlichen Kapitalisten, die sich bereit zeigten, mit Georgien Geschäfte zu machen, stieg: da wurde durch den bolschewistischen Einfall alles zerstört.

Auch hier finden wir bei Jasny eine Auffassung, die Rußland günstiger ist, als den Tatsachen entspricht, wenn er von einer „Katastrophe“ spricht, der Georgien erliegen mußte und in einer Fußnote dazu bemerkt, unter dieser Katastrophe sei nicht der bolschewistische Überfall zu verstehen, sondern der wirtschaftliche Zusammenbruch, der schon vorher da war „und die Aufgabe der roten Truppen unendlich erleichterte“. (S. 316.)

Das ist ebenso schief wie die Auffassung, Georgien könne ohne Verbindung mit Rußland nicht leben. Was Georgien braucht, ist die Verbindung mit der Welt, nicht bloß mit Rußland. Von diesem hat es nur eins zu verlangen: in Ruhe gelassen zu werden. Dann wird es leben und gedeihen.

Im Gegensatz zu Georgien haben die Denker der Sowjetrepublik nicht begriffen, in welcher Abhängigkeit die Industrie und damit das ganze wirtschaftliche Leben ihres Landes vom auswärtigen Kapital steht. Sie haben zunächst alles getan, dieses Kapital von sich abzustößen und fernzuhalten. Erst jetzt, wo alles ruiniert ist, dämmert ihnen der wahre Sachverhalt auf, aber auch jetzt noch vermögen sie die richtige Politik nicht ohne Winkelzüge einzuschlagen. Die eine Hand halten sie bittflehend dem ausländischen Kapital entgegen, die andere aber ballen sie zur Faust, die sie demselben Kapital drohend unter die Nase halten. Diese Attitüde erreicht weder seine Einschüchterung noch seine energische Hilfe.

Unter diesen Umständen ist an einen raschen Zustrom auswärtigen Kapitals allerdings nicht zu rechnen. Das arme Rußland wird noch eine furchtbare Leidensperiode durchmachen müssen, ehe es so weit kommt. Dann aber wird es rasch wieder emporsteigen.

Der wirtschaftliche „Zusammenbruch“, die „Katastrophe“, ist für Rußland ebensowenig unvermeidlich wie für Georgien. Soweit es zu einer solchen kommt, ist sie hier wie dort nicht das Ergebnis einer unerbittlichen Fatumis, sondern der verkehrten bolschewistischen Methode. Man ändere diese und der Aufstieg beginnt.

Der wird allerdings zu starker „Überfremdung“ führen. Das braucht aber keine „ewige Schuldknechtschaft“ zu werden, welches Wort im Munde eines Sozialisten gerade heute ganz merkwürdig klingt, wo in manchen Großstaaten, wie England und Deutschland, die Herrschaft der Arbeiterklasse nur noch eine Frage der Zeit ist.

Man spricht von jedem an Kapitalüberfremdung leidenden Land wie von einer Kolonie. Aber das ist ganz falsch. Das Kennzeichen einer Kolonie ist, daß sie erobertes, mit Gewalt festgehaltenes Gebiet darstellt, dessen Bevölkerung dadurch politisch rechtlos wird. Die Steuergesetzgebung richtet sich dort gegen die Volksmasse, legt ihr alle Lasten unter Schonung des Kapitals auf. Die Handhabung der Staatsgewalt proletariisiert die ganze Bevölkerung und verhindert ihre Bildung, ihre Organisation, ihre Kräftigung. Sie zerstört die vorgefundene einheimische Kultur und setzt an deren Stelle von der kapitalistischen Kultur nur das ganze Elend und die ganze Verkommenheit, worunter die Proletarier dieser Kultur dort aufs äußerste leiden, wo ihnen jede Widerstandskraft mangelt.

Ganz anders liegen die Dinge in einem Gemeinwesen, dessen Großindustrie und Bodenreichtum überfremdet sind, wenn es einen selbständigen Staat bildet. Es ist dem ausländischen Kapital ökonomisch tributpflichtig, nicht aber politisch untertänig. Es richtet seine Gesetzgebung und Verwaltung nach den Bedürfnissen seiner Bevölkerung, nicht denen der ausländischen Kapitalisten ein. Man glaube ja nicht, daß der ökonomischen Abhängigkeit die politische auf dem Fuße folgen muß. Das ist ebensowenig der Fall, als aus der ökonomischen Abhängigkeit des Proletariats vom Kapital seine politische Unterwerfung folgt. Gerade darauf, daß ökonomische Abhängigkeit und politische Auflehnung Hand in Hand gehen können, beruht die Möglichkeit einer sozialistischen Bewegung.

So finden wir auch in der Tat, daß in demselben Maße, in dem die „Überfremdung“ Asiens mit europäischem Kapital vor sich geht, die Auflehnung asiatischer Völker und Staaten gegen die politische Bevormundung durch Europa steigt. Der Japanische Krieg von 1904/05 hat den ersten großen Anstoß dazu gegeben, der Weltkrieg jetzt einen zweiten noch mächtigeren. Diese Bewegung wird unaufhaltsam zunehmen. Da ist es ganz ungerechtfertigt, für geistig so hoch stehende Staaten, wie Rußland oder Georgien, von der Zunahme des fremden Kapitals eine Zunahme der Knechtschaft zu befürchten.

Im Gegenteil, aus ihr folgt etwas ganz anderes, und das ist das Gemeinsame der Stufe, auf der Georgien und Rußland stehen und das wird das Bild sein, das beide schließlich nach allen Leiden als Abschluß der Revolution hier wie dort, auf Grund ihrer gemeinsamen ökonomischen Bedingungen bieten werden.

Wir werden hier wie dort eine kleinbäuerliche und kleinbürgerliche Demokratie finden. Eine solche hat aber noch nie einen modernen Staat zu leiten gewußt,

daß vermögen nur die modernen Klassen und Schichten, die aus der kapitalistischen Produktionsweise hervorgehen, Kapitalisten, Industriearbeiter, Intellektuelle. Von diesen Klassen sind infolge der Überfremdung die Kapitalisten persönlich nicht sehr zahlreich im Land vertreten. Dagegen wächst die Zahl der Proletarier mit der Ausdehnung der durch das auswärtige Kapital geförderten Industrie (mit Bergbau und Eisenbahnwesen zc.).

Die Intellektuellen im Land bekommen wenig persönliche Beziehungen zu den Kapitalisten, die ihnen als ein Fremdkörper in der Nation erscheinen. Sie schließen sich leichter, als in alten kapitalistischen Staaten dem Proletariat an.

So bekommt dies einen politischen Einfluß im Staat, der stärker ist als in manchem westlichen Gemeinwesen.

Das Gegenteil sehen wir in Amerika. Es ist einer der größten Industriestaaten der Welt, aber mit der stärksten proletarischen Überfremdung. Darum vermag das Proletariat dort so schwer zur Geschlossenheit, zu einer konsequenten Politik, zu Ansehen und Einfluß im Staat zu gelangen.

Schon 1906 habe ich in einer Artikelserie der „Neuen Zeit“ über den „amerikanischen Arbeiter“ (XIV, 1, S. 676 ff.) auf diesen Gegensatz zwischen Amerika und Rußland hingewiesen und den daraus hervorgehenden anscheinenden Widerspruch zum Marxismus marxistisch aus den verschiedenen Arten der Überfremdung hier wie dort erklärt. Es war für mich von äußerstem Interesse und eine große Genugtung, wenigstens den einen Teil meiner Theorie in Georgien in handgreiflicher Wirklichkeit beobachten zu können.

Noch interessanter aber war es für mich, dort zu sehen, wie unsere Genossen den einzigen in dieser eigenartigen Situation gangbaren Weg eingeschlagen haben, der vorbildlich werden wird für alle Agrarländer mit einer durch kapitalistische Überfremdung genährten Großindustrie — und einem modernen Proletariat.

Wie viel Qual und Elend Rußland und Georgien noch bevorstehen mögen, der Tag muß wieder kommen und er kann nicht mehr fern sein, an dem aus den Ruinen, die des Bolschewismus zerstörende Tätigkeit geschaffen, neues Leben blüht. Und ich erwarte, dann wird auch Jasny sich am Wiederaufbau beteiligen, nachdem er seine Mutlosigkeit überwunden hat, die alles andere eher ist als eine Mutter großer Taten.

Emil Strauß (Prag): Eine Programmschrift der tschechischen Sozialdemokratie.

Das Problem der proletarischen Politik in der Tschechoslowakei ist die Aufrichtung der einheitlichen proletarischen Front. Ein Hindernis hierfür ist das Bestehen der kommunistischen Partei, ein anderes die verschiedene Auffassung gewisser Probleme durch die deutsche und tschechische Sozialdemokratie. Hierbei handelt es sich nicht um die nationale Frage allein, auch grundsätzlich gibt es Unterschiede zwischen den beiden Parteien, von denen die deutsche Sozialdemokratie der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien, die tschechische der Londoner Internationale angeschlossen ist. Während die tschechische Sozialdemokratie seit dem Jahre 1918 gemeinsam mit den bürgerlichen tschechischen Parteien diesen Staat regiert, steht die deutsche Sozialdemokratie in Opposition. Die Taktik beider Parteien ist demzufolge in den konkreten politischen Fragen oft eine ganz verschiedene.

Die tschechische Sozialdemokratie hat in der letzten Phase des Krieges als ihr Hauptziel die Aufrichtung eines Nationalstaates betrachtet. Nach dem Kriege ist ihr ganzes Sorgen und Trachten darauf gerichtet gewesen, den Bestand dieses Staates zu sichern. Die Macht der Arbeiterklasse war nach dem Kriege eine bedeutende, es gelang verhältnismäßig leicht, für das Proletariat wichtige politische und soziale Errungenschaften zu erreichen. So trat der Klassencharakter der tschechischen Sozialdemokratie einigermaßen zurück, sie gewann den Anschein einer politisch-demokratischen und sozial-reformerischen Partei. Demgegenüber stand die deutsche Sozialdemokratie der Staatsverwaltung und

DER KAMPF

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENSCHRIFT

JAHRG. 12

19. JULI 1919

NUMMER 16

Karl Kautsky (Berlin): Schwierigkeiten der Sozialisierung.

I.

Das Proletariat hat in den meisten Staaten Osteuropas infolge des militärischen Zusammenbruches die politische Macht, wenn auch nicht überall die Alleinherrschaft erobert. Sein Selbstbewußtsein ist enorm gewachsen und dies Ergebnis der Revolution wird ein dauerndes sein. Es läßt sich nicht wieder verweisen, welche Wechselfälle immer der Gang der revolutionären Ereignisse noch zeitigen mag. Eine Regierung wird sich von nun an in den heute revolutionären Staaten schwer dauernd behaupten können, die die Masse des Proletariats geschlossen gegen sich hat.

Damit schwindet aber auch die Grundlage einer Produktionsweise, die auf der Ausbeutung und Unterjochung besitzloser Lohnarbeiter durch die Monopolisten der großen Produktionsmittel beruht. Die Ersetzung dieser Produktionsweise durch eine von der Lohnarbeiterschaft freiwillig anerkannte Form des Produzierens wird notwendig. Eine vollkommene Ueberwindung der Klassengegensätze ist aber nur möglich, wenn an Stelle des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln das gesellschaftliche tritt, an Stelle der kapitalistischen Verwaltung der Produktion die gesellschaftliche. Wenn als Triebkraft des Produktionsprozesses das kapitalistische Bedürfnis nach Mehrwert ersetzt wird durch das gesellschaftliche Bedürfnis nach Gebrauchswerten.

Dieses Ziel wird nicht erreicht, wenn an Stelle des Kapitalisten nicht die ganze Gesellschaft tritt, sondern bloß die Lohnarbeiterschaft, entweder gar nur einzelner Betriebe oder selbst ganzer Industriezweige oder der Industrie insgesamt. Eine derartige Regelung wäre nur dann eine sozialistische, wenn die gesamte Gesellschaft ausschließlich aus Lohnarbeitern bestünde, das ist aber nirgends der Fall.

Der Sozialismus ist nicht Sache des Proletariats allein, sondern Sache der gesamten Menschheit. Das Große, Erhebende am Proletariat besteht aber eben darin, daß es die einzige Klasse ist, deren Interessen, sobald sie von einem höheren Standpunkt, nicht dem bornierter Augenblickspolitik aus betrachtet werden, zusammenfallen mit denen der Menschheit. Diese kann auf eine höhere Stufe nur gehoben werden durch den Sieg des Proletariats. Doch nicht unter allen Umständen wird der Sieg des Proletariats dahin führen, sondern am ehesten dort, wo das Proletariat intellektuell und moralisch so hoch entwickelt ist, daß es den Zusammenhang seines Masseninteresses mit dem gesellschaftlichen Interesse begreift und jegliches Sonderinteresse diesem gemeinsamen Interesse unterzuordnen versteht.

Je weiter das Proletariat im Augenblick seines Sieges von dieser intellektuellen und moralischen Größe entfernt ist, je mehr es die soziale Revolution als bloße Lohnbewegung auffaßt, desto weniger wird dieser Sieg imstande sein, uns zu einem wirklichen, dauernden Sozialismus zu führen.

Der Widerstand der Kapitalistenklasse bildet nicht die einzige Schwierigkeit der Ueberwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus, dieser Widerstand braucht nicht einmal die größte Schwierigkeit zu bedeuten.

In den revolutionären Ländern Osteuropas ist er zum Beispiel zurzeit recht kraftlos. Die Klasse der industriellen Kapitalisten ist dort zahlenmäßig sehr unbedeutend. Die industriellen Unternehmungen sind in jenen Gebieten größtenteils mit auswärtigem Kapital errichtet, die Kapitalisten, denen die Eisenbahnen, Bergwerke, Fabriken Rußlands und Ungarns gehören, sitzen nicht alle dort, son-

bern viele in Westeuropa. Und die wenig zahlreichen Kapitalisten Osteuropas bilden nicht, wie die Westeuropas, eine Klasse, die emporgekommen ist im Kampf gegen ihre Staatsmacht; sie sind vielmehr Geschöpfe dieser Staatsmacht selbst. Durch sie wurden sie auch geschützt vor dem anwachsenden Proletariat, während die Kapitalisten namentlich der angelsächsischen Welt dem Proletariat gegenüber frühzeitig vornehmlich auf ihre eigene Kraft und Klugheit angewiesen waren.

Zahlenmäßig schwach, abhängig von der Staatsgewalt, ungewohnt des Kampfes mit den arbeitenden Klassen, zeigten die Kapitalisten Osteuropas nicht die mindeste Widerstandskraft, als die Staatsgewalt zusammenbrach. Um mit ihnen fertig zu werden, bedurfte es wahrlich nicht der Diktatur.

Um die Kapitalisten als eine politische Gefahr erscheinen zu lassen, mußte man sie mit den Intellektuellen zusammenwerfen unter dem Sammelnamen *Bourgeois*.

Die Kapitalisten wirken bei hochentwickeltem Kapitalismus nicht durch ihre Persönlichkeit, sondern durch ihre Kapitalien. Werden diese von der Staatsgewalt beherrscht, dann haben die Personen der bisherigen Kapitalbesitzer wenig mehr zu besagen. Ganz anders die Intellektuellen. Ihren wichtigsten Besitz, ihr Wissen, vermag ihnen keine Konfiskation zu nehmen. Und dieses Wissen ist unentbehrlich für die Verwaltung des modernen Staates, wie für die der modernen Industrie. Ebenjowenig wie gegen die Masse der Lohnarbeiterschaft vermag sich ein Regime heute gegen die Masse der Intellektuellen lange zu behaupten. Eine wirksame Sozialisierung ohne sie wird ganz unmöglich.

Es ist gerade kein Zeichen tiefer Einsicht, daß unsere bolschewistischen Genossen in Rußland das nicht von vornherein begriffen, sondern erst durch bittere Erfahrungen zu dieser Erkenntnis gebracht werden mußten. Und selbst heute tragen sie ihr nicht vollständig Rechnung und können es nicht, weil ihr ganzes System sie daran hindert. Als „*Bourgeois*“ wurden die Intellektuellen rechtlos gemacht, ihrer Menschenrechte beraubt, dem siegreichen Proletariat gegenüber in ein Verhältnis gebracht, ähnlich dem, das in den Kolonien die Eingeborenen gegenüber den europäischen Eroberern einnehmen. Um dann ihre Opposition zu überwinden und die nötigen Kräfte aus ihrer Mitte zu gewinnen, gewährte man denjenigen unter ihnen, die sich für die neugeschaffene Sowjetbürokratie anwerben lassen, eine privilegierte Stellung.

So bekam man wohl Intellektuelle, aber es waren nicht die Charaktervollsten unter ihnen, die sich durch das Regime von Peitsche und Zuckerbrot zähmen ließen. Kein Wunder, daß die neue Bürokratie womöglich noch korrupter ist, als es die alte war.

Und doch braucht die Masse der Intellektuellen keineswegs dem Sozialismus ablehnend gegenüberzustehen. Keinerlei Klasseninteresse treibt sie dazu. Einmal bilden sie von vornherein keine geschlossene Klasse mit besonderen Klasseninteressen. Sie sind eine Bevölkerungsschicht mit den verschiedensten professionellen und persönlichen Interessen und leben zum großen Teil von der Vertretung fremder, persönlicher oder Klasseninteressen. Dabei befähigt sie die Vorbildung, die sie von Berufs wegen genießen müssen, am ehesten dazu, die großen gesellschaftlichen Interessen zu erkennen.

Wenn den Proletarier seine Klasseninteressen in der heutigen Produktionsweise zur vornehmsten Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung machen, so ist der Intellektuelle am ehesten imstande, deren Bedingungen zu erkennen und sich in ihren Dienst zu stellen, wenn nicht persönliche Sonderinteressen oder zünftige Beschränktheit ihn daran hindern. Diese Beschränktheit wächst allerdings mit dem Fortgang der Arbeitsteilung, der Spezialisierung, die den Horizont der einzelnen verengt. Im 18. Jahrhundert verstand die Masse der Intellektuellen das gesellschaftliche Gesamtinteresse weit besser als zu Beginn des 20., wo weniger klare Erkenntnis als wechselnde Machtverhältnisse sie bestimmen.

Immerhin sind die meisten von ihnen nicht so eng mit dem Kapitalismus liiert, daß sie nicht dem Sozialismus zugänglich wären. Aber die besten und wertvollsten unter ihnen können nicht durch Zwang oder Bestechung, sondern

nur durch ökonomische Einsicht und Vertrauen zur moralischen und intellektuellen Reife des Proletariats dem Sozialismus gewonnen werden. Ein proletarisches Gewaltregime ist der verkehrteste Weg dazu.

II.

Neben den industriellen Proletariern und Intellektuellen gibt es aber noch eine dritte Schicht, die unentbehrlich ist für die Gesellschaft: die Produzenten der Lebensmittel und der landwirtschaftlich gewonnenen Rohstoffe. Diese Produzenten sind heute noch im kontinentalen Europa überwiegend **Bauern**. So innerlich zerrissen die Schicht der Intellektuellen ist, so fest durch ein ausgesprochenes Klasseninteresse zusammengehalten wird die der Bauern.

Die Unentbehrlichkeit der Bauern, solange ihre Form der Produktion nicht durch eine höhere ersetzt wird, liegt auf der Hand. Ohne sie müssen wir einfach verhungern. So wenig heute auf die Dauer gegen die industriellen Arbeiter regiert werden kann, so wenig vermag man gegen die Bauern zu regieren. Die große Aufgabe geht dahin, ein Regime zu schaffen, das den Interessen beider Klassen gerecht wird, ebenso wie denen der Intellektuellen. Die Sozialisierung der Industrie, soweit sie heute schon bei den gegebenen technischen und ökonomischen Bedingungen des Landes und der moralischen und intellektuellen Höhe des Proletariats möglich ist, wird nur dann Bestand haben, wenn sich die Bauernschaft mit ihr abfindet.

Das ist von vornherein keineswegs ausgeschlossen. Im Bestehen des industriellen Kapitalismus hat der Bauer ebensowenig ein Interesse als die Mehrheit der Intellektuellen. Allerdings hat er auch kein Interesse an der Sozialisierung. Er wird sich für diejenige Produktionsweise entscheiden, die ihm den größeren Vorteil bietet.

Der Bauer ist Warenproduzent. Sein Interesse geht dahin, für den Ueberfluß seiner Produkte über die Selbstversorgung hinaus, den er zu Markte bringt, möglichst viel industrielle Produkte, die er braucht, einzutauschen.

Die Transaktion wird durch Geld vermittelt, das bäuerliche Interesse kann daher zweierlei Formen annehmen: es kann einerseits als Interesse an möglichst hohen Preisen der landwirtschaftlichen Produkte, die der Bauer verkauft, oder andererseits als Interesse an möglichst niedrigen Preisen der industriellen Produkte, die er kauft, erscheinen.

Die erstere Form ist unvereinbar mit dem proletarischen Interesse, das billige Lebensmittel erheischt; so bleibt für einen vom Proletariat beherrschten Staat bloß die zweite Form der Preispolitik möglich: das Streben nach billiger industrieller Produktion.

Dieses Streben kann wiederum zwei verschiedene Formen annehmen. Man kann billig produzieren durch schlechte Entlohnung oder Ueberarbeit des Arbeiters oder durch hohe Produktivität der Arbeit.

Es ist klar, daß die erste Form von vornherein ausgeschlossen sein muß. Sie kennzeichnet die primitivsten und rohesten Formen des kapitalistischen Profitstrebens. So bleibt nur die zweite Form übrig, deren technische Bedingungen bereits der höher entwickelte Kapitalismus zum großen Teil geschaffen hat: die Förderung der Produktivität der Arbeit.

Von ihr hängt tatsächlich das Schicksal der Sozialisierung ab. Die Masse der Bevölkerung und namentlich der Bauernschaft wird sich den Sozialismus, den das industrielle Proletariat bringt, nur dann gefallen lassen, wenn er an Produktivität hinter dem Kapitalismus zum mindesten nicht zurücksteht. Sie wird sich für den Sozialismus sogar erwärmen, wenn er den Kapitalismus an Produktivität noch übertrifft. Das wird dann schließlich die bäuerliche Bevölkerung sogar für sozialistische Produktionsformen auf ihrem eigenen Arbeitsgebiet empfänglich machen und damit erst einen alle Produktionszweige umfassenden, vollkommenen Sozialismus herbeiführen.

Ist es aber möglich, daß in den Industriezweigen, die jetzt schon sozialisiert werden, sofort die Produktivität der Arbeit dieselbe Höhe erreicht, die unter kapitalistischen Bedingungen gegeben wäre?

Wir wären keine Sozialisten, wenn wir nicht die Ueberzeugung erlangt hätten, daß die sozialistische Produktionsweise produktiver ist als die kapitalistische. Denn der moderne, marxistische Sozialismus ist einer der Produktion, nicht der Verteilung. Der rohe, primitive Kommunismus sucht bloß die vorhandenen Produkte gleichmäßig zu verteilen, was im besten Falle nur eine vorübergehende und unvollkommene Erleichterung für das Proletariat schafft, aber jede Großproduktion und jeden dauernden Fortschritt unmöglich macht. Der marxistische Sozialismus sieht heute die technischen Bedingungen gegeben, durch zweckmäßige Ausnutzung der Großproduktion die Produktivität der Arbeit so hoch zu steigern, daß für jeden Arbeitenden Verminderung seiner Arbeitsqual und Erhöhung seines Wohlstandes dauernd möglich ist.

Es würde zu weit führen, hier zu zeigen, worin unsere Ueberzeugung begründet ist, daß die sozialistische Produktion schließlich produktiver sein muß als die kapitalistische. Hier kommt nur eines in Frage: Wie hoch auch die Ueberlegenheit der sozialistischen über die kapitalistische Produktion sein mag, kann sie sich auch sofort äußern? Die Erfahrung hat uns gezeigt, daß alle die modernen Maschinen und Verbesserungen, die heute so Ungeheures leisten, Jahre der Erprobung erheischten, die oft sehr teures Lehrgeld kosteten, ehe das an sich richtige und fruchtbare Prinzip in allen Einzelheiten so ausgearbeitet war, daß es allen Schwierigkeiten standhielt, auf die man erst in der Praxis stieß, denen der Konstrukteur nicht von vornherein Rechnung tragen konnte. Einer der Gründe, warum die modernen Maschinen und Entdeckungen vom großen Kapital monopolisiert werden, liegt darin, daß dieses eben die Mittel besitzt, die Periode des Lehrgeldes zu überwinden, die mit jedem Fortschritt verknüpft ist, mag er noch so vorteilhaft und erfolgreich sein. Die großen Entdecker und Erfinder, die über solche Mittel nicht verfügten, haben sich in der Regel finanziell verblutet, wenn sie versuchten, die Ergebnisse ihrer Forschung praktisch zur Anwendung zu bringen.

Die revolutionären Staaten Osteuropas mit ihren ganz- oder halb-sozialistischen Regierungen befinden sich heute in der Lage jener armen Erfinder. Die erste praktische Anwendung der großen Erfindung des Sozialismus findet ihre beste Vorbedingung in einem reichen Staat, dem es nicht schwer fällt, das für die Anfänge der Sozialisierung nötige Lehrgeld aufzubringen. Die Staaten Osteuropas sind durch den Weltkrieg zu Bettlern geworden, wo wollen sie dieses Lehrgeld hernehmen? Die Kapitalisten des Westens werden es ihnen für sozialistische Zwecke sicher nicht pumpen.

Und der Bauer ist kein sozialistischer Idealist. Er würde sich gewiß nicht in die Unkosten eines Kampfes gegen den Sozialismus stürzen, wenn dieser ihm keine Nachteile brächte. Aber er wird sich ebenso gewiß gegen die Sozialisierung wenden, wenn diese seine Lage verschlechtert, wäre es auch nur vorübergehend und wäre es auch zu dem Zwecke, spätere große Vorteile anzubahnen. Mit theoretischen Zukunftsaussichten macht man keinen Eindruck auf den Bauern.

Der Vergleich zwischen sozialistischer und kapitalistischer Produktion wird ihm bald anschaulich vorgeführt werden, sobald der Friede geschlossen und der internationale Verkehr wiederhergestellt wird. Wenn die Staaten des Westens Produkte kapitalistischer Industrie einführen, die billiger oder besser sind als die der sozialisierten Industrie des Inlands, wie soll diese sich gegen jene ohne Zwangsmaßnahmen behaupten, die stets eine schwere ökonomische Belastung bedeuten? Der städtische Arbeiter mag für den Sozialismus Opfer bringen, den Bauern macht jedes derartige Opfer, das ihm aufgezwungen wird, zum entschiedenen Gegner sozialistischer Produktion.

Hier liegt sicher eine gewaltige Schwierigkeit für jegliche Sozialisierung unter den gegebenen Verhältnissen — der Verarmung des Staates und der Macht der Bauernschaft. Aber sie ist deswegen doch nicht unmöglich. Nicht um vor der Sozialisierung abzuschrecken, weisen wir auf die Schwierigkeiten hin, sondern um das Proletariat und seine Freunde aufzufordern, sich mit diesen Schwierigkeiten vertraut zu machen, damit sie imstande sind, sie zu bemeistern.

Wenn jemand einen hohen, schwer zugänglichen Alpen Gipfel besteigen will, dann ist nicht derjenige Führer der beste, der ihm vorredet, der Weg sei kurz und mühelos. Ein Wanderer, der im Vertrauen darauf in Latschuhen, mit einem Spazierstock, ohne Proviant den Aufstieg versucht, der wird den Gipfel nie er-

reichen. Er kann unterwegs verunglücken. Nur derjenige Führer dient ihm, der ihn auf die Schwierigkeiten aufmerksam macht und ihn dadurch veranlaßt, sich für sie gehörig auszurüsten.

Je weniger wir uns heute den Luxus von Lehrgeld für verunglückte Experimente erlauben dürfen, desto notwendiger wird es, jede Sozialisierung genau vorzubereiten. Nichts ökonomisch ruinöser als die überhastete, schablonenhafte Manier der Sozialisierung, wie sie in Rußland und Ungarn vorgenommen wurde. Es wird aber bei unserer Armut auch doppelt notwendig, wo sozialisiert wird, jene Seiten besonders stark hervortreten zu lassen, die die sozialisierte Arbeit produktiver machen als die kapitalistische, und andererseits alles zu vermeiden, was jene Arbeit unproduktiver machen könnte.

Daher ist es unbedingt notwendig, von einer Beseitigung des Akkordlohnes abzusehen, die fast überall als selbstverständliche Begleitererscheinung der Sozialisierung betrachtet wird. Bittere Erfahrungen haben bereits die russische Sowjetrepublik gezwungen, den Akkordlohn wieder in Anwendung zu bringen. Es ist richtig, daß Marx die furchtbaren Nachteile aufgezeigt hat, die der Stücklohn unter kapitalistischer Anwendung mit sich bringt. Indes zeigte er ebenso die Nachteile des Maschinenwesens, der Frauenarbeit, der Kinderarbeit. Und doch betrachtet er jede dieser Einrichtungen als einen Fortschritt, entweder schon heute oder doch unter sozialistischer Produktion — unter bestimmten Bedingungen selbst die Arbeit von Kindern. Alle diese Einrichtungen bekommen eben in der sozialistischen Produktion ein ganz anderes Gesicht, als sie es heute haben. Dasselbe gilt vom Stücklohn, ganz abgesehen davon, daß Marx konstatieren konnte, wie schon innerhalb des Kapitalismus der „größere Spielraum, den der Stücklohn der Individualität bietet, dahinstrebt, die Individualität und damit Freiheitsgefühl, Selbständigkeit und Selbstkontrolle der Arbeiter zu entwickeln“. („Kapital“, I, 5. Auflage. Seite 518.)

Den Nachteil, den Marx von der Akkordarbeit befürchtete, sah er darin, daß sie die „Konkurrenz der Arbeiter unter- und gegeneinander entwickelt“. Dieser Nachteil ist bei dem heutigen Stande proletarischer Organisation in einem proletarischen Staate sicher nicht zu befürchten.

Schon die Einführung des Stücklohnes würde die Produktivität der sozialisierten Industrien sehr heben. In gleicher Richtung müßte wirken die Ausschaltung der technisch unzulänglichen oder unzumutbaren Betriebe, die Konzentrierung der Produktion in den best eingerichteten Betrieben, deren Leistung durch Schichtarbeit aufs höchste zu steigern wäre. Schon die Trusts haben derartiges eingerichtet, aber ein sozialisierter Industriezweig vermöchte das viel vollkommener durchzuführen.

Dazu hätte sich noch ein dritter Faktor zu gesellen. Die kapitalistische Fabrik ist eine autokratische, die sozialisierte eine demokratische Einrichtung. Der Opposition gegen die Autokratie steht nur eine Methode zur Verfügung: die Gewalt. Die Insurrektion, der Bürgerkrieg im Staate; der Streik im kapitalistischen Betrieb. Der große Vorteil der Demokratie besteht darin, diese gewalttätigen, zerstörenden Methoden überflüssig zu machen, den Fortschritt weniger schmerzlich und opfervoll zu gestalten.

Hier vor allem könnte die sozialisierte Produktion der kapitalistischen gegenüber sofort ihre Überlegenheit beweisen — unter der Voraussetzung, daß die Arbeiter intelligent und diszipliniert genug sind, die Methoden der Demokratie zweckmäßig anzuwenden und so die Waffe des Streiks in den sozialisierten und damit demokratisierten Betrieben überflüssig zu machen.

Die Unvermeidlichkeit zeitweiser Streiks unter kapitalistischen Bedingungen bildet eines der bedeutendsten Hemmnisse der Entfaltung der vollen Produktivität der Arbeit, die mit der gegebenen Technik erreichbar ist.

Sind die sozialisierten Betriebszweige vor Streiks gesichert — durch die Einsicht der Arbeiter, nicht durch staatlichen Zwang, der nie Arbeitsfreudigkeit erzielen kann —, werden in jenen Betriebszweigen die unzulänglichen Betriebsstätten ausgeschaltet, wird endlich in ihnen die Stückerarbeit eingeführt oder erhalten, soweit die Technik des Arbeitsprozesses sie mit sich bringt, dann ist zu erwarten, die Sozialisierung werde in allen heute schon dazu geeigneten Industriezweigen so günstige Resultate sichern, daß sie trotz anfänglichem Lehrgeld sich den

kapitalistischen Methoden ökonomisch sofort gewachsen zeigt, so daß jeder weitere Fortschritt der Sozialisierung zu einer Ueberlegenheit über den kapitalistischen Betrieb hinaus führt.

Vermag man dies zu erreichen, dann werden alle ehrlichen und tüchtigen Intellektuellen, die nicht schon theoretische Einsicht zu uns führte, durch den Anschauungsunterricht weit sicherer sozialistischer Ueberzeugung und Betätigung zugeführt werden, als es durch diktatorische Gewalt oder gar durch systematische Korruption erreichbar wäre. Aber auch die Gegnerschaft der Bauern wird dann nicht zu fürchten sein, wir werden sie vielmehr bald in zuverlässige Bundesgenossen umwandeln können.

Hat das Proletariat die Intellektuellen und die Bauern hinter sich, dann braucht es die Kapitalisten nicht zu fürchten. Es wird mit ihnen fertig ohne jegliche Diktatur, durch die Methoden der Demokratie. Die Kapitalistenklasse könnte zu einer dem Proletariat gefährlichen Macht im Staate nur wieder werden mit Hilfe der Bauern und der Intellektuellen. Von diesen Schichten hängt die nächste Zukunft des Sozialismus ab.

Julius Mann: Die Privatinitiative als Wirtschaftsfaktor.

Zu den bestechendsten Argumenten gegen die Vergesellschaftung gehört der Hinweis auf den Entfall des eigennützigen Ansporns im sozialisierten Unternehmen, der privaten Initiative.

Zwei nachteilige Folgen bedingt dieses vorgebliche Manko: Zurückbleiben der Produktionsfähigkeit durch unwirtschaftlichen Betrieb und Verkümmern der Werbekraft (Expansion) des Produktes auf dem Markt. Aus dieser allgemeinen Fassung in eine gegenständlichere Form gebracht, lauten diese Einwände etwa so:

„Fähige Leiter könnten nicht Gelegenheit finden, etwas zu leisten, und würden abwandern. Kostspielige Neuerungen und Versuche wird der sozialisierte Betrieb nicht machen, sondern auf die fiskalische Seite sein Hauptaugenmerk legen.“ („Vossische Zeitung“ vom 5. Jänner 1919.)

„Das Fiasko . . . sollte jedermann darüber belehren, wie wenig der größte Pflichter der Beamten den von persönlichem Interesse befehlten Instinkten des Unternehmers zu ersetzen vermag.“ (Brentano in der „Neuen Freien Presse“ vom 25. Dezember 1918.)

Wir haben uns also mit der Frage zu befassen, wie und in welchem Maße wirkt das persönliche Interesse in der Unternehmung, und werden dann unabhängig von aller schlagwortartigen Argumentation die Kriterien für die Sozialisierung der Betriebe festlegen können, soweit sie mit den Einflüssen des privaten Eigeninteresses — unserem Thema — zusammenhängen.

Hierbei wird es sich als fruchtbar erweisen, die Unternehmung nach zwei Seiten zu betrachten, die auch die Wirklichkeit unterscheidet und in den beiden Berufszweigen des Technikers und des Kaufmannes personifiziert, womit nicht gesagt sein soll, daß diese Scheidung eine andere als eine begriffliche ist und in der Wirklichkeit etwa scharf und ausgeprägt existiert. Ihr liegt die Zweifelt alles Unternehmungszieles zugrunde, die Veredlung des Stoffes einerseits, die Beschaffung desselben und seine Veräußerung als Produkt andererseits, also, um sich wieder der lebendigeren Sprache der Wirtschaft zu bedienen, die Funktion der Warenerzeugung und diejenige des Ein- und Verkaufes.

Beide Seiten dieses menschlichen Wirkens befruchtet der initiative Geist seit Jahrtausenden in den vielfältigsten Formen. Der stetigen Kurve des Aufstieges könnte die beruhigende Gewißheit entnommen werden, daß keine Art wirtschaftlicher Verfassung, welche Menschen jeweils als notwendig oder vorteilhaft erkennen, den Verlauf derselben hemmen wird, und daß der Einfluß initiativer Geistes- und Willenskraft in Richtung des Fortschreitens zur intensiveren Ausnutzung der Naturkräfte nie aus der menschlichen Wirtschaft verschwinden wird.

Mit solcher philosophischer Einsicht ist der Tagesstreit jedoch nicht zu schlichten und nicht zu entscheiden, ob einer neu sich durchringenden Wirtschaftsverfassung oder deren Widersachern die Logik der Argumente zukommt.

bar vereint war, mit Karl Marx, wie hinter lebendigen Heerführern einher, deren überlegene Einsicht und unmittelbare Einwirkung gerade in kritischen Augenblicken das Schicksal der Schlachten wendet und entscheidet. Marx und Engels sind keine Toten, denn immer noch sind sie es, in deren Geist die Einheit der proletarischen Kampffront sich stets wieder zusammenschließt.

Karl Kautsky (Berlin): Wer ist ein Arbeiter?

1. Die Bedeutung des Wahlrechts.

Die Frage scheint eine Doktorfrage zu sein und doch hat sie ihre große praktische Bedeutung durch den Kommunismus erlangt.

In seiner jüngsten Form verwirft er das allgemeine Wahlrecht und setzt an seine Stelle das Wahlrecht der Arbeiter. Nur der soll in die Gestaltung der staatlichen Angelegenheiten etwas dreinkreden dürfen, der zur Erhaltung der Gesellschaft durch seine eigene Arbeit beiträgt. Die Drohnen, die von fremder Arbeit leben, die prassenden Müßiggänger sollen unsere Geschicke nicht bestimmen. Nach einem alten Satz sollen nur diejenigen mitraten, die auch mit-taten. Ein sehr richtiger Grundsatz. Will man ihn aber praktisch durchführen, so kommt es sehr darauf an, genau festzusetzen, wer ein Arbeiter ist. Eine der wichtigsten Forderungen, die man an ein Wahlrecht zu stellen hat, geht dahin, daß es den Kreis der Wahlberechtigten genau bezeichne.

Jeder moderne Staat, welches auch seine Verfassung sein mag, wird von einer zentralisierten Bürokratie verwaltet, an deren Spitze eine Regierung steht, die über den ganzen Verwaltungsapparat und auch über den Militärapparat verfügt. Das gibt der Regierung eine furchtbare Macht gegenüber der Bevölkerung, wenn diese es nicht versteht, die Regierung zu kontrollieren und in ihren Schranken zu halten. Das vermag nicht die unorganisierte Masse, das vermag am besten eine zentralisierte Körperschaft, ein Parlament (auch ein Sowjet ist im Grund nichts anderes).

Die Kontrolle über die Regierung ist eine ebenso wichtige Funktion des Parlaments wie die Gesetzgebung. Dazu gehört aber, daß es von der Regierung völlig unabhängig ist, daher die Immunität der Abgeordneten, die für die Zwecke der Gesetzgebung kaum erforderlich wäre, jedoch unerlässlich ist für die Kritik an der Regierung.

Das Parlament ist indes bei aller Immunität seiner Abgeordneten machtlos, wenn nicht die Masse der politisch entscheidenden Elemente hinter ihm steht. Je mehr nun politisches Interesse und politische Bildung in der Bevölkerung Platz greifen, desto ausgedehnter wird die Zahl der Elemente sein, die sich um das Parlament kümmern und danach trachten, es zum Ausdruck ihres Willens zu machen. Und je größer die Kraft dieser Elemente wegen ihrer Zahl, ihrer Organisation, ihrer ökonomischen Wichtigkeit, desto größer die Kraft, die sie einem Parlament verleihen, das ihre Bedürfnisse vertritt.

Einerlei, ob man nun als politisch entscheidend die Gesamtheit der Staatsbürger oder die Gesamtheit der Arbeitenden betrachtet, es ist dringend erforderlich für ein gedeihliches politisches Leben ohne ewige Bürgerkriege, daß stets ganz genau festgestellt wird, wie die Masse denkt, welche Politik sie unterstützt.

Das geschieht bei den Parlamentswahlen, deren Ergebnis in hohem Grade abhängt von der Art des jeweiligen Wahlrechts. Es ist daher seit jeher von Parteien und Regierungen viel umstritten worden. Die Durchführung einer Parlamentswahl liegt stets bei der jeweiligen Regierung. Es ist natürlich dringend notwendig, daß damit nicht der Regierung die Möglichkeit gegeben wird, den Wahlakt in ihrem Sinne zu fälschen.

Darum kann das Wahlrecht des einzelnen nicht genau genug festgestellt sein. Nichts schlimmer als ein Wahlgesetz, das der Regierung die Möglichkeit gibt, nach Belieben den Kreis der Wahlberechtigten hier zu verengern, dort zu erweitern, um ihre Gegner auszuschalten, ihre Anhänger zahlreicher erscheinen zu lassen. Will man nur den Arbeitern das Wahlrecht geben, so ist es also unbedingt geboten, genau festzustellen, was ein Arbeiter ist, woran man einen Arbeiter unzweifelhaft erkennt.

Der Sprachgebrauch versteht unter einem Arbeiter nur einen Lohnarbeiter, ja in der Regel sogar nur einen sogenannten *Sandarbeiter*. Darum macht man den Unterschied zwischen Arbeitern und Angestellten.

Auch die Arbeiterräte waren in Rußland nur als Organisationen von Lohnarbeitern, und zwar zunächst von Lohnarbeitern industrieller Betriebe gedacht. Als solche entstanden sie 1905 in der ersten russischen Revolution, als diese keine gewerkschaftlichen und politischen Massenorganisationen der Proletarier vorfand. Als Organisationen des Klassenkampfes der industriellen Lohnarbeiterschaft, das heißt des vorgeschrittensten und für die gesellschaftliche Entwicklung wichtigsten Teiles der arbeitenden Klassen, können die Arbeiterräte von größter Bedeutung werden.

Aber keine sozialistische Partei denkt daran, die Herrschaft des Proletariats, die sie im Staate anstrebt, darauf zu begründen, daß sie den Lohnarbeitern allein das Wahlrecht verleiht. Das verlangen selbst diejenigen nicht, die die Diktatur des Proletariats in der Staatsverfassung festlegen wollen. Auch sie bleiben sich dessen bewußt, daß wichtige und wertvolle Arbeit für die Gesellschaft noch von anderen Schichten als der Lohnarbeiterschaft geleistet wird, zum Beispiel von den Bauern.

Der Begriff des Arbeiters muß also für die Zwecke der Bestimmung des Wahlrechtes weiter gefaßt werden. Versucht man das, dann kommt man aber in große Schwierigkeiten. Denn der Begriff des Arbeiters überhaupt, nicht des Lohnarbeiters im besonderen, ist ein sehr schwankender und schwer zu begrenzender.

Ist jeder ein Arbeiter, der sich mit etwas beschäftigt? Dann wäre im Grunde jeder Mensch ein Arbeiter. Auch die Rentner beschäftigen sich mit irgendeiner Liebhaberei, und sogar die Modedamen haben gesellschaftliche „Pflichten“, die sie nicht selten zu ausgedehnter „Nachtarbeit“ veranlassen und sehr erschöpfen. Arbeiter wird man sie deshalb nicht nennen können.

Nicht die Beschäftigung an sich kennzeichnet den Arbeiter, sondern eine bestimmte Art der Beschäftigung. Aber welche?

2. Produktive Arbeit.

Man glaubt oft, das Merkmal des Arbeiters darin zu finden, daß er *produktiv* beschäftigt ist. Aber leider ist mit dieser Kennzeichnung nicht viel gewonnen, denn der Begriff der produktiven Arbeit ist bei den Ökonomen ein sehr umstrittener. Man vergleiche nur das Kapitel über „Produktive und unproduktive Arbeit“ in den Marxschen „Theorien über den Mehrwert“ (1. Band, Seite 170 bis 429).

Vom Standpunkt der Produktion an sich kann man als produktiven Arbeiter jeden betrachten, der direkt oder indirekt ein Produkt schafft. Vom Standpunkt der einfachen Warenproduktion ist es jeder, der einen Wert schafft.

Nach dieser Definition wären etwa Lehrer und Ärzte nicht produktive Arbeiter. Ein Sänger, der in einem Konzert singt, ist kein produktiver Arbeiter. Aber er verwandelt sich in einen solchen, wenn er für ein Grammophon singt und so zur Erzeugung einer Grammophonplatte beiträgt. Ebenso kann der Lehrer ein produktiver Arbeiter dann werden, wenn er ein Lehrbuch abfaßt u. s. w. Es ist klar, daß man nicht daran denken kann, das Wahlrecht von

dieser Definition der produktiven Arbeit abhängig zu machen. Sie ist wichtig für die Oekonomie, denn die Masse der Produkte in einem Lande hängt unter sonst gleichen Umständen ab von der Menge seiner produktiven Arbeiter, und der mögliche Wohlstand der Bevölkerung von dem Verhältnis zwischen der Zahl der produktiven und der unproduktiven Arbeiter. Aber für den Klassenkampf, die Klassenherrschaft, das Wahlrecht, kann diese Unterscheidung nichts bedeuten. Man kann jedoch den Begriff des produktiven Arbeiters auch anders fassen. Produktiv ist danach jeder Arbeiter, der die Produktivkräfte des Landes vermehrt. Unproduktiv jeder, der sie durch seine Tätigkeit und durch sein Dasein nicht vermehrt oder sogar vermindert.

In diesem Sinne sind viel mehr Menschen produktiv, als im ersteren. Der Arzt ist danach produktiv, denn er macht aus arbeitsunfähigen Menschen arbeitsfähige. Ebenso der Lehrer, denn er verleiht den Menschen erhöhte Arbeitsfähigkeiten. Aber der Musiker, der Schauspieler und Sänger, sind unproduktiv, ebenso in hohem Grade der Soldat.

Aber kann man deshalb sagen, sie verdienen kein Wahlrecht, seien bloße Parasiten? Der Mensch lebt nach der Bibel nicht bloß vom Brote, sondern auch vom Worte Gottes. Er verlangt nicht bloß nach materiellen Produkten, sondern auch nach geistigen Genüssen, und je höher seine Produktivkraft, desto mehr unproduktive Genüsse kann er sich gönnen. Viele unproduktive Tätigkeiten dienen dem gesellschaftlichen Bedürfnis ebenso sehr, wie die Ergebnisse der Produktion.

Andererseits haben die Menschen seit jeher einen Teil ihrer Arbeitskraft und ihrer Produkte zur Verteidigung ihrer Freiheit und ihres Besitzes gegen fremde Räuber aufwenden müssen. Diese Aufwendungen sind sicher unproduktiv in dem Sinne einer Schmälerung der Produktivkraft. Sie sind aber unentbehrlich, solange nicht eine Ordnung der Gesellschaft und der Staaten besteht, die ewigen Frieden verbürgt.

Kann man nun einem Soldaten, der zur Verteidigung seines Landes mehr opfert, als jeder andere Arbeiter, der sein Leben in die Schanze schlägt, das Wahlrecht deshalb vorenthalten, weil seine Tätigkeit keine produktive ist? Man muß trachten, Einrichtungen zu schaffen, die den Soldaten entbehrlich machen; das ist im Interesse des Aufschwunges der Produktivkräfte dringend geboten. Aber solange er da ist, kann man ihm das Wahlrecht nicht deshalb nehmen, weil er kein produktiver Arbeiter ist. Wir müssen jede privilegierte Stellung für ihn im Staate ablehnen, dürfen ihm aber nicht die allgemeinen Bürgerrechte entziehen.

Neben den beiden Auffassungen der produktiven Arbeit, die wir eben erwähnt, kommt aber noch eine dritte in Betracht, die verbreitetste von allen. Eine Auffassung vom Standpunkt nicht der einfachen Warenproduktion, sondern der kapitalistischen Produktion. Sie liegt auch den Marxschen Ausführungen über produktive Arbeit durchwegs zugrunde.

Vom Standpunkt des Kapitalisten aus ist jeder Arbeiter produktiv, der ihm einen Profit verschafft, ganz gleich, ob das durch die Schaffung eines Produkts geschieht oder in ganz unproduktiver Weise. Dagegen ist jeder Arbeiter für ihn unproduktiv, dessen Anwendung ihm keinen Profit einbringt.

„Ein Schriftsteller ist ein produktiver Arbeiter, nicht insofern er Ideen produziert, sondern insofern er einen Buchhändler bereichert, der den Verlag seiner Schriften betreibt, oder insofern er Lohnarbeiter eines Kapitalisten ist.“ (Marx, Studien über den Mehrwert, 1. Band, Seite 260.)

Eine Köchin ist danach ein produktiver Arbeiter, wenn sie in einem Restaurant zu dem Zweck beschäftigt ist, dem Restaurateur Profit einzubringen. Dieselbe Köchin hört auf, produktiv zu sein, wenn sie in einem Haushalt be-

beschäftigt ist, wo sie für den Selbstgebrauch der Familie arbeitet, so daß ihre Anwendung keinen Profit abwirft.

Diese Unterscheidung war ökonomisch sehr wichtig in der Zeit des Ueberganges von der Feudalwirtschaft zum Kapitalismus. Die Feudalherren beschäftigten ein Heer von Bedienten aller Art — Lohnarbeiter, die keinen Profit brachten und oft den finanziellen Ruin ihrer Herren herbeiführten. Für den kapitalistischen Aufschwung war es nötig, aus diesen Bedienten industrielle Lohnarbeiter zu machen. Wer viele produktive Arbeiter in dem zuletzt gegebenen Sinne beschäftigt, wird reich. Wer viele unproduktive Arbeiter beschäftigt, wird arm. Um so rascher, je mehr solche Arbeiter er im Verhältnis zu seinem Vermögen beschäftigt. Daher die Polemik der Ökonomen jener Zeit gegen die unproduktive Arbeit.

Für die Zwecke der Wahlberechtigung kann aber diese Unterscheidung nicht in Frage kommen. Es wäre zu sonderbar, wenn das Wahlrecht zum Beispiel nur die Gärtner in Diensten der Handelsgärtner hätten, dagegen nicht die Gärtner, die im Dienst von Kapitalisten deren Hausgärten instand halten oder die in öffentlichen Gärten beschäftigt sind, in denen sie auch nicht zu Zwecken des Profits beschäftigt werden. Keine der wissenschaftlichen Definitionen der produktiven Arbeit kann also für die Bemessung des Wahlrechts in Frage kommen.

Nicht besser steht es, wenn man statt der Definitionen der politischen Ökonomie die des gewöhnlichen Lebens nimmt, die dem Begriff der produktiven Arbeit gern einen moralisierenden Anstrich gibt, indem sie darunter einfach jede nützliche, dem Interesse der Gesellschaft dienende Tätigkeit versteht. Vielsach versteht man unter unproduktiver Tätigkeit eine für die Gesellschaft schädliche Arbeit. Als unproduktiver Arbeiter bezeichnet zu werden, gilt daher vielsach als eine Beschimpfung, die man mit Entrüstung zurückweist. Und doch meint Marx, produktiver Arbeiter zu sein, sei kein Glück, sondern ein Pech, da es bedeutet, ein ausgebeuteter Arbeiter zu sein.

Nimmt man den produktiven Arbeiter gleich dem nützlichen, dann wird die Definition erst recht unverwendbar für die Bestimmung des Wahlrechtes. Denn nichts ist subjektiver, als der Begriff des Nützlichen, sobald man über die primitivsten Lebensbedürfnisse hinausgeht.

Der Bäcker ist sicher nützlich. Darin werden alle übereinstimmen. Aber schon beim Fleischer ist es anders. Die Vegetarier werden ihn für schädlich erklären. Ebenso die Abstinenten die Bierbrauer. Die anständigen Leute werden die Arbeit von Setzern und Druckern in Buchdruckereien zur Herstellung pornographischer Literatur für direkt verderblich halten. Der großen Masse wird die Diamantschleiferei sehr unnütz erscheinen. Soll deshalb Fleischern, Bierbrauern, Diamantschleifern, Buchdruckern in Druckereien, die schlechte Literatur herstellen, das Wahlrecht vorenthalten werden? Das werden selbst die nicht wollen, die an ihrer Tätigkeit Anstoß nehmen.

3. Arbeit und Ausbeutung.

Es wird nicht gelingen, eine Definition der Arbeit zu finden, auf die man einen präzisen und einwandfreien Grundsatz für die Bestimmung des Arbeiterwahlrechtes aufbauen könnte. Das haben diejenigen, die ein solches Wahlrecht konstituieren wollen, auch empfunden. Sie suchen daher die unzureichenden Bestimmungen der „produktiven“, „nützlichen“, „gesellschaftlich notwendigen Arbeit“ durch eine negative Definition zu ergänzen, und sie erklären: Arbeiter ist jeder, der nicht von fremder Arbeit lebt.

Das scheint ganz unzweifelhaft zu sein. Die Menschen leben nur von den Resultaten der Arbeit. Wer nicht von fremder Arbeit lebt, muß von eigener Arbeit leben, also ein Arbeiter sein.

Dagegen läßt sich nichts einwenden. Doch darf man den Satz nicht umkehren und schließen: jeder, der von fremder Arbeit lebt, arbeitet nicht.

Die weitaus größte Zahl derjenigen, die von fremder Arbeit leben, arbeitet, nicht aus Liebhaberei, sondern aus geschäftlicher Notwendigkeit; nicht dilettantisch, sondern berufsmäßig; nicht unnütz, sondern zur Befriedigung eines gesellschaftlichen Bedürfnisses.

Man darf sich daher die Kapitalisten nicht sämtlich als Nichtstuer vorstellen. Der Gegensatz zwischen dem Kapitalisten und dem Lohnarbeiter besteht nicht darin, daß dieser arbeitet und jener nicht, sondern darin, daß der Lohnarbeiter bei seiner Arbeit nicht mehr gewinnt als seinen kargen Lebensunterhalt, indes der Kapitalist bei seiner Arbeit — meist der Betriebsleitung — nicht nur einen Arbeitslohn gewinnt, sondern daneben noch einen mehr oder weniger fetten Profit. Ferner besteht dieser Gegensatz darin, daß der Profit, den ein Betrieb abwirft, um so mehr wächst, je mehr seine Lohnarbeiter geschunden werden, und daß die Arbeit des Kapitalisten, die Betriebsleitung, gerade jene ist, die die Ausbeutung des Lohnarbeiters ermöglicht und regelt.

Bestünde der Gegensatz darin, daß die Kapitalisten nur genießen, nicht arbeiten, und die Lohnarbeiter allein arbeiten, dann wäre die Expropriierung der Kapitalisten eine viel einfachere Sache, als sie wirklich ist. Dann brauchte man bloß die Eigentumsverhältnisse zu ändern, was mit einem Schlag geschehen könnte und eine bloße Machtfrage wäre. Aber die Aufgabe ist leider komplizierter. Will man die Ausbeutung der Arbeiter aufheben, dann muß man die Funktionen des Betriebsleiters aus Funktionen des Kapitalisten in Funktionen eines gesellschaftlichen Funktionärs umwandeln. Man muß nicht bloß die Eigentumsordnung, sondern auch die Produktionsweise ändern, was nicht so einfach und nur unter bestimmten Bedingungen möglich ist, die sich im Laufe des Kapitalismus erst entwickeln.

Es gibt natürlich heute bereits zahlreiche Kapitalisten, die nicht arbeiten und nur genießen. Aber meist, abgesehen von großen Grund- und Aktienbesitzern, sind es nur die Damen der Kapitalisten und ihre hoffnungsvollen Sprößlinge, welche sich „austoben“ und das „Leben“ kennenlernen wollen, die als bloße Genießer erscheinen. Die meisten reifen Kapitalistenmänner arbeiten, mitunter sehr hart. Ihr Klassen Gegensatz zum Proletariat entspringt am meisten gerade aus ihrer Arbeit, nicht aus ihrem Müßiggang. Ihre Macht aber entspringt nicht zum wenigsten aus der ökonomischen Wichtigkeit der Funktionen, die heute mit ihrem Kapitalbesitz verbunden sind. Aber selbst wenn man das nicht gelten lassen und die Kapitalisten rein nur als müßige Prasser ansehen will, wird man doch zugeben müssen, daß es zwischen den großen Kapitalisten und den Lohnarbeitern zahlreiche Uebergangsstufen gibt, viele Leute, die von ihrer Hände Arbeit leben, oft selbst ausgebeutet sind und daneben doch einen oder den anderen Lohnarbeiter beschäftigen, ohne daß sich ihre Lage von der des Proletariats erheblich unterscheidet. Man nehme nur zum Beispiel die Schweißmeister oder die kleinen Handwerker in der Industrie, Kleinbauern zc. Hier eine scharfe Grenze zu ziehen zwischen den Arbeitern und den Ausbeutern unter ihnen und diese als Nichtarbeiter anzusehen, ist ganz unmöglich.

Noch ein anderes Moment kommt hier in Betracht. Jeder Betrieb, jeder Haushalt muß mehr oder weniger Vorräte ansammeln, da weder Lebensmittel noch Rohmaterialien sich täglich erneuern; er muß Reserven ansammeln,

um gelegentlich größere Neuanschaffungen vorzunehmen oder eine Aushilfe für Zeiten besonderer Notlage zu haben. Solche Rücklagen erfolgten früher meist in Naturalien, mit der Entwicklung der Geldwirtschaft nahmen sie die Geldform an. Dieses Geld mußte bar aufgehoben werden in dem berühmten Strumpf — der Hindu, der keine Strümpfe trägt, vergräbt es. Die Entwicklung des Aktien- und Bankwesens erlaubt es nun, alle diese Geldsummen in Kapital zu verwandeln, das in der Industrie oder sonstwie zur Ausbeutung von Arbeitern angewendet wird und dadurch Zinsen abwirft. So macht sich jeder, der ein Sparfassenbuch besitzt, über ein Bankdepot verfügt oder Aktien gekauft hat, der Teilnahme an der Ausbeutung von Arbeitern schuldig, ohne selbst direkt Ausbeuter zu sein. Millionen von Menschen, von denen niemand wird bestreiten wollen, daß sie Arbeiter sind, erscheinen auf diese Weise auch als Ausbeuter, die von fremder Arbeit leben. Auch da ist es unmöglich, eine scharfe Grenze zu ziehen, von der an man aufhört, ein richtiger Arbeiter zu sein und ein wahrhafter Ausbeuter wird. Unter den Verhältnissen des Geldwertes vor dem Kriege konnte jemand, der aus einem Vermögen von 100.000 Mk. jährlich 5000 Mk. Zinsen zog, davon bescheiden, ohne jede eigene Arbeit leben. Aber nehmen wir etwa neben ihm einen Arzt, der ein Vermögen von 200.000 Mk. besitzt und daraus 10.000 Mk. Zinsen zieht, der aber daneben durch seine Praxis 40.000 Mk. im Jahr erwirbt, so stellt sich sein Einkommen zum größten Teil als das Produkt seiner eigenen Arbeit dar, obwohl sein Einkommen aus fremder Arbeit doppelt so groß ist als das des erwähnten Kapitalbesizers. Wie also eine genaue Grenze ziehen zwischen dem, der von eigener und dem, der von fremder Arbeit lebt? Jeder Versuch, das Wahlrecht auf diejenigen zu beschränken, die als Arbeiter zu betrachten sind, muß zu den größten Willkürlichkeiten führen, da zwischen den zwei deutlich abgegrenzten Kategorien der Rentner und der Lohnarbeiter zahlreiche Kategorien, namentlich unter den freien Berufen und den Kleinbesitzern, bestehen, die bald mehr der einen, bald wieder der anderen Gruppe zugehören, je nach der Art der Definierung der Arbeit, der produktiven, der nützlichen, der von Ausbeutung freien Arbeit.

In Sowjetrußland konnte man, ohne die Grundsätze des Wahlrechtes zu ändern, zuerst der gesamten Bauernschaft das Wahlrecht geben, dann es auf die landarme landwirtschaftliche Bevölkerung beschränken und es schließlich den Mittelbauern wieder geben. Ein so kautschukartiges Wahlrecht macht das ganze Wahlverfahren nur zu leicht zu einem gefügigen Werkzeug einer Regierung oder herrschenden Partei. Da keine Partei und keine Regierung darauf rechnen kann, ewig am Ruder zu bleiben, muß jede Politik, die weiterblickt und nicht bloß auf den Augenblickserfolg ausgeht, darauf bedacht sein, ein Wahlrecht zu schaffen, das den Kreis der Berechtigten klar und unzweideutig festlegt und ihn unabhängig macht von dem Wechsel der herrschenden Parteien. Der Nachteil des kautschukartigen Charakters des Arbeiterwahlrechtes fällt um so mehr ins Gewicht, als er durch keinen nennenswerten Vorteil aufgewogen wird.

4. Die geringe Zahl der Nichtarbeiter.

Wie weit man auch den Kreis der Nichtarbeiter ziehen mag, er ist sehr klein. Angesichts der Unmöglichkeit, die Nichtarbeiter genau zu definieren, vermögen wir auch nicht, ihre Zahl statistisch genau zu erfassen. Aber einige Anzeichen genügen, die zahlenmäßige Kleinheit der Schicht der Nichtarbeiter erkennen zu lassen. Nehmen wir zum Beispiel die deutsche Statistik vor dem Kriege.

In der Landwirtschaft zählte man 1907 im ganzen 5,736.082 Betriebe, davon Großbetriebe (mit mehr als 100 Hektar) nur 23.568. Will man

noch die Großbauern dazu zählen, mit 50 bis 100 Hektar, so machten diese auch nur 36.494 aus; beide zusammen also 60.060. Man darf bei den Besitzern der Betriebe von 20 bis 50 Hektar im Zweifel sein, ob sie mehr Arbeiter oder mehr Ausbeuter sind. Ihre Zahl ist fast viermal so groß, wie die der größeren Grundbesitzer, 225.697. Nicht durch die Zahl ihrer Besitzer fallen die großen Betriebe ins Gewicht, sondern durch die Ausdehnung ihres Grundes und Bodens.

Die Gesamtheit der 5.736.082 landwirtschaftlichen Betriebe umfaßte 43.106.886 Hektar Boden. Die 23.566 Großbetriebe über 100 Hektar allein aber fast ein Viertel davon, 9.916.531 Hektar.

Nicht viel anders steht es im Gewerbe (Industrie und Handel). Wir finden dort 3.423.615 Betriebe, unter ihnen nur 32.007 Großbetriebe (mit je 51 und mehr Personen). Rechnen wir zu den großkapitalistischen auch noch die Betriebe mit 11 bis 50 Arbeitern, so machen auch die nur 119.298 aus; beide zusammen also 151.305.

Denen stehen 2.907.572 kleinste Betriebe gegenüber (mit 1 bis 3 Personen), die tatsächlich proletarischen Charakter tragen.

Die zweifelhafte Mittelschicht mit 4 bis 10 Arbeitern macht 346.738 Betriebe aus. Auch hier beruht die Bedeutung der großen Betriebe nicht in der Zahl ihrer Besitzer, sondern im Umfang der Betriebe. Während in den 2.907.572 kleinsten Betrieben (mit 1 bis 3 Arbeitern) zusammen 4.405.980 Personen (Meister, deren Angehörige, Lehrlinge und wenige Gesellen) beschäftigt waren, zählten die 32.007 Großbetriebe 5.350.025 beschäftigte Personen. Zu den Großgrundbesitzern und den industriellen und kommerziellen Kapitalisten sind nun noch die müßigen Rentner hinzuzufügen. Ihre Zahl läßt sich leider nicht feststellen. Die deutsche Reichsstatistik zählt schlauerweise in der Gruppe F 1 alle von eigenem Vermögen, von Renten oder Pensionen Lebenden unterschiedslos zusammen. Ihre Zahl war sehr bedeutend. Im Jahre 1907 2.278.022. Doch ist es unmöglich, herauszufinden, wie viele von ihnen Kapitalisten, die von den Zinsen ihres Kapitals lebten, wie viele pensionierte Beamte oder proletarische Elemente sind. Die letzteren dürften die Hauptmasse der hier aufgezählten 2 Millionen ausmachen. Denn 1882 betrug noch die Gesamtzahl derjenigen, die unter die Kategorie F 1 fielen, nur 810.458. Sie ist seitdem auf 2.227.022, also um 181 Prozent gewachsen, während die Gesamtbevölkerung nur um 36 Prozent zunahm. Das ist offenbar vor allem eine Folge der Arbeiterversicherungen, der Unfallversicherung (seit 1885) und der Alters- und Invalidenversicherung (seit 1890). Am ehesten wird man bei jüngeren Männern der in Rede stehenden Kategorie annehmen können, daß es Müßiggänger sind, die von ihrem Vermögen leben. Unter den älteren Männern der Kategorie werden sicher die pensionierten Arbeiter und Beamten überwiegen. Unter den Frauen die Witwen von Beamten und Arbeitern. In der Tat machten von den 1.226.608 weiblichen Personen der Kategorie F 1 die Witwen 866.709 aus. Von den 1.051.414 männlichen Personen waren nur 163.006 weniger als 50 Jahre alt, dagegen 714.831 60 Jahre und darüber.

• Am 1. Jänner 1909 betrug die Zahl derjenigen Personen, die auf Grund der Arbeiterversicherung eine Invaliden- oder Altersrente bezogen, 995.810, also rund eine Million. Dazu kommen mehrere Hunderttausende von Dorfbewohnern, die auf den Altenteil gesetzt sind, sowie ein Heer von pensionierten Beamten. Sie alle gehören unzweifelhaft zu den Arbeitern. Mag man auch die Kapitalisten durch die Bank als Leute betrachten, die gar keine Arbeit leisten, so wird man selbst dann finden, daß die Zahl der arbeitsfähigen Nicht-

arbeitenden, die in Deutschland das Wahlrecht besitzen, kaum eine halbe Million überschreitet, etwa 2 Prozent der Wahlberechtigten. Und vor der Majorisierung durch diese 2 Prozent bei den Wahlen soll man sich so sehr fürchten, daß man, um sie auszuschließen, alle Wahlrechtsgrundsätze aufgibt, die man ein halbes Jahrhundert lang aufs hartnäckigste und hingebendste verfochten?

Kein Zweifel, die Macht der Kapitalisten bei den Wahlen ist groß. Doch liegt sie nicht an ihrer eigenen Zahl, sondern an ihrem Einfluß bei anderen Klassen, nicht zum wenigsten im Proletariat selbst. Oekonomische Abhängigkeit wie geistige Unselbständigkeit treibt noch viele, die in jeder Beziehung unzweifelhaft Arbeiter sind, in das Lager bürgerlicher, von Kapitalisten geführter Parteien.

Wenn es zu einer sozialistischen Regierung kommt, ist nur zweierlei möglich: entweder gelingt es ihr, die kapitalistischen Einflüsse auf die arbeitende Bevölkerung zu überwinden, das Gefühl ihrer ökonomischen Abhängigkeit aufzuheben, ihren Glauben an bürgerlich denkende Intellektuelle, seien es Geistliche oder Journalisten oder Professoren, zu erschüttern: dann braucht man die Nichtarbeiter nicht bei den Wahlen zu entrechteten. Diese sind dann zu einer hoffnungslosen Minderheit verurteilt. Oder aber, es gelingt nicht, die ökonomischen und geistigen Einflüsse der Nichtarbeiter bei den Arbeitern zu überwinden. Diese fahren fort, in ihrer Mehrheit vor den bürgerlichen Götzen zu knien, dann nützt alle Wahlentrechtung der Nichtarbeiter nichts. Die Arbeiter selbst werden wieder die gestürzten Götzen aufrichten.

Das Arbeiterwahlrecht als Gegensatz zum allgemeinen Wahlrecht bringt keinen Nutzen. Wohl aber schadet es im Befreiungskampf des Proletariats. Einmal durch den schon erwähnten Umstand, daß es durch die Ungewißheit über die Reste der Zwischenschichten zwischen Kapitalisten und Arbeitern jeder Regierung die Möglichkeit gibt, die Wahlen nach ihrem Belieben zu fälschen und so die Bevölkerung über die Stärke der in ihr lebenden Tendenzen zu täuschen. Dann aber lenkt das Streben nach einem Privilegienwahlrecht der Arbeiter die Aufmerksamkeit der kämpfenden Sozialisten in eine falsche Richtung. Sie werden dann getrieben, die Macht des Sozialismus durch rein mechanische Erfindungen sichern zu wollen und abgelenkt von der Arbeit an der größten und wichtigsten Sicherung der Macht des sozialistischen Gedankens, von der Arbeit an der Gewinnung der Geister für unsere Ziele. Die Propagierung des Sozialismus unter den Arbeitern sowie die Organisation der so gewonnenen Arbeiter und nicht das Trachten nach einer politischen Privilegierung der Arbeiter, das ist unsere Aufgabe. Diese Aufgabe können und werden wir lösen auch ohne juristisch brauchbare Lösung des Preisrätsels: Wer ist ein Arbeiter?

Emil Strauß (Teplitz-Schönau): Wirtschaftskrise.

In einer Rede sagte der Unabhängige Dittmann jüngst in Essen: „Ich klage mich und alle politischen Parteien an, daß wir früher nur politisch geredet und zu wenig wirtschaftliche Erkenntnisse in die Köpfe der Arbeiterschaft eingehämmert haben.“ Daran ist insbesondere für die jüngste Vergangenheit richtig, daß das Proletariat, geblendet von den großen politischen Umwälzungen, die das Ende des Krieges begleiteten, nicht den ökonomischen Umwandlungsprozeß der alten Welt sah, nicht sah, daß die kapitalistische Produktionsweise, von deren Darstellung alle politische Theorie des Sozialismus ausgehen muß, eine andere geworden war als vor dem Kriege. Wir bemerkten nur die Änderungen im politischen Oberbau der Gesellschaft, aber nicht die Umwälzung des ökonomischen Unterbaues. Erst unter dem schweren Druck der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, die

genug sein wird, allen künftigen Stürmen zu trotzen und mit der wir imstande sein werden, an die siegreichen Fahnen unserer Partei neue Erfolge und Siege zu heften. Diese Form der Organisation, richtig ausgebaut, wird uns in den Stand setzen, in jedem halbwegs industriell entwickelten Bezirk der Partei ein festes Bollwerk zu errichten. Und darauf kommt es an. Wir haben bei unserer Betrachtung weniger die geringe Zahl der grossen Städte im Auge gehabt, als vielmehr die über das Flachland ausgedehnten Industriegebiete mit ihren zahllosen Arbeiterdörfern und Fabriksstädtchen. Dort ruht nicht zum geringen Teile die Kraft der Partei, dort aber siedeln die Arbeiter nicht in grossen Massen beieinander, sondern verstreut in zahllosen Industriedörfern. Sie alle in einem Körper zusammenzufassen, der, von einem Willen getragen und von einem Gedanken beseelt, dem Ganzen dient, das ist das politisch-organisatorische Problem. Keinen von all denen auszulassen, den Arbeiter im letzten Gebirgsdorf für die Organisation ebenso zu erfassen wie den Proletarier der Industriestadt, in der politischen Organisation selbst die letzten Reste der zerstreuten Kräfte der Arbeiterklasse zu sammeln, das ist die schwierige Aufgabe, die nur durch eine faktische Organisation, nicht durch das Surrogat einer solchen zu lösen ist.

Die Grundlage der Organisation bilden die Lokalorganisationen — das wird auch in der Zukunft so sein. Die Stärke und Kraft der Lokalorganisationen macht die Stärke und Kraft der Partei aus. Aber Stärke und Kraft der Lokalorganisationen drücken sich nicht nur aus in der Zahl ihrer Mitglieder, sie liegt in ihrer Aktionsfähigkeit, darin, dass sie die ihnen obliegenden Aufgaben der Agitation, Aufklärung, Besorgung einer immensen Kleinarbeit in vollem Masse erfüllen. Es ist eine Unsumme von Arbeit, das Ganze ins Auge gefasst, die da Woche für Woche unausgesetzt geleistet werden muss. Aber sie wird in neunzig von hundert Fällen nur voll geleistet, wenn sie angeregt, angeleitet, angeschult und stetig kontrolliert wird. Wo diese Einwirkung fehlt, dort verflacht das Leben in der Organisation, dort wird es für die Genossen interesselos. Diese Anleitung, Anregung, Schulung zu geben, die Tätigkeit in den Lokalorganisationen stetig zu kontrollieren und sie methodisch zu betreiben, das ist die wesentlichste Funktion der Bezirksorganisationen, zu der es aber geschulter, erfahrener und fähiger Genossen und ferner auch zureichender finanzieller Mittel bedarf, die nur durch ein Beitragssystem aufgebracht werden können, das alle der Partei nach ihrer Ueberzeugung und ihrem politischen Bewusstsein Angehörenden zu jener materiellen Pflichterfüllung gegenüber der Partei verhält, wie sie im ersten Paragraph des Partei-statuts als Voraussetzung der Parteizugehörigkeit festgelegt ist. In jeden der vielen heute noch verwaisten Agitationsbezirke mit immerhin zahlreicher Arbeiterschaft einen solchen leitenden Genossen zu bringen, halten wir für eine Vorbedingung des Ausbaues, der Stärkung und des Wachstums unserer Organisation. Hier nach dem Rechten zu sehen und helfend einzugreifen, wird neben manch anderen die künftige Sorge der Parteivertretung sein, der sie zum Vorteil der Partei nur ledig werden wird, wenn ihr hinreichende Mittel zur Verfügung stehen. Sie zu schaffen, bedarf es jener gründlichen Reformen, die wir im vorstehenden angedeutet haben. Dann aber wird die Partei stark genug sein, das Errungene dauernd zu festigen und neue Erfolge vorzubereiten. Diesem gilt's. Darum: an die Arbeit!

Karl Kautsky: Ein Brief über Marx und Mach

In der russischen Sozialdemokratie finden seit längerem heftige Diskussionen über die erkenntnistheoretischen Grundlagen des Marxismus statt, bei denen insbesondere mit grosser Leidenschaft die Frage erörtert wird, ob die Anschauungen Ernst Machs mit den Marxschen Lehren vereinbar sind. Ein russischer Arbeiter in Zürich, Genosse Bendianidse, hat sich an Genossen Kautsky mit der Bitte gewendet, ihm seine Stellungnahme bezüglich der strittigen Punkte mitzuteilen. Den Brief, in dem Genosse Kautsky die Fragen Bendianidses beantwortet, bietet ein über den speziellen Anlass hinausgehendes Interesse und es freut uns daher, diesen Brief, den

Genosse Bendianidse uns mit Zustimmung Kautskys zur Verfügung gestellt hat, den Lesern des „Kampf“ vorlegen zu können.

* * *

Berlin-Friedenau, den 26. März 1909.

Lieber Genosse Bendianidse, ich bin sehr beschäftigt, muss mich also kurz fassen.

Sie fragen: ist Mach ein Marxist? Das kommt darauf an, was man unter Marxismus versteht. Ich verstehe darunter keine Philosophie, sondern eine Erfahrungswissenschaft, eine besondere Auffassung der Gesellschaft. Die Auffassung ist allerdings unvereinbar mit einer idealistischen Philosophie, nicht aber unvereinbar mit der Machschen Erkenntnistheorie. Mach selbst ist aber kein Marxist aus dem einfachen Grunde, weil er ein Physiker ist und einer wissenschaftlichen Erforschung der Gesellschaft fernsteht.

In der deutschen Sozialdemokratie gibt es sehr klar denkende Köpfe, die Machianer sind. Bebel hat sich mit der Frage noch nicht befasst. Ich selbst finde zwischen der Marxschen und der Dietzgenschen Anschauung keinen wesentlichen Unterschied. Mach steht aber Dietzgen sehr nahe.

Man muss jedoch unterscheiden zwischen Mach und Dietzgen einerseits und ihren Anhängern andererseits. Unter den Machianern und Dietzgenianern gibt es einige, die ziemlich dummes Zeug schreiben, dem entgegengetreten werden muss. Wenn Plechanoff und seine Freunde sich gegen Mach und Dietzgen wenden, schreibe ich es hauptsächlich dem zu, dass sie durch den Unsinn einzelner Machianer und Dietzgenianer provoziert werden.

Zu diesem Unsinn gehört auch die Behauptung, Plechanoff sei Metaphysiker. Wenn Sie mich fragen, ob Plechanoff die Marxsche Philosophie richtig lehrt, muss ich antworten, dass Marx keine Philosophie, sondern das Ende aller Philosophie verkündet hat. Dass Plechanoff aber einer der besten Kenner der Marxschen Lehren ist, kann nicht bezweifelt werden.

Im übrigen muss ich aber bemerken, dass ich den ganzen Streit in der russischen Sozialdemokratie über Mach sehr bedaure. Klarheit über die Machsche Erkenntnis-kritik ist natürlich eine sehr schöne Sache, aber eine Sache, die mit den Aufgaben unserer Partei nicht enger verwandt ist als etwa die Streitfrage zwischen Lamarckismus und Darwinismus oder die Frage, ob die Atomtheorie noch haltbar ist. Es ist ganz verkehrt, diese Frage zur Parteifrage zu machen und die ohnehin schon viel zu zerklüftete russische Sozialdemokratie dadurch noch mehr zu spalten.

Es wäre Marx nie eingefallen, eine solche Frage zur Parteifrage zu machen, und darin erweisen sich weder Plechanoffianer noch Machianer als gute Marxisten. Die Führer des russischen Proletariats haben gerade jetzt dessen Interesse auf andere Fragen zu lenken, wie auf die, ob Mach Marxist sei oder nicht.

Die Hauptsache ist, dass die Proletarier die Marxsche Oekonomie und Geschichtsauffassung begreifen lernen, um mit deren Hilfe die Situation der modernen Gesellschaft und die Aufgaben des Proletariats und insbesondere ihre Aufgaben im eigenen Lande zu erkennen. Der Marxismus will dem Proletariat die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung beibringen, wie das Kommunistische Manifest sagt.

Der Ausgangspunkt dabei ist die Erkenntnis, dass nicht das Bewusstsein der Menschen ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein ihr Bewusstsein bestimmt.

Ob man diese Auffassung auf den Materialismus des 18. Jahrhunderts oder den Machismus oder den Dietzgenschen dialektischen Materialismus oder sonstwie stützt, ist ja für die Klarheit und Einheitlichkeit unseres Denkens nicht ganz gleichgültig, aber eine Frage, die für die Klarheit und Einheitlichkeit der Partei ganz belanglos ist. Die einzelnen Genossen mögen darüber als Privatleute ihre Studien machen, wie über die Frage der Elektronen oder der Weismannschen Gesetze der Vererbung, die Partei soll man damit verschonen.

Sollten diese Zeilen dazu beitragen, dass die russischen Genossen den Machismus zur Privatsache erklären, würde ich glauben, der russischen Sozialdemokratie genützt zu haben.

Ich grüsse Sie bestens. Ihr

K. Kautsky.